

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 7

Behörde für Wirtschaft, Verkehr
und Innovation

Inhaltsverzeichnis

Einzelplan 7.0

	Seite
1 Vorwort zum Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	1
2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Einzelplans 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	11
2.1 Ergebnisplan des Einzelplans 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	11
2.2 Doppischer Finanzplan des Einzelplans 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	12
3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	13
4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	17
4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung	17
4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 268 Steuerung und Service (BWVI)	17
4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)	17
4.1.2.1 Produktgruppe 26801 Steuerung und Service	17
4.1.2.2 Produktgruppe 26802 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism	21
4.1.2.3 Produktgruppe 26803 Recht und Planfeststellungsbehörde	25
4.1.2.4 Produktgruppe 26804 Zentraler Ansatz	29
4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)	31
4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)	31
4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)	31
4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)	31
4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	33
4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 269 Verkehr und Straßenwesen	33
4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	34
4.2.2.1 Produktgruppe 26901 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität	34
4.2.2.2 Produktgruppe 26902 Infrastruktur	41
4.2.2.3 Produktgruppe 26903 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen	46
4.2.2.4 Produktgruppe 26904 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen	48
4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	51
4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	73
4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	73
4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	73
4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	75
4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik	75
4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik	76
4.3.2.1 Produktgruppe 27001 Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt	76
4.3.2.2 Produktgruppe 27002 Innovation, Technologie, Cluster	80
4.3.2.3 Produktgruppe 27003 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.	87
4.3.2.4 Produktgruppe 27004 Zentrales Programm des AB 270	91
4.3.2.5 Produktgruppe 27005 Hafen	93
4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik	97
4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik	101
4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik	101
4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik	102

Inhaltsverzeichnis

Einzelplan 7.0

	Seite	
4.4	Teilplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	103
4.4.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 271 Wirtschaftsförderung	103
4.4.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung	103
4.4.2.1	Produktgruppe 27101 Internationale Wirtschaftsbeziehungen	103
4.4.2.2	Produktgruppe 27102 Wirtschaftsförderung	106
4.4.2.3	Produktgruppe 27103 Agrarwirtschaft	112
4.4.2.4	Produktgruppe 27104 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft	118
4.4.2.5	Produktgruppe 27105 Zentrale Programme Wirtschaft	120
4.4.3	Investitionen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung	123
4.4.4	Darlehen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung	127
4.4.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung	128
4.4.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung	128
5	Ergebnis- und doppische Finanzpläne der Aufgabenbereiche	129
5.1	Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung	129
5.1.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung	129
5.1.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung	130
5.2	Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	131
5.2.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	131
5.2.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen	132
5.3	Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	133
5.3.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	133
5.3.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	134
5.4	Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	135
5.4.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	135
5.4.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	136
Anlage 1	Stellenplan (blaues Papier)	137
Anlage 2	Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	173
2.2	Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	205
Anlage 3	Übersicht über institutionelle Förderung	
3.1	Übersicht über institutionelle Förderung über 100.000 Euro	219
3.2	Übersicht über institutionelle Förderung bis zu 100.000 Euro	228
Anlage 4	Übersicht über Beteiligungen	
4.1	Flughafen Hamburg GmbH (FHG)	229
4.2	Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH (HGL)	231
4.3	Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HHA)	233
4.4	P+R Betriebsgesellschaft mbH	236
4.5	Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG (VHH)	239
4.6	HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG	242
4.7	Hamburg Verkehrsanlagen GmbH (HHVA)	244
4.8	Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC)	247

1 Vorwort zum Einzelplan

Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) will alle Chancen nutzen, um den Wirtschaftsstandort und seine Wettbewerbsfähigkeit zugunsten der in Hamburg ansässigen Betriebe und ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Über die Zukunft entscheiden vor allem die Innovationskraft und die Kreativität unserer Unternehmen, in der Industrie ebenso wie im Dienstleistungssektor. Ziel des Senats ist es deshalb, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu verbessern, z.B. durch Förderung und Optimierung staatlicher Aktivitäten im Bereich Forschung und Innovation, durch Clusterpolitik, durch die Bereitstellung von geeigneten Flächen und durch die Weiterentwicklung der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur.

Kurz zusammengefasst bearbeiten die verschiedenen Aufgabenbereiche bzw. Ämter der BWVI folgende Themen:

Zentralverwaltung

- Unterstützung eigener und fremder Fachaufgaben sowie der Behördenleitung
- Effiziente Steuerung und Ressourcen
- Beteiligungsverwaltung, Betriebswirtschaftlicher Prüf- und Beratungsdienst

Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

- Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg (MRH) und Verbesserung der Norddeutschen Zusammenarbeit
- Steigerung der nationalen und internationalen Bekanntheit Hamburgs sowie Erhöhung der Wahrnehmung der Standortattraktivität
- Betrieb und Weiterentwicklung des Stadtportals hamburg.de
- Entwicklung / Unterstützung von Aktivitäten zur Steigerung der Bekanntheit Hamburgs als Tourismusdestination
- Förderung des Geschäftstourismus
- Stärkung Hamburgs im Bereich zentraler Großveranstaltungen, insbesondere auf dem Heiligengeistfeld

Recht und Planfeststellung

- Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handels im Rahmen des Aufgabenspektrums der BWVI

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

- Durchführung von Planfeststellungsverfahren

Verkehr und Straßenwesen

- Entwicklung verkehrspolitischer Grundsätze einschließlich Klimaschutzpolitischer Belange
- Vertretung hamburgischer Interessen in der Verkehrspolitik auf Bundes- und EU-Ebene
- Konzeptionelle Verkehrsplanung
- Förderung der Attraktivität des ÖPNV
- Entwicklung der Infrastruktur für den ÖPNV auf Schiene und Straße
- Gestaltung des Rechtsrahmens und der Vorgaben für den ÖPNV, Schienen- und Straßengüterverkehr (Grundsatzfragen, Tarife, Genehmigungen und Betrieb)
- Erhaltung der Funktionsfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur
- Beseitigung von Engpässen und Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
- Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger
- Veränderung des Modal Split zu Gunsten des ÖPNV, des Radverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens
- Entwicklung und Schaffung der notwendigen Infrastruktur für die Stadtentwicklung durch Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten

Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

- Ausbau der clusterorientierten Wirtschaftspolitik
- Clusterbezogene Entwicklung des Potentials an hochqualifizierten Fach- und Führungskräften
- Ausbau und Modernisierung von Infrastrukturen sowie Verbesserung von Rahmenbedingungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg insbesondere in den Bereichen Logistik, Hafen, Schifffahrt, Life Science, Erneuerbare Energien, Elektromobilität, Industrie, Mittelstand, Handwerk, Dienstleistung und Handel

Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

- Sicherung bestehender, wettbewerbsfähiger Unternehmen sowie Ansiedlung und Gründung von Unternehmen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten im Bereich Außenhandel und im Europäischen Binnenmarkt
- Bereitstellung und Erschließung sowie Vergabe von Gewerbe- und Industrieflächen

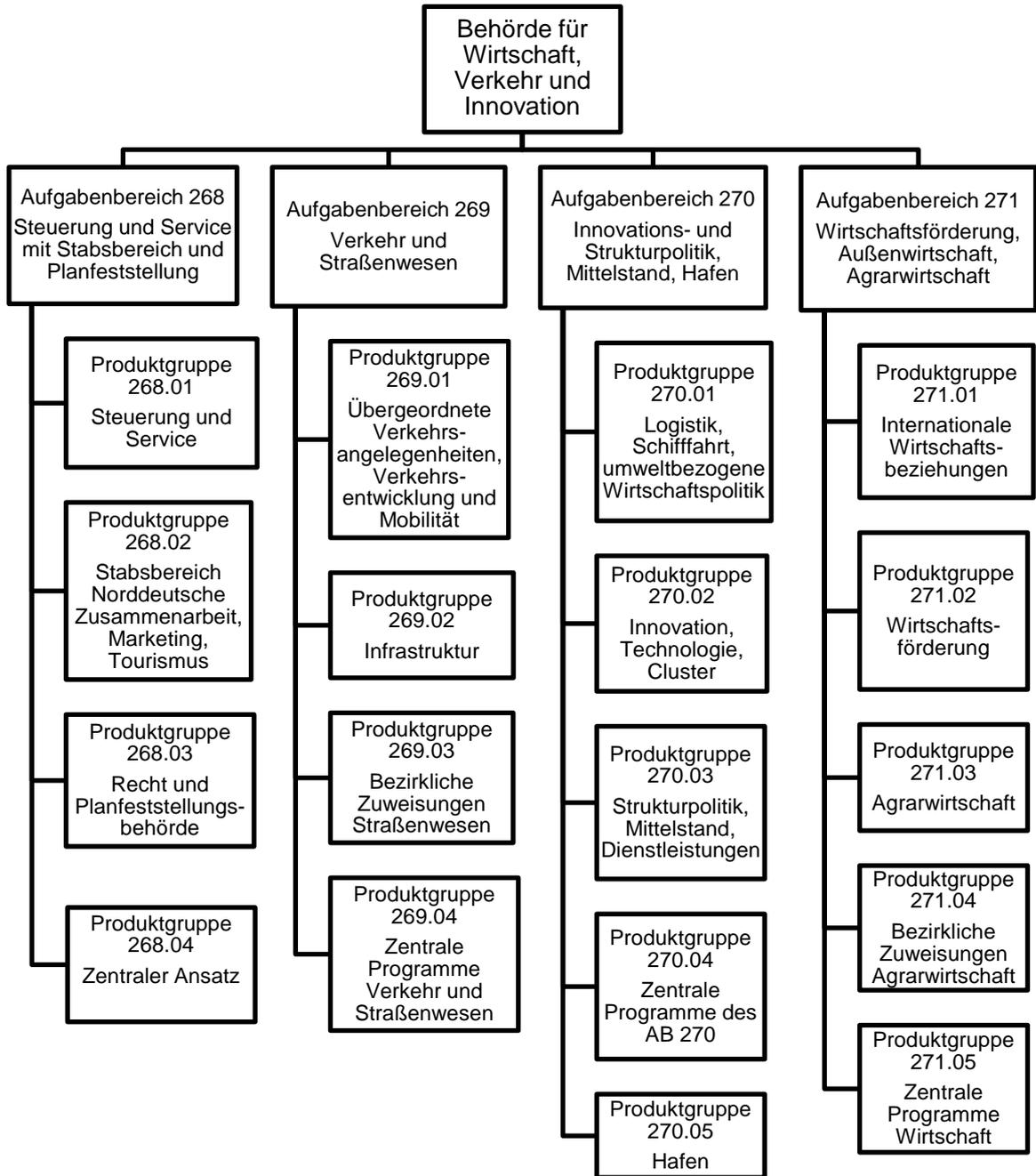
Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

- Nachhaltige Sicherung und Entwicklung einer multifunktionalen Land- und Forstwirtschaft, Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter Produkte
- Bereitstellung effizienter Pflanzengesundheitsdienste für den sicheren Handel mit pflanzlichen Gütern

Ausführlichere Darstellungen sind den Erläuterungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen zu entnehmen.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Organisations- und Aufgabenstruktur



Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Übersicht über die ausgegliederten Bereiche

Zur BWVI gehören die folgenden Landesbetriebe:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2017	2018	2017	2018
Materialaufwand	63.350	64.100		
Personalaufwand	42.640	43.330		
Abschreibungen auf Anlagevermögen	923	1.037		
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.764	8.930		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	20		
Außerordentliche Aufwendungen	170	110		
Steuern	14	14		
Abführungen an den Haushalt			1.098	1.098
Gesamt	116.881	117.541	1.098	1.098

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	Summe investive Auszahlungen		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2017	2018	2017	2018
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	20	20		
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen: Schiffe, Fahrzeuge, Geräte	207	178		
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen: Werkstatt-, Betriebsausstattung	920	580		
Gesamt	1.147	778		

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2017	2018	2017	2018
Materialaufwand	10	10		
Personalaufwand	2.306	2.364		
Abschreibungen auf Anlagevermögen	1.349	1.461		
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.320	10.172		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25	25		
Außerordentliche Aufwendungen	50	50		
Steuern	544	544		
Gesamt	16.604	14.626		

Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	Summe investive Auszahlungen		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2017	2018	2017	2018
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	20	20		
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen:				
- Grundstücke und Gebäude	600	1.800		
- Maschinen und technische Anlagen	900	750		
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	100	100		
Gesamt	1.620	2.670		

Wirtschaftspläne und Erläuterungen befinden sich in Anlage 2.

Personalkosten

Die zu veranschlagenden Personalkosten mit Ausnahme der Sonstigen Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter ergeben sich aus dem Produkt der Plan-Vollzeitäquivalente (Plan-VZÄ) und den von der Finanzbehörde ermittelten Personalkostenverrechnungssätzen. Dabei wird individuell für jedes Planjahr ein um die folgenden Faktoren aktualisierter Verrechnungssatz

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

angewendet:

- Ausfinanzierung der Tarif- und Besoldungsanpassungen 2015/2016,
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2017,
- Altersstruktureffekte,
- Anpassung der Zuschlagsätze für Zuführungen zu Versorgungsrückstellungen aufgrund des versicherungsmathematischen Gutachtens,
- Anpassung der Zuschlagsätze für Beihilfe/Heilfürsorge an die Kostenentwicklung.

Um die Personalkosten verursachungsgerecht in den jeweiligen Produktgruppen abzubilden, werden Zuschläge auf die Bezüge und Entgelte des aktiven Personals angewandt. Die bis 2016 ermittelten Werte der Versorgungszuschläge waren mithilfe einer Überschlagsrechnung auf der Grundlage eines Gutachtens von Herrn Prof. Pfeiffer (Universität Oldenburg) ermittelt worden. Auf Basis einer erstmaligen Ableitung des Zuführungsaufwandes zu den Versorgungsrückstellungen für aktives Personal durch ein versicherungsmathematisches, verbindliches Standards entsprechendes Gutachten der Firma AON Hewitt erfolgt eine Erhöhung der Zuschlagssätze mit dem Haushaltsplan 2017/2018.

Dieses führt in den Ergebnisplänen im Vergleich zu den Vorjahren zu erhöhten Versorgungskosten.

Desweiteren sind die bisherigen Werte für die Beihilfe- und Heilfürsorgezuschläge (Kosten für Sozialleistungen) unter Berücksichtigung der entlastenden Wirkung der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge und der aktuellen Kostenentwicklung angepasst worden.

Im Einzelplan 9.2 erfolgt keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen oder für die Änderung von Beitragssätzen der Sozialversicherung für die Haushaltsjahre 2017ff.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann.

Die Stellenpläne werden als Anlage zum jeweiligen Einzelplan:

- für die Behörden und Ämter auf blauem Papier,
- für die Landesbetriebe gemäß § 106 Absatz 1 LHO auf rosa Papier in den einzelnen Wirtschaftsplänen dargestellt.

Sie sind wie folgt unterteilt und abgebildet:

1. Behörden und Ämter nach Aufgabenbereichen,

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

2. Stellenpool des jeweiligen Einzelplans mit SXX
3. Landesbetriebe mit LXX
4. Hochschulen mit HXX

Die Stellenangaben enthalten alle, bis zum Datenabzug (Juni 2016) für den Druck des Haushaltsplan-Entwurfs 2017/2018, wirksam gewordenen Buchungen.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Planstellenneuschaffungen, -hebungen und –umwandlungen sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten.

Diese Veränderungen sind summarisch in der nachstehenden Tabelle und im Einzelnen als Anhang zum jeweiligen Stellenplandruck ausgewiesen.

Überblick über Stellenbestand und-veränderungen

Stellenplan 2017/2018 (einschließlich Landesbetriebe gemäß §106 Absatz 1 LHO und Hochschulen des Einzelplans):

Aufgabenbereich, Landesbetrieb	Stellen- zahl*)	Neue Stellen**)		Stellenhebungen**)		Umwandlungen**)	
		2017	2018	2017	2018	2017	2018
268 – Steuerung und Service, Stabsbereich, Rechtsamt	217,87	-	-	-	-	-	-
269 – Verkehr und Straßenwesen	143,15	-	-	-	-	-	-
270 – Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	69,22	-	-	-	-	-	-
271 – Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	104,00	-	-	-	-	-	-
L10 LB Straßen, Brücken und Gewässer	632,04	-	-	-	-	-	-
L18 LB Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	39,00	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand der wirksam gewordenen Stellenveränderungsbuchungen in den dezentralen

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2016) für die Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs 2017/2018

**) wie von der Bürgerschaft beschlossen

Zuwendungen

Das Zuwendungsverfahren ist in der BWVI durch Verfügung des Beauftragten für den Haushalt geregelt. Darin sind die Zuständigkeiten für die Bewilligung von Zuwendungen, die Überwachung der Verwendung, die Prüfung der Verwendungsnachweise und die Erfolgskontrolle festgelegt. Die Zuwendungssachbearbeitung erfolgt mit der Software INEZ.

Musterbescheide beim Beginn neuer Förderprogramme sowie nicht zu Förderprogrammen gehörende Einzelfälle mit Beträgen ab 100.000 Euro bei institutioneller Förderung und Beträgen ab 500.000 Euro bei Projektförderungen werden mit der Abteilung Finanzen und Controlling abgestimmt.

Die Prüfung des gesamten Verwendungsnachweises (Sachbericht und zahlenmäßiger Nachweis) obliegt der bewilligenden Stelle. Sie regelt, in welchen Fällen eine weitergehende Prüfung gem. Nrn. 13.2 bis 13.4 der VV zu § 46 LHO durchzuführen ist. Die notwendigen weitergehenden Prüfungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Standardprüfung oder bei fortlaufenden Zuwendungen (insbesondere zur institutionellen Förderung) in einem angemessenen Prüfungsturnus werden in Form von Belegprüfungen vor Ort vom Betriebswirtschaftlichen Prüfdienst der Behörde durchgeführt.

Bei den meisten Zuwendungsempfängern werden die Jahresabschlüsse von Wirtschaftsprüfern geprüft und testiert. Ihre Berichte sind in diesen Fällen Bestandteil des Verwendungsnachweises. Sie ersetzen nicht die Prüfung durch die Behörde, auch wenn der Auftrag für eine erweiterte Prüfung der zweckentsprechenden, wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der Zuwendung erteilt worden ist. Nach dem Zuwendungsrecht kann die Verantwortung für die Anerkennung des Verwendungsnachweises nicht auf den Wirtschaftsprüfer delegiert werden. Die erweiterte Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer hat ihre Bedeutung somit insbesondere in den Jahren, in denen die Behörde turnusmäßig (aus Gründen der Kostenersparnis) nur eine Standardprüfung der Verwendungsnachweise vornehmen kann.

In allen folgenden Tabellen wurden Einzelbeträge und Summen bzw. Salden jeweils für sich kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich beim Nachvollzug der Summen und Salden anhand der Tabellendaten geringfügige Differenzen ergeben.

2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Einzelplans 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

2.1 Ergebnisplan des Einzelplans 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit	154.287	158.269	171.641	164.665	164.667	164.669	164.671
2. Erlöse aus Transferleistungen	177.401	144.570	160.560	157.277	156.769	149.267	147.078
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen	0	0					
5. Sonstige Erlöse	15.171	82.249	10.148	66.062	63.936	64.591	61.609
6. Erlöse aus Verrechnungen		1.627	19	23	23	24	25
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	166.083	161.943	153.751	185.604	200.358	189.553	187.305
8. Personalkosten	34.309	33.749	35.714	39.309	40.081	40.439	40.806
a) Kosten für Entgelte	12.875	12.157	13.606	12.627	12.807	12.871	12.867
b) Kosten für Bezüge	13.488	13.686	13.868	15.135	15.491	15.669	15.906
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	10	3	10	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	2.492	3.145	3.384	3.350	3.402	3.427	3.448
e) Kosten für Versorgungsleistungen	5.444	4.757	4.846	8.197	8.381	8.472	8.585
9. Kosten für Transferleistungen	198.750	295.412	270.207	247.324	228.644	233.681	234.345
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen	136.460	146.271	197.506	151.567	161.009	166.739	168.973
12. Sonstige Kosten	1.457	166.349	504	14.046	14.794	13.474	13.983
13. Kosten aus Verrechnungen		1.636	31	38	28	28	28
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-190.200	-418.644	-315.346	-249.861	-259.518	-265.363	-272.057
15. Erlöse aus Beteiligungen		1.473		1.138	1.138	1.138	1.138
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				20	20	20	19
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	2	103		50	40	30	20
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		0					
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		51.877		0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten		422	411	399	386	373	359
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen		64		78	78	78	78
22. Finanzergebnis	2	-50.787	-411	731	734	737	740
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	-190.198	-469.431	-315.757	-249.130	-258.784	-264.626	-271.317
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	-190.198	-469.431	-315.757	-249.130	-258.784	-264.626	-271.317
28. Globale Mehrkosten			0	9.728	10.190	9.964	8.533
29. Globale Minderkosten				-12.923	-13.084	-19.580	-19.582
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	-190.198	-469.431	-315.757	-245.935	-255.890	-255.010	-260.268

Es wird die Ergebnisrechnung des Einzelplans dargestellt. Weitere Ausführungen sind den Ergebnisrechnungen der Produktgruppen zu entnehmen.

2.2 Doppischer Finanzplan des Einzelplans 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	345.803	373.201	336.678	326.187	324.351	317.561	313.763
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	395.154	484.509	452.531	461.423	458.605	444.998	442.728
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-49.352	-111.308	-115.853	-135.236	-134.254	-127.437	-128.965
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	53.962	33.367	62.201	66.779	69.514	77.142	28.140
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		925					
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen		54					
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	6.071	216	5.625	53	17	8	8
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	66.358	101.250	145.272	130.277	139.585	137.435	110.481
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	4.188	3.044	5				
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	93.241	122.740	69.533	116.795	114.928	118.649	93.516
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	193	53	515	214	214	214	214
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	7.051	18.095	4.750	15.202	39.852		
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	558	115	356	15.508	27.220	12.333	2.846
14. Globale Minderauszahlungen			-13.644	-5.092	-6.932	-7.818	-6.156
15. Saldo aus Investitionen	-111.556	-210.736	-138.961	-206.072	-245.336	-183.663	-172.753
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	43	62	59	50	50	50	50
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen			200	400	400	400	400
18. Saldo gegebene Darlehen	43	62	-141	-350	-350	-350	-350
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		58					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten		2					
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		56					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-160.866	-321.926	-254.955	-341.658	-379.940	-311.450	-302.068

Es wird die Finanzrechnung des Einzelplans dargestellt. Weitere Ausführungen sind den Ergebnisrechnungen der Produktgruppen und Investitionen und Darlehen der Aufgabenbereiche zu entnehmen.

3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Aufgabenbereich 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Steuerung und Service							
Erlöse	185	884	610	632	632	633	634
Kosten	15.815	15.013	15.730	16.090	16.281	16.410	16.792
Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism							
Erlöse	2.182	3.050	1.604	1.740	1.740	1.740	1.740
Kosten	22.101	22.822	14.076	16.400	16.791	18.516	16.841
Recht und Planfeststellungsbehörde							
Erlöse	1.065	2.340	720	995	995	995	995
Kosten	5.003	4.231	4.299	5.023	5.185	5.301	5.308
Zentraler Ansatz							
Erlöse							
Kosten			0	-6.168	-6.317	-12.896	-13.103
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten	-39.488	-35.791	-31.171	-27.978	-28.573	-23.964	-22.469

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen							
Auszahlungen aus Investitionen	222	104	-13.636	-5.092	-6.932	-7.818	-6.156
Saldo aus Investitionen	-222	-104	13.636	5.092	6.932	7.818	6.156

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Aufgabenbereich 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität							
Erlöse	154.603	304.821	172.785	158.068	158.068	158.068	158.068
Kosten	169.894	185.314	52.626	57.522	57.925	56.708	56.352
Infrastruktur							
Erlöse	21.632	58.094	10.606	60.547	57.188	54.116	50.931
Kosten	241.319	374.046	272.671	213.694	225.315	220.355	218.202
Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen							
Erlöse			167	0	0	0	0
Kosten			16.496	22.379	23.020	23.661	24.302
Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen							
Erlöse	158.805	0	148.577	153.563	155.720	147.541	147.372
Kosten	3.459	0	154.905	161.531	164.198	155.087	154.517
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten	-79.632	-196.444	-164.563	-82.947	-99.482	-96.085	-97.002

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen	33.609	12.966	42.345	45.006	47.041	52.884	24.370
Auszahlungen aus Investitionen	134.481	113.917	106.655	131.945	140.680	133.672	100.817
Saldo aus Investitionen	-100.872	-100.951	-64.310	-86.939	-93.639	-80.788	-76.447

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Logistik, Schifffahrt, umw. WiPolitik							
Erlöse	624	7.199	0	2.946	2.663	2.549	2.329
Kosten	7.328	7.652	2.610	3.791	3.833	3.860	3.823
Innovation, Technologie, Cluster							
Erlöse	7	1.352	446	1.080	668	668	668
Kosten	21.773	11.835	7.317	10.511	12.561	12.534	12.560
Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstl.							
Erlöse	0	184					
Kosten	3.821	3.641	3.349	3.783	3.824	3.733	3.747
Zentrale Programme des AB 270							
Erlöse				349	1.048	1.747	2.096
Kosten				400	1.200	2.000	2.400
Hafen							
Erlöse		1.741	1.290	1.574	2.273	2.622	2.622
Kosten	21.314	182.213	84.391	80.197	69.640	86.587	90.358

Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten	-53.606	-194.865	-95.931	-92.734	-84.406	-101.129	-105.172
---	----------------	-----------------	----------------	----------------	----------------	-----------------	-----------------

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963	
Auszahlungen aus Investitionen	28.237	124.105	100.526	139.202	163.852	124.000	100.000
Saldo aus Investitionen	-7.274	-103.142	-79.563	-118.239	-142.889	-103.037	-100.000

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Aufgabenbereich 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Internationale Wirtschaftsbeziehungen							
Erlöse		80		0	0	0	0
Kosten	2.362	1.874	1.658	1.919	1.957	1.981	2.006
Wirtschaftsförderung							
Erlöse	361	3.466	0	2.270	940	1.650	39
Kosten	11.998	18.118	14.487	29.851	28.383	20.962	21.012
Agrarwirtschaft							
Erlöse	1.957	5.080	1.535	3.746	3.755	3.758	3.782
Kosten	10.596	30.965	10.429	11.510	11.671	11.770	11.850
Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft							
Erlöse							
Kosten			477	446	467	488	510
Zentrale Programme Wirtschaft							
Erlöse	5.440	0	4.028	1.725	903	3.652	3.283
Kosten	275		2.605	6.292	6.549	7.691	7.351
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten	-17.472	-42.331	-24.092	-42.276	-43.429	-33.832	-35.624

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen	5.461	623	4.518	863	1.527	3.303	3.778
Auszahlungen aus Investitionen	8.649	7.171	13.242	6.849	17.267	10.959	6.240
Saldo aus Investitionen	-3.188	-6.548	-8.724	-5.986	-15.740	-7.656	-2.462

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	43	62	59	50	50	50	50
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen			200	400	400	400	400
Saldo gegebene Darlehen	43	62	-141	-350	-350	-350	-350

Es wird auf die Ausführungen in den Ergebnisrechnungen der Produktgruppen und Investitionen und Darlehen der Aufgabenbereiche verwiesen.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

Die Zentralverwaltung der BWVI administriert die Abläufe/Verfahren einer angemessenen Ressourcenausstattung und -verwendung für die Wahrnehmung der behördlichen Fachaufgaben. Neben der Unterstützung der Behördenleitung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben insbesondere bei der Begleitung der parlamentarischen Verfahren auf Landes- und Bundesebene sind hier alle übergreifenden Zuständigkeiten der Themen Finanzen, Personal, Controlling und Beteiligungsverwaltung gebündelt.

Der Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus hat folgende Schwerpunkte:

- Standortmarketing (Steuerung/Zusammenarbeit mit HMG, HHT, HCB, hamburg.de, dot.hamburg),
- Branchenbetreuung Tourismus,
- Veranstaltung von Hafengeburtstag und DOM,
- Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg, mit den norddeutschen Ländern und überregional.

Das Rechtsamt übernimmt die rechtliche Beratung der übrigen Fachämter und der Behördenleitung, alle Rechtsbehelfsverfahren wie auch die rechtliche Vertretung der Behörde vor den Gerichten. Daneben obliegen dem Rechtsamt eine Reihe eigener Fachaufgaben, wie z.B.

- als Rechtsaufsicht über die Hamburg Port Authority AöR (HPA),
- als Landeskartellbehörde und ministeriell im Bereich Wettbewerbs- und Preisrecht,
- bei ministeriellen Aufgaben im Bereich des Wegerechts und der Wegenutzung,
- als Verkehrsgewerbeaufsicht (Güterkraftverkehr, Omnibus- und U-Bahnverkehr, Verkehr mit Taxen und Mietwagen),
- ministerielle Aufgaben im Bereich des Gewerbe- und Handwerksrechts, einschließlich der Aufgaben als Aufsichtsbehörde über die Handwerkskammer und die Handelskammer,
- als Planfeststellungsbehörde,
- bei Insolvenzen und Zwangsvollstreckungen,
- im Bereich des Katastrophenschutzes und der Notfallvorsorge.

4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

4.1.2.1 Produktgruppe 268.01 Steuerung und Service

4.1.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 268.01 Steuerung und Service

Die Präsidialabteilung ist Schnittstelle zwischen den Ämtern der BWVI und der Behördenleitung. Sie koordiniert die Aufgabenwahrnehmung im Verhältnis zum Bund und den anderen Ländern sowie zu den Intendanzeinheiten des Senats.

Die Verwaltungsabteilung mit den Referaten Personal, Organisation, IT und interne Dienste unterstützt die Behörden- und Amtsleitung bei der Administration der entsprechenden Aufgaben.

Die Abteilung Finanzen und Controlling ist der interne Dienstleister in allen finanziellen Fragen. Sie unterstützt die Leitungskräfte im Hinblick auf die Planung und den Einsatz der finanziellen Ressourcen.

Die Beteiligungsverwaltung ist zuständig für das Controlling der der BWVI zugeordneten öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen, v.a. in den Bereichen Hafen, Marketing, Verkehr und Luftverkehr. Der betriebswirtschaftliche Prüfdienst prüft u.a. als Preisüberwachungsstelle Hamburg die Zulässigkeit der Preise bei öffentlichen Aufträgen.

Die Innenrevision erstellt Risikoanalysen, analysiert und bewertet das Interne Kontrollsystem. Sie berät die Behördenleitung in allen Angelegenheiten der Wahrnehmung von Kontrollaufgaben.

4.1.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 268.01 Steuerung und Service

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	185	884	610	632	632	633	634
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.546	6.478	7.214	6.754	6.956	6.956	7.150
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	3.379	3.106	3.723	3.278	3.450	3.450	3.636
b) davon IT-Kosten	1.884	1.957	1.693	1.793	1.793	1.793	1.793
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz		4		4	4	4	4
3. Personalkosten	8.166	8.101	8.268	9.103	9.093	9.222	9.438
a) Kosten für Entgelte	3.285	3.087	3.475	3.253	3.159	3.222	3.328
b) Kosten für Bezüge	3.011	3.112	2.918	3.230	3.304	3.336	3.387
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	10	1	7	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	633	803	830	825	809	822	847
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.228	1.098	1.038	1.795	1.821	1.842	1.876
4. Kosten für Transferleistungen				0	0	0	0
5. Kosten aus Abschreibungen	9	38	140	37	36	36	8
6. Sonstige Kosten	95	395	108	196	196	196	196
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.631	-14.128	-15.120	-15.458	-15.649	-15.777	-16.158
8. Erlöse des Finanzergebnisses				0	0	0	0
9. Kosten des Finanzergebnisses		0		0	0	0	0
10. Finanzergebnis		0		0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-15.631	-14.128	-15.120	-15.458	-15.649	-15.777	-16.158
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-15.631	-14.128	-15.120	-15.458	-15.649	-15.777	-16.158
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-15.631	-14.128	-15.120	-15.458	-15.649	-15.777	-16.158

Die Erlöse beinhalten vor allem die Erstattungen der Bewirtschaftungs- und Dienstleistungskosten des Dienstgebäudes Alter Steinweg durch den Personalärztlichen Dienst sowie den Landesbetrieb Zentrum für Aus- und Fortbildung und Arbeitsmedizinischer Dienst des Personalamtes, den Landesbetrieb Verkehr sowie die Marketinggesellschaften und Cluster. Zudem erfolgt in dieser Produktgruppe die Erstattung der Intendantleistungen, welche für die Landesbetriebe Straßen, Brücken und Gewässer und Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen erbracht werden. Des Weiteren werden Erlöse durch die Vermietung von Stellplätzen am Dienstgebäude Alter Steinweg erzielt.

Die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit umfassen die Kosten für den Dienstbetrieb der Behörde, wie beispielsweise Fremdreinigung, Instandhaltungen, Energiekosten, Geräte und Ausstattungsgegenstände, Reisekosten und Büromaterial. Zudem entstehen Kosten für die Mieten des Dienstgebäudes Alter Steinweg für die gesamte Behörde und Kosten im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT Technik und der Inanspruchnahme von Dataportdienstleistungen.

Die Sonstigen Kosten beinhalten insbesondere die Kosten aus haushaltsrelevanter Verrechnung mit anderen Behörden, Aus- und Fortbildungskosten sowie andere betriebliche Aufwendungen, wie Kfz-Steuer oder Lizenzkosten. Der Ist-Wert 2015 enthält zudem periodenfremde Aufwendungen. In diesem Kontenbereich sind Aufwandsentschädigungen für Deputierte enthalten.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.1.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 268.01 Steuerung und Service

Z1: Schaffung einer angemessenen Ressourcenausstattung und deren Nutzung für die Erledigung der Fachaufgaben in der BWVI (Kennzahlen 1 bis 3)

Z 2: Sicherstellung des angemessenen Einflusses der BWVI auf sämtliche der BWVI zugeordneten Beteiligungen (Kennzahlen 4 bis 6)

4.1.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 268.01 Steuerung und Service

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_268_01_001 1. Kosten der Intendantleistung IT pro Bildschirmarbeitsplatz	EUR	1.400,34	1.430,88	1.193,97	1.316,02	1.381,64	1.421,02	1.461,80
B_268_01_002 2. Kosten der Intendantleistung Personalverwaltung-, -planung, -entwicklung je Mitarbeiter/in	EUR	1.201,14	1.420,49	1.139,47	1.548,41	1.607,86	1.653,69	1.701,14
B_268_01_003 3. Kosten der Intendantleistung Interner Service pro Mitarbeiter/in	EUR	2.691,29	2.909,10	2.854,02	3.208,46	3.341,28	3.436,54	3.535,15
B_268_01_004 4. Zu steuernde unmittelbare Beteiligungen	ANZ	20	20	20	20	20	20	20
B_268_01_005 5. Zu steuernde mittelbare Beteiligungen	ANZ	119	120	115	120	120	120	120
B_268_01_006 6. Betreute Geschäftsführerverträge	ANZ	31	31	31	33	33	33	33

Die Kennzahlen sind ressourcenbegründend.

Kennzahlen 1 bis 3: Intendantleistungen sind Verwaltungsgemeinkosten, die durch behördeninterne Dienste für interne Leistungsabnehmer entstehen. Die Planwerte ab 2017 wurden auf Basis der Personalkostenverrechnungssätze für die jeweiligen Jahre ermittelt. Darin erhalten sind die ab dem Haushaltsjahr 2017 geltenden Zuschlagssätze für Beihilfe/Heilfürsorge und Zuführungen zu Versorgungsrückstellungen. Die Ist- bzw. Planwerte 2014-2016 sind aufgrund der Anwendung der jeweils geltenden Zuschlagssätze nur beschränkt vergleichbar.

Kennzahl 4: Unmittelbare Beteiligungen sind Beteiligungen der FHH bzw. HGV ("Töchter").

Kennzahl 5: Mittelbare Beteiligungen sind Beteiligungen der "Töchter", aus Sicht von FHH bzw. HGV mithin indirekte Beteiligungen bzw. "Enkel".

4.1.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 268.01 Steuerung und Service

IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zentralverwaltung	INT						
Erlöse	240	884	610	632	632	633	634
Kosten	15.815	15.013	15.730	16.090	16.281	16.410	16.792
Saldo Jahresergebnis 1	-15.576	-14.128	-15.120	-15.458	-15.649	-15.777	-16.158
Zentralverwaltung							
Erlöse		-884	-/-	-632	-632	-633	-634
Kosten		-15.013	-/-	-16.090	-16.281	-16.410	-16.792
Saldo Jahresergebnis 2	-15.576	0	-/-	0	0	0	0
Zentralverwaltung							

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.1.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 268.01 Steuerung und Service

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		124,14	131,10	131,24	126,48	123,14	120,14

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.1.2.2 Produktgruppe 268.02 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

4.1.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 268.02 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

Im letzten Jahrzehnt hat sich der Tourismus zu einer der zentralen Leitökonomien mit stabil über der weltwirtschaftlichen Entwicklung liegenden Wachstumsraten entwickelt. Hamburg hat daran u.a. dank einer Steigerung der Übernachtungszahlen um fast 100 % seit 2005 erheblich profitiert. Inzwischen arbeiten in unserer Stadt ca. 100.000 Menschen in der ganz überwiegend mittelständisch geprägten Tourismusbranche, Tendenz weiter steigend. Die BWVI fördert diese Entwicklung über die städtische Hamburg Tourismus GmbH und den koordinierten Ausbau des touristischen Marketings aller städtischen und privaten Akteure. Sie unterstützt private Investoren bei Ausbau oder Neu-Ansiedlung ihrer touristischen Unternehmen, so stieg z.B. die Zahl der Hotelbetten in den letzten zwei Jahren um ca. 5.000 auf aktuell rund 57.900.

Für den Senat verfolgt die BWVI das Ziel, gemeinsam mit der Hamburg Marketing GmbH und ihren Tochtergesellschaften Hamburg Tourismus GmbH, Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH und Hamburg Convention Bureau GmbH, die nationale und internationale Bekanntheit der Metropolregion Hamburg, und damit auch Hamburgs, zu steigern. Ziel ist es außerdem, unter Einbindung aller relevanten Akteure die Attraktivität und Internationalität des Standortes herauszustellen. Mittels der Eröffnung der Elbphilharmonie gilt es, das Profil Hamburgs als Kulturstadt zu etablieren und mit der Marke Hamburg zu verknüpfen. Außerdem ist die Verbreitung und Nutzung des im Sommer 2016 durch Senatsbeschluss eingeführten modernisierten Hamburger Kommunikationsmusters durch Dienststellen, öffentliche Unternehmen, große Projekte und mit der „Familie Hamburg“ verbundene Institutionen, Festivals etc. eine wesentliche Voraussetzung für die weiterhin starke, moderne und erfolgreiche Hamburg-Kommunikation.

Der Stabsbereich bewirtschaftet das Heiligengeistfeld, veranstaltet den DOM und den Hafengeburtstag und koordiniert im Rahmen der Regionalpolitik die Zusammenarbeit mit Hamburgs Nachbarn. Für die BWVI betrifft dies insbesondere die Küstenwirtschafts- und Verkehrsministerkonferenzen, Treffen mit den Industrie- und Handelskammern und dem Unternehmensverband Nord. Ebenso geht es um Projekte der bi- und multilateralen Zusammenarbeit zwischen den Ländern Norddeutschlands.

Im Weiteren koordiniert der Stabsbereich für Hamburg Grundsatzfragen der Metropolenpolitik, die Mitarbeit in der Metropolregion Hamburg (MRH) und die Teilnahme an deren Gremiensitzungen. Ebenso erfolgt die Abstimmung mit den anderen Trägern der Metropolregion (Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie die dazugehörigen Kreise und kreisfreien Städte) sowie der Geschäftsstelle der MRH zu wesentlichen organisatorischen und inhaltlichen Fragen.

Die bilateralen Förderfonds der MRH – Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein, Hamburg/Niedersachsen und Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern – sind das einzige Finanzierungsinstrument der regionalen Zusammenarbeit in der MRH. Gemeinsam mit den Förderfonds-Geschäftsstellen in Kiel, Lüneburg und Schwerin berät der Stabsbereich über die Förderung von beantragten Projekten der Kommunen und bereitet deren Beschlussfassung im Lenkungsausschuss der MRH vor.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.1.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 268.02 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	2.182	3.007	1.604	1.700	1.700	1.700	1.700
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.207	5.382	4.998	6.437	6.437	6.437	6.437
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.666	2.095	2.091	2.091	2.091	2.091	2.091
b) davon IT-Kosten		11		11	11	11	11
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	1.338	1.390	1.347	1.670	1.665	1.690	1.715
a) Kosten für Entgelte	375	408	365	429	405	411	418
b) Kosten für Bezüge	640	650	655	732	749	760	771
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter		0					
d) Kosten für Sozialleistungen	73	111	106	127	123	125	127
e) Kosten für Versorgungsleistungen	251	220	221	382	388	394	399
4. Kosten für Transferleistungen	15.112	13.084	7.417	7.900	8.300	10.000	8.300
5. Kosten aus Abschreibungen	239	239	6	7	3	3	3
6. Sonstige Kosten	205	2.727	308	386	386	386	386
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-19.919	-19.815	-12.472	-14.700	-15.091	-16.816	-15.141
8. Erlöse des Finanzergebnisses		43		40	40	40	40
9. Kosten des Finanzergebnisses		0		0	0	0	0
10. Finanzergebnis		43		40	40	40	40
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-19.919	-19.772	-12.472	-14.660	-15.051	-16.776	-15.101
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-19.919	-19.772	-12.472	-14.660	-15.051	-16.776	-15.101
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-19.919	-19.772	-12.472	-14.660	-15.051	-16.776	-15.101

Der Ist-Wert 2015 der Erlöse beinhaltet zusätzliche nicht planbare Erlöse aus haushaltsrelevanter Verrechnung und periodenfremde Erträge. Der Planwert ab 2017 orientiert sich an den Vorjahreswerten. Ab 2017 werden Erlöse für den Hafengeburtstag geplant, gleichzeitig werden die Erlöse aus dem Dom Bereich an die durchschnittlich realisierten Beträge angepasst.

Die erhöhten Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit ab 2017 ff. ergeben sich vor allem aus dem durchschnittlichen planerischen Bedarf und per Staatsvertrag vereinbarten Ansatz für die Förderfonds der Metropolregion Hamburg und die Planung von Kosten für den Hafengeburtstag. Zudem enthalten sie zusätzliche Kosten für ein Sicherheitskonzept für den Hamburger DOM und die Anpassung des Vertragsverhältnisses mit der Veranstaltungsbeauftragten für den Hafengeburtstag. Des Weiteren sind ab 2017 Kosten für den bisher im Einzelplan der Finanzbehörde geplanten Erlöszuschuss an hamburg.de geplant.

Der Ist-Wert 2015 der Kosten für Transferleistungen beinhaltet neben den institutionellen Zuwendungen an die Marketinggesellschaften auch die Förderung durch KTT-Mittel, welche unterjährig von der Finanzbehörde per Sollveränderung übertragen werden.

Die Sonstigen Kosten beinhalten vor allem Kosten für sonstige betriebliche Aufwendungen, wie Steuerzahlungen, Kosten aus haushaltsrelevanter Verrechnung und periodenfremde Aufwendungen.

Ab 2017 werden Erlöse des Finanzergebnisses geplant für die Beteiligung an Dot Hamburg.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.800	1.800
VE für Kosten für Transferleistungen				2.500	2.500
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit dienen vorrangig dazu, mehrjährige vertragliche Verpflichtungen im Rahmen des Förderfonds der Metropolregion Hamburg einzugehen.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen werden für mehrjährige Projektförderungen an die HMG und deren Tochterunternehmen benötigt.

4.1.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 268.02 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

Z1: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion und überregionale Zusammenarbeit (Kennzahl 10)

Z 2: Stärkung Hamburgs als Tourismusdestination (Kennzahlen 3 bis 9, 11)

4.1.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 268.02 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_268_02_003 3. Eigenfinanzierungsanteil der HHT	%	69	64	64	64	64	64	64
B_268_02_005 5. Übernachtungen in Hamburg in Mio.	ANZ	12,1	12,6	13,9	14,1	14,9	15,8	16,7
B_268_02_006 6. davon ausländischer Übernachtungen in Hamburg in Mio.	ANZ	2,9	3,1	3,2	3,5	3,7	3,9	4,3
B_268_02_007 7. davon Übernachtungen in Hamburg, geschäftlicher Anlass in Mio.	ANZ	4,6	4,8	4,9	5,4	5,7	6,0	6,4
B_268_02_008 8. davon Übernachtungen in Hamburg, privater Anlass in Mio.	ANZ	8,0	8,5	8,5	9,5	10,1	10,7	11,3
B_268_02_009 9. Veranstaltungstage auf dem Heiligengeistfeld	ANZ	125	100	140	94	124	94	124
B_268_02_010 10. User des zweisprachigen Webportals der Hamburg Marketing GmbH „Hamburg News“	ANZ				303.600	334.000	367.400	404.100
B_268_02_011 11. Anfragen, die beim HCB für Tagungen und Kongresse eingehen	ANZ	443	537	535	540	540	540	540

Die Kennzahlen 3 bis 8 sind wirkungsbezogen.

Kennzahl 5 und 6: Die Daten werden durch das Statistische Landesamt erhoben.

Kennzahl 8: Die Finanzbehörde wertet die Hotelsteueranmeldungen zur Kultur- und Tourismussteuer (KTT) nach "steuerbaren" und "nicht-steuerbaren" Übernachtungen aus. Die "nicht-steuerbaren" Übernachtungen sind allerdings nicht zu 100% mit Geschäftsreisen gleichzusetzen, da ein voraussichtlich sehr geringer Anteil von aus anderen Gründen nicht-steuerbaren Übernachtungen enthalten sein kann (z.B. Übernachtungen unter 10 Euro

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kosten) und nicht ausgeschlossen werden kann, dass Geschäftsreisende auf den Nachweis ihres entsprechenden Reiseanlasses verzichten bzw. die Hotels keine Abfrage durchführen.

Kennzahl 9: Die Anzahl der Veranstaltungstage auf dem Heiligengeistfeld beinhaltet nicht die Auf- und Abbautage. Diese Kennzahl ist ressourcenbegründend und wirkungsbezogen. Angaben vorbehaltlich des weiteren Sanierungsverlaufes des Heiligengeistfeldes.

Kennzahl 10: „User“ bezeichnet die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums, hier eines Jahres, das zweisprachige Internet-Angebot „Hamburg News“ besuchen. Gemessen werden die Zugriffe pro Computer (IP-Adresse).

Kennzahl 11: Hierbei handelt es sich um die Anzahl der beim HCB eingegangenen Anfragen aus dem MICE-Bereich (Meetings Incentives Conventions Events) mit mehr als 10 Teilnehmenden. Die Quote der MICE-induzierten an den Gesamt-Übernachtungen beträgt ca. 20 % im Jahresdurchschnitt.

4.1.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 268.02 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourismus	822							
Erlöse		1.793	2.666	1.318	1.454	1.454	1.454	1.454
Kosten		21.306	22.239	13.557	15.845	16.230	17.950	16.273
Saldo Jahresergebnis 1 Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourismus		-19.512	-19.573	-12.239	-14.391	-14.776	-16.496	-14.819
Erlöse			128	-/-	95	92	94	92
Kosten			999	-/-	1.133	1.141	1.175	1.210
Saldo Jahresergebnis 2 Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourismus		-19.512	-20.444	-/-	-15.430	-15.825	-17.577	-15.937
Geschäftsst. der Metropolregion Hamburg	822							
Erlöse		388	384	286	286	286	286	286
Kosten		796	583	519	555	561	566	568
Saldo Jahresergebnis 1 Geschäftsst. der Metropolregion Hamburg		-407	-199	-233	-269	-275	-280	-282
Erlöse			26	-/-	71	68	69	68
Kosten			202	-/-	509	509	521	541
Saldo Jahresergebnis 2 Geschäftsst. der Metropolregion Hamburg		-407	-375	-/-	-707	-715	-732	-755

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.1.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 268.02 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		19,83	19,35	20,85	20,85	20,05	20,05

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.1.2.3 Produktgruppe 268.03 Recht und Planfeststellungsbehörde

4.1.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 268.03 Recht und Planfeststellungsbehörde

Die Produktgruppe umfasst zum einen die Rechtsberatung und Rechtsvertretung der gesamten Behörde in allen Geschäftsfeldern der BWVI. Von übergeordnetem Interesse bleibt die Umsetzung des Hamburgischen Transparenzgesetzes. Im Zuge der Clusterpolitik und der unterschiedlichen Joint Ventures im Zusammenhang mit der Digitalisierung und verschiedenen Innovationsprojekten sind vermehrt Absichtserklärungen und vertragliche Bindungen sowie Betreibermodelle zu entwerfen oder zu prüfen. Einen Kapazitätsschwerpunkt bildet die Beratung zur Vergabe, zum Bau und zur Finanzierung bei allen gewichtigen Infrastrukturvorhaben der Behörde (insbesondere Verkehrsausbauten).

Schwerpunkt bei den Fachaufgaben ist nach der ministeriellen Umsetzung des neuen Spielhallengesetzes nunmehr die Regelung der praktischen Durchführungsaufgaben, die Aufsicht über Handelskammer und Handwerkskammer sowie zunehmend auch die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Geldwäsche. Von Bedeutung ist ferner die Aushandlung und Betreuung gesamtstädtischer Verträge zur Nutzung öffentlicher Wege, z.B. durch Verkehrs- und Telekommunikationsunternehmen oder auch für Betreiber der Infrastruktur für Elektromobilität. Kapazitär fällt die Daueraufgabe der Rechtsaufsicht über die HPA und die Aufgabe der Verkehrsgewerbeaufsicht (z.B. Genehmigungen und Kontrollen im Taxenverkehr, Modernisierung der Tarifstrukturen, personenbeförderungsrechtliche Bewertung von neuen Modellen urbaner Mobilität, Liberalisierung der Fernbuslinien) besonders ins Gewicht.

In der aktuellen Haushaltsperiode steht schließlich die Durchführung von Planfeststellungsverfahren bzw. von Gerichtsverfahren im Hinblick auf wichtige Infrastrukturprojekte an. Dazu zählen als Verkehrsprojekte etwa der Ausbau und die Überdeckung der A 7 wie auch die Weiterführung der A 26 West und Ost, oder der Netzausbau von U-Bahnen und S-Bahnen (Elektrifizierung der AKN, Neubau U 5, Neubau S 4), bei den Hafeninfrastrukturen die Westerweiterung Eurogate und bei den Gewässerausbauten die Umsetzung der Wasserwirtschaftsmaßnahmen des Süderelbefonds. Zudem ist auch die Auseinandersetzung um die Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht abgeschlossen.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.1.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 268.03 Recht und Planfeststellungsbehörde

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	1.065	2.340	720	995	995	995	995
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	457	309	107	608	650	690	690
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	454	279	104	605	647	687	687
3. Personalkosten	3.464	3.310	3.727	3.941	4.046	4.107	4.114
a) Kosten für Entgelte	1.088	1.037	1.160	1.223	1.263	1.282	1.258
b) Kosten für Bezüge	1.551	1.467	1.679	1.553	1.589	1.611	1.637
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter		0					
d) Kosten für Sozialleistungen	210	303	316	329	339	345	341
e) Kosten für Versorgungsleistungen	614	504	572	836	855	869	878
4. Kosten für Transferleistungen	1.079	410	458	390	405	420	420
5. Kosten aus Abschreibungen	3		6	5	5	5	5
6. Sonstige Kosten	0	138	1	1	1	1	1
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.938	-1.826	-3.579	-3.950	-4.112	-4.228	-4.235
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses		64		78	78	78	78
10. Finanzergebnis		-64		-78	-78	-78	-78
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-3.938	-1.890	-3.579	-4.028	-4.190	-4.306	-4.313
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-3.938	-1.890	-3.579	-4.028	-4.190	-4.306	-4.313
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-3.938	-1.890	-3.579	-4.028	-4.190	-4.306	-4.313

Bei der Verkehrsgewerbeaufsicht führte die Aufarbeitung von Rückständen im Bereich der Ordnungswidrigkeiten zu höheren Gebühreneinnahmen. Außerdem kam es im Bereich Verkehrsrecht zu einer außerordentlichen Erstattung von Prozesskosten, dadurch ist der Ist-Wert 2015 erhöht.

Die geplanten Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit berücksichtigen eine zunehmende Anzahl von Projekten. Darüber hinaus berücksichtigen die Planwerte auch die Kosten für externe Rechtsberatung.

Die Kosten des Finanzergebnisses ab 2017 beinhalten vor allem die Kosten für den Verlustausgleich an die Eichdirektion Nord. Hierbei erfolgt eine Korrektur durch die Verschiebung aus den Kosten für Transferleistungen.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				300	300
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit dienen vorrangig dazu mehrjährige vertragliche Verpflichtungen im Rahmen der Planfeststellung einzugehen.

4.1.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 268.03 Recht und Planfeststellungsbehörde

Z1: Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handelns im Aufgabenbereich der BWVI (Kennzahl 1).

Z2: Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch Mitwirkung bei der Gesetzgebung auf EU-, Bundes- und Landesebene, durch Durchführung rechtssicherer Zulassungsverfahren und wettbewerbsrechtlicher Verfahren sowie durch Ausübung von Aufsichts- und Vollzugsfunktionen (Kennzahlen 2 bis 7).

4.1.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 268.03 Recht und Planfeststellungsbehörde

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_268_03_001 1. Zu beratende Mitarbeiter/innen in Belangen der Rechtsberatung, Rechtsprüfung und Rechtsvertretung (inkl. Gerichtsprozesse)	ANZ	1.185	1.154	1.246	1.152	1.145	1.138	1.131
B_268_03_002 2. Verfahren im Bereich der Planfeststellungsbehörde	ANZ	163	127	130	180	180	180	180
B_268_03_003 3. davon Planfeststellungsverfahren für Hafenausbauten	ANZ	114	84	70	70	70	70	70
B_268_03_004 4. davon Planfeststellungsverfahren für Verkehrsausbauten	ANZ	37	28	30	30	30	30	30
B_268_03_005 5. davon Planfeststellungsverfahren für Hochwasserschutz/Gewässerausbauten	ANZ	12	15	30	80	80	80	80
B_268_03_006 6. Aufsichtsmaßnahmen im Bereich der Geldwäscheprävention	ANZ	253	161	150	150	150	150	150
B_268_03_007 7. Genehmigungsverfahren in der Verkehrsgewerbeaufsicht	ANZ	1.523	1.571	1.220	1.400	1.400	1.400	1.400

Kennzahlen 3 bis 5: Erfasst werden Zulassungsverfahren sowie Rechtsschutzverfahren mit dem Zähler 1. Dies bringt mit sich, dass sowohl Großverfahren als auch kleinere Änderungsverfahren mit dem gleichen Zählwert (1) erfasst werden. Gleichwohl lässt sich die Arbeit einer Zulassungsbehörde nicht anders darstellen, da sie, ohne selbst Einfluss auf Zahl und Bedeutung der Verfahren zu haben, die anstehenden Projekte zu bewältigen hat. Die Aufteilung in Tätigkeitsbereiche lässt keine Rückschlüsse zu, da die Planfeststellungsbehörde durchlässig organisiert ist, um Spitzenbelastungen gerade bei Großprojekten überhaupt zu bewältigen. Im Übrigen weist eine Vielzahl von Verfahren Überschneidungen auf (gerade im Bereich Hafen- und Gewässerausbauten). Infolge des angelaufenen Hochwasserschutzprogramms wie auch im Bereich der Verkehrsprojekte ist mit einer hohen Zahl von Zulassungsverfahren zu rechnen.

Kennzahl 6: Aufsichtsmaßnahmen im Bereich der Geldwäscheprävention sind alle operativen Aktivitäten, die auf die Einhaltung der Vorschriften des Geldwäschegesetzes durch die jeweiligen Unternehmen abzielen. Hierzu gehören: Vorortkontrollen, Kontrollen im schriftlichen Verfahren, Verwaltungsanordnungen, Bußgeldverfahren aber auch Informationsmaßnahmen (Beratung der Unternehmen, Kontakte zu Multiplikatoren, Internetinformationen).

Kennzahl 7: Die Verkehrsgewerbeaufsicht ist Ansprechpartner für alle Unternehmen in Hamburg, die gewerblich Personen oder Güter befördern. Genehmigungen zum Verkehr mit Bussen, der U-Bahn, Taxen, Mietwagen und für den Güterkraftverkehr werden hier erteilt. Die Verkehrsgewerbeaufsicht achtet auf die Einhaltung der gesetzlichen Spielregeln durch die Betriebe und ahndet Verstöße.

4.1.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 268.03 Recht und Planfeststellungsbehörde

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Recht	INT							
Erlöse			292					
Kosten		650	295	560	300	308	313	316
Saldo Jahresergebnis 1 Recht		-650	-4	-560	-300	-308	-313	-316
Erlöse			-292	-/-				
Kosten			-295	-/-	-295	-303	-308	-311
Saldo Jahresergebnis 2 Recht		-650	0	-/-	-5	-5	-5	-5
Fachaufg. im Amt R	416							
Erlöse		1.065	1.278	720	795	795	795	795
Kosten		3.657	3.030	3.139	3.457	3.549	3.609	3.600
Saldo Jahresergebnis 1 Fachaufg. im Amt R		-2.592	-1.752	-2.419	-2.662	-2.754	-2.814	-2.805
Erlöse			249	-/-	216	214	217	211
Kosten			2.164	-/-	2.442	2.484	2.524	2.588
Saldo Jahresergebnis 2 Fachaufg. im Amt R		-2.592	-3.668	-/-	-4.889	-5.023	-5.121	-5.182
Planfeststellung	421							
Erlöse			771		200	200	200	200
Kosten		695	905	600	1.266	1.328	1.379	1.392
Saldo Jahresergebnis 1 Planfeststellung		-695	-134	-600	-1.066	-1.128	-1.179	-1.192
Erlöse			63	-/-	171	170	173	168
Kosten			556	-/-	1.316	1.344	1.375	1.429
Saldo Jahresergebnis 2 Planfeststellung		-695	-627	-/-	-2.211	-2.302	-2.381	-2.454

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.1.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 268.03 Recht und Planfeststellungsbehörde

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		48,07	52,89	53,43	53,43	53,43	53,43

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.1.2.4 Produktgruppe 268.04 Zentraler Ansatz

4.1.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 268.04 Zentraler Ansatz

Für die Produktgruppe Zentraler Ansatz werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollveränderung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden ebenfalls dort ausgewiesen.

4.1.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 268.04 Zentraler Ansatz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				5.416	5.428	5.452	5.439
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit				-5.416	-5.428	-5.452	-5.439
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)				-5.416	-5.428	-5.452	-5.439
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)				-5.416	-5.428	-5.452	-5.439
16. Globale Mehrkosten			0	1.339	1.339	1.232	1.040
17. Globale Minderkosten				-12.923	-13.084	-19.580	-19.582
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			0	6.168	6.317	12.896	13.103

Es werden die Globalen Mehr- und Minderkosten der BWVI abgebildet. Darüber hinaus sind für den Einzelplan Sonstige Kosten geplant, die insbesondere zur Deckung unvorhergesehener Abschreibungen aus Anlagenabgängen dienen und bei Bedarf in die entsprechende Produktgruppe übertragen werden können.

4.1.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 268.04 Zentraler Ansatz

Für die Produktgruppe Zentraler Ansatz werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

4.1.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 268.04 Zentraler Ansatz

Für die Produktgruppe Zentraler Ansatz werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

4.1.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 268.04 Zentraler Ansatz

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentraler Ansatz BWVI	992							
Erlöse								
Kosten				-283	-6.168	-6.317	-12.896	-13.103
Saldo Jahresergebnis 1 Zentraler Ansatz BWVI				283	6.168	6.317	12.896	13.103
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentraler Ansatz BWVI				-/-	6.168	6.317	12.896	13.103

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.1.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 268.04 Zentraler Ansatz

In der Produktgruppe Zentraler Ansatz werden keine Vollzeitäquivalente ausgebracht.

4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen	222	104	8				
Summe sonstige Investitionen	-222	-104	-8				
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen						-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen			-13.644	-5.092	-6.932	-7.818	-6.156

Summe Investitionsmittel	-222	-104	13.636	5.092	6.932	7.818	6.156
---------------------------------	-------------	-------------	---------------	--------------	--------------	--------------	--------------

Die getätigten Auszahlungen 2015 für die sonstigen Investitionen erfolgten für die IT-Projekte der Behörde; es erfolgten unterjährig Sollüberträge aus dem IT-Globalfonds des Einzelplan 9.2. In der BWVI erfolgt keine Planung dieser Mittel.

4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

Im Aufgabenbereich 268 Steuerung und Service werden keine Darlehen dargestellt.

4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

Im Aufgabenbereich 268 Steuerung und Service werden keine wesentlichen gesetzlichen Leistungen dargestellt.

4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

Aus der Ermächtigung der Produktgruppe 268.01 Steuerung und Service Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit zu verursachen, dürfen bis zu 100 Tsd. Euro Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

In der PG 268.02 Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus sind die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit zu verursachen einseitig deckungsfähig zugunsten der Personalkosten und Kosten für Transferleistungen.

Die Ermächtigung Kosten zu verursachen, ist in Höhe von bis zu 20% des abgebenden Kontenbereichs einseitig deckungsfähig zugunsten der sonstigen Kosten innerhalb einer Produktgruppe.

Die Ermächtigung Kosten für Transferleistungen und sonstige Kosten zu verursachen ist übertragbar, da die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gefördert wird. Die Ermächtigung Kosten des Finanzierungsergebnisses zu verursachen ist übertragbar, da die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gefördert wird.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

--

4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 269 Verkehr und Straßenwesen

Hamburg ist das dynamische Herz einer Metropolregion mit fünf Millionen Einwohnern, mit ungebrochenem Wachstumspotenzial und hoher nationaler und internationaler Anziehungskraft. Als erfolgreicher Handels- und Hafenplatz hat Hamburg eine besondere Beziehung zu Wirtschaft und Arbeit.

Über 420.000 Ein- und Auspendler/innen erwarten verlässliche und leistungsfähige Verkehrsangebote. Bedeutende Quellen und Ziele starker Verkehrsströme – wie Hafen und Flughafen, große Industrieanlagen und Gewerbebetriebe – liegen nicht an der Peripherie, sondern zentral in der Stadt. Eine vorausschauende und ausgewogene, integrierte Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung mit positivem Bezug zu den wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt einerseits und den Rahmenbedingungen für eine lebenswerte attraktive Metropole für nahezu zwei Millionen Einwohner/innen und eine stets zunehmende Zahl an Besuchern/innen andererseits ist unabdingbar. Daher sind die Themenfelder Verkehr und Straßenwesen für die Wirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg überaus bedeutend, gleichermaßen aber auch für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, vor allem unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Menschen. Die daraus erwachsenden Herausforderungen und Chancen einer prosperierenden, sich aber auch wandelnden Stadt - in den nächsten Jahrzehnten wird die bereits heute spürbare Dynamik weiter anhalten - macht es erforderlich, die städtische Infrastruktur, und dazu gehört vorrangig das Verkehrssystem, so zu entwickeln, dass Hamburg mit fast zwei Millionen Einwohnern und mindestens einer Million sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen noch attraktiver und lebenswerter wird. Das Erfordernis, eine moderne Infrastruktur bedarfsgerecht auf der Grundlage nachhaltiger Planung zu entwickeln, zu schaffen und zu erhalten, ist unbestritten. Dies gilt vor allem für das Straßennetz. Die bisher bekannten Prognosen zum Umschlagspotenzial des Hamburger Hafens lassen einen erheblichen Anstieg des hafenbedingten Güterverkehrs erwarten – Transporte aus und in die Region werden zum größten Teil per LKW „auf der Straße“ abgewickelt. Daneben wird der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Modal Split auch in der nahen Zukunft weiterhin dominierend sein. Andererseits ist beim Verkehrsverhalten und der Wahl der Verkehrsmittel innerhalb Hamburgs eine Trendwende hin zu mehr umweltorientierten Verkehrsmitteln (öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad, Zufußgehen) zu erkennen, deren Fortgang sich aber in den nächsten Jahren bestätigen muss.

Zahlreiche Maßnahmen zur Förderung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) auf der Schiene und auf der Straße sowie forcierte Aktivitäten auf dem Gebiet des Radverkehrs dienen der Zielerreichung. Hamburg hat es sich zum Ziel gesetzt, den Anteil des Radverkehrs auf 25 % zu steigern. Vor allem die Fertigstellung des Veloroutennetzes, die Umsetzung eines Ausbau- und Instandsetzungsziels für Radverkehrsanlagen (Radwege, Radfahrstreifen, Fahrradstraßen) und die Weiterentwicklung der Verknüpfungen mit dem ÖPNV (Bike & Ride) sind hier zu nennen.

Die Aufgabe der BWVI ist es u.a., die hierfür notwendigen Ergänzungsmaßnahmen und Verbesserungen, aber auch die erforderlichen neuen Projekte unter Berücksichtigung der heutigen und künftigen Herausforderungen zu planen und zu realisieren und den sicheren Betrieb zu gewährleisten. Schlüsselprojekte wie der Neubau der A 26 West und Ost (ehem. sogenannte Hafenquerspanne), der 6- bzw. 8-streifige Ausbau der A 7 einschl. Überdeckelungen nördlich des Elbtunnels sowie der Ausbau südlich des Elbtunnels, die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, Maßnahmen zur Busbeschleunigung und weitere Umsetzung der Radverkehrsstrategie und der Fahrradwerkstatt sowie das systematische, kontinuierliche Straßen-Erhaltungsmanagement (EMS) sind vorrangige Aufgaben. Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan bedürfen im Fernstraßenbereich mit dem Ausbau der A 1 und der A 23 weitere Aufgaben der konkreten Vorbereitung.

Ein wichtiges Ziel ist es, die Entwicklung der Infrastruktur mit ihren Vorteilen und Begleiterscheinungen in einem konstruktiven und offenen Dialog mit der Bevölkerung, den Betroffenen und den Interessenträgern zu vermitteln und den großen und beständig wachsenden Informationsbedarf zu verkehrsbezogenen Themen zu befriedigen. Hierzu wird bei den planenden Dienststellen künftig ein höherer Aufwand entstehen.

Als übergeordnete Leitlinien für die Hamburger Verkehrspolitik und -planung sind im Mobilitätsprogramm 2013 formuliert:

- Erreichbarkeit der Welthandelsstadt Hamburg sichern,
- Öffentlichen Verkehr als Rückgrat für die Mobilität stärken,
- Mobilität effizient managen und vernetzen,
- Elektromobilität entwickeln, Verkehrs- und Lebensräume gestalten,
- Mobilität kontinuierlich planen.

Die Arbeitsschwerpunkte des Aufgabenbereichs Verkehr und Straßenwesen liegen in folgenden Aufgabenfeldern:

- Einbindung Hamburgs in die nationale und internationale Verkehrsebene,
- Sicherstellung einer konstruktiven Zusammenarbeit auf Länderebene, vor allem auf der der norddeutschen Küstenländer,
- Absicherung von infrastrukturellen Anpassungsmaßnahmen durch rechtssichere Zulassungsverfahren für den Flughafen und Überwachung der Einhaltung von Sicherheitsanforderungen an den Betrieb des Flughafens, der ein

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

maßgeblicher Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs als Zentrum Norddeutschlands ist,

- Kontinuierliche Verkehrsentwicklungsplanung auf Basis einer sorgfältig aufbereiteten Datengrundlage,
- Aufbau eines Verkehrsmodells zur Abschätzung der Veränderungen im Verkehrsgeschehen und deren Wirkungen in der Zukunft vor dem Hintergrund ökonomischer und anderer gesellschaftlicher Entwicklungen (z.B. des demografischen Wandels),
- Aufzeigen der Entwicklungsziele und Handlungsoptionen für einen stadtverträglichen Verkehr und eine intakte Verkehrsinfrastruktur einschl. ÖPNV und nicht motorisiertem Verkehr (Radverkehr, Fußverkehr), dadurch Absicherung der Mobilitätsbedürfnisse zukünftiger Generationen,
- Stärkung der Nahmobilität in der Stadtentwicklung durch Formulierung und Vertretung der verkehrlichen Belange in der allgemeinen städtebaulichen Planung und speziell in der Bauleitplanung,
- Durchführung von Verkehrsuntersuchungen für Projekte des Bundes und Hamburgs einschließlich Verkehrsdatenerhebung und Auswertung,
- Wachstumsorientierte Weiterentwicklung des Flughafens Hamburg als leistungsfähiger, sicherer und umweltfreundlicher Verkehrsflughafen für Norddeutschland bei gleichzeitiger Verbesserung des Lärmschutzes für die betroffene Bevölkerung,
- Einführung und Umsetzung einer Strategie für Intelligente Verkehrs- / Transportsysteme (ITS-Strategie),
- Prioritätsbildung bei Netzergänzungen und für bestimmte Bereiche (z.B. HafenCity),
- Veränderung des Modal Split, d.h. des Nutzungsverhältnisses der Verkehrsträger, zugunsten ÖPNV / Rad- und Fußverkehr,
- Erstellung von Verkehrsprognosen für die einzelnen Verkehrszweige im Rahmen integrativer Betrachtung sowie stadtteilbezogene Verkehrsuntersuchungen,
- Sicherstellung einer sicheren und leistungsfähigen Verkehrsabwicklung auf der bereits vorhandenen Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer,
- Entwicklung und Verbesserung der Verkehrsangebote und der Infrastruktur des ÖPNV (z.B. U 4, S 4, Busbeschleunigung) sowie der Leistungsvorgaben und Tarife einschl. der Finanzierung der Maßnahmen, um alle Bereiche der Stadt durch einen hochwertigen und leistungsfähigen öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn zu erschließen und den Bewohnern/innen und Besuchern/innen dieser Stadt einen einfachen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen,
- Steuerung des LSBG als Aufsicht führende Behörde,
- Überwachung der technischen Sicherheit von Bahnen als Dienstleistung,
- Förderung des Radverkehrs mit den Schwerpunkten Velorouten, markierte Radverkehrsführungen auf den Fahrbahnen, Stärkung des Radverkehrs in den Stadtteilen und Ausbau des StadtRad-Systems,
- Förderung des Zufußgehens und alternativer Verkehrsformen wie CarSharing und Elektromobilität,
- Zuweisung der erforderlichen Finanzmittel für Bautätigkeiten primär von LSBG und Bezirken im Bereich Straßen und Brücken,
- Kosten- und Terminüberwachung für Maßnahmen und Verkehrsprojekte in der Baulast des Bundes (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen),
- Wahrnehmung zentraler kommunaler Aufgaben des Straßenwesens wie Erarbeitung von Grundlagen der Straßen- und Brückenbautechnik sowie der Verkehrstechnik,
- Abschluss von Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen,
- Wahrnehmung der Aufgaben des Aufgabenträgers für projektbezogene Leistungen in Planung, Entwurf und Baudurchführung sowie für betriebliche Leistungen gegenüber dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
- Steuerung des Anlagevermögens im Bereich Straßen und Brücken mit dem Ziel des Erhalts und der gezielten Weiterentwicklung incl. Optimierung der Konzepte für Erhaltungs- und Investitionsmaßnahmen unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

4.2.2.1 Produktgruppe 269.01 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

4.2.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 269.01 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

Die Produktgruppe „Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten, Verkehrsentwicklung und Mobilität“ besteht aus den Produkten „Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten“, „Verkehrsentwicklung“ und „Mobilität“. In dem Produkt „Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten“ werden als Dienstleistung die Einbindung Hamburgs in die nationale und internationale Verkehrsebene gewährleistet und eine konstruktive Zusammenarbeit auf Länderebene, insbesondere mit den norddeutschen Küstenländern, sichergestellt. In diesem Zusammenhang werden auch verkehrspolitische Fragestellungen betreut, vor allem im Eisenbahnwesen, und die Willensbildung hierzu auf bundes- und europäischer Ebene begleitet. Das Produkt umfasst die Koordination und die vorausschauende Ressourcenplanung und -Sicherung und den Bereich Luftverkehr. Der Focus des Flughafens der

Metropolregion Hamburg liegt auf einem dichten Netz von innereuropäischen Direktflügen und einer hervorragenden Anbindung an die deutschen Drehkreuze als Bindeglied zum weltweiten Luftverkehr. Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens sind rechtssichere Zulassungsverfahren und die zuverlässige Überwachung von Sicherheitsanforderungen. Gleichzeitig ist die politische Positionierung auf nationaler und europäischer Ebene zur nachhaltigen Standortentwicklung erforderlich.

Das Produkt „Verkehrsentwicklung“ umfasst die Beschäftigung mit den grundlegenden Zusammenhängen der Mobilität und Verkehrsentwicklung in der Stadt. Auf einer sorgfältig aufbereiteten und verlässlichen Datengrundlage werden mit dem methodischen Handwerkszeug der modernen städtischen Verkehrsentwicklungsplanung die siedlungsstrukturellen und verkehrlichen Wechselwirkungen beobachtet und analysiert. Sich auch vor dem Hintergrund der ökonomischen und anderer gesellschaftlicher Entwicklungen wie z.B. dem demographischen Wandel abzeichnende und notwendige Veränderungen im Verkehrsgeschehen werden hinsichtlich ihrer Wirkungen in der Zukunft modellmäßig abgeschätzt. Auf diesem Wissen aufbauend werden vor dem Hintergrund der allgemeinen verkehrs- und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen die Entwicklungsziele und Handlungsoptionen für einen stadtverträglichen Verkehr und eine intakte Verkehrsinfrastruktur in Hamburg formuliert und aufgezeigt (kontinuierliche Verkehrsentwicklungsplanung). Das so entwickelte Zielsystem wird neben den allgemeinen verkehrlichen und infrastrukturellen Belangen in die städtebaulichen Planverfahren sowie die Vorhaben anderer eingebracht.

In dem Produkt „Mobilität“ wird darauf hingearbeitet, dass in Hamburg auf der bereits vorhandenen Verkehrsinfrastruktur eine sichere und leistungsfähige Verkehrsabwicklung aller Verkehrsteilnehmer möglich ist. Sie sorgt dafür, dass alle Bereiche der Stadt durch einen hochwertigen und leistungsfähigen öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn erschlossen sind und dass allen Bewohnern/innen und Besuchern/innen dieser Stadt ein einfacher Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht wird. In diesem Produkt wird auch dafür gesorgt, dass die Angebote im Radverkehr weiter verbessert werden und dass alternative Verkehrsformen wie Carsharing und Elektrofahrzeuge ihren Platz erhalten. Schließlich wird als Dienstleistung die technische Sicherheit von Bahnen überwacht.

4.2.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 269.01 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	154.603	304.821	172.785	158.068	158.068	158.068	158.068
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.900	5.356	3.521	46.761	47.115	45.798	45.404
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>		148		150	150	150	150
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>		211	150	80	80	80	80
3. Personalkosten	6.034	6.652	7.697	8.415	8.655	8.719	8.718
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	1.847	2.031	2.487	2.206	2.289	2.294	2.221
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	2.745	3.028	3.386	3.653	3.740	3.779	3.835
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>		1	1	0	0	0	0
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	356	563	665	645	666	669	663
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	1.085	1.029	1.158	1.911	1.960	1.977	1.999
4. Kosten für Transferleistungen	160.960	166.955	41.400	2.304	2.115	2.152	2.190
5. Kosten aus Abschreibungen		3	7	5	2	0	0
6. Sonstige Kosten	0	6.348	1	37	38	39	40
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.291	119.507	120.159	100.546	100.143	101.360	101.716
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-15.291	119.507	120.159	100.546	100.143	101.360	101.716
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-15.291	119.507	120.159	100.546	100.143	101.360	101.716
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-15.291	119.507	120.159	100.546	100.143	101.360	101.716

Im Kontenbereich "Erlöse" resultiert das hohe Ist 2015 aus Umbuchungen von im Zentralen Programm veranschlagten und eingenommenen Transferleistungen (Regionalisierungsmittel). Die Planwerte 2017/2018 für Konzessionsabgaben und Gebühren wurden im Vergleich zum Doppelhaushalt 2015/2016 an die tatsächlich erreichbaren Erlöse und damit nach unten korrigiert.

Im Kontenbereich "Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit" ist die Erhöhung der Planwerte 2017/2018 auf Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr zurückzuführen, die 2015/2016 im Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" veranschlagt wurden.

Im Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" ergibt sich das hohe Ist 2015 hauptsächlich aus Kosten für Verkehrsdienstleistungen. Korrespondierend zu den Erlösen werden jedoch auch die Kosten im Zentralen Programm geplant.

Die Planwerte 2017/2018 dieses Kontenbereiches sind stark abgesenkt, weil der größte Anteil der Planwerte 2015/2016 zukünftig im Kontenbereich "Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit" geplant wird (Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr).

Im Kontenbereich "Sonstige Kosten" resultieren die hohen Ist-Kosten 2015 hauptsächlich aus periodenfremden Abgrenzungen, die für das Haushaltsjahr 2015/2016 nicht berücksichtigt worden sind. Die Anmeldung 2017/2018 resultiert aus den Erfahrungswerten 2015 (Auswertung der Ist-Buchungen).

In diesem Kontenbereich sind Aufwandsentschädigungen für die Prüfungen für den Erwerb von Lizenzen für Luftfahrtpersonal enthalten.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				47.109	45.792
VE für Kosten für Transferleistungen				2.115	2.152
VE für Sonstige Kosten				31	32
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für mehrjährige Vertragsvergaben benötigt. Diese dienen vor allem der Einrichtung und dem Betrieb eines öffentlichen Fahrradleihsystems sowie Maßnahmen zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs und der Umsetzung der EU-Richtlinie Umgebungslärmschutz (Verkehrslärm).

4.2.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 269.01 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

Z 1: Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur Hamburgs zur Stärkung der Verkehrsträger im Sinne eines Modal Split, der den großstädtischen Bedingungen und dem Anspruch auf Nachhaltigkeit gerecht wird (Kennzahlen 1 bis 4).

Z 2: Sicherstellen einer optimierten Mobilität auf der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer (Kennzahlen 5 bis 9).

Z 3: Wachstum des Hamburg Airport und Ausbau der internationalen Verbindungen ab Hamburg Airport (Kennzahlen 10 bis 16).

4.2.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 269.01 Überg.Verkehrsang,-entwicl,Mobilität

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_269_01_001 1. Entwicklung der KFZ-Verkehrsstärken auf Stadtstraßen	%	94	94	-	95	95	95	95
B_269_01_002 2. Entwicklung des Radverkehrs	%	166	165	174	191	204	216	229
B_269_01_003 3. Stellplätze in P+R-Anlagen	ANZ	8.510	7.825	9.620	7.957	8.150	8.539	8.539
B_269_01_004 4. Entwicklung der Fahrgastzahlen im HVV	%	+69,3	+71,7	+74,6	+77,4	+80,1	+82,8	+85,5
B_269_01_005 5. Verbundfahrgäste in Mio.	ANZ	738,3	748,6	761,3	773,4	785,0	796,8	808,8
B_269_01_006 6. Neu hergestellte barrierefreie Bushaltestellen	ANZ	108	86	90	90	90	90	90
B_269_01_007 7. Barrierefreie schienengebundene Haltestellen	ANZ	87	92	103	110	117	123	127
B_269_01_008 8. Ausleihvorgänge für öffentliche Leihfahrräder	ANZ	2.435.000	2.531.000	2.700.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000
B_269_01_009 9. Neu hergestellte gesicherte Bike + Ride – Abstellplätze	ANZ	76	12	-	300	300	300	300
B_269_01_010 10. Passagieraufkommen am Hamburg Airport	ANZ	14,8 Mio.	15,6 Mio.	15,6 Mio.	16,4 Mio.	16,9 Mio.	17,5 Mio.	17,9 Mio.
B_269_01_011 11. Flugbewegungen am Hamburg Airport	ANZ	153.876	158.390	162.159	162.005	164.650	167.015	169.996
B_269_01_012 12. Frachtaufkommen am Hamburg Airport	t	53.906	52.658	65.950	53.860	54.739	55.525	56.517
B_269_01_013 13. Destinationen vom Hamburg Airport	ANZ	113	122	122	123	123	125	126
B_269_01_014 14. davon Destinationen interkontinental	ANZ	9	8	7	6	6	7	7
B_269_01_015 15. davon Destinationen innereuropäisch	ANZ	91	101	103	106	107	108	109
B_269_01_016 16. davon Destinationen innerdeutsch	ANZ	13	13	10	11	10	10	10

Kennzahl 1: Die Kennzahl weist die DTVw (= durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsstärke an Werktagen) im Vergleich zum Basisjahr 1990 aus. Ist-Werte liegen aufgrund umfassender Auswertungsaufgaben i.d.R. ca. 2 Jahre nach dem Betrachtungszeitpunkt vor. Aktuell bekannt ist das Ergebnis 2013 (94 %). Der Wert für 2014 wird im 2. Quartal 2016 erwartet. Als "Stadtstraßen" zählen alle Straßen, die keine Bundesautobahnen oder anbaufreie Strecken von Bundesstraßen sind. Sinnvollerweise gehen im Zusammenhang mit jährlichen und bedarfsbezogenen Verkehrszählungen nur Werte von Straßen mit übergeordneter Bedeutung in diese Kennzahl ein.

Kennzahl 2: Die Kennzahl weist die Veränderung des Radverkehrsaufkommens gegenüber dem Basisjahr 1990 aus. Die Ermittlung der Kennzahl erfolgt über jährlich gezählte Fahrrad-Tageszählstellen. Ist-Werte liegen i.d.R. ca. 1 Monat nach dem Betrachtungszeitraum vor. Aktuell bekannt ist das Ergebnis 2015 (165 %). Die bevorstehende Anpassung des statistischen Bezugsjahres (2000) wird sich auf die Prozentwerte und auf die prozentualen Entwicklungen auswirken.

Kennzahl 3: Die Kennzahl weist die Veränderung der P+R-Stellplatzzahlen in Hamburg gegenüber den vorhergehenden Jahren aus. Durch die Kennzahl werden nur die Stellplätze in den P+R-Anlagen Hamburgs erfasst. Der Belegungsgrad und die Anzahl der Stellplätze in Hamburg werden bisher im Auftrag der Fachbehörde erhoben, da es keine einheitliche Zuständigkeit für die P+R-Plätze auf Betreiberbene gibt. Künftig sollen alle P+R-Anlagen in den Betrieb der P+R-Betriebsgesellschaft übergehen. Der weitere Ausbau der P+R-Plätze hängt von den zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln und den Planungs- und Realisierungszeiten ab, die im Vorfeld nur schwer abgeschätzt werden können.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kennzahl 4: Die Kennzahl weist die Veränderung der Fahrgastzahlen gegenüber dem Basisjahr 1990 aus.

Kennzahl 5: Die Verbundfahrgäste werden aus der HVV-Absatzstatistik ermittelt. Hierzu sind alle Fahrscheine mit Nutzungshäufigkeiten hinterlegt und werden mit der Anzahl der abgesetzten Tickets multipliziert. Die Nutzungshäufigkeiten sind das Ergebnis regelmäßiger Marktforschungen. Ein Verbundfahrgast kann auf seinem Fahrweg mehrere Linien nutzen und auch außerhalb Hamburgs unterwegs sein.

Kennzahl 6: Grundsätzlich sind alle neu herzustellenden Bushaltestellen barrierefrei auszubauen. Die Daten für 2017 ff. beruhen auf der Grundlage der geplanten Straßenbaumaßnahmen mit einem ÖPNV-Anteil bzw. einzelnen Maßnahmen des ÖPNV. Der Ausbau erfolgt überwiegend im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen. Die Definition der Barrierefreiheit und die grundsätzliche Zielsetzung finden sich im Abschnitt 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (HmbGGbM): Nach § 4 sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikations-einrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche barrierefrei, wenn sie für behinderte Menschen ohne besondere Erschwernis und in der Regel ohne besondere Hilfe zugänglich und nutzbar sind. Ziel des HmbGGbM ist dabei nach § 1, die Benachteiligung behinderter Menschen zu beseitigen und zu verhindern sowie die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Dabei wird besonderen Bedürfnissen Rechnung getragen.

Kennzahl 7: Die Planzahlen für den barrierefreien Ausbau der U-Bahn-Haltestellen stellen einen gemittelten Wert für die Jahre 2017 – 2020 dar, da die einzelnen noch auszubauenden Haltestellen jeweils mit den Behindertenverbänden, dem HVV und den parallel laufenden Maßnahmen der HOCHBAHN abgestimmt werden müssen und die Maßnahmen im Einzelnen von weiteren Faktoren (wie z.B. Art und Umfang der baulichen Tätigkeit) abhängen und daher zum Teil eine Bauzeit von mehr als einem Jahr bedürfen.

Kennzahl 8: Auf Grund des kontinuierlichen Ausbaus des StadtRAD-Systems auf insgesamt ca. 210 Leihstationen (Abschluss im Frühjahr 2016) ist mit über 2.8000.000 Ausleihvorgängen pro Jahr zu rechnen.

Kennzahl 9: Die Planzahlen stellen aufgrund der vielfältigen, nicht genau planbaren Randbedingungen der Umsetzung (Abstimmung / Abhängigkeit von Maßnahmen Dritter, Bauzeiten etc.) einen Mittelwert dar.

Kennzahl 10: Es wird erwartet, dass das Passagieraufkommen am Hamburger Flughafen moderat ansteigt.

Kennzahl 11: Aufgrund des steigenden Passagieraufkommens wird auch die Anzahl der Flugbewegungen über die nächsten Jahre zunehmen, wobei sich ein Trend zu größeren und besser ausgelasteten Maschinen abzeichnet.

Kennzahl 12: Es wird angenommen, dass sich das Frachtaufkommen gemäß dem allgemeinen Verkehrsaufkommen entwickelt. Der Flughafen Hamburg stellt hierbei nur die Infrastruktur zur Verfügung, der Frachtumschlag erfolgt durch Dritte.

Kennzahlen 13-16: Die Anzahl der Flugziele, die vom Hamburger Flughafen aus direkt zu erreichen sind, wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht signifikant verändern.

**4.2.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 269.01
Überg.Verkehrsang,-entwicl,Mobilität**

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten	411							
Erlöse		6.184	346	315	318	318	318	318
Kosten		6.796	2.811	3.674	3.300	3.392	3.400	3.457
Saldo Jahresergebnis 1 Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten		-612	-2.465	-3.359	-2.982	-3.074	-3.082	-3.139
Erlöse			279	-/-	296	295	298	290
Kosten			2.158	-/-	3.245	3.305	3.383	3.466
Saldo Jahresergebnis 2 Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten		-612	-4.344	-/-	-5.931	-6.084	-6.167	-6.315
Verkehrsentwicklung	412							
Erlöse		9.122	636					
Kosten		10.024	5.609	2.833	5.743	5.811	4.746	4.343
Saldo Jahresergebnis 1 Verkehrsentwicklung		-902	-4.973	-2.833	-5.743	-5.811	-4.746	-4.343
Erlöse			227	-/-	272	271	271	261
Kosten			1.766	-/-	2.621	2.673	2.662	2.678
Saldo Jahresergebnis 2 Verkehrsentwicklung		-902	-6.513	-/-	-8.092	-8.213	-7.137	-6.760
Mobilität	415							
Erlöse		139.297	303.839	172.470	157.750	157.750	157.750	157.750
Kosten		153.074	176.893	46.119	48.479	48.722	48.562	48.552
Saldo Jahresergebnis 1 Mobilität		-13.777	126.946	126.351	109.271	109.028	109.188	109.198
Erlöse			149	-/-	282	280	283	275
Kosten			924	-/-	2.867	2.922	2.981	3.072
Saldo Jahresergebnis 2 Mobilität		-13.777	126.170	-/-	106.686	106.387	106.490	106.401

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

**4.2.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 269.01
Überg.Verkehrsang,-entwicl,Mobilität**

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		85,94	82,71	100,37	100,37	100,37	99,37

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.2.2.2 Produktgruppe 269.02 Infrastruktur

4.2.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur

Die Produkte "Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)", "Verkehrsinfrastruktur Dritter" und "Bundesfernstraßen" bilden den Kern der Produktgruppe "Infrastruktur".

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sowie eine zukunftsweisende Entwicklung in Hamburg. In den Produkten "Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)" und "Verkehrsinfrastruktur Dritter" wird der Erhalt und Ausbau von Straßen und Schienenwegen in Hamburg gestaltet. Bei der eigenen Infrastruktur agiert Hamburg dabei als Wegebausträger, bei der Infrastruktur Dritter als Veranlasser und ggf. als Finanzierungsgeber. Wesentliche Aufgaben sind beispielsweise der Erhalt der Hauptverkehrsstraßen und die Steuerung der Planung einer neuen S-Bahn (S 4). Es werden unterschiedliche Projektrealisierer beauftragt, fachliche Grundlagen bereitgestellt, die erforderlichen Finanzmittel zugewiesen und Projekte hinsichtlich Kosten und Terminen überwacht. Wichtige Akteure in diesem Zusammenhang sind die unterschiedlichen Fachbereiche der Hamburger Bauverwaltung, aber auch private Unternehmen wie z.B. die Hafen City GmbH oder die Deutsche Bahn und die Hamburger Hochbahn.

In dem Produkt "Bundesfernstraßen" werden die Hamburg als Auftragsverwaltung des Bundes obliegenden Aufgaben der Obersten Landesstraßenbaubehörde wahrgenommen. Dazu gehören u. a. die Betreuung der Programme zur Erhaltung und zum bedarfsgerechten, umfeld- und umweltverträglichen Aus- und Neubau der Fernstraßen in der Baulast des Bundes. Dabei wird auf den LSBG und die DEGES als Dienstleister zur Umsetzung zurückgegriffen.

4.2.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	21.632	56.665	10.606	59.449	56.090	53.018	49.833
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	111.658	130.640	108.131	73.245	86.644	86.863	88.701
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten		36		38	42	34	37
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz		0	0	127	142	114	124
3. Personalkosten	2.620	2.673	2.735	3.332	3.420	3.471	3.523
a) Kosten für Entgelte	580	507	651	568	585	594	603
b) Kosten für Bezüge	1.390	1.495	1.410	1.700	1.742	1.768	1.794
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter			2	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	112	178	202	212	218	221	225
e) Kosten für Versorgungsleistungen	539	493	470	852	875	888	901
4. Kosten für Transferleistungen	4.104	19.712	4.698	2.984	3.018	3.053	3.089
5. Kosten aus Abschreibungen	122.214	130.672	157.033	126.403	123.783	119.848	115.258
6. Sonstige Kosten	723	90.348	74	7.730	8.450	7.120	7.631
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-219.687	-317.381	-262.065	-154.245	-169.225	-167.337	-168.369
8. Erlöse des Finanzergebnisses		1.430		1.098	1.098	1.098	1.098
9. Kosten des Finanzergebnisses		0		0	0	0	0
10. Finanzergebnis		1.430		1.098	1.098	1.098	1.098
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-219.687	-315.951	-262.065	-153.147	-168.127	-166.239	-167.271
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-219.687	-315.951	-262.065	-153.147	-168.127	-166.239	-167.271
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-219.687	-315.951	-262.065	-153.147	-168.127	-166.239	-167.271

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Im Kontenbereich Erlöse sind die hohen Istwerte 2015 auf die Auflösung von Sonderposten zurückzuführen, die nicht in der Höhe geplant wurden. Für die Anmeldung 2017/2018 wurden die Planwerte entsprechend erhöht.

Im Kontenbereich "Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit" resultiert der erhöhte Istwert 2015 u.a. aus Entschädigungszahlungen im Zusammenhang mit dem Deckel A7 und der A26 sowie aus dem Aufwand für Bewirtschaftung/Unterhaltung der Infrastruktur. Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen der bisher bekannten Bauprogramme im Bundesfernstraßennetz ergeben, die es notwendig machen, im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel Kostenanteile für weitere Bundesfernstraßen zu leisten. Über den Ansatz der Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit hinaus dürfen Ausgaben von bis zu 15 Mio. Euro für Baumaßnahmen des Bundes während des laufenden Haushaltsjahres bis zu einem Zeitraum von sechs Monaten zwischenfinanziert werden. Die geleisteten Ausgaben sollen vor Abschluss des Haushaltsjahres durch entsprechende Erstattungen des Bundes ausgeglichen werden. Sofern die Bundesmittel des laufenden Jahres hierfür nicht ausreichen, sind sie vorrangig durch Bundesmittel des Folgejahres auszugleichen.

Im Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" ist der Istwert 2015 so hoch, weil im Bereich Zuwendungen für Planungsleistungen Umbuchungen aus investiven in konsumtive Maßnahmen erfolgten.

Im Kontenbereich "Sonstige Kosten" resultieren die hohen Ist-Kosten 2015 hauptsächlich aus periodenfremden Abgrenzungen, die für das Haushaltsjahr 2015/2016 nicht berücksichtigt worden sind. Die Anmeldung 2017/2018 resultiert aus den Erfahrungswerten 2015 (Auswertung der Ist-Buchungen).

Die Erlöse des Finanzergebnisses 2015 ergeben sich im Wesentlichen aus dem Konsolidierungsbeitrag des LSBG.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				219.100	150.000
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten				8.000	7.000
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit dienen zur mehrjährigen Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieure u.a.) v.a. für Bundesfernstraßen sowie für Maßnahmen auf Straßen, Brücken, Tunneln sowie der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Sonstige Kosten werden für mehrjährige vertragliche Verpflichtungen benötigt.

4.2.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur

Z 1: Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur und stadtverträglichen Ausbau in Hamburg als Bedarfsträger (Kennzahlen 1 bis 11).

Z 2: Effiziente Wahrnehmung der Auftragsverwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen in einer Metropolregion (Kennzahlen 12 bis 14).

4.2.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_269_02_001 1. Stadtstraßenlänge	km	3.943	3.943	3.943	3.943	3.943	3.943	3.943
B_269_02_002 2. Fahrbahnfläche im Hauptverkehrsstraßennetz	qm	5.390.238	5.390.238	5.390.238	5.390.238	5.390.238	5.390.238	5.390.238
B_269_02_003 3. Nebenflächen im Hauptverkehrsstraßennetz	qm	5.005.742	5.005.742	5.005.742	5.005.742	5.005.742	5.005.742	5.005.742
B_269_02_004 4. Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote 4,5 bis 5,0	km	237	195	195	195	195	-	-
B_269_02_005 5. Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote 3,5 bis 4,49	km	167	170	170	175	175	-	-
B_269_02_006 6. Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote 1,5 bis 3,49	km	355	430	430	430	430	-	-
B_269_02_007 7. Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote besser als 1,5	km	152	168	168	164	164	-	-
B_269_02_008 8. Brücken mit der Zustandsnote 3,0 bis 4,0 (Brückenfläche, Land)	qm	31.000	33.000	34.000	35.000	36.000	37.000	38.000
B_269_02_009 9. Brücken mit der Zustandsnote 2,5 bis 2,9 (Brückenfläche, Land)	qm	109.000	115.000	111.000	117.000	118.000	119.000	120.000
B_269_02_010 10. Brücken mit der Zustandsnote besser als 2,5 (Brückenfläche, Land)	qm	172.000	178.000	166.000	174.000	172.000	170.000	168.000
B_269_02_011 11. Neubau / Erneuerung von Radverkehrsanlagen	km	23,5	24,0	25,0	60,0	60,0	60,0	60,0
B_269_02_012 12. Unterhaltung und Instandsetzung Bund: geplante Finanzmittel des Bundes im laufenden Jahr	Mio EUR	80,4	134,4	62	91,6	104,5	94,4	110,4
B_269_02_013 13. Verkehrswegeinvestitionen des Bundes in Hamburg: eingesetzte Finanzmittel Hamburg im laufenden Jahr für Planung und Durchführung	Mio EUR	32,7	28,0	30,0	43,8	45,8	45,5	45,9
B_269_02_014 14. Investitionen Bund: geplante Baukosten Bundeshaushalt	Mio EUR	18,4	12,1	65,0	53,4	82,8	105,4	131,7

Kennzahl 1: Als "Stadtstraßen" zählen alle Straßen, die keine Bundesautobahnen oder anbaufreie Strecken von Bundesstraßen sind, sowie Straßen die sich nicht im Zuständigkeitsbereich von HPA befinden. Sinnvollerweise gehen im Zusammenhang mit jährlichen und bedarfsbezogenen Verkehrszählungen nur Werte von Straßen mit übergeordneter Bedeutung in diese Kennzahl ein.

Kennzahlen 2 bis 7: Erfasst sind die Hauptverkehrsstraßen ohne die Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet (Zuständigkeit HPA) und ohne freie Strecken und Bundesautobahnen (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen). Die Werte der Kennzahlen 2 bis 7 wurden auf- bzw. abgerundet.

Kennzahl 2: Fahrbahnen sind Flächen, die für den Fahrzeugverkehr und ggf. Radverkehr bestimmte Teil der öffentlichen Straßenverkehrsfläche. In Hauptverkehrsstraßen ist die Fahrbahn in der Regel durch Bordsteine von den angrenzenden Flächen getrennt. Eine Abgrenzung kann auch durch Markierung erfolgen.

Kennzahl 3: Nebenflächen sind Straßenverkehrsflächen, welche nicht der Fahrbahn zu zuordnen sind (vgl. Definition

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Fahrbahnflächen).

Zu Kennzahlen 4 bis 7: Die Zustandsnoten beziehen sich in Fahrbahnrichtung jeweils auf den rechten Fahrstreifen. Als Zustandsnote wird der Gesamtwert gemäß ZEB (Zustandserfassung und Bewertung) ausgewiesen. Im Jahr 2014 fand eine erneute Befahrung statt, so dass alle Ist-Kennzahlenwerte den Stand bis 31.12.2014 darstellen. Dies ist ebenfalls Grundlage für die Planwerte 2017 und 2018. Im Jahr 2016 ist die nächste ZEB-Befahrung vorgesehen, die voraussichtlich bis Frühjahr 2017 ausgewertet sein wird. Darauf basierend werden die Kennzahlenwerte für die Jahre 2019 ff entwickelt. Wie in Drs. 20/10333 dargestellt, wird mit dem Erhaltungsmanagement für Hamburger Straßen angestrebt, die Verschlechterung des Zustandes bis 2018 zu stoppen. Die Fahrbahnzustandsnote folgt dem Notensystem (1= sehr gut, 5=sehr schlecht). Liegt der Wert zwischen 3,5 und 4,49 ist der Warnwert erreicht. Ab einem Wert von 4,5 befindet sich die Straße in einem schlechten Zustand.

Kennzahlen 8 bis 10: Die BWVI erarbeitet neue Rahmenbedingungen zur Erhaltung der konstruktiven Ingenieurbauwerke. Im Zuge dieser Überlegungen sollen Erhaltungsstrategien für die Hamburgischen Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke entwickelt werden. In einem ersten Schritt soll die stetige Verschlechterung der Bauwerkssubstanz aufgehalten werden. Dieses Umsetzungsziel wird frühestens mittelfristig erreichbar sein. Bis dahin kann voraussichtlich nicht verhindert werden, dass sich der mittlere Zustand über alle Brückenbauwerke weiter verschlechtern wird. Dadurch werden sich Veränderungen in den 3 Zustandsklassen ergeben, die aktuell nicht planbar sind. Aus Einzelbeurteilungen der Schäden ergibt sich für das Bauwerk eine Gesamtzustandsnote. Diese Note kann zwischen 1,0 und 4,0 liegen. Insgesamt gibt es sechs Zustandsnotenbereiche, die nach der Richtlinie zur einheitlichen Erfassung, Bewertung, Aufzeichnung und Auswertung von Ergebnissen der Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 (RI-EBW-PRÜF) wie folgt definiert sind und einen globalen Bauwerkszustand beschreiben: 1,0 bis 1,4 sehr guter Zustand, 1,5 bis 1,9 guter Zustand, 2,0 bis 2,4 befriedigender Zustand, 2,5 bis 2,9 ausreichender Zustand, 3,0 bis 3,4 nicht ausreichender Zustand, 3,5 bis 4,0 ungenügender Zustand. Die erhöhte Flächengröße ab 2017 ergibt sich aufgrund von Anpassungen des Datenbestands.

Kennzahl 11: Die Werte der Kennzahl 11 wurden auf- bzw. abgerundet. Die Daten bis einschließlich 2014 sind der Radverkehrsstrategie für Hamburg – Fortschrittsbericht 2015 entnommen, welcher auch die Basis für die Ermittlung der Kennzahl ist. Der Ist-Wert 2015 wurde im Rahmen der SKA 21/2850 ermittelt. Die Planwerte für 2016 ff berücksichtigen insbesondere den Ausbau der Velorouten und eine verstärkte Erneuerung von Radverkehrsanlagen in dieser Legislaturperiode. Radverkehrsanlagen ist der in der Fachsprache verwendete Oberbegriff für die verschiedenen Führungsformen des Radverkehrs, die durch bauliche Maßnahmen, Markierung und/oder durch verkehrsregelnde Maßnahmen (Anordnung nach VwV-StVO) geschaffen werden. Hierzu gehören straßenbegleitende und selbstständig geführte Radwege, gemeinsame Geh- und Radwege, Radfahrstreifen, Schutzstreifen sowie Fahrradstraßen. Ab 2017 wird die Länge der jeweils neu gebauten und erneuerten Radverkehrsanlagen einschließlich neu eingerichteter Fahrradstraßen angegeben (bei Straßen mit beidseitig gebauten bzw. erneuerten Anlagen wird so die jeweilige km-Länge der Radverkehrsanlage gezählt).

Kennzahl 12: Die aufgeführten Mittel enthalten Aufwendungen des Bundes für Unterhaltung, Instandsetzung und Erhaltung des Bundesfernstraßennetzes in Hamburg, einschließlich der Personalkosten.

Kennzahl 13: Gemäß Art. 90 (2) GG in Verbindung mit § 20 (1), Satz 2 FStrG obliegt die Straßenbauverwaltung der Bundesfernstraßen den Bundesländern (Auftragsverwaltung). Die Lastenverteilungsregelung nach Art. 104a (2 u. 5) GG sieht vor, dass der Bund die Zweckausgaben und die Länder die Verwaltungsausgaben tragen. Die Zweckausgaben werden direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt; die Verwaltungsausgaben aus dem Landeshaushalt Hamburg. Zu den Verwaltungsausgaben gehören die erforderlichen Personal- und Sachkosten für die Ausführung der Projekte. Im Wesentlichen sind es die Kosten für Planung, Entwurf und Bauüberwachung. Für schwer abgrenzbare Zweckausgaben erstattet der Bund gem. § 6 FStrG den Ländern pauschal 3 % der Bauausgaben. In der Regel betragen die von Hamburg zu tragenden Verwaltungskosten rd. 20 % der Zweckausgaben. Damit werden die Honorare und Entgelte für den LSBG, die Verwaltungskosten für die DEGES und alle weiteren Planungsaufwendungen abgegolten. Die aufgeführten Mittel enthalten keine Kosten für Beteiligungen Hamburgs an Bundesfernstraßenmaßnahmen.

Kennzahl 14: Die aufgeführten Mittel enthalten Aufwendungen des Bundes an Um- und Ausbaumaßnahmen des Hamburger Fernstraßennetzes. Sie sind in Abhängigkeit zur Erlangung des Baurechtes und zur Mittelbereitstellung durch den Bund zu sehen.

4.2.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Stadtstraßen und Brücken (Hamburg) 412								
Erlöse		4.115	6.757	2.033	63	86	86	86
Kosten		147.777	217.457	163.601	115.043	132.734	122.748	113.035
Saldo Jahresergebnis 1 Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)		-143.662	-210.700	-161.568	-114.980	-132.648	-122.663	-112.949
Erlöse			129	-/-	98	97	99	97
Kosten			994	-/-	1.214	1.234	1.269	1.307
Saldo Jahresergebnis 2 Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)		-143.662	-211.565	-/-	-116.097	-133.785	-123.833	-114.159
Verkehrsinfrastruktur Dritter 412								
Erlöse		1.788	45.274	875	52.387	49.005	45.932	42.747
Kosten		57.129	86.614	62.379	49.558	47.066	44.005	40.180
Saldo Jahresergebnis 1 Verkehrsinfrastruktur Dritter		-55.341	-41.340	-61.505	2.828	1.938	1.927	2.567
Erlöse			65	-/-	81	81	82	80
Kosten			507	-/-	787	802	817	844
Saldo Jahresergebnis 2 Verkehrsinfrastruktur Dritter		-55.341	-41.781	-/-	2.122	1.217	1.192	1.804
Bundesfernstraßen 412								
Erlöse		13.486	4.482	6.600	7.000	7.000	7.000	7.000
Kosten		35.779	69.220	45.982	46.109	42.497	50.548	61.898
Saldo Jahresergebnis 1 Bundesfernstraßen		-22.294	-64.738	-39.382	-39.109	-35.497	-43.548	-54.898
Erlöse			106	-/-	87	86	88	87
Kosten			823	-/-	935	952	984	1.015
Saldo Jahresergebnis 2 Bundesfernstraßen		-22.294	-65.454	-/-	-39.957	-36.362	-44.444	-55.827
LB Straßen, Brücken und Gewässer 412								
Erlöse		2.244	1.581	1.098	1.098	1.098	1.098	1.098
Kosten		634	755	708	2.984	3.018	3.053	3.089
Saldo Jahresergebnis 1 LB Straßen, Brücken und Gewässer		1.610	826	390	-1.886	-1.920	-1.955	-1.991
Erlöse				-/-	66	66	67	65
Kosten				-/-	393	403	415	432
Saldo Jahresergebnis 2 LB Straßen, Brücken und Gewässer		1.610	826	-/-	-2.213	-2.257	-2.303	-2.358

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.2.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		32,86	34,75	34,94	34,94	34,94	34,94

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.2.2.3 Produktgruppe 269.03 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

4.2.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 269.03 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

Für die Produktgruppe "Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden per Sollveränderung in die Bezirke übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.2.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 269.03 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			167	0	0	0	0
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			16.243	21.355	21.355	21.355	21.355
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten				0	0	0	0
<i>a) Kosten für Entgelte</i>							
<i>b) Kosten für Bezüge</i>							
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>							
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen				0	0	0	0
5. Kosten aus Abschreibungen			253	818	1.459	2.100	2.741
6. Sonstige Kosten				206	206	206	206
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-16.329	-22.379	-23.020	-23.661	-24.302
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-16.329	-22.379	-23.020	-23.661	-24.302
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-16.329	-22.379	-23.020	-23.661	-24.302
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-16.329	-22.379	-23.020	-23.661	-24.302

Durch die inhaltliche Konkretisierung der Planung sind nun Sonstige Kosten veranschlagt und die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit sind entsprechend abgesenkt.

4.2.2.3.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 269.03 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Rahmenzuweisungen							
Kosten RZ FA MR Betriebs. Straße, sonst. Bauw.			11.546	17.964	17.964	17.964	17.964
Kosten RZ FA MR Unterhalt. Straßenbegleitgrün			2.247	2.247	2.247	2.247	2.247
Kosten RZ FA MR Neu-, Grundin. Straße			1.499	0	0	0	0
Kosten RZ FA MR Erschließung			590	440	440	440	440
Zweckzuweisungen							
Kosten ZZ FA SL Erstatt. Leistungen des LGV			210	210	210	210	210
Kosten ZZ FA MR Förderung Radverkehr			151	0	0	0	0
Kosten ZZ FA MR EMS				700	700	700	700
Abschreibungen							
Abschreibungen			253	818	1.459	2.100	2.741
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			16.496	22.379	23.020	23.661	24.302

Es werden die Zuweisungen der Produktgruppe dargestellt.

4.2.2.3.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 269.03 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
Rahmenzuweisung					
RZ FA MR Betriebs. Straße, sonst. Bauw.				17.705	17.705
RZ FA MR Unterhalt. Straßenbegleitgrün				2.237	2.237
RZ FA MR Erschließung				440	440
Zweckzuweisung					
ZZ FA MR EMS				700	700
Summe VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				21.082	21.082

Die Verpflichtungsermächtigungen gewährleisten einen flexiblen und jahresübergreifenden Mitteleinsatz der Zuweisungen für die Bezirke.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.2.2.4 Produktgruppe 269.04 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

4.2.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 269.04 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

Für die Produktgruppe "Zentrale Programme Verkehr und Straßenwesen" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollveränderung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.2.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 269.04 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	158.805	0	148.577	153.563	155.720	147.541	147.372
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.632		3.519	5.060	5.060	5.060	5.060
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	145						
3. Personalkosten				0	0	0	0
<i>a) Kosten für Entgelte</i>							
<i>b) Kosten für Bezüge</i>							
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>							
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen	827		144.553	151.080	151.396	141.219	139.505
5. Kosten aus Abschreibungen			6.793	3.108	5.071	7.226	9.109
6. Sonstige Kosten		0	40	0	0	0	0
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	155.346	0	-6.328	-5.685	-5.807	-5.963	-6.302
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	155.346	0	-6.328	-5.685	-5.807	-5.963	-6.302
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	155.346	0	-6.328	-5.685	-5.807	-5.963	-6.302
16. Globale Mehrkosten				2.283	2.671	1.582	843
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	155.346	0	-6.328	-7.968	-8.478	-7.545	-7.145

In Zentralen Programmen werden keine Ist Werte ausgewiesen. Der Ist Wert 2014 beruht auf der kameraleen Buchungslogik. Es war möglich, dass ein kameraleer Titel sowohl im Ist bewirtschaftet wurde als auch Sollüberträge leisten konnte. Bei der Überleitung der kameraleen Titel des Zentralen Programmes Verkehr und Straßenwesen in die doppische Struktur wurden zusammen mit dem Ansatz die Ergebnisse technisch gleich übergeleitet. Somit sind die Ist Ergebnisse 2014 in dieser Produktgruppe systematisch durch die Überleitung zu erklären. Es wird ab 2015 keine Ist Werte in dieser Produktgruppe geben. Die Mittel werden an die fachlich zuständigen Produktgruppen übertragen, dort wird auch das Ist ausgewiesen.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				5.560	5.560
VE für Kosten für Transferleistungen				151.396	141.219
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit dienen zur mehrjährigen Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieureaktivierbare u.a.).
Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen werden für mehrjährige Maßnahmen benötigt, die ganz oder zum Teil mittels Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz finanziert werden.

4.2.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 269.04 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

Für die Produktgruppe Zentrale Programm Verkehr und Straßenwesen werden keine Ziele und Kennzahlen ausgewiesen.

4.2.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 269.04 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

Für die Produktgruppe Zentrale Programm Verkehr und Straßenwesen werden keine Ziele und Kennzahlen ausgewiesen.

4.2.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 269.04 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln	992							
Dritter								
Erlöse		158.392		148.577	153.563	155.720	147.541	147.372
Kosten		827		150.669	153.134	154.961	146.452	146.118
Saldo Jahresergebnis 1 Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter		157.565		-2.092	429	759	1.089	1.254
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter		157.565		-/-	429	759	1.089	1.254
Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen	992							
Erlöse		413						
Kosten		2.632		4.236	8.397	9.237	8.634	8.399
Saldo Jahresergebnis 1 Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen		-2.219		-4.236	-8.397	-9.237	-8.634	-8.399
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen		-2.219		-/-	-8.397	-9.237	-8.634	-8.399

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.2.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 269.04 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

Für die Produktgruppe Zentrales Programm Verkehr und Straßenwesen werden keine Vollzeitäquivalente ausgebracht.

4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Öffentliche Straßen und Wege I							
Einzahlungen	1.192	1.055	1.425				
Auszahlungen	51.201	14.622	16.886				
Saldo Öffentliche Straßen und Wege I	-50.008	-13.567	-15.461				
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßen und Wege I						-/-	-/-
Öffentliche Straßen und Wege II							
Einzahlungen							
Auszahlungen		410					
Saldo Öffentliche Straßen und Wege II		-410					
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßen und Wege II						-/-	-/-
Öffentliche Straßen und Wege III							
Einzahlungen		-20					
Auszahlungen		6.016					
Saldo Öffentliche Straßen und Wege III		-6.036					
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßen und Wege III						-/-	-/-
Öffentliche Straßen und Wege IV							
Einzahlungen		56					
Auszahlungen		2.758					
Saldo Öffentliche Straßen und Wege IV		-2.702					
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßen und Wege IV						-/-	-/-
Öffentliche Straßen und Wege V							
Einzahlungen		-5					
Auszahlungen		1.061					
Saldo Öffentliche Straßen und Wege V		-1.066					
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßen und Wege V						-/-	-/-
konstruktive Ingenieurbauwerke I							
Einzahlungen							
Auszahlungen	3.847	2.576	1.557	7.700	7.000	6.199	8.108
Saldo konstruktive Ingenieurbauwerke I	-3.847	-2.576	-1.557	-7.700	-7.000	-6.199	-8.108
Verpflichtungsermächtigung konstruktive Ingenieurbauwerke I				15.000	15.000	-/-	-/-
konstruktive Ingenieurbauwerke II							
Einzahlungen							
Auszahlungen		837					
Saldo konstruktive Ingenieurbauwerke II		-837					
Verpflichtungsermächtigung konstruktive Ingenieurbauwerke II						-/-	-/-
konstruktive Ingenieurbauwerke III							
Einzahlungen							
Auszahlungen		68					
Saldo konstruktive Ingenieurbauwerke III		-68					
Verpflichtungsermächtigung konstruktive Ingenieurbauwerke III						-/-	-/-
Öffentliche Straßen und Wege VI							
Einzahlungen		138					
Auszahlungen		1.643					
Saldo Öffentliche Straßen und Wege VI		-1.505					
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßen und Wege VI						-/-	-/-
Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			500			1.000	1.000
Saldo Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen			-500			-1.000	-1.000
Verpflichtungsermächtigung Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen				1.000	1.000	-/-	-/-

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Erschließung HafenCity							
Einzahlungen							
Auszahlungen	2.012	15.344					
Saldo Erschließung HafenCity	-2.012	-15.344					
Verpflichtungsermächtigung Erschließung HafenCity						-/-	-/-
Jenfeld 23 (Lettow-Vorbeck-Kaserne)							
Einzahlungen							
Auszahlungen	3.568						
Saldo Jenfeld 23 (Lettow-Vorbeck-Kaserne)	-3.568						
Verpflichtungsermächtigung Jenfeld 23 (Lettow-Vorbeck-Kaserne)						-/-	-/-
Flächenentwicklung Bahnflächen Altona							
Einzahlungen	1.107						
Auszahlungen	266		3.282	3.000	2.000		
Saldo Flächenentwicklung Bahnflächen Altona	841		-3.282	-3.000	-2.000		
Verpflichtungsermächtigung Flächenentwicklung Bahnflächen Altona						-/-	-/-
Busbeschleunigungsprogramm I							
Einzahlungen							
Auszahlungen	21.676	7.401	13.000				
Saldo Busbeschleunigungsprogramm I	-21.676	-7.401	-13.000				
Verpflichtungsermächtigung Busbeschleunigungsprogramm I						-/-	-/-
Busbeschleunigungsprogramm II							
Einzahlungen							
Auszahlungen		8.950					
Saldo Busbeschleunigungsprogramm II		-8.950					
Verpflichtungsermächtigung Busbeschleunigungsprogramm II						-/-	-/-
barrierrefr. Ausb. Schnellbahnhaltst.							
Einzahlungen		0					
Auszahlungen	11.091	12.340					
Saldo barrierrefr. Ausb. Schnellbahnhaltst.	-11.091	-12.340					
Verpflichtungsermächtigung barrierrefr. Ausb. Schnellbahnhaltst.						-/-	-/-
Aufhebung der Bahnübergänge Wandsbek							
Einzahlungen	2.000	6.375					
Auszahlungen	7.469	8.268	750	750	750		
Saldo Aufhebung der Bahnübergänge Wandsbek	-5.469	-1.893	-750	-750	-750		
Verpflichtungsermächtigung Aufhebung der Bahnübergänge Wandsbek						-/-	-/-
Ausbau der AKN, 2. und 3. Bauabschnitt							
Einzahlungen							
Auszahlungen	1.660	194					
Saldo Ausbau der AKN, 2. und 3. Bauabschnitt	-1.660	-194					
Verpflichtungsermächtigung Ausbau der AKN, 2. und 3. Bauabschnitt						-/-	-/-
Verlängerung der U4							
Einzahlungen							
Auszahlungen	362						
Saldo Verlängerung der U4	-362						
Verpflichtungsermächtigung Verlängerung der U4						-/-	-/-
Bau Linie S4 von Altona nach Bad Oldeslo							
Einzahlungen							
Auszahlungen	-45	0					
Saldo Bau Linie S4 von Altona nach Bad Oldeslo	45	0					
Verpflichtungsermächtigung Bau Linie S4 von Altona nach Bad Oldeslo						-/-	-/-
Verbindungsbauwerk U-S-Bahn Elbbrücken							
Einzahlungen							
Auszahlungen	294						
Saldo Verbindungsbauwerk U-S-Bahn Elbbrücken	-294						
Verpflichtungsermächtigung Verbindungsbauwerk U-S-Bahn Elbbrücken						-/-	-/-

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Anlagen des Parkraummanagements							
Einzahlungen							
Auszahlungen	901	259					
Saldo Anlagen des Parkraummanagements	-901	-259					
Verpflichtungsermächtigung Anlagen des Parkraummanagements						-/-	-/-
Bike+Ride und Anlagen zum Fahrradparken							
Einzahlungen							
Auszahlungen	56	84					
Saldo Bike+Ride und Anlagen zum Fahrradparken	-56	-84					
Verpflichtungsermächtigung Bike+Ride und Anlagen zum Fahrradparken						-/-	-/-
P+R-Anlage mit Parkhaus in Poppenbüttel							
Einzahlungen							
Auszahlungen		1.709					
Saldo P+R-Anlage mit Parkhaus in Poppenbüttel		-1.709					
Verpflichtungsermächtigung P+R-Anlage mit Parkhaus in Poppenbüttel						-/-	-/-
Umbau des ZOB Barmbek							
Einzahlungen							
Auszahlungen	2.636	2.864					
Saldo Umbau des ZOB Barmbek	-2.636	-2.864					
Verpflichtungsermächtigung Umbau des ZOB Barmbek						-/-	-/-
ZOB Bergedorf							
Einzahlungen							
Auszahlungen	1.319	31					
Saldo ZOB Bergedorf	-1.319	-31					
Verpflichtungsermächtigung ZOB Bergedorf						-/-	-/-
RABT, Ausstat. Brücken- u. Straßentunnel							
Einzahlungen							
Auszahlungen	925	7.200		5.000			
Saldo RABT, Ausstat. Brücken- u. Straßentunnel	-925	-7.200		-5.000			
Verpflichtungsermächtigung RABT, Ausstat. Brücken- u. Straßentunnel						-/-	-/-
Harburger Schlossinsel							
Einzahlungen		587					
Auszahlungen	913	581					
Saldo Harburger Schlossinsel	-913	6					
Verpflichtungsermächtigung Harburger Schlossinsel						-/-	-/-
Hohenfelder Bucht							
Einzahlungen							
Auszahlungen		738		1.000	2.000	2.500	2.500
Saldo Hohenfelder Bucht		-738		-1.000	-2.000	-2.500	-2.500
Verpflichtungsermächtigung Hohenfelder Bucht				17.000	10.000	-/-	-/-
Veloroute 11 - Harburger Chaussee							
Einzahlungen							
Auszahlungen		1.033	3.500	2.000	4.000	2.000	2.000
Saldo Veloroute 11 - Harburger Chaussee		-1.033	-3.500	-2.000	-4.000	-2.000	-2.000
Verpflichtungsermächtigung Veloroute 11 - Harburger Chaussee						-/-	-/-
Inv. i. Zusammenh. m. Bundesfernstraßen							
Einzahlungen							
Auszahlungen	310	992	475				
Saldo Inv. i. Zusammenh. m. Bundesfernstraßen	-310	-992	-475				
Verpflichtungsermächtigung Inv. i. Zusammenh. m. Bundesfernstraßen						-/-	-/-
Öffentliche Straßen und Wege VII							
Einzahlungen		283					
Auszahlungen		6.650					
Saldo Öffentliche Straßen und Wege VII		-6.366					
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßen und Wege VII						-/-	-/-

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Öffentliche Straßen und Wege VIII							
Einzahlungen		518					
Auszahlungen							
Saldo Öffentliche Straßen und Wege VIII		518					
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßen und Wege VIII						-/-	-/-
Jenfelder Allee							
Einzahlungen							
Auszahlungen					500	500	1.100
Saldo Jenfelder Allee					-500	-500	-1.100
Verpflichtungsermächtigung Jenfelder Allee				5.000	4.100	-/-	-/-
Ehesdorfer Heuweg							
Einzahlungen							
Auszahlungen				500	2.000	1.500	2.200
Saldo Ehesdorfer Heuweg				-500	-2.000	-1.500	-2.200
Verpflichtungsermächtigung Ehesdorfer Heuweg				5.700		-/-	-/-
Ausbau BAB A7							
Einzahlungen							
Auszahlungen				14.200	25.900	11.000	1.500
Saldo Ausbau BAB A7				-14.200	-25.900	-11.000	-1.500
Verpflichtungsermächtigung Ausbau BAB A7				156.900	5.500	-/-	-/-
Öffentliche Straßeninfrastruktur							
Einzahlungen							
Auszahlungen				20.000	20.000	20.000	20.000
Saldo Öffentliche Straßeninfrastruktur				-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
Verpflichtungsermächtigung Öffentliche Straßeninfrastruktur				75.000	75.000	-/-	-/-
RZ FA MR-Neu-, Ausb Grundinst. Straße							
Einzahlungen							
Auszahlungen			13.487	9.120	9.120	9.120	9.120
Saldo RZ FA MR-Neu-, Ausb Grundinst. Straße			-13.487	-9.120	-9.120	-9.120	-9.120
Verpflichtungsermächtigung RZ FA MR-Neu-, Ausb Grundinst. Straße				9.220	9.220	-/-	-/-
ZZ FA MR-Förderung Radverkehr							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.349	1.349	1.349	1.349	1.349
Saldo ZZ FA MR-Förderung Radverkehr			-1.349	-1.349	-1.349	-1.349	-1.349
Verpflichtungsermächtigung ZZ FA MR-Förderung Radverkehr				1.349	1.349	-/-	-/-
RZ FA MR-Erschließung							
Einzahlungen			1.350				
Auszahlungen			5.310	3.960	3.960	3.960	3.960
Saldo RZ FA MR-Erschließung			-3.960	-3.960	-3.960	-3.960	-3.960
Verpflichtungsermächtigung RZ FA MR-Erschließung				3.960	3.960	-/-	-/-
ZZ FA MR - EMS							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.400	700	700	700	700
Saldo ZZ FA MR - EMS			-1.400	-700	-700	-700	-700
Verpflichtungsermächtigung ZZ FA MR - EMS				700	700	-/-	-/-
Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter							
Einzahlungen	25.897		39.570	45.006	47.041	52.884	24.370
Auszahlungen	15.710		32.970	36.756	38.791	44.634	24.370
Saldo Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter	10.187		6.600	8.250	8.250	8.250	0
Verpflichtungsermächtigung Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter				38.791	44.634	-/-	-/-
Sicherung der Verkehrsinfrastruktur							
Einzahlungen							
Auszahlungen		268	4.294	14.000	14.200	15.000	15.000
Saldo Sicherung der Verkehrsinfrastruktur		-268	-4.294	-14.000	-14.200	-15.000	-15.000
Verpflichtungsermächtigung Sicherung der Verkehrsinfrastruktur				20.000	20.000	-/-	-/-
Summe Investitionsprogramme	-96.241	-95.639	-56.415	-75.029	-85.229	-66.578	-68.537
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				349.620	190.463	-/-	-/-

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Schnellbahnanbindung Flughafen							
Einzahlungen							
Auszahlungen	76						
Saldo Schnellbahnanbindung Flughafen	-76						
Verpflichtungsermächtigung Schnellbahnanbindung Flughafen						-/-	-/-
Bau der U-Bahn Linie 4 in die Hafencity							
Einzahlungen		2.140					
Auszahlungen	3.135	1.702					
Saldo Bau der U-Bahn Linie 4 in die Hafencity	-3.135	438					
Verpflichtungsermächtigung Bau der U-Bahn Linie 4 in die Hafencity						-/-	-/-
Barrierefr. Gestalt. Anlage Poppenbüttel							
Einzahlungen							
Auszahlungen	565	96					
Saldo Barrierefr. Gestalt. Anlage Poppenbüttel	-565	-96					
Verpflichtungsermächtigung Barrierefr. Gestalt. Anlage Poppenbüttel						-/-	-/-
GI Brücke Deelböge							
Einzahlungen							
Auszahlungen	113	108					
Saldo GI Brücke Deelböge	-113	-108					
Verpflichtungsermächtigung GI Brücke Deelböge						-/-	-/-
GI Brücke Hannoversche Straße							
Einzahlungen							
Auszahlungen	265	3				2.800	
Saldo GI Brücke Hannoversche Straße	-265	-3				-2.800	
Verpflichtungsermächtigung GI Brücke Hannoversche Straße						-/-	-/-
GI Ericusbrücke							
Einzahlungen							
Auszahlungen	764	-86					
Saldo GI Ericusbrücke	-764	86					
Verpflichtungsermächtigung GI Ericusbrücke						-/-	-/-
GI Hoheluftbrücke							
Einzahlungen							
Auszahlungen		17					
Saldo GI Hoheluftbrücke		-17					
Verpflichtungsermächtigung GI Hoheluftbrücke						-/-	-/-
Umgehung Finkenwerder							
Einzahlungen							
Auszahlungen	302	955					
Saldo Umgehung Finkenwerder	-302	-955					
Verpflichtungsermächtigung Umgehung Finkenwerder						-/-	-/-
GI Billhomer Brückenstraße							
Einzahlungen							
Auszahlungen	338						
Saldo GI Billhomer Brückenstraße	-338						
Verpflichtungsermächtigung GI Billhomer Brückenstraße						-/-	-/-
GI Meiendorfer Straße							
Einzahlungen							
Auszahlungen		1.707			1.600		
Saldo GI Meiendorfer Straße		-1.707			-1.600		
Verpflichtungsermächtigung GI Meiendorfer Straße				500		-/-	-/-
GI Unterer Landweg							
Einzahlungen							
Auszahlungen						4.800	5.400
Saldo GI Unterer Landweg						-4.800	-5.400
Verpflichtungsermächtigung GI Unterer Landweg					10.200	-/-	-/-

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
GI Borsigstraße							
Einzahlungen							
Auszahlungen	1.359	1.012		1.000			
Saldo GI Borsigstraße	-1.359	-1.012		-1.000			
Verpflichtungsermächtigung GI Borsigstraße						-/-	-/-
GI Straßburger Straße							
Einzahlungen		259					
Auszahlungen		239		1.000			
Saldo GI Straßburger Straße		20		-1.000			
Verpflichtungsermächtigung GI Straßburger Straße						-/-	-/-
GI Alte Landstraße							
Einzahlungen							
Auszahlungen		3.366	2.790				
Saldo GI Alte Landstraße		-3.366	-2.790				
Verpflichtungsermächtigung GI Alte Landstraße						-/-	-/-
GI Amsinckstraßenbrücke							
Einzahlungen							
Auszahlungen				3.100	5.800	5.600	1.500
Saldo GI Amsinckstraßenbrücke				-3.100	-5.800	-5.600	-1.500
Verpflichtungsermächtigung GI Amsinckstraßenbrücke				12.900		-/-	-/-
GI Legienbrücke							
Einzahlungen							
Auszahlungen		78	3.800	5.300			
Saldo GI Legienbrücke		-78	-3.800	-5.300			
Verpflichtungsermächtigung GI Legienbrücke						-/-	-/-
GI Fuhlsbüttler Straße							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.235	500			
Saldo GI Fuhlsbüttler Straße			-1.235	-500			
Verpflichtungsermächtigung GI Fuhlsbüttler Straße						-/-	-/-
Summe Einzelinvestitionen	-6.916	-6.798	-7.825	-10.900	-7.400	-13.200	-6.900
Verpflichtungsermächtigungen Einzelinvestitionen				13.400	10.200	-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen	3.412	1.580					
Auszahlungen sonstige Investitionen	1.128	94	70	1.010	1.010	1.010	1.010
Summe sonstige Investitionen	2.284	1.485	-70	-1.010	-1.010	-1.010	-1.010
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen				4.040	4.040	-/-	-/-
Summe Investitionsmittel	-100.872	-100.951	-64.310	-86.939	-93.639	-80.788	-76.447

Erläuterungen zu den Investitionsprogrammen

Die in den Investitionsprogrammen und den sonstigen Investitionen jeweils veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen werden für mehrjährige vertragliche Verpflichtungen benötigt.

Öffentliche Straßeninfrastruktur

Um die Funktionsfähigkeit des Straßennetzes zu sichern, ist bei einer Anzahl von Straßen die Durchführung von Grundinstandsetzungen erforderlich. Wesentliche Ursache des schlechten Straßenzustandes ist neben unzureichender Unterhaltung in früheren Jahren auch die gestiegene Verkehrsbelastung (Verkehrsmengen und insbesondere Achslasten), die von den vorhandenen Straßenkonstruktionen bei den bestehenden Untergrundverhältnissen nicht aufgenommen werden kann. Veranschlagt sind daher Grundinstandsetzungsmaßnahmen und Maßnahmen des Neu-, Um- und Ausbaues von Hauptverkehrsstraßen mit Baukosten von bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall sowie Erschließungsmaßnahmen im Bereich von Hauptverkehrsstraßen. Großflächige Erhaltungsmaßnahmen, die den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig

erhöhen und somit als investive Maßnahmen eingestuft sind, werden ebenfalls aus diesem Programm finanziert. Für Erhaltungsmaßnahmen von Hauptverkehrsstraßen betreibt der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer die Programmentwicklung. Über das Programm beschließt ein Lenkungskreis mit Vertretern des Amtes und des Landesbetriebes.

Ein weiterer Bestandteil im Straßenbauprogramm bildet die Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie ergänzend der erforderliche barrierefreie Um- und Ausbau von Bushaltestellen, soweit diese nicht anderen Bereichen/Programmen zugeordnet werden können. Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit werden in Abstimmung mit der Unfallkommission durchgeführt. Ebenfalls Bestandteil dieses Programms ist der Ausbau der Alltagsrouten, die Einrichtung von Radfahr- und Schutzstreifen sowie die Erneuerung von Radwegen sowie der Um- und Ausbau von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes, insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, gradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und komfortable Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen an Hauptverkehrsstraßen. Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall.

Veranschlagt sind auch Mittel für die erforderlichen Voruntersuchungen und Planungen einschließlich aller projektbezogenen Aufwendungen (Ingenieur- und Architektenleistungen, Vermessungsleistungen usw.) der Busbeschleunigung. Des Weiteren dient dieses Programm zur Abdeckung der für die Durchführung notwendigen Vorarbeiten sowie der Ausführungskosten (einschließlich der Kosten für die Bauüberwachung und des Controlling) bis zu 10.000 Tsd. Euro im Einzelfall. Größere Vorhaben werden in Einzelmaßnahmen veranschlagt.

Konstruktive Ingenieurbauwerke I

Ein großer Teil der hamburgischen Brücken hat ein Alter erreicht, in dem durch Zeitschäden, Überbelastungen usw. ihre Funktionsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist. Die Schäden sind durch reine Instandsetzungsmaßnahmen nicht zu beheben, sodass die Bauwerke in wesentlichen Teilen erneuert werden müssen, um sie den gesteigerten Belastungen anzupassen. Erhöhte verkehrliche Anforderungen machen es erforderlich, einige Brücken umzubauen, zu erweitern oder sie in ihrer Tragfähigkeit zu erhöhen. Auch erfordern neue Verkehrsbeziehungen in einigen Fällen die erstmalige Erstellung neuer Brückenbauwerke.

Veranschlagt sind Maßnahmen an hamburgischen Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken außerhalb des Hafens mit Baukosten bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden. Aus Mitteln dieses Programms werden auch Anteile von Planungskosten (1. Stufe) für Einzelinvestitionen finanziert.

Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen

Die in diesem Investitionsprogramm veranschlagten Kostenbeiträge leistet Hamburg gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EBKrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.03.1971, zuletzt geändert durch Art. 281 der Verordnung vom 31. Oktober 2006, oder aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen. Abgebildet ist hier der in der Anlagenbuchhaltung aktivierbare Anteil. Die konsumtiven Anteile sind in der Produktgruppe 269.02 "Infrastruktur" abgebildet.

Flächenentwicklung Bahnflächen Altona

Anlass der Planungen zur Mitte Altona sind die Überlegungen der Deutschen Bahn AG, den Fernbahnhof Altona aus betrieblichen Erwägungen an den Standort Diebsteich zu verlegen. Gleichzeitig befindet sich mit dem aufgegebenen Güterbahnhof und brachliegenden Brauereiflächen im unmittelbaren Umfeld schon heute ein Areal, das für eine vorgezogene Entwicklung unabhängig vom Zeitpunkt der Bahnhofsverlagerung genutzt werden kann. Der Senat hat daher am 18.12.2007 die Einleitung vorbereitender Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach §165 BauGB (VU§165) beschlossen. Der Bericht zur VU §165 BauGB liegt vor. Die freiwerdenden Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße stehen unabhängig von der Verlagerung der Fernbahn bereits heute für eine Neuentwicklung zur Verfügung, befinden sich jedoch räumlich in direkter Nachbarschaft zu den heute noch in Betrieb befindlichen Bahnanlagen nördlich des Bahnhofs Altona. Daher wurde für den Bereich der VU§165 südlich der Stresemannstraße im Jahr 2010 ein städtebaulich-landschaftsplanerischer Wettbewerb durchgeführt und der Siegerentwurf zu einem Masterplan weiterentwickelt, der die Grundlage für die Entwicklung des neuen Stadtteils bildet und der einen ersten Entwicklungsabschnitt an der Harkortstraße sowie einen späteren zweiten Entwicklungsabschnitt ermöglicht. Mit dem Masterplan ist somit die Basis für eine langfristige und nachhaltige Steuerung der Entwicklung südlich der Stresemannstraße gegeben. Nach derzeitigem Planungsstand können im ersten Entwicklungsabschnitt ca. 1.600 und im zweiten Entwicklungsabschnitt weitere rund 1.900 Wohneinheiten realisiert werden. Ein ergänzender Nutzungsmix mit wohnungsnahen Dienstleistungen, Nahversorgung, einer Stadtteilschule, weiterer sozialer Infrastruktur etc. ist ebenso wie die Realisierung eines ca. 8 ha großen Stadtteilparks geplant.

Die Flächen nördlich der Stresemannstraße am Standort Diebsteich können langfristig nach erfolgter Verlagerung der Fern- und Regionalbahn ebenfalls mit dem Schwerpunkt Wohnen neu entwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein zeitlicher Entwicklungshorizont von mindestens 15 Jahren, in dem zur Umsetzung der Planungen sowohl für den vorgezogenen südlichen Teil als auch für die Flächen nördlich der

Stresemannstraße umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren sind. Nach Beschluss des Masterplans soll für den ersten Entwicklungsabschnitt an der Harkortstraße zügig mit der Bauleitplanung (Funktions- und Bauungsplanung, Änderung Flächennutzungsplan) begonnen werden. Die Grundeigentümer werden im Rahmen der zu schließenden Abwendungsverträge an den Entwicklungskosten beteiligt.

Seit Frühjahr 2010 wird die Entwicklung der Mitte Altona durch einen intensiven Kommunikations- und Beteiligungsprozess begleitet, der auch künftig weiter fortgesetzt werden soll. Im Rahmen verschiedener Veranstaltungsformate (Bürgerforen, Workshops usw.) sowie durch Medienangebote (online und print) und das Infozentrum Mitte Altona (eröffnet im November 2011) werden vielseitige und umfassende Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet.

In diesem Investitionsprogramm sind die Mittel für die Erschließung der Flächen veranschlagt. Hierzu gehört u.a. der Umbau der Harkortstraße. Die Mittel für Planung, Kommunikation sowie weitere Investitionsmaßnahmen sind im Einzelplan 6.1 der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen veranschlagt.

Barrierefreier Ausbau von Schnellbahnhaltestellen

In diesem Bereich werden Zuwendungen an Verkehrsunternehmen zum behindertengerechten Umbau vorhandener oder zum Neubau zusätzlicher Zugänge von Schnellbahnhaltestellen gezahlt. Mittel werden nach Bedarf aus dem zentralen Programm „Förderung von Maßnahmen aus Fördermitteln Dritter“ („Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz für Investitionen“ oder „Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz“) im Wege der Sollveränderung bereitgestellt. Das Programm dient zur Abdeckung der investiven Maßnahmenkosten bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall. Größere Vorhaben werden in Einzelmaßnahmen veranschlagt.

Aufhebung Bahnübergänge Wandsbek

Mit der Drucksache 13/5583 – Aufhebung der beschränkten Bahnübergänge an der Bundesbahnstrecke Hamburg-Lübeck im Bezirk Wandsbek – wurde die Bürgerschaft am 05.04.1990 über die bauliche Konzeption unterrichtet. Sie hat dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Aufhebung der Bahnübergänge mit der Deutschen Bundesbahn zugestimmt. Zur Ausführung kommen Einzellösungen, für die jeweils Kostenunterlagen aufgestellt und Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Soweit Straßen zu unterführen sind, werden deren Tunnel und Tröge so ausgerichtet, dass der nachträgliche Bau einer Gleichstrom-S-Bahn möglich bleibt. Der darauf entfallende Kostenanteil ist in den Gesamtkosten der Maßnahme berücksichtigt.

Bau der Linie S-4 von Altona nach Bad Oldesloe

Die Gesamtkonzeption der S-Bahn-Linie S4 sieht den Betrieb von Hamburg-Altona(-Nord) nach Ahrensburg-Gartenholz und eine Weiterführung über Bargteheide nach Bad Oldesloe vor.

Die S4 wird zwischen Altona und Hasselbrook auf den vorhandenen S-Bahn-Gleisen verkehren. Zwischen Hasselbrook und Ahrensburg werden zwei zusätzliche S-Bahn-Gleise sowie zwischen Ahrensburg und Ahrensburg-Gartenholz ein zusätzliches S-Bahn-Gleis gebaut.

Auf Hamburger Gebiet sind derzeit sechs Haltepunkte geplant, davon vier neue: Claudiusstraße (neu), Bovestraße (neu), Holstenhofweg (neu), Tonndorf, Pulverhof (neu) und Rahlstedt. Der heutige Haltepunkt Wandsbek entfällt. Vorgesehen ist der Einsatz von Zwei-System-Fahrzeugen, um die Überleitung auf die Bestandsstrecken zu gewährleisten. Zwischen Hamburg-Altona(-Nord) und Ahrensburg soll in den Hauptverkehrszeiten ein 10-Minuten-Takt eingeführt werden, für die Weiterführung nach Bargteheide ein 20-Minuten-Takt und nach Bad Oldesloe ein 60-Minuten-Takt.

Mit der S4 wird die SPNV-Erschließung im Bezirk Wandsbek (dichtere Fahrplankonzepte, umsteigefreie Direktverbindungen in die Hamburger Innenstadt, zusätzliche Stationen) verbessert, die Fernbahngleise vom (langsameren) SPNV im Hinblick auf zunehmende Zugzahlen durch die feste Fehmarnbeltquerung entlastet sowie die Nutzung von Gleiskapazitäten im stark ausgelasteten Hamburger Hauptbahnhof verbessert.

Die Maßnahme wird von dem zuständigen Bedarfsträger DB AG geplant. Die Maßnahme ist Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans 2030 (die Bewertung ist noch nicht abgeschlossen, daher derzeit in der Kategorie: Vorhaben des potentiellen Bedarfs, die in den VB aufsteigen können). Das Projekt umfasst sowohl Nah- und Fern- als auch Güterverkehr. Güter- und Fernverkehrsanteil sind grundsätzlich vom Bund zu finanzieren. Den Anteil an den Nahverkehrsinvestitionen müssen die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein leisten. Hamburg finanziert seinen Anteil an den Planungskosten als Zuwendung und nutzt hierfür Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz. Die Planungskosten werden gemäß den Verwaltungsvereinbarungen zwischen den beiden Ländern aufgeteilt. Die EU fördert die Planungsmittel mit ca. 8 Mio. Euro.

RABT, Ausstattung von Brücken- und Straßentunnel

Die EU hat die technischen Bestimmungen für den Betrieb von Straßenverkehrstunneln nach den Unglücken insbesondere in den Alpentunneln deutlich verschärft. Die Umsetzung der EU-Tunnelrichtlinie „Europäische Richtlinie über Mindestanforderungen an die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz“ hat die Anforderungen deutlich verschärft. Die sicherheitstechnische Nachrüstung erfordert in Hamburg Aufwendungen am Wallringtunnel. Die investiven Kosten betragen 30,809 Mio. Euro (einschließlich der Vorplanungskosten von 547 Tsd. Euro). Im Weiteren die technische Nachrüstung ab ihrer Inbetriebnahme zu laufenden Betriebskosten und höherem personellen Aufwand u.a. zur lfd. Überwachung aus einer Betriebszentrale führt.

Die Nachrüstung des Wallringtunnels ist bis zum Sommer 2017 vorgesehen.

GI Hohenfelder Bucht

Beide Brücken über die Hohenfelder Bucht bedürfen einer Grundinstandsetzung. Dabei sind nicht nur die Brückenüberbauten, sondern auch die Widerlager zu erneuern, da nach Eurocode zukünftig auch mit einer stärkeren Belastung der Brücken zu rechnen ist. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, auch den parallelen Fußgängertunnel zu ersetzen, um den neuen Verkehrslasten zu genügen. Die Hohenfelder Brücken sind ebenfalls vom Busbeschleunigungsprogramm betroffen, sodass zusätzliche Anpassungen im Straßenraum erforderlich werden. Gleichzeitig soll mit der Maßnahme eine Verbesserung für den Rad- und Fußgängerverkehr (Barrierefreiheit) erreicht werden. Weitere Anpassungserfordernisse ergeben sich aufgrund von Unfallhäufigkeiten für den stark frequentierten innerstädtischen Knoten Schwanenwik/Sechslingspforte.

Veloroute 11

Die Radverkehrsstrategie Hamburgs sieht vor, bessere Voraussetzungen für ein attraktives, sicheres und komfortables Radfahren zu schaffen. Eines der fünf Hauptziele der Strategie ist der Ausbau der stadtteilübergreifenden Velorouten. Die Finanzmittel dienen der Umsetzung der Radverkehrsstrategie Hamburgs für den Ausbau der Veloroute 11 im Bereich der Harburger Innenstadt zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes. Diese Maßnahme beinhaltet ebenfalls Verbesserungen des Fußverkehrs, motorisierten Individualverkehrs, öffentlichen Personennahverkehrs, der öffentlichen Beleuchtung und der Lichtsignalanlagen.

Investitionen im Zusammenhang mit Bundesfernstraßen

Das Netz der Stadtstraßen und Bundesfernstraßen ist als Einheit zu betrachten. Der Bau von städtischen Entlastungsstraßen ermöglicht flankierende Maßnahmen vorrangig in den entlasteten Straßen. Ebenso führt das Bauprogramm für die Bundesfernstraßen zu Folgemaßnahmen (Anpassung des Stadtstraßennetzes an die veränderten Verkehrsströme) und flankierenden Maßnahmen (z. B. Rückbau in den entlasteten Straßen). Veranschlagt werden hier Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen stehen. Größere Vorhaben werden als Einzelmaßnahmen veranschlagt. Bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes ist der Bund der Initiativträger. Höhe und Zeitpunkt der fälligen Kostenanteile werden aufgrund von Verträgen und Vereinbarungen festgelegt.

Ausbau BAB A7

Im Rahmen des ÖPP-Projektes des Bundes zum Ausbau der A 7 vom Niendorfer Gehege bis zum Bordesholmer Dreieck hat sich Hamburg verpflichtet, die durch den Lärmschutztunnel Schnelsen verursachten Mehrkosten durch Bau und Betrieb zu tragen. Die insgesamt 69,6 Mio. € verteilen sich über die Jahre 2015 bis 2019 und beinhalten sämtliche Risiken und Baupreissteigerungen.

Für ein Recht der Nutzung der Deckeloberfläche durch Hamburg wird mit dem Bund eine Nutzungsvereinbarung geschlossen. Dieses Nutzungsrecht wird als immaterieller Vermögensgegenstand Hamburgs aktiviert und über die Dauer des Nutzungsvertrages abgeschrieben.

RZ FA MR-Neu-, Ausbau und Grundinstandsetzung Straße

Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und werden als Investitionsmaßnahme aus diesen Mitteln finanziert. Veranschlagt sind die Mittel für Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen, Grundinstandsetzung an Straßen und Wegen inkl. Grunderwerb an Bezirksstraßen (ohne Hauptverkehrsstraßen) einschließlich Baumaßnahmen zur Schulwegsicherung und Absenkungen von Bordsteinen. Der Ansatz berücksichtigt die Änderungen im Netz der Hauptverkehrsstraßen entsprechend den Entscheidungen im Rahmen der Verwaltungsreform. Die Mittel werden per Sollübertragung an die Bezirke übertragen und dienen dort der Erfüllung des Leistungszweckes.

ZZ FA MR-Förderung Radverkehr

Die Mittel in den jährlichen Bauprogrammen dienen schwerpunktmäßig dem Ausbau der Alltagsrouten, der Einrichtung von Radfahr- und Schutzstreifen sowie der Erneuerung von Radwegen sowie dem Um- und Ausbau von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes, insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, geradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und komfortable Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen an Bezirksstraßen. Die Mittel werden per Sollübertragung an die Bezirke übertragen und dienen dort der Erfüllung des Leistungszweckes.

RZ FA MR-Erschließung

Die Bezirksämter erhalten für Erschließungsmaßnahmen (Wohnungsbau, Gemeinbedarf und Gewerbeflächen) auf Antrag privater Investoren Komplementärmittel. Zu den sog. Privaterschließungen gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer sowie Grünausgleichsmaßnahmen einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleitungen einschl. Vermessung. Weiterhin fällt darunter die Erstattung von Kosten für Erschließungen, die durch private Bauträger als Vorleistungen erbracht wurden (z.B. Ingenieurkosten). Sofern bei einzelnen Bauvorhaben aufgrund besonderer

Umstände weiterhin öffentliche Mittelbedarfe ausgelöst werden, können diese ebenfalls aus der RZ finanziert werden. Sofern bei Wohnungsbauvorhaben größer 100 Wohneinheiten öffentliche Mittelbedarfe ausgelöst werden, da eine Entwicklung aus stadtentwicklungs- oder wohnungspolitischen Gründen erfolgen soll, werden die Kosten – nach Einzelfallentscheidung – aus dem „Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung“ der BSW finanziert. Die Mittel werden per Sollübertragung an die Bezirke übertragen und dienen dort der Erfüllung des Leistungszweckes.

ZZ FA MR-EMS

Um die einzelbezirklichen Maßnahmen und verfügbaren Haushaltsmittel wirtschaftlicher einzusetzen und mit den gesamtstädtischen Zielen abzustimmen, wurde mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2015/2016 ein Erhaltungsmanagement für die Bezirksstraßen mit einer zusätzlichen Zweckzuweisung Straßenerhaltung in Höhe von 0,7 Mio. Euro zusätzlich neu veranschlagt. Die Mittel werden per Sollübertragung an die Bezirke übertragen und dienen dort der Erfüllung des Leistungszweckes.

Maßnahmen aus Fördermitteln Dritter

Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz:

Den Ländern stehen nach § 5 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz) vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), zuletzt geändert am 15.12.2015 (BGBl. I S. 2322), Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu. Die Mittel werden jährlich vom Bund für Maßnahmen des ÖPNV insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) gezahlt, können aber, soweit sie nicht verbraucht werden, über Jahre hinaus angespart und im Rahmen des gesetzlichen Verwendungszwecks verwandt werden.

Zuweisungen des Bundes gem. dem GVFG-Bundesprogramm:

Einnahmen in diesem Bereich sind abhängig von entsprechenden Bewilligungen sowie dem Baufortschritt einzelner Maßnahmen. Zurzeit erhält Hamburg Mittel nach dem GVFG-Bundesprogramm für den Bau der U 4 in die HafenCity und den zweigleisigen Ausbau der AKN (2 + 3 BA.) sowie der Aufhebung von Bahnübergängen in Wandsbek.

Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz:

Nach § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 Entflechtungsgesetz stehen Hamburg bis zum Jahr 2019 jeweils 29,65 Mio. € zu, die investiv zu verwenden sind. Von diesen Mitteln fließen 8,25 Mio. € dem allgemeinen Haushalt zu. Es ist vorgesehen, die verbleibenden Mittel vollständig im Aufgabenbereich des Amtes für Verkehr und Straßenwesen und dort primär für den barrierefreien Ausbau von U-Bahnhaltestellen einzusetzen.

Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 4 der Hamburgischen Bauordnung:

Die gemäß § 49 Absatz 4 HBauO eingehenden Gelder (Ausgleichsbeträge) dienen der Finanzierung von Maßnahmen dieser Rechtsverordnung. Vorgesehen ist der Einsatz von Ausgleichsbeträgen für verschiedene Investitionsmaßnahmen. Die Mittel werden auf die zutreffenden Maßnahmen übertragen.

Die angesammelten Beträge können eingesetzt werden:

- für den Erwerb von Flächen sowie die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung und Modernisierung von Stellplätzen durch die Stadt,
- zur Vergabe von Zuschüssen an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Stellplatzanlagen betreiben,
- für Maßnahmen zur Verbindung von Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV durch die Stadt,
- als Zuschüsse an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Verbindungen zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV übernehmen,
- für Einrichtungen zur Verringerung des Parksuchverkehrs und für sonstige Maßnahmen zugunsten des ruhenden Verkehrs sowie
- für Einrichtungen des ÖPNV und von öffentlichen Fahrradwegen.

Aus den Mitteln dieses Investitionsprogramms dürfen auch Vergütungen an Vertragsingenieurinnen und -ingenieure, -architektinnen und -architekten sowie für Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung sowie Baunebenkosten und Schadenersatzzahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der angesammelten Beträge zusammenhängen.

Im Rahmen der Jahresberichte wird die BWVI der Bürgerschaft diejenigen Fälle darstellen, für die im abgelaufenen Jahr jeweils mindestens 2,5 Mio. € aus Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz, aus Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz oder aus Zuschüssen und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 4 der Hamburgischen Bauordnung eingesetzt wurden. Mit dieser Berichtspflicht wird die Einhaltung des Zustimmungsvorbehalts der Bürgerschaft sichergestellt.

Die Mittel werden bedarfsgerecht per Sollveränderungsbuchung auf fachlich zutreffende bestehende oder neu einzurichtende Investitionsmaßnahmen übertragen.

Sicherung der Verkehrsinfrastruktur

Die in diesem Bereich veranschlagten Mittel können zur Unterstützung aller Aufgabenbereiche des Amtes für Verkehr und Straßenwesen, anderer Fachbehörden oder der Bezirke eingesetzt werden, wenn dies zur Sicherung der Verkehrsinfrastruktur beiträgt. Die Mittel werden bedarfsgerecht durch Sollveränderungsbuchungen übertragen. Ziel ist insbesondere die prioritätsgerechte Verteilung der Mittel zur Grundinstandsetzung von Straßenflächen, Radwegen, Brücken und sonstigen Ingenieurbauwerken.

Die Mittel werden bedarfsgerecht per Sollveränderungsbuchung auf fachlich zutreffende bestehende oder neu einzurichtende Investitionsmaßnahmen übertragen.

Erläuterungen zu den sonstigen Investitionen

Bei den sonstigen Investitionen sind Anlagen der Verkehrslenkung, fachbezogene IT-Ausstattung (Hard- und Software) und Anlagen der Betriebs- und Geschäftsausstattung veranschlagt. Die Anlagegüter der Sonstigen Investitionen zeichnen sich im Gegensatz zu den Anlagen der Verkehrsinfrastruktur durch relativ geringe Investitionssummen und Abschreibungsdauern aus.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Aufgabenbereich 269 – Erläuterungen zu Einzelinvestitionen

Die in den Einzelinvestitionen jeweils veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen werden für mehrjährige vertragliche Verpflichtungen benötigt.

Jenfelder Allee

Ziel der Maßnahme ist es, die vorhandenen Radverkehrsanlagen sowie die Gehwege unter den Gesichtspunkten Verkehrssicherheit, Funktionalität, Komfort, Durchgängigkeit und Befahrbarkeit zu verbessern und entsprechend der geltenden Richtlinien neu auszugestalten. Bei der Neugestaltung des Straßenquerschnitts sollen alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden.

Die im Zuge der Planung durchgeführten Ortsbesichtigungen hatten neben den Nebenflächen auch die Betrachtung des gesamten Straßenquerschnittes zum Gegenstand. Hierbei wurde festgestellt, dass erhebliche Schäden im Bereich der Fahrbahn vorhanden sind.

Auf dieser Grundlage und durch weitere Asphaltuntersuchungen wurde festgestellt, dass auch eine grundlegende Erneuerung der Fahrbahnbefestigung notwendig ist, um einen dauerhaft standfesten Fahrbahnaufbau mit langer Nutzungsdauer zu schaffen.

Kosten- definition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)				
			Kosten- rahmen in Tsd. EUR	Kosten- schätzung in Tsd. EUR	Kosten- berechnung in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:			6.546		
		Ansatz für Kostenvarianz:			819		
		Preissteigerungen:			131		
		Baunebenkosten (Planungskosten):			1.717		
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):				9.213		
		Grunderwerbskosten:			92		
		Einrichtungskosten:					
	Besondere Kostenrisiken*:			152			
Summe:				9.457			

*) Die Baumaßnahme ist eine Maßnahme im Bestand. Beim Bauen im Bestand besteht ein besonderes Kostenrisiko als nicht vorhersehbares Restrisiko im Hinblick auf im Vorfeld nicht feststellbare Mängel und Schäden an der vorhandenen Bausubstanz (wie z.B. zusätzlicher Aus- und Einbau bzw. Asphaltausgleichsschichten), sowie evtl. Hindernisse oder unbekannte Altlasten im Baugrund. Ferner können sich durch Auflagen der Verkehrsbehörde oder durch Bauzeitverzögerungen infolge Baumaßnahmen Dritter Mehrkosten ergeben.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Von den Gesamtbaukosten inkl. Grunderwerb in Höhe von 9.305.000 Euro sind bis einschl. 2016 insgesamt bereitgestellt:	151.040	EUR
Davon sind zugeordnet dem		
Investiven Bereich 2016	151.040	EUR
Konsumtiven Bereich 2016	0	EUR
Ansatz investiv 2018	500.000	EUR
Ansatz konsumtiv 2018	100.000	EUR

Es verbleibt ein in den Folgejahren zu veranschlagender Betrag in Höhe von 8.553.960 EUR.

Der konsumtive Anteil ist in der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur veranschlagt.

Ehesdorfer Heuweg

Für den Ehestorfer Heuweg bestehen seit langem aus verschiedenen Gründen (Verkehrssicherheit Radfahrer und Fußgänger sowie Knotenpunkt B 73 / Ehestorfer Heuweg, Unfallgeschehen) Forderungen nach einem Ausbau. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden auf der Grundlage der aufgezeigten verkehrlichen Defizite Lösungen erarbeitet. Bei den verkehrlichen Defiziten handelt es sich im Wesentlichen um eine nicht ausreichende Breite und Länge der Nebenanlagen (Verkehrssicherheit Radfahrer und Fußgänger und damit aller Verkehrsteilnehmer). Eine Optimierung des Knotenpunktes B 73 / Ehestorfer Heuweges soll die Unfallhäufigkeit reduzieren. Zusätzlich sind eine abschnittsweise Deckensanierung sowie der Umbau der vorhandenen Entwässerungsgräben notwendig.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurden auch verschiedene Varianten in Bezug auf die Rad- und Gehwegführung mit zahlreichen Untervarianten, den Busverkehr sowie den Bring- und Abholverkehr zur Rudolf-Steiner-Schule untersucht. Nach Abwägung aller Randbedingungen hat sich die Führung des Radverkehrs in beide Richtungen auf der Westseite mit angrenzendem Gehweg und einem Gehweg auf der östlichen Seite der Fahrbahn als Vorzugslösung herauskristallisiert.

Im Bereich des Knotens mit der B 73 wird aus Richtung Cuxhaven kommend ein Angebotsstreifen für den Radverkehr angelegt und somit eine direkte Führung über den Knoten ermöglicht.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kosten- definition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)				
			Kosten- rahmen in Tsd. EUR	Kosten- schätzung in Tsd. EUR	Kosten- berechnung in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:			4.561		
		Ansatz für Kostenvarianz:			342		
		Preissteigerungen:					
		Baunebenkosten (Planungskosten):			1.152		
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):				6.055		
		Grunderwerbskosten:			170		
		Einrichtungskosten:					
	Besondere Kostenrisiken*:			205			
Summe:				6.430			

*) Die Baumaßnahme ist eine Maßnahme im Bestand. Beim Bauen im Bestand besteht ein besonderes Kostenrisiko als nicht vorhersehbares Restrisiko im Hinblick auf im Vorfeld nicht feststellbare Mängel und Schäden an der vorhandenen Bausubstanz (wie z.B. zusätzlicher Aus- und Einbau bzw. Asphaltungleichsschichten), sowie evtl. Hindernisse oder unbekannte Altlasten im Baugrund. Ferner können sich durch Auflagen der Verkehrsbehörde oder durch Bauzeitverzögerungen infolge Baumaßnahmen Dritter Mehrkosten ergeben.

Von den Gesamtbaukosten in Höhe von 6.225.000 EUR (einschl. Grunderwerb) sind bis einschl. 2016 insgesamt bereitgestellt:

	217.500	EUR
Davon sind zugeordnet dem		
Investiven Bereich	217.500	EUR
Konsumtiven Bereich	0	EUR
Ansatz investiv 2017	500.000	EUR
Ansatz konsumtiv 2017	75.000	EUR
Ansatz investiv 2018	2.000.000	EUR
Ansatz konsumtiv 2018	100.000	EUR

Es verbleibt ein in den Folgejahren zu veranschlagender Betrag in Höhe von 3.332.500 EUR.

Der konsumtive Anteil ist in der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur veranschlagt.

GI Brücke Hannoversche Straße

Die Brücke Hannoverische Straße ist zurzeit eine fünffeldrige Spannbetonbrücke mit einer Länge von 73 m und 23 m Breite. Die Brücke liegt in der Nähe des ZOB-Harburg im Zuge des Straßenzuges „Hannoversche Straße“, die eine Nebenstrecke zur BAB A 253 ist, und überführt die Gleise der Eisenbahnstrecke Richtung Cuxhaven und in das Harburger Hafengebiet. Bei Bauwerksuntersuchungen wurde festgestellt, dass mehrere Spannstäbe der Brücke gerissen sind. Außerdem enthält die Brücke Spannstäbe, die durch Korrosion gefährdet sind. Sie muss dringend abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden.

Gegenüber der ursprünglichen Planung, das Brückenbauwerk identisch zu ersetzen, soll nunmehr eine einfeldrige Brücke mit anschließendem Straßendamm hergestellt werden. Zudem wird der Überbau aus verkehrstechnischen Gründen um einen Fahrstreifen auf insgesamt 6 Fahrstreifen verbreitert und erhält je Seite einen Fahrradstreifen. Diese technische Lösung wurde durch die Aufgabe der Gleisanbindung des Harburger Hafengebiets durch die DB AG ermöglicht. Die Brücke muss somit nur die Bahn- gleise der Eisenbahnstrecke nach Cuxhaven, ein neu projektiertes 3. Gleis und eine parallel zu den Gleisen verlaufende Betriebsstraße der DB AG überspannen. Hierdurch reduzieren sich die Erhaltungs- und Unterhaltungskosten für das Brückenbauwerk.

Die fortgeschriebene Entwurfsplanung führt zu Änderungen am bisher geplanten Brückenbauwerk. Darüber hinaus hat sich der Planungsbereich auf den Bereich von der Kreuzung mit der B 73 bis zur Einmündung Seevestraße ausgedehnt. Damit verbunden sind zusätzliche umwelttechnische Anforderungen an die Reinigung von Straßenabwässern. Weitere Kostenveränderungen ergeben sich durch Preissteigerungen gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung aus dem Jahr 2010. Die Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung werden in einer Kostenspanne von 2,0 bis 2,5 Mio. Euro (einschl. Honorar und Grunderwerbskosten) liegen, da zurzeit noch nicht für alle Teilmaßnahmen eine endgültige Kostenberechnung vorliegt. Darüber verbleibt aufgrund der Streitigkeiten mit den Leistungsunternehmen im Hinblick auf die Folgepflicht ein Kostenrisiko für die erforderlichen Leitungsumlegungen von geschätzt rd. 200.000 Euro.

Kosten- definition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)				
			Kosten- rahmen in Tsd. EUR	Kosten- schätzung in Tsd. EUR	Kosten- berechnung in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:		8.626			
		Ansatz für Kostenvarianz:		862			
		Preissteigerungen:					
		Baunebenkosten (Planungskosten):		2.314			
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):			11.802			
		Grunderwerbskosten:		800			
		Einrichtungskosten:					
	Besondere Kostenrisiken: *)		450				
Summe:			13.052				

*) Es verbleibt aufgrund der Streitigkeiten mit den Leistungsunternehmen im Hinblick auf die Folgepflicht ein Kostenrisiko für die erforderlichen Leitungsumlegungen.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Von den Gesamtbaukosten einschl. Grunderwerb in Höhe von 12.602.000 EUR sind bis einschl. 2016 insgesamt bereitgestellt:

9.816.000 EUR

Davon sind zugeordnet dem

Investiven Bereich

9.548.000 EUR

Konsumtiven Bereich

268.000 EUR

Es verbleibt ein in den Folgejahren zu veranschlagender Betrag in Höhe von 2.786.000 EUR.

Der konsumtive Anteil ist in der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur veranschlagt.

GI Meiendorfer Straße

Die Meiendorfer Straße ist eine wichtige Hauptverkehrsstraße und innerstädtischer Abschnitt der B75. Im Bereich zwischen Oldenfelder Stieg und Spitzbergenweg dient sie in erster Linie der direkten Erschließung für die Anwohner rund um den alten Ortskern Meiendorfs.

Die Grundinstandsetzung der rd. 1.200 m langen Strecke mit Ausnahme eines Teilstücks von rd. 215 m sieht einen zweistreifigen Vollausbau mit Linksabbiegern in den Schneehuhnkamp und in die Wildgansstraße stadtauswärts sowie in den Dassauweg stadteinwärts vor. Der neue Querschnitt erhält beidseitig Parkstände und Radwege. Der Knoten Meiendorfer Straße / Spitzbergenweg / Meiendorfer Straße ist als Kreisverkehr geplant. Die Straßenentwässerung wird unter Berücksichtigung der hydraulischen und topografischen Verhältnisse neu geordnet und zum Teil in offenen Gräben geführt. Die Baudurchführung erfordert in Teilen Grunderwerb und einen Planfeststellungsbeschluss als Zulassung.

Die Kosten des Projektes haben sich aufgrund von zusätzlichen und geänderten Leistungen erhöht.

Insbesondere die Einrichtung als barrierefreies Bauwerk bzw. der Einbau von taktilen Bodenindikatoren, die Ausführung von Sonderborden an beiden Bushaltestellen und der Ersatz eines alten Regensiels und die Umplanung der Regenwasserbehandlung haben zu einer Erhöhung der vor Baubeginn genehmigten HU-Bau geführt. Zusätzlich mussten die Baukosten infolge Preissteigerung an die aktuellen Preise angepasst werden.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kosten- definition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)				
			Kosten- rahmen in Tsd. EUR	Kosten- schätzung in Tsd. EUR	Kosten- berechnung in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:			6.811		
		Ansatz für Kostenvarianz:			513		
		Preissteigerungen:			180		
		Baunebenkosten Planungskosten):			1.426		
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):				8.930		
		Grunderwerbskosten:			1.081		
		Einrichtungskosten:					
	Besondere Kostenrisiken*:			335			
Summe:				10.346			

*) Beim Bauen im Bestand besteht immer ein Restrisiko im Hinblick auf im Vorfeld nicht bekannter Mängel und Schäden an der vorhandenen Bausubstanz, sowie evtl. Hindernisse oder unbekannte Altlasten im Baugrund. Ferner können sich durch Auflagen der Verkehrsbehörde oder durch Bauzeitverzögerungen infolge Baumaßnahmen Dritter Mehrkosten ergeben.

Von den Gesamtbaukosten einschl. Grunderwerb in Höhe von
10.011.000 EUR sind bis einschl. 2016 insgesamt bereitgestellt:

	9.761.000	EUR
Davon sind zugeordnet dem		
Investiven Bereich	9.160.000	EUR
Konsumtiven Bereich	601.000	EUR
Ansatz investiv 2018	250.000	EUR
Ansatz konsumtiv 2018	0	EUR

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

GI Borsigstraße

Die Borsigstraße sowie die Wöhlerstraße liegen im Gewerbe- und Industriegebiet Billbrook und nehmen damit eine wichtige Funktion für den Wirtschafts- und Schwerverkehr wahr. Sie münden in den Knoten Borsigstraße / Grusonstraße / Werner-Siemens-Straße / Wöhlerstraße. Aufgrund des insgesamt sehr schlechten Straßenzustands ist eine Grundinstandsetzung einschließlich des Knotenbereichs bis zur Wöhlerbrücke dringend geboten. Die Fahrbahn erhält einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung sowie einen Fahrstreifen zum Ein- und Abbiegen der dort ansässigen Unternehmen mit überwiegendem Schwerverkehr. Außerdem wird der ruhende Verkehr neu geordnet.

Im Rahmen der Grundinstandsetzung ist zu prüfen, ob das bestehende Entwässerungssystem aufgrund gewässerschutzrechtlicher Vorgaben an den aktuellen Stand der Technik angepasst werden muss: Das Oberflächenwasser wird in zwei Regenwasserbehandlungsanlagen (Borsigstraße und Werner-Siemens-Straße) gereinigt

Im Rahmen der Drs. 21/1395 - Nachbewilligung nach § 35 LHO zum Haushalt 2015 und 2016 - Anpassung der Unterbringungskapazitäten sowie der finanziellen und personellen Ressourcen an die gestiegenen Zahlen von Flüchtlingen - wurde der Ansatz 2015 in Höhe von 1.800 Tsd. Euro um 1.000 Tsd. Euro abgesenkt.

Im Rahmen der Gesamtfinanzierung der o.g. Maßnahme werden die Mittel 2017 nachveranschlagt.

		Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)					
Kosten- definition	Kostenbestandteile	Kosten- rahmen	Kosten- schätzung	Kosten- berechnung	Kosten- anschlag	Kosten- feststellung	
		in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:	5.815	5.815	5.815		
		Ansatz für Kostenvarianz:					
		Preissteigerungen:					
		Baunebenkosten (Planungskosten):	1.250	1.250	1.250		
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):		7.065	7.065	7.065		
		Grunderwerbskosten:					
		Einrichtungskosten:					
	Besondere Kostenrisiken:						
Summe:		7.065	7.065	7.065			

Von den Gesamtkosten in Höhe von 7.065.000 EUR sind bis einschl. 2016 insgesamt bereitgestellt: 6.065.000 EUR

Davon sind zugeordnet dem

Investiven Bereich 5.845.000 EUR

Konsumtiven Bereich 220.000 EUR

Ansatz investiv 2017 1.000.000 EUR

Ansatz konsumtiv 2017 0 EUR

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

GI Straßburger Straße

Die Straßburger Straße ist eine wichtige innerstädtische Verbindung in nordöstliche Richtung mit einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke (werktags) von 20.000 Fahrzeugen in 2009. Die Grundinstandsetzung der Straßburger Straße zwischen Nordschleswiger Straße und Krausestraße, ohne die begrenzenden Knoten, sieht einen Vollausbau, eine Neuordnung der seitlichen Nebenflächen und die Umgestaltung der auch zum Parken genutzten Mittelinsel vor. Um bestehende Defizite bei der Radverkehrsführung zu beseitigen, wird in Teilbereichen der Straßenquerschnitt neu aufgeteilt.

Im Rahmen der Drs. 21/1395 - Nachbewilligung nach § 35 LHO zum Haushalt 2015 und 2016 - Anpassung der Unterbringungskapazitäten sowie der finanziellen und personellen Ressourcen an die gestiegenen Zahlen von Flüchtlingen - wurde der Ansatz 2015 in Höhe von 1.332 Tsd. Euro um 1.000 Tsd. Euro abgesenkt. Im Rahmen der Gesamtfinanzierung der o.g. Maßnahme werden die Mittel 2017 nachveranschlagt. Darüber hinaus sind die Gesamtbaukosten inkl. Grunderwerb geringfügig gestiegen.

Kosten- definition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)				
			Kosten- rahmen in Tsd. EUR	Kosten- schätzung in Tsd. EUR	Kosten- berechnung in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:			6.174		
		Ansatz für Kostenvarianz:			390		
		Preissteigerungen:					
		Baunebenkosten (Planungskosten):			1.201		
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):				7.765		
		Grunderwerbskosten:					
		Einrichtungskosten:					
	Besondere Kostenrisiken*:			277			
Summe:					8.042		

*) Beim Bauen im Bestand besteht immer ein Restrisiko im Hinblick auf im Vorfeld nicht bekannter Mängel und Schäden an der vorhandenen Bausubstanz, sowie evtl. Hindernisse oder unbekannte Altlasten im Baugrund. Ferner können sich durch Auflagen der Verkehrsbehörde oder durch Bauzeitverzögerungen infolge Baumaßnahmen Dritter Mehrkosten ergeben.

Von den Gesamtkosten in Höhe von 7.765.000 EUR sind bis einschl. 2016 insgesamt bereitgestellt:	6.765.000	EUR
Davon sind zugeordnet dem		
Investiven Bereich	6.571.000	EUR
Konsumtiven Bereich	194.000	EUR
Ansatz investiv 2017	1.000.000	EUR
Ansatz konsumtiv 2017	0	EUR

GI Amsinckstraßenbrücke

Die Amsinckstraßenbrücke ist eine zweifeldrige Spannbetonbrücke aus dem Jahre 1956. Die Brücke überführt die Amsinckstraße (Bundesstraße B 4) mit einer Gesamtspannweite von rd. 34 m über den Mittelkanal. Die Amsinckstraße ist eine Hauptverkehrsstraße im Bezirk Hamburg-Mitte mit einer hohen Verkehrsbelastung. Da der für das Brückenbauwerk verwendete Spannstahl gegenüber Spannungsrissskorrosion stark gefährdet ist, erfolgte eine Nachrechnung des gesamten Bauwerkes. Diese Nachrechnung hat ergeben, dass die Restnutzungsdauer sehr gering ist. Um noch eine zeitlich befristete Nutzung zu ermöglichen, wurden bereits Einschränkungen für den Verkehr vorgenommen. Die Brücke muss dringend durch einen Neubau ersetzt werden.

		Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)				
Kosten- definition	Kostenbestandteile	Kosten- rahmen	Kosten- schätzung	Kosten- berechnung	Kosten- anschlag	Kosten- feststellung
		in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:	7.205	11.939		
		Ansatz für Kostenvarianz:	1.441	1.792		
		Preissteigerungen:	527	239		
		Baunebenkosten* (Planungskosten):	1.926	2.934		
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):		11.099	16.904		
		Grunderwerbskosten:				
		Einrichtungskosten:				
	Besondere Kostenrisiken**:		650			
Summe:		11.099	17.554			

*) Die Baunebenkosten sind im Investitionsprogramm konstruktive Ingenieurbauwerke veranschlagt.

***) Die vorhandene Brücke einschließlich der Widerlager soll für die provisorische Verkehrsführung genutzt werden. Weiterhin wird angenommen, dass sich die neuen Widerlager an die alten Uferwände anschließen lassen. Greifen diese Ansätze nicht, ergeben sich Umplanungen und Mehrkosten.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Weiterhin kann eine noch erforderliche Untersuchung auf Kampfmittelfreiheit zu Kosten durch Freilegungsarbeiten führen und eventuell eine Bauzeitverzögerung ergeben. Von den Gesamtbaukosten in Höhe von 16.904.000 EUR sind bis einschl. 2016 bereitgestellt:	1.467.000	EUR
Davon sind zugeordnet dem		
Investiven Bereich	1.467.000	EUR
Konsumtiven Bereich	0	EUR
Ansatz investiv 2017	3.100.000	EUR
Ansatz konsumtiv 2017	21.000	EUR
Ansatz investiv 2018	5.800.000	EUR
Ansatz konsumtiv 2018	11.000	EUR

Es verbleibt ein in den Folgejahren zu veranschlagender Betrag in Höhe von 6.505.000 EUR.

Der konsumtive Anteil ist in der Produktgruppe 269.02 Infrastruktur veranschlagt.

GI Legienbrücke

Die Legienbrücke ist eine dreifeldrige Spannbetonbrücke aus dem Jahre 1965. Die Brücke überführt die Legienstraße mit einer Gesamtspannweite von rd. 66 m und einer Breite von rd. 18,5 m über die im Einschnitt liegende U-Bahnstrecke der Linien U2 und U4 der Hamburger Hochbahn AG (HHA) im Bereich der Haltestelle Legienstraße.

Das Bauwerk wurde entsprechend Brückenklasse 30 nach DIN 1072 bemessen und entspricht damit nicht mehr den heutigen Anforderungen aus der verkehrlichen Belastung. Die bestehenden Bauwerksschäden erforderten bereits die Anordnung einer Verkehrsbeschränkung auf 10 t tatsächliche Achslast, mit der Folge, dass genehmigungspflichtiger Schwerlastverkehr diese Brücke nicht mehr nutzen darf. Aufgrund des Schadensbildes muss das Brückenbauwerk abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Haushaltsmittel für den Neubau der Legienbrücke wurden mit der Drucksache 21/1437 eingeworben und am 12.11.2015 von der Bürgerschaft bewilligt.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

		Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)				
Kosten- definition	Kostenbestandteile	Kosten- rahmen	Kosten- schätzung	Kosten- berechnung	Kosten- anschlag	Kosten- feststellung
		in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:	4.500	7.695	7.508	
		Ansatz für Kostenvarianz:	900 ²	577	563	
		Preissteigerungen:				
		Baunebenkosten (Planungskosten):	1.100	1.654	1.614	
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):		6.500	9.926	9.685	
		Grunderwerbskosten:				
		Einrichtungskosten:				
	Besondere Kostenrisiken: *)		50	50		
Summe:		6.500	9.976	9.735		

*) Eine noch erforderliche Untersuchung auf Kampfmittelfreiheit kann zu Kosten durch Freilegungsarbeiten führen und evtl. eine Bauzeitverzögerung ergeben.

Vorplanungskosten sind Bestandteil der Gesamtmaßnahme und sind im Investitionsprogramm konstruktive Ingenieurbauwerke veranschlagt.

Von den Gesamtkosten in Höhe von 9.685.000 Euro sind bis einsch. 2016 insgesamt bereitgestellt:	4.385.000	EUR
Davon sind zugeordnet dem		
Investiven Bereich	4.385.000	EUR
Konsumtiven Bereich	0	EUR
Ansatz investiv 2017	5.300.000	EUR
Ansatz konsumtiv 2017	0	EUR

4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

Im Aufgabenbereich 269 Verkehr und Straßenwesen werden keine Darlehen dargestellt.

4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
135-Ausgleichszahlung §16 AEG							
Erlöse							
Kosten		1.971	1.100	1.150	1.175	1.200	1.225
Saldo 135-Ausgleichszahlung §16 AEG		-1.971	-1.100	-1.150	-1.175	-1.200	-1.225
136-Ausgleichszahlung Ausbildungsverkehr							
Erlöse							
Kosten		37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000
Saldo 136-Ausgleichszahlung Ausbildungsverkehr		-37.000	-37.000	-37.000	-37.000	-37.000	-37.000
Summe Gesetzliche Leistungen		-38.971	-38.100	-38.150	-38.175	-38.200	-38.225

Es werden die wesentlichen gesetzlichen Leistungen des Aufgabenbereichs dargestellt.

4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

Die Investitionen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen sind bis zur Höhe von 50% der Auszahlungen des abgebenden Bereichs gegenseitig deckungsfähig.

Die Ermächtigung Kosten zu verursachen, ist in Höhe von 20% des abgebenden Kontenbereichs einseitig deckungsfähig zugunsten der sonstigen Kosten innerhalb einer Produktgruppe.

Die Ermächtigungen in den Produktgruppen des Aufgabenbereichs, Kosten aus Abschreibungen zu verursachen, sind deckungsfähig zu Gunsten der Ermächtigungen in den Produktgruppen der Aufgabenbereiche 270 und 271, Kosten des Finanzierungsergebnisses und Kosten für Transferleistungen zu verursachen.

Die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen und Sonstige Kosten zu verursachen ist übertragbar, um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können.

4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

270.01 Logistik, Schifffahrt, Umweltbezogene Wirtschaftspolitik

Mit dem intensiven Schiffsverkehr im Hafen und einer Vielzahl von Unternehmen sind See- und Binnenschifffahrt von großer wirtschaftlicher und verkehrlicher Bedeutung. Die Kreuzschifffahrt in Hamburg befindet sich auf einem langfristigen Wachstumspfad. Neben den tourismuswirtschaftlichen Umsätzen für die Hamburger Wirtschaft induziert die Kreuzschifffahrt positive Beschäftigungseffekte für die vor- und nachgelagerten Unternehmen der Branche.

Der Senat wird sich für die Stärkung und den Ausbau des Schifffahrtsstandortes Hamburg einsetzen, um die bestehenden Potenziale optimal zu nutzen.

Hamburg zählt heute zu den dynamischsten Logistik-Standorten in Europa. Hierzu hat die Logistik-Initiative Hamburg wesentlich beigetragen. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2006 zum bundesweit größten Standortnetzwerk der Branche entwickelt. Die Standort-Kompetenzen werden weltweit vermarktet, die Logistik-Akteure am Standort weiter vernetzt, die Aus- und Weiterbildungsangebote verbessert, Innovationen sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte gefördert, Forschungsinfrastrukturen aufgebaut, neue Unternehmen in Hamburg angesiedelt und für vorhandene und neue Logistikbetriebe werden Expansionsmöglichkeiten in Hamburg geschaffen.

270.02 Innovation, Technologie, Cluster

Die Fähigkeit, Innovationen hervorzubringen, ist eine notwendige Voraussetzung für nachhaltigen ökonomischen Erfolg. Im globalen Wettbewerb können Unternehmen am hochentwickelten Standort Hamburg mit seinem vergleichsweise hohen Einkommensniveau ihre Wettbewerbsposition nur durch ständige Produkt- und Prozessinnovationen behaupten. Diese Weiterentwicklungen sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum und hochwertige Arbeitsplätze entstehen können. Empirischen Studien zufolge ist technischer Fortschritt für etwa ein Drittel des Wirtschaftswachstums verantwortlich. Hamburg verfügt als Technologiestandort über eine gute Ausgangsbasis, um Innovationen zu generieren, liegt in einigen Bereichen im bundesweiten Vergleich jedoch im Mittelfeld. Beispielhaft genannt seien hier die Höhe der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Unternehmen, die Höhe der Drittmiteinnahmen Hamburger Hochschulen, das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft am Standort und auch die vergleichsweise fragmentierte Förder- und Technologietransfer-Landschaft.

Mit Blick auf die oben skizzierte hohe Bedeutung von Innovationen und die in Hamburg zu konstatierenden Handlungsbedarfe verfolgt die InnovationsAllianz das Ziel, Hamburg zu einer Innovationshauptstadt für Europa zu entwickeln. Aufgabe des Bereiches Innovation, Technologie, Cluster ist es, günstige Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Entstehung und Umsetzung von Innovationen im Sinne der obigen Zielsetzung zu gestalten. Cluster sind ein bedeutendes Element des Innovationssystems. Der Hamburger Clusterpolitik kommt daher ein hoher Stellenwert zu. Die Industrie ist Ausgangspunkt der Wertschöpfungskette und damit wichtiger Partner für Unternehmen nachfolgender Stufen wie Handel, Logistik und Dienstleistungen. Die Industrie ist eine tragende Säule der Hamburger Wirtschaft und war insbesondere in konjunkturell schwierigen Zeiten ein stabilisierender Faktor. Um die Rahmenbedingungen für die Industrie weiter zu verbessern, wird der Masterplan Industrie fortgeschrieben und sollen die im Masterplan Industrie vereinbarten Maßnahmen umgesetzt werden.

270.03 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistung

Die Globalisierung, eine fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft, die Herausforderungen des demografischen Wandels, der ungebrochene Trend zur Wissensgesellschaft und eine sich verstärkende Internationalisierung verändern die Bedeutung von Standortfaktoren und machen Anpassungen der Unternehmen an den Strukturwandel erforderlich. Strukturpolitik setzt an der intelligenten Verknüpfung lokaler Infrastrukturen und Initiativen an und fördert die Innovationsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft.

Mittelständische Unternehmen in den gewerblichen Branchen, im Handwerk und in den freien Berufen sowie die dort Beschäftigten leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Hamburgs. Selbständigkeit und Unternehmertum sind Garanten für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in der Stadt. Die Mittelstandspolitik des Senats hat zum Ziel, gemeinsam mit Betrieben, Kammern und Verbänden die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft des Mittelstands zu fördern und Hamburgs Position als attraktiven Standort für Selbständige und mittelständische Unternehmen zu festigen und auszubauen.

Mit dem "Bündnis für den Mittelstand" werden die Standortbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Entwicklungsperspektiven am Standort Hamburg verbessert. Ziele sind u.a. die Weiterentwicklung mittelstandsfreundlicher Rahmenbedingungen und einer mittelstandsfreundlichen Verwaltung, die Unterstützung der Anstrengungen des Mittelstands zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und zur Sicherung des Fachkräftpentials,

die Erhöhung der Innovationsfähigkeit bei der Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte, Dienstleistungen und Verfahren sowie die Pflege einer Kultur der Selbständigkeit bei Gründung, Unternehmensentwicklung und Unternehmensnachfolge.

Mit der Handwerkskammer Hamburg wurde eine Strategie zur Stärkung des Handwerks vereinbart und ein "Masterplan Handwerk 2020" entwickelt, der Handlungsfelder wie z.B. Fachkräftesicherung und Qualifizierung, Handwerksförderung und Innovation, öffentliche Vergabe, Existenzgründung und Betriebsnachfolge umfasst. Ziel des "Masterplan Handwerk 2020" ist es, eine erfolgreiche Entwicklung des Handwerks in Hamburg zu fördern, den Handwerksbetrieben attraktive Rahmenbedingungen zu bieten und damit den Standort Hamburg insgesamt zu stärken.

270.05 Hafen

Der Hamburger Hafen ist der größte deutsche Seehafen und einer der bedeutendsten Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Hamburg. Die aktuellen Prognosen bescheinigen dem Hafen weiterhin eine langfristige Wachstumsperspektive. Um die damit verbundenen Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale ausschöpfen zu können, ist ein bedarfsgerechter Ausbau der Hafeninfrastrukturen sowie ein effektiver Betrieb des Hamburger Hafens notwendig. Die HPA übernimmt die dafür notwendigen Planungen und Umsetzungen von Maßnahmen gemäß HPA-Gesetz.

4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

4.3.2.1 Produktgruppe 270.01 Logistik, Schifffahrt, umw. WiPolitik

4.3.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 270.01 Logistik, Schifffahrt, umw. WiPolitik

Auf Initiative des Senats wurde im Jahre 2006 die Logistik-Initiative Hamburg (LIHH) ins Leben gerufen. Hierzu werden im Cluster Logistik Maßnahmen und Aktivitäten in den Handlungsfeldern "Kompetenznetzwerk", "Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur", "Arbeitskräfte", "Innovation und Technologie", "Nachhaltigkeit" und "Standortprofilierung" konzipiert und durchgeführt (vgl. Drs. 18/2651). Als wichtiges Instrument für die strategische Weiterentwicklung der Logistik-Initiative Hamburg hat sich die Identifikation und Bearbeitung eines Jahresthemas etabliert.

Der Senat fördert die Schifffahrt u.a. auch durch den Zuschuss Hamburgs an den Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs (Short Sea Shipping Inland Waterway Promotion Center (SPC)). Darüber hinaus wird die Seemannsmission "Duckdalben" (vgl. Drs. 19/2334 und Drs. 19/3871) und die Kreuzschifffahrtsinitiative (vgl. Drs. 20/10414) unterstützt.

Eine angemessene Umwelt- und Klimapolitik sowie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sind zentrale Voraussetzungen, damit Hamburg auch langfristig ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt. Die Wirtschaft wird vor allem in Rechtssetzungsverfahren und mit zielgerichteter Beratung zur Verbesserung der Standortqualität und der Rahmenbedingungen im Interesse des Wirtschaftsstandortes Hamburg unterstützt.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.3.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 270.01 Logistik, Schifffahrt, umw. WiPolitik

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	624	7.199	0	2.946	2.663	2.549	2.329
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	394	814	229	567	567	567	567
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	153	13	56	0	0	0	0
3. Personalkosten	2.966	1.843	1.366	1.761	1.803	1.830	1.793
a) Kosten für Entgelte	849	563	232	406	416	423	379
b) Kosten für Bezüge	1.402	839	787	810	829	841	854
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter		0					
d) Kosten für Sozialleistungen	164	155	89	128	131	132	124
e) Kosten für Versorgungsleistungen	551	285	258	417	427	434	436
4. Kosten für Transferleistungen	3.377	2.595	313	515	515	515	515
5. Kosten aus Abschreibungen	592	950	701	946	946	946	946
6. Sonstige Kosten	0	1.451	1	2	2	2	2
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-6.704	-454	-2.610	-846	-1.170	-1.312	-1.494
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-6.704	-454	-2.610	-846	-1.170	-1.312	-1.494
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-6.704	-454	-2.610	-846	-1.170	-1.312	-1.494
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-6.704	-454	-2.610	-846	-1.170	-1.312	-1.494

Die geplanten Erlöse entstehen durch die Auflösung von Sonderposten aus der Anlagenbuchhaltung. Der Ist-Wert 2015 enthält zudem Erlöse aus dem EU-Programm EFRE sowie Erlöse aus Gebühren des Bereiches Luftverkehr. Dieser Bereich wurde in 2015 in die PG 269.01 Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten, Verkehrsentwicklung und Mobilität umorganisiert.

Die erhöhten Ist-Werte 2015, die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Kosten für Transferleistungen betreffend, beruhen auf der Übertragung von Ermächtigungen aus dem Vorjahr. Außerdem sind die Kosten für Transferleistungen aufgrund von umgesetzten EFRE-Projekten erhöht.

Der Ist-Wert der Sonstigen Kosten in 2015 beruht im Wesentlichen auf periodenfremden Aufwendungen.

Die geänderten Planwerte ab 2017 ff. ergeben sich im Wesentlichen durch das Wiedereinstellen auf den durchschnittlichen planerischen Bedarf.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				567	567
VE für Kosten für Transferleistungen				515	515
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehrjährige Auftragsvergaben vor allem für Beratungsleistungen auf den Gebieten der Logistik, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfrastruktur benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen dienen für mehrjährige Zuwendungsverfahren, besonders im Rahmen des Clusters Logistik.

4.3.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 270.01 Logistik, Schifffahrt, umw. WiPolitik

Z1: Schaffung von Arbeitsplätzen und Erhöhung der Wertschöpfung bei bestehenden Unternehmen und Neuansiedlungen aus den Bereichen Logistik und Schifffahrt (Kennzahlen 1, 2, 11 und 12).

Z2: Einflussnahme auf die Umwelt- und Energiepolitik insbesondere des Bundes und der EU zwecks Verbesserung der Standortbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Unternehmen (Kennzahl 13).

4.3.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 270.01 Logistik, Schifffahrt, umw. WiPolitik

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_270_01_001 1. Passagieraufkommen in der Kreuzschifffahrt im Hafen Hamburg	ANZ	590.000	520.000	801.000	750.000	854.650	900.825	947.000
B_270_01_002 2. Anläufe von Kreuzfahrtschiffen in Hamburg	ANZ	189	153	207	170	179	203	241
B_270_01_011 11. Anzahl der Mitgliedsunternehmen bei der Logistikinitiative Hamburg (LIHH)	ANZ	532	537		537	542	547	552
B_270_01_012 12. Anteil der FHH-Mittel an der Gesamtfinanzierung der LIHH	%	39,2	30,0		32,6	32,0	31,5	31,0
B_270_01_013 13. Beratung von Unternehmen/ Verbänden und Stellungnahmen zu Rechtsetzungsverfahren in der Umwelt- und Energiepolitik	ANZ	789	504	345	500	500	500	500

Die Kennzahlen sind im Wesentlichen wirkungsbezogen.

Kennzahl 11 und 12: Die Kennzahlen werden jährlich erhoben. Es werden eine Stabilisierung und möglichst wachsende Entwicklung der Unternehmenszahlen in der Logistikbranche sowie eine weiterhin zunehmende Eigenfinanzierung der Logistikinitiative Hamburg dargestellt.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.3.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 270.01 Logistik, Schifffahrt, umw. WiPolitik

IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Schifffahrt	413						
Erlöse		4.085		2.946	2.663	2.549	2.329
Kosten	2.920	5.848	783	2.784	2.801	2.822	2.844
Saldo Jahresergebnis 1 Schifffahrt	-2.920	-1.763	-783	161	-138	-274	-515
Erlöse		101	-/-	75	74	75	73
Kosten		751	-/-	1.016	1.031	1.046	1.082
Saldo Jahresergebnis 2 Schifffahrt	-2.920	-2.413	-/-	-780	-1.095	-1.244	-1.524
Luftverkehr	416						
Erlöse	624	3.049	0	0	0	0	0
Kosten	2.163	880	326	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 1 Luftverkehr	-1.539	2.170	-326	0	0	0	0
Erlöse		43	-/-	47	46	47	44
Kosten		531	-/-	277	283	291	293
Saldo Jahresergebnis 2 Luftverkehr	-1.539	1.682	-/-	-230	-237	-245	-249
Logistik	822						
Erlöse		64					
Kosten	2.246	925	1.501	1.007	1.032	1.038	979
Saldo Jahresergebnis 1 Logistik	-2.246	-861	-1.501	-1.007	-1.032	-1.038	-979
Erlöse		16	-/-	54	54	54	50
Kosten		126	-/-	474	482	476	465
Saldo Jahresergebnis 2 Logistik	-2.246	-970	-/-	-1.427	-1.461	-1.460	-1.393
Umweltbezogene Wirtschaftspolitik	822						
Erlöse							
Kosten		0					
Saldo Jahresergebnis 1 Umweltbezogene Wirtschaftspolitik		0					
Erlöse		0	-/-	0	0	0	0
Kosten		0	-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Umweltbezogene Wirtschaftspolitik		0	-/-	0	0	0	0

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt. Das Produkt Luftverkehr ist in 2015 in die Produktgruppe 269.01 Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten, Verkehrsentwicklung und Mobilität übergeleitet worden, zugleich wurde der Bereich der Umweltbezogenen Wirtschaftspolitik in diese Produktgruppe verlagert, vgl. Drucksache 21/711.

4.3.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 270.01 Logistik, Schifffahrt, umw. WiPolitik

Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	30,13	35,59	16,53	16,53	16,53	16,53

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.3.2.2 Produktgruppe 270.02 Innovation, Technologie, Cluster

4.3.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 270.02 Innovation, Technologie, Cluster

Die Innovationspolitik des Senats konzentriert sich auf Maßnahmen in den fünf von der InnovationsAllianz Hamburg identifizierten Handlungsfeldern (1. Transparenz, Innovationsklima, Vermarktung, 2. Lehre, Ausbildung, Weiterbildung, 3. Vernetzung, Kooperation, Transfer, 4. Fördersystem und 5. Infrastruktur). Besondere Schwerpunkte liegen auf der Verbesserung der FuE-Infrastruktur (Errichtung von Forschungs- und Innovations-Parks, Fraunhofer-Instituten und Weiterentwicklung von Anwendungszentren) sowie der Optimierung des Innovationsfördersystems. Die Umsetzung von Maßnahmen wird durch die Innovationsagentur in der Hamburgischen Investitions- und Förderbank unterstützt.

Die Weiterentwicklung der Clusterpolitik bleibt gerade bei begrenzten öffentlichen Ressourcen ein wichtiges politisches Handlungsfeld. Die wirtschaftliche Entwicklung in den etablierten Clustern Erneuerbare Energien (EEHH), Gesundheitswirtschaft (GWHH), Kreativwirtschaft, Life Sciences (LSN), Luftfahrt (HAv), Logistik (LIHH), Maritime Industrie (MCN) sowie Medien & IT (NextMedia) hat gezeigt, dass die Clusterpolitik in Hamburg ein erfolgreiches wirtschaftspolitisches Instrument ist, um privatwirtschaftliche Initiativen mit städtischen Aktivitäten der Wirtschafts-, Struktur- und Innovationspolitik zu verknüpfen.

Von der Bedeutung von Clusterpolitik in spezialisierten Regionen und der diesbezüglichen Kompetenz Hamburgs ist auch die EU-Kommission überzeugt. Sie hat deshalb Hamburg im Juli 2014 als eine von sechs europäischen Modellregionen für moderne Clusterpolitik ("Model Demonstrator Region on modern Clusterpolicy") ausgewählt; als einzige Region in Deutschland.

Hamburg betreibt seit Jahren erfolgreich den Ausbau der Elektromobilität und verfügt über ein ausgeprägtes technisches und systemisches Know-how sowie eine gute Ausgangsbasis für einen weiteren Ausbau der batterieelektrischen wie auch der wasserstoffbasierten Elektromobilität. Mit seinen vielfältigen Erfahrungen und Projekten sowie dem Masterplan Ladeinfrastruktur gehört Hamburg in Deutschland zu den bundesweit anerkannten Vorreitern.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.3.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 270.02 Innovation, Technologie, Cluster

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	7	1.352	446	1.080	668	668	668
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.294	1.953	850	2.166	4.666	4.666	4.666
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	179	56	64	78	78	78	78
3. Personalkosten	1.347	1.338	1.340	1.763	1.813	1.786	1.812
a) Kosten für Entgelte	660	598	641	735	759	727	738
b) Kosten für Bezüge	392	431	404	539	551	560	568
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	127	149	146	174	180	175	177
e) Kosten für Versorgungsleistungen	167	160	149	315	323	324	329
4. Kosten für Transferleistungen	6.469	7.312	4.464	5.906	5.406	5.406	5.406
5. Kosten aus Abschreibungen	663	663	663	663	663	663	663
6. Sonstige Kosten	0	301		13	13	13	13
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-21.766	-10.214	-6.872	-9.431	-11.893	-11.866	-11.892
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses		268		0	0	0	0
10. Finanzergebnis		-268		0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-21.766	-10.483	-6.872	-9.431	-11.893	-11.866	-11.892
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-21.766	-10.483	-6.872	-9.431	-11.893	-11.866	-11.892
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-21.766	-10.483	-6.872	-9.431	-11.893	-11.866	-11.892

Die geplanten Erlöse entstehen durch die Auflösung von Sonderposten aus der Anlagenbuchhaltung. Der Ist-Wert 2015 enthält zudem eine Rückzahlung einer Zuwendung sowie Erlöse aus dem EU-Programm EFRE.

Der Anstieg der Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und der Kosten für Transferleistungen ab 2017 beruht auf der Zuführung von zusätzlichen Mitteln zur Umsetzung der Innovationspolitik des Senates. Dieses beinhaltet sowohl die Errichtung eines Netzes von Forschungs- und Innovationsparks, die Stärkung der finanziellen Basis der Hamburger Innovationsförderung als auch den Aufbau und die Weiterentwicklung von anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen. Von Bedeutung ist dabei Einrichtungen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) am Standort Hamburg auszubauen und neue anzusiedeln sowie Hamburg als Sitzland zu etablieren. Die erhöhten Ist-Werte 2015 betreffend Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Kosten für Transferleistungen beruhen auf der Übertragung von Ermächtigungen aus dem Vorjahr.

Der Ist-Wert der Sonstigen Kosten in 2015 beruht im Wesentlichen auf periodenfremdem Aufwand, der aufgrund der Umstellung von der Kameralistik auf den doppischen Produkthaushalt angefallen ist. Der Planwert ab 2017 beinhaltet vor allem weitere betriebliche Aufwendungen, wie beispielsweise Mitgliedsbeiträge.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				10.666	10.666
VE für Kosten für Transferleistungen				5.396	5.396
VE für Sonstige Kosten				8	8
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehrjährige Auftragsvergaben für die Innovationsregion Hamburg sowie eine Innovations- und Clusterorientierte Wirtschaftspolitik benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen ermöglichen mehrjährige Zuwendungsverfahren innerhalb der Innovations- und Clusterpolitik sowie die Weiterentwicklung der Elektromobilität.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Sonstige Kosten werden für mehrjährige vertragliche Verpflichtungen benötigt.

4.3.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 270.02 Innovation, Technologie, Cluster

Z1: Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit innovativer Unternehmen (Kennzahlen 1 bis 10, 18 bis 21).

Z2: Erhöhung der privaten Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen (Kennzahlen 11 bis 17).

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.3.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 270.02 Innovation, Technologie, Cluster

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_270_02_001 1. Beschäftigte in Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc. im Cluster Erneuerbare Energie Hamburg	FTE	15.000	15.500	16.000				
B_270_02_002 2. Beschäftigte in Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc. im Cluster Hamburg Aviation	FTE	40.500	41.000	41.500				
B_270_02_003 3. Beschäftigte in Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc im Maritimen Cluster Norddeutschland	FTE	25.000	25.000	25.000				
B_270_02_004 4. Beschäftigte in Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc. im Cluster Life Sciences Nord	FTE	13.500	14.000	14.500				
B_270_02_005 5. Volumen der eingesetzten FuE Fördermittel der BWVI (einschließlich der Investitions- und Förderbank)	Tsd. EUR	11.596	9.325	8.165	8.465	8.465	8.165	7.864
B_270_02_006 6. davon im Cluster Logistikiinitiative Hamburg	Tsd. EUR	500	540	650	258	258	258	258
B_270_02_007 7. davon im Maritimen Cluster Norddeutschland	Tsd. EUR	595	680	350	414	414	414	414
B_270_02_008 8. davon im Cluster Hamburg Aviation	Tsd. EUR	2.764	2.003	765	965	965	965	965
B_270_02_009 9. davon im Cluster Erneuerbare Energien Hamburg	Tsd. EUR	150	296	650	512	512	512	512
B_270_02_010 10. davon im Cluster Life Science Nord	Tsd. EUR	1.875	2.438	750	1.556	1.556	1.556	1.555
B_270_02_011 11. Anteil privatwirtschaftlich generierter Finanzierungsbeiträge zu geförderten Projekten	%	43	32	37	48	48	49	50
B_270_02_012 12. Volumen der generierten privaten FuE Mittel	Tsd. EUR	7.871	8.155	4.862	7.571	7.571	7.571	7.571
B_270_02_013 13. davon im Cluster Logistikiinitiative Hamburg	Tsd. EUR	50	218	350	71	71	71	71
B_270_02_014 14. davon im Maritimen Cluster Norddeutschland	Tsd. EUR	335	1.414	350	850	850	850	850
B_270_02_015 15. davon im Cluster Hamburg Aviation	Tsd. EUR	1.658	421	612	772	772	772	772
B_270_02_016 16. davon im Cluster Erneuerbare Energien Hamburg	Tsd. EUR	26	0	350	289	289	289	289
B_270_02_017 17. davon im Cluster Life Science Nord	Tsd. EUR	1.397	2.162	375	1.703	1.703	1.703	1.703
B_270_02_018 18. Im Berichtszeitraum angemeldete Patente	ANZ		-	0				
B_270_02_019 19. In Hamburg zugelassene reine Elektro-Kfz und Plug-In Hybride	ANZ	2.291	1.434	0				
B_270_02_020 20. davon Zahl der im öffentlichen Fuhrpark eingesetzten reinen Elektro-Kfz und Plug-In Hybride	ANZ	204	382	95				

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_270_02_021 21. Öffentlich zugängliche Ladepunkte für Elektro-Kfz und Plug-In Hybride	ANZ	138	194	592				

Kennzahlen 1 bis 4: Die Zahl der Beschäftigten in den Clusterbranchen ist nicht direkt steuerbar. Über die Kennzahlen wird lediglich beobachtet, wie sich die Beschäftigung entwickelt. Wenngleich es das allgemeine Ziel des Senats ist, die Beschäftigung in Hamburg generell zu erhöhen, können hier aus Gründen der fehlenden Steuerbarkeit keine branchenindividuellen Zielzahlen vorgesehen werden.

Die Kennzahlen 5 bis 7 und 9 bis 10 beinhalten zum Teil auch eine Kofinanzierung aus EFRE-Mitteln. Die Kennzahlen 6 und 12 beinhalten das Volumen der eingesetzten FuE-Mittel, die in Maßnahmen der IFB eingesetzt oder durch diese Maßnahmen generiert wurden. Die Kennzahlen 13, 15 und 16 beinhalten das Volumen der durch Maßnahmen der IFB generierten privaten FuE-Mittel.

Kennzahl 1: Die Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur GmbH wurde im Januar 2011 durch die Stadt Hamburg gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft gegründet, um die zukunftsträchtige Branche der Erneuerbaren Energien richtungweisend zu fördern. Die Metropolregion Hamburg ist Firmensitz für viele Unternehmen der Industrie und gleichzeitig wichtiges Dienstleistungszentrum. Nahezu alle wichtigen Energieversorger und Dienstleistungsunternehmen, aber auch Projektentwickler, Banken und Versicherer mit Schwerpunkt Regenerative Energiewirtschaft sind hier angesiedelt oder betreiben in Hamburg ihre Kompetenzzentren. Das Clusternetzwerk zählt derzeit nahezu 200 Mitglieder aus Unternehmen sowie Dienstleistungs- und Forschungseinrichtungen, in der Metropolregion sind ca. 25.000 Beschäftigte in der Branche tätig. Das Clustermanagement organisiert und bündelt die weitgefächerten Kompetenzen der Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der regenerativen Energiewirtschaft, fördert Schnittstellen zu anderen Branchen und unterstützt Vernetzung, Qualifizierung, (internationales) Standortmarketing und Innovationsförderung.

Kennzahl 2: Das Luftfahrtcluster der Metropolregion Hamburg ist weltweit der drittgrößte Standort der zivilen Luftfahrtindustrie. Mit seinen Kompetenzen deckt das Cluster den gesamten Lebenszyklus eines Flugzeuges ab: von der Entwicklung, Herstellung und Montage über das Lufttransportsystem, die Wartung, Reparatur und Überholung bis hin zum Recycling. Neben den beiden Schlüsselunternehmen Airbus und Lufthansa Technik sowie dem Flughafen Hamburg tragen über 300 kleine und mittelständische Unternehmen sowie Hochschulen und weitere, vielfältige technologisch-wissenschaftliche Institutionen zum Know-how bei. Um den Standort zielgerichtet zu fördern, haben sich Unternehmen, Hochschulen, Verbände, Wirtschaftsbehörde und weitere Partner im Netzwerk Hamburg Aviation zusammengeschlossen. Gemeinsam verfolgen sie das Ziel vernetzter Forschung und Entwicklung hochwertiger Produkte und Dienstleistungen für die Luftfahrt der Zukunft.

Kennzahl 3: In 2013 wurde von den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein die neue Verwaltungsvereinbarung zum Maritimen Cluster Norddeutschland (MCN) unterzeichnet. Sie ist die Basis für die Fortführung des Projektes im Rahmen einer zweiten Förderphase für den Zeitraum 2014 bis 2016. Die stetig zunehmende Zahl der organisierten Unternehmen belegt das Interesse der maritimen Wirtschaft an den Aktivitäten des MCN, verbunden mit dem Ziel, den Stellenwert der maritimen Industrie länderübergreifend insbesondere auch im internationalen Vergleich zu stärken. Durch das Aufsetzen eines maritimen Forschungsprogramms wird das Maritime Cluster zukünftig weiter gestärkt.

Kennzahl 4: Das Cluster Life Science Nord (LSN) ist eine Public- Private- Partnership unter Beteiligung des Fördervereins Life Science Nord e.V. sowie der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein. LSN bündelt, vernetzt und koordiniert die Aktivitäten für ein international wettbewerbsfähiges Cluster in den Bereichen Biotechnologie, Medizintechnik und Pharmazie. Die im Jahr 2013 gemeinsam mit zentralen Clusterakteuren erarbeitete Strategie soll in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Für die Zukunft strebt LSN an, sich als eines der führenden Life Science-Netzwerke in Europa zu etablieren, aus dem weltweit anerkannte Best-Practice-Produkte hervorgehen. Die Entwicklung des Clusters ist geprägt durch globale Megatrends sowie durch Marktentwicklungen und -potentiale in der Medizin. Treiber für Innovationen in der Medizin sind die alternde Gesellschaft, die Personalisierung von Therapien sowie der Kostendruck im Gesundheitswesen.

Die Kennzahlen 5 bis 17 werden jährlich im Rahmen des Fördermittelmonitorings der Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB) erhoben. Für nach Clustern differenzierte Kennzahlen zu Fördermaßnahmen, die nicht über die IFB abgewickelt werden, werden eigene jährliche Erhebungen in den Clustern bzw. den von der BWVI betreuten Clustermanagements durchgeführt. Der Verlauf der Kennzahlenwerte ist insofern nicht beeinflussbar, als das er in erster Linie von der Inanspruchnahme der Förderinstrumente durch Unternehmen abhängig ist.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kennzahl 5: FuE-Fördermittel (Fördermittel für Forschung und Entwicklung) sind Transfers der FHH die mit der Zielsetzung gewährt werden, bei den Mittelempfängern die Durchführung von Maßnahmen zur Entwicklung und Verwertung neuer Produkte, Verfahren, Anwendungen und Dienstleistungen zu ermöglichen. Die FuE-Maßnahmen wären dabei aufgrund des mit ihnen behafteten Risikos ohne eine öffentliche Beteiligung nicht durchgeführt worden. Aufgrund des mit ihnen verbundenen positiven Effektes auf die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Unternehmen und damit auf die Erhaltung bzw. Entstehung neuer Arbeitsplätze besteht ein öffentliches Interesse an ihrer Umsetzung. Die FuE-Fördermittel werden in Form von Zuschüssen, Darlehen oder Beteiligungen gewährt..

Kennzahl 6: Ziel der 2006 auf Initiative des Senats in Form einer Public-Private-Partnership gegründeten Logistik-Initiative Hamburg ist es, die Rolle Hamburgs als führende Logistikmetropole Nordeuropas weiter auszubauen und logistiknahe Unternehmen und Institutionen zu unterstützen, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Standort Hamburg zu generieren. Konkrete Zielsetzung bei Gründung ist es, bis zum Jahr 2015 rund 14.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Hierzu werden im Cluster Logistik Maßnahmen und Aktivitäten in den Handlungsfeldern „Kompetenznetzwerk“, „Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur“, „Arbeitskräfte“, „Innovation und Technologie“, „Nachhaltigkeit“ und „Standortprofilierung“ konzipiert und durchgeführt. Die Logistik- Initiative Hamburg wurde 2013 mit dem „Gold Label“ der der European Cluster Excellence Initiative (ECEI) ausgezeichnet und gehört somit zu den Top 40 in Europa. Mit konstant über 500 Mitgliedern gehört das Logistik-Netzwerk zum größten Logistik-Branchennetzwerk in Deutschland.

Kennzahl 11: Bei den geförderten Projekten handelt es sich um FuE-Projekte.

Kennzahl 18: Die Kennzahl wird erst seit 2014 erhoben. Ergebnisse können frühestens ab 2017 vorliegen, da ein Monitoring erst ein Jahr nach Projektabschluss erfolgt.

Kennzahl 19 bis 21: Ein Plug-in-Hybrid ist ein Kraftfahrzeug mit Hybridantrieb, dessen Batterie zusätzlich über das Stromnetz extern geladen werden kann. Die Kennzahl dient ausschließlich der Bedarfsermittlung für öffentliche Ladeinfrastruktur über den Masterplan Ladeinfrastruktur. Diese Kennzahl ist nicht steuerbar. Daher sind hierzu auch keine Zielzahlen vorgesehen.

Kennzahl 21: Öffentlich zugängliche Ladepunkte umfassen sowohl Ladepunkte im öffentlichen Raum als auch private Standorte wie Park& Ride-Flächen, Parkhäuser, Tankstellen etc., die aber öffentlich zugänglich sind. Ladepunkte bezeichnen die Lademöglichkeit für jeweils ein Fahrzeug. Ladesäulen enthalten je nach Typ ein oder mehrere Ladepunkte, Wallboxes jeweils einen.

4.3.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 270.02 Innovation, Technologie, Cluster

IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Förderung von Innovationen, Technologien	822						
Erlöse	7	369	446	250	250	250	250
Kosten	10.185	3.440	3.141	3.098	3.603	3.618	3.634
Saldo Jahresergebnis 1 Förderung von Innovationen, Technologien	-10.178	-3.070	-2.696	-2.848	-3.353	-3.368	-3.384
Erlöse		86	-/-	91	90	89	88
Kosten		671	-/-	958	976	980	1.011
Saldo Jahresergebnis 2 Förderung von Innovationen, Technologien	-10.178	-3.655	-/-	-3.715	-4.239	-4.258	-4.307
Förderung von Clustern	822						
Erlöse		982		830	418	418	418
Kosten	11.589	8.395	4.176	7.413	8.958	8.916	8.926
Saldo Jahresergebnis 1 Förderung von Clustern	-11.589	-7.413	-4.176	-6.583	-8.539	-8.497	-8.507
Erlöse		68	-/-	85	85	83	81
Kosten		529	-/-	810	826	812	839
Saldo Jahresergebnis 2 Förderung von Clustern	-11.589	-7.873	-/-	-7.308	-9.281	-9.226	-9.265

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.3.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 270.02 Innovation, Technologie, Cluster

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		18,22	17,30	16,77	16,77	16,77	16,77

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.3.2.3 Produktgruppe 270.03 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstl.

4.3.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 270.03 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstl.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Mobilität von Arbeitskräften und Unternehmen spielt die Sicherung und Entwicklung eines die Bildungssektoren übergreifenden Know-hows eine zunehmende Rolle. Dabei werden Megatrends aufgegriffen und die bestehenden Strukturen regionaler Netzwerke clusterübergreifend genutzt und bei Bedarf auch international ausgerichtet. Im Rahmen zukunftsorientierter Projekte werden gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Perspektiven, Strategien und Programme für neue wissensfördernde Angebote und Infrastrukturen entwickelt, um Hamburg als attraktiven Standort im internationalen Wettbewerb zu profilieren. Gefördert werden Pilotprojekte, die entweder in einer neuartigen Form erstmalig umgesetzt werden, neue thematische und standortpolitische Felder besetzen oder mit innovativen Strukturen die Erreichung strukturpolitischer Ziele in Hamburg unterstützen.

Hamburg gehört zu den führenden Finanz- und Börsenplätzen Deutschlands. Im Finanzplatz Hamburg e.V., eine von Handelskammer und Finanzwirtschaft gebildete Branchen-Initiative, werden gemeinsam mit der Wirtschaft Perspektiven für den Ausbau des hiesigen Finanzplatzes entwickelt. Vernetzung der regionalen Akteure sowie Marketing für den Finanz- und Börsenplatz Hamburg stehen dabei im Vordergrund.

Hamburg ist ein bedeutender Binnen- und Einzelhandelsstandort. Die Nähe zu Hafen und Logistikunternehmen beschleunigt den Umschlag des Großhandels und gewährleistet die effiziente Belieferung der Kunden. Der Einzelhandel ist ein wesentlicher Bestandteil der Attraktivität Hamburgs für Einwohner, Besucher aus der Metropolregion und Touristen. In Zusammenarbeit mit den Einzelhandelsunternehmen und ihren Interessenvertretungen werden in den Quartieren Projekte wie z.B. das Citymanagement gefördert.

Existenzgründungen leisten einen wichtigen Beitrag für Innovation, Wachstum und Beschäftigung einer Volkswirtschaft. Mit neuen Ideen und Geschäftsmodellen sorgen sie für wirtschaftliche Dynamik. Die Unterstützungsangebote zielen darauf ab, die unternehmerische Selbständigkeit zu fördern und ein gründungsfreundliches Klima zu schaffen. Der Senat fördert Beratungseinrichtungen für angehende Unternehmerinnen und Unternehmer, entwickelt innovative Veranstaltungsformate, vernetzt wichtige Fördereinrichtungen in Hamburg und bietet Informations- und Erfahrungsaustausch.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.3.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 270.03 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstl.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	0	184					
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	565	52	535	795	795	795	795
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	179	18	64	0	0	0	0
3. Personalkosten	1.230	1.295	1.428	1.687	1.736	1.663	1.687
a) Kosten für Entgelte	578	599	596	669	691	623	633
b) Kosten für Bezüge	381	415	508	544	558	566	574
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	112	130	143	162	167	155	156
e) Kosten für Versorgungsleistungen	160	151	181	312	320	319	324
4. Kosten für Transferleistungen	1.594	1.977	1.184	1.088	1.088	1.088	1.088
5. Kosten aus Abschreibungen	432	251	202	197	189	171	161
6. Sonstige Kosten	0	66		16	16	16	16
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.821	-3.457	-3.349	-3.783	-3.824	-3.733	-3.747
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-3.821	-3.457	-3.349	-3.783	-3.824	-3.733	-3.747
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-3.821	-3.457	-3.349	-3.783	-3.824	-3.733	-3.747
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-3.821	-3.457	-3.349	-3.783	-3.824	-3.733	-3.747

Die geänderten Planwerte ab 2017 ff. ergeben sich im Wesentlichen durch das Wiedereinstellen auf den durchschnittlichen planerischen Bedarf. In den künftigen Haushaltsjahren werden in der PG 270.03 erfolgreich durchgeführte Projekte mit Pilotcharakter verstetigt und dem Markt angeboten. Daher kommt es zu einer Verschiebung eines Teils des Ansatzes der Kosten für Transferleistungen hin zu den Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit. Der höhere Ist-Wert bei den Kosten aus Transferleistungen in 2015 beruht auf der Übertragung von Ermächtigungen aus dem Vorjahr.

In den Sonstigen Kosten sind in 2015 haushaltsrelevante Verrechnungen angefallen, die derzeit nicht geplant sind.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				795	795
VE für Kosten für Transferleistungen				1.088	1.088
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehrjährige Auftragsvergaben für strukturpolitische Belange sowie Mittelstand und Handwerk benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen dienen mehrjährigen Zuwendungsverfahren im Bereich der Strukturpolitik, dem Mittelstand und Handwerk.

4.3.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 270.03 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

Z 1: Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung der gewerblichen Wirtschaft am Standort Hamburg durch strukturpolitische Maßnahmen insbesondere im Bereich Wissenstransfer sowie Förderung und Stärkung des Binnengroß- und Einzelhandels, der Finanzwirtschaft, der Freien Berufe und sonstiger Dienstleistungsbereiche am Standort Hamburg (Kennzahlen 1 und 2).

Z 2: Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), des Gründungsklimas und der Kultur der Selbständigkeit im Rahmen von Brancheninitiativen (Kennzahl 3).

4.3.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 270.03 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_270_03_001 1. Zahl der Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft	ANZ	870 Tsd.	876 Tsd.	860 Tsd.	862 Tsd.	864 Tsd.	866 Tsd.	868 Tsd.
B_270_03_002 2. Neu gegründete Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft	ANZ	15,6 Tsd.	15,5 Tsd.	18 Tsd.	18 Tsd.	18 Tsd.	18 Tsd.	18 Tsd.
B_270_03_003 3. Beschäftigte im Handwerk nach Angaben der Handwerkskammer	ANZ	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.

Kennzahl 1: Die Gewerbliche Wirtschaft umfasst:

- Produzierendes Gewerbe
- Handel, Verkehr, Gastgewerbe
- Information und Kommunikation
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- Grundstücks- und Wohnungswesen
- Unternehmensdienstleister
- Reparatur von Gebrauchsgütern
- Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen

Kennzahl 2: Gewerbliche Wirtschaft wie Kennzahl 1 ohne Reparatur von Gebrauchsgütern und Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen. Hierzu werden keine Zahlen veröffentlicht. Neu gegründete Unternehmen umfassen Betriebsgründung (Haupt- und Zweigniederlassungen) sowie sonstige Gründungen (darunter auch Nebenerwerb)

Kennzahl 3: Mit Brancheninitiativen wie dem „Masterplan Handwerk 2020“, dem „Bündnis für den Mittelstand“ und der Steuerung der „Hamburger ExistenzgründungsInitiative“ (H.E.I.) sollen die Rahmenbedingungen für KMU verbessert werden. Das Ergebnis spiegelt sich in der Anzahl der Beschäftigten wider.

Handwerk definiert sich über die in der Handwerksordnung ausgewiesenen Bereiche (Positivliste) mit:

- Anlage A: Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungspflichtige Handwerke betrieben werden können (§ 1 Abs. 2)
- Anlage B1 + B2: Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreie Handwerke oder handwerksähnliche Gewerbe betrieben werden können (§ 18 Abs. 2).

Zu den Beschäftigten im Hamburger Handwerk zählen alle Personen, die in den Gewerken der Anlage A, B1 und B2 tätig sind:

- Unternehmer,
- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte,
- geringfügig entlohnte Beschäftigte,
- Praktikanten,
- mithelfende Familienangehörige,
- Leiharbeiter

4.3.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 270.03 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Strukturpolitik	822							
Erlöse		0	142					
Kosten		1.886	1.994	1.740	1.987	2.009	1.913	1.918
Saldo Jahresergebnis 1 Strukturpolitik		-1.886	-1.852	-1.740	-1.987	-2.009	-1.913	-1.918
Erlöse			80	-/-	65	65	61	61
Kosten			634	-/-	791	805	751	790
Saldo Jahresergebnis 2 Strukturpolitik		-1.886	-2.406	-/-	-2.713	-2.749	-2.603	-2.648
Mittelstand und Handwerk	822							
Erlöse			0					
Kosten		1.546	1.210	1.282	1.391	1.401	1.403	1.406
Saldo Jahresergebnis 1 Mittelstand und Handwerk		-1.546	-1.210	-1.282	-1.391	-1.401	-1.403	-1.406
Erlöse			34	-/-	53	53	51	50
Kosten			266	-/-	479	489	482	499
Saldo Jahresergebnis 2 Mittelstand und Handwerk		-1.546	-1.442	-/-	-1.817	-1.837	-1.834	-1.855
Handel und Dienstleistungen	822							
Erlöse			42					
Kosten		389	437	327	404	414	418	423
Saldo Jahresergebnis 1 Handel und Dienstleistungen		-389	-395	-327	-404	-414	-418	-423
Erlöse			27	-/-	51	51	49	48
Kosten			209	-/-	429	439	432	448
Saldo Jahresergebnis 2 Handel und Dienstleistungen		-389	-577	-/-	-783	-802	-801	-823

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.3.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 270.03 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		17,05	17,70	17,87	17,87	17,87	17,87

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.3.2.4 Produktgruppe 270.04 Zentrale Programme des AB 270

4.3.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 270.04 Zentrale Programme des AB 270

Für die Produktgruppe Zentrale Programme des AB 270 werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollveränderung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.3.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 270.04 Zentrale Programme des AB 270

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse				349	1.048	1.747	2.096
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
<i>a) Kosten für Entgelte</i>							
<i>b) Kosten für Bezüge</i>							
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>							
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen				400	1.200	2.000	2.400
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit				-51	-152	-253	-304
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)				-51	-152	-253	-304
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)				-51	-152	-253	-304
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)				-51	-152	-253	-304

Die geplanten Erlöse entstehen durch die Auflösung von Sonderposten aus der Investitionsplanung. Die Abschreibungen resultieren aus der Investitionsplanung.

4.3.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 270.04 Zentrale Programme des AB 270

Für die Produktgruppe Zentrale Programme des AB 270 werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

4.3.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 270.04 Zentrale Programme des AB 270

Für die Produktgruppe Zentrale Programme des AB 270 werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

4.3.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 270.04 Zentrale Programme des AB 270

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Sollüberträge Hafen	992							
Erlöse					349	1.048	1.747	2.096
Kosten					400	1.200	2.000	2.400
Saldo Jahresergebnis 1 Sollüberträge Hafen					-51	-152	-253	-304
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Sollüberträge Hafen				-/-	-51	-152	-253	-304

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.3.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 270.04 Zentrale Programme des AB 270

Für die Produktgruppe Zentrale Programme des AB 270 werden keine Vollzeitäquivalente ausgebracht.

4.3.2.5 Produktgruppe 270.05 Hafen

4.3.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 270.05 Hafen

Der HPA obliegt gemäß HPA-Gesetz die Entwicklung, Erweiterung und Bewirtschaftung des Hamburger Hafens. Als öffentliche Aufgabe obliegt ihr im Wesentlichen Planung, Bau, Betrieb, Verwaltung und Instandhaltung der allgemeinen Infrastruktur im Hamburger Hafen, der Hafenbahn und der Bundeswasserstraße Elbe.

Die BWVI übt als Aufsichtsbehörde die Fach- und Rechtsaufsicht über die HPA aus.

4.3.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 270.05 Hafen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse		1.741	1.290	1.574	2.273	2.622	2.622
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.576	180	250	0	0	0	0
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	0	539	424	538	552	560	569
a) Kosten für Entgelte		99	66	55	57	57	58
b) Kosten für Bezüge	0	306	249	305	312	317	323
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen		34	27	29	30	30	30
e) Kosten für Versorgungsleistungen		101	82	149	153	156	158
4. Kosten für Transferleistungen		57.266	56.835	64.500	45.600	57.000	57.000
5. Kosten aus Abschreibungen	7.738	9.351	26.882	15.159	23.488	29.027	32.789
6. Sonstige Kosten		63.378					
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-21.314	-128.974	-83.101	-78.623	-67.367	-83.965	-87.736
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses		51.497		0	0	0	0
10. Finanzergebnis		-51.497		0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-21.314	-180.471	-83.101	-78.623	-67.367	-83.965	-87.736
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-21.314	-180.471	-83.101	-78.623	-67.367	-83.965	-87.736
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-21.314	-180.471	-83.101	-78.623	-67.367	-83.965	-87.736

Die geplanten Erlöse entstehen durch die Auflösung von Sonderposten aus der Anlagenbuchhaltung.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit werden in den künftigen Haushaltsjahren nicht veranschlagt, da die vorher hier falsch veranschlagten Kosten für die Betreuung von Seeleuten bei der PG 270.01 geplant werden. Dadurch wird ein Fehler bei der Überleitung in das doppelte Haushaltswesen korrigiert.

Die erhöhten Planwerte im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen im Doppelhaushalt 2017 /18 begründen sich im Wesentlichen mit dem erhöhten Aufwand für die Wassertiefeninstandhaltung der Elbe im Bereich der Delegationsstrecke.

Der Ist-Wert der Sonstigen Kosten in 2015 beruht im Wesentlichen auf periodenfremdem Aufwand, der aufgrund der Umstellung von der Kameralistik auf den doppelten Produkthaushalt entstanden ist.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
VE für Kosten für Transferleistungen				20.000	20.000
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen werden für mehrjährige Zuwendungen an die HPA benötigt.

4.3.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 270.05 Hafen

Z1: Sicherung von Umschlagwachstum, Wertschöpfung und Beschäftigung im Hamburger Hafen durch Ausbau und Ertüchtigung der Hafeninfrastuktur (Kennzahlen 1 bis 13).

4.3.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 270.05 Hafen

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_270_05_001 1. Gesamtumschlag Hafen Hamburg	Mio t	145,7	137,8	145,2	144,7	148,3	152,0	155,8
B_270_05_002 2. Gesamtumschlag Hafen Hamburg	TEU	9,7 Mio.	8,8 Mio.	9,9 Mio.	9,1 Mio.	9,3 Mio.	9,8 Mio.	10,4 Mio.
B_270_05_003 3. Binnenschiffsumschlag Hafen Hamburg	Mio t	11,6	13,5	11,5	14,2	14,5	14,9	15,3
B_270_05_004 4. Volumen auf Hafeneisenbahn	Mio t	44,4	45,8	43,4	46,2	46,6	47,0	47,4
B_270_05_005 5. Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet mit der Fahrbahnzustandsnote 4,5 bis 5,0	km	8,5	10,0	8,0	8,5	8,5	8,5	8,5
B_270_05_006 6. Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet mit der Fahrbahnzustandsnote 3,5 bis 4,49	km	5,5	6,0	6,0	5,5	6,5	6,5	6,5
B_270_05_007 7. Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet mit der Fahrbahnzustandsnote 1,5 bis 3,49	km	16,5	19,0	17,0	22,0	22,0	22,0	22,0
B_270_05_008 8. Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet mit der Fahrbahnzustandsnote besser als 1,5	km	15,5	15,0	15,0	14,0	13,0	13,0	13,0
B_270_05_009 9. Gleise im Hafengebiet mit der Zustandsnote 4,5 bis 5,0	km	46,7	21,9	32,0	21,5	21,2	21,0	20,8
B_270_05_010 10. Gleise im Hafengebiet mit der Zustandsnote 3,5 bis 4,49	km	29,8	81,9	33,4	83,5	84,4	85,2	86,1
B_270_05_011 11. Gleise im Hafengebiet mit der Zustandsnote 1,5 bis 3,49	km	94,8	127,9	84,8	128,0	128,0	128,0	128,0
B_270_05_012 12. Gleise im Hafengebiet mit der Zustandsnote besser als 1,5	km	128,7	65,0	128,7	63,7	63,1	62,4	61,8
B_270_05_013 13. Hafeneisenbahn (direkt und indirekt) Beschäftigung in Hamburg	ANZ	129.761		120.000	131.700	131.700	131.700	131.700

Die Kennzahlen sind im Wesentlichen wirkungsbezogen.

Kennzahl 5-12: Auf den Hauptverkehrsstraßen und den Gleisen im Hafengebiet werden in regelmäßigen Abständen die Strecken abgefahren. Neben der Aufnahme von sichtbaren Schäden oder Abnutzungen werden dabei insbesondere automatisierte Messungen vorgenommen, deren Ergebnisse nach FHH-weit geltenden festgelegten Prüfmustern aus- und bewertet werden.

Die Zustandsnoten entsprechen dem Schulnotensystem. Zustandsnote besser als 1,5 entspricht einem Neubau; 1,5 bis 3,49 entspricht einem guten Zustand, keine Aktion erforderlich; 3,5 bis 4,49 bedeutet, dass der Warnwert zur intensiven Beobachtung erreicht ist, Planung von Maßnahmen; 4,5 bis 5,0 bedeutet, dass der Schwellenwert zum schlechten Zustand erreicht ist, Einleitung von Maßnahmen.

Abweichungen von 4 km bei den Straßen zwischen 2014 und 2016 resultieren aus Veränderungen aufgrund von Widmung/Entwidmung. Die Planzahl 2017 ff. liegt aktuell bei 50 km, da die Straße an der Alten Süderelbe dazugekommen ist.

Schwankungen bei den Gleis-km der Hafeneisenbahn hängen mit der Erfassungssystematik zusammen, die erst in den letzten Jahren weiter verfeinert wurde.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kennzahl 13: Für alle Jahre 2017 bis 2020 wurde die Zahl der direkt und indirekt hafenabhängigen Beschäftigten in Hamburg auf rd. 131.700 grob geschätzt. Angesichts des kontinuierlichen Produktivitätsfortschritts scheint das Halten des bestehenden Beschäftigungsniveaus bei konservativer Schätzung realistisch.

4.3.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 270.05 Hafen

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Hafen	413							
Erlöse			1.741	1.290	1.574	2.273	2.622	2.622
Kosten		21.314	182.213	84.391	80.197	69.640	86.587	90.358
Saldo Jahresergebnis 1 Hafen		-21.314	-180.471	-83.101	-78.623	-67.367	-83.965	-87.736
Erlöse			61	-/	53	53	54	53
Kosten			468	-/	533	543	553	588
Saldo Jahresergebnis 2 Hafen		-21.314	-180.878	-/	-79.103	-67.857	-84.464	-88.270

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.3.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 270.05 Hafen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		7,11	5,98	7,77	7,77	7,77	7,77

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Inv. i.Z.m. Zuw. Seehäfen - Hafenlasten							
Einzahlungen				20.963	20.963	20.963	
Auszahlungen				24.000	24.000	24.000	
Saldo Inv. i.Z.m. Zuw. Seehäfen - Hafenlasten				-3.037	-3.037	-3.037	
Verpflichtungsermächtigung Inv. i.Z.m. Zuw. Seehäfen - Hafenlasten				24.000	24.000	-/-	-/-
Straßen im Hafen							
Einzahlungen		12.959					
Auszahlungen		31.742	12.137	14.709	16.514	16.529	20.219
Saldo Straßen im Hafen		-18.784	-12.137	-14.709	-16.514	-16.529	-20.219
Verpflichtungsermächtigung Straßen im Hafen				16.514	16.529	-/-	-/-
Hafenbahn							
Einzahlungen		794					
Auszahlungen		19.063	24.709	29.363	33.594	24.200	30.633
Saldo Hafenbahn		-18.268	-24.709	-29.363	-33.594	-24.200	-30.633
Verpflichtungsermächtigung Hafenbahn				33.594	24.200	-/-	-/-
AllgemeineHafeninfrastruktur							
Einzahlungen		7.210					
Auszahlungen	937	58.000	39.224	55.928	49.892	59.271	49.148
Saldo AllgemeineHafeninfrastruktur	-937	-50.790	-39.224	-55.928	-49.892	-59.271	-49.148
Verpflichtungsermächtigung AllgemeineHafeninfrastruktur				49.892	59.271	-/-	-/-
Inv. i.Z.m. Zuw. Seehäfen - Hafenlasten							
Einzahlungen	20.963	0	20.963				
Auszahlungen	24.000	0	24.000				
Saldo Inv. i.Z.m. Zuw. Seehäfen - Hafenlasten	-3.037	0	-3.037				
Verpflichtungsermächtigung Inv. i.Z.m. Zuw. Seehäfen - Hafenlasten						-/-	-/-
Summe Investitionsprogramme	-3.974	-87.842	-79.107	-103.037	-103.037	-103.037	-100.000
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				124.000	124.000	-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Altern.Energievers. Kreuzschiff i.Hafen							
Einzahlungen							
Auszahlungen	3.300	1.850					
Saldo Altern.Energievers. Kreuzschiff i.Hafen	-3.300	-1.850					
Verpflichtungsermächtigung Altern.Energievers. Kreuzschiff i.Hafen						-/-	-/-
Kapitaleinlage ProFi mbH							
Einzahlungen							
Auszahlungen		13.450					
Saldo Kapitaleinlage ProFi mbH		-13.450					
Verpflichtungsermächtigung Kapitaleinlage ProFi mbH						-/-	-/-
HmbBet HPA AöR 2017							
Einzahlungen							
Auszahlungen				15.202			
Saldo HmbBet HPA AöR 2017				-15.202			
Verpflichtungsermächtigung HmbBet HPA AöR 2017						-/-	-/-
HmbBet HPA AöR 2018							
Einzahlungen							
Auszahlungen					39.852		
Saldo HmbBet HPA AöR 2018					-39.852		
Verpflichtungsermächtigung HmbBet HPA AöR 2018						-/-	-/-

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Summe Einzelinvestitionen	-3.300	-15.300		-15.202	-39.852		
Verpflichtungsermächtigungen Einzelinvestitionen						-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen			456				
Summe sonstige Investitionen			-456				
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen						-/-	-/-

Summe Investitionsmittel	-7.274	-103.142	-79.563	-118.239	-142.889	-103.037	-100.000
---------------------------------	---------------	-----------------	----------------	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen zu den Investitionsprogrammen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

Wegen der hohen rechtlichen, planerischen und technischen Komplexität derartiger Infrastrukturprojekte ist die dazugehörige Zeitplanung mit hoher Unsicherheit behaftet und erfahrungsgemäß treten planerisch nicht antizipierbare Verzögerungen auf. Welche Projekte, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt umgesetzt werden können, lässt sich daher nicht abschließend und verlässlich konkretisieren und damit im Haushalt maßnahmenscharf veranschlagen, so dass in den folgenden Investitionsprogrammen auch Maßnahmen mit Kosten über 2.500 Tsd. Euro im Einzelfall abgebildet sind.

Allgemeine Hafeninfrastuktur

In diesem Investitionsprogramm sind Mittel für die allgemeine Hafeninfrastuktur veranschlagt. Hierzu zählen etwa die Herstellung neuer Flächen, die Anpassung von Wassertiefen sowie Sanierung, Ausbau oder Neubau verschiedener Infrastrukturen, wie etwa Schleusen, Richtfeuer oder Uferwände.

In der Haushaltsperiode 2017/18 sollen von der HPA insbesondere folgende Projekte realisiert bzw. weiter umgesetzt werden:

Ausbau innerer Hafen (Europakai) - Anpassung Einfahrt Vorhafen: Für den Gewässerbereich Norderelbe / Vorhafen bestehen aufgrund der gegebenen Strömungssituationen Einschränkungen für die Passage von großen Schiffen. Zur Gewährleistung der Sicherheit und der Leichtigkeit des Schiffsverkehrs, insbesondere vor dem Hintergrund der Schiffsgrößenentwicklung, ist die Aufweitung des Zufahrtbereiches von der Norderelbe in den Vorhafen erforderlich. Die durch den Rückbau der Lotsenhöftspitze neugeschaffene Gewässersituation bietet die Möglichkeit, benötigte öffentliche Warteplätze für Feederschiffe einzurichten.

Ausbau östlicher Hafen (Steinwerder Hafen): Durch die Verfüllung des südlichen Teils des Steinwerder Hafens werden zusätzliche Flächen (ca. 4 ha) geschaffen. Zur Steigerung des Umschlags von konventionellem Stückgut und Projektladung sowie zur Bereitstellung zusätzlicher Lagerfläche. Der Verfüllbereich wird durch eine senkrechte, rückverankerte Uferwand abgeschlossen. Der Hochwasserschutz wird durch eine deutliche Verkürzung der Hochwasserschutzlinie neu geordnet.

Fahrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe: Mit Hilfe dieser Maßnahme wird die seewärtige Erreichbarkeit des Hamburger Hafens und der anderen entlang der Unterelbe gelegenen Häfen für moderne Großcontainerschiffe erleichtert. Planung und Realisierung des Vorhabens liegen im Verantwortungsbereich des Bundes und - im Bereich ihres Hoheitsgebietes - der Freien und Hansestadt Hamburg. Die HPA wird die in diesem Zusammenhang auf der Hamburger Delegationsstrecke notwendigen Arbeiten ausführen, wenn der Planfeststellungsbeschluss vollziehbar ist.

Tideelbe(Spadenlander Busch/Kreetsand): Durch den Umbau des Altspülfeldes Spadenlander Busch/Kreetsand zu einem tidebeeinflussten Flachwassergebiet mit Verbindung zur Norderelbe wird das erste Pilotprojekt des Tideelbeprogrammes umgesetzt. Neben der Schaffung von ca. 1 Mio. m³ zusätzlichem Tidevolumen entstehen mit der Durchführung auf einer Fläche von etwa 30 ha neue, hochwertige Biotope, z.B. für Tideröhrich, Auwald sowie den Schierlings-Wasserfenchel. Das Projekt dient zusätzlich als Ausgleichsmaßnahme gemäß Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie für die geplante Fahrinnenanpassung. Im Zuge der Projektdurchführung ist der Aushub von etwa 2 Mio. m³ Boden im Planungsbereich vorgesehen.

Planung und Vorbereitung des Projektes "Westerweiterung" des Container Terminal Hamburg (CTH): Das Projekt umfasst die Erweiterung des bestehenden CTH nach grundlegender Umstrukturierung der Flächen um den Petroleumhafen.

Landseitige Zufahrt Burchardkai - Anteil Schleusen und Brücken: Siehe Erläuterung des gesamten Projektes im Investitionsprogramm "Straßen im Hafen".

Sanierung St. Pauli Elbtunnel: Die Gesamtmaßnahme umfasst die Sanierung der beiden Tunnelröhren sowie des (bereits fertiggestellten) Schachtgebäudes St. Pauli. Derzeit laufen die Arbeiten an der östlichen Tunnelröhre. Wasserwirtschaftliche Neuordnung Altenwerder: Im Bereich Altenwerder werden die weiterführenden Entwicklungsperspektiven stark durch die vorherrschenden wasserwirtschaftlichen Verhältnisse beeinflusst. So wird über die unterschiedlichen Entwässerungsanlagen die Entwässerung eines Gebietes von mehr als 7 km² geregelt. Mit der Neuordnung wird diese Gewässersituation (Vorfluter, Gewässerführung, Gewässerökologie, Hydraulik etc.) neu gestaltet, um weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Bestandteil sind Einzelmaßnahmen wie die Schaffung von Retentionsräumen innerhalb und außerhalb des Hafengebietes Altenwerder sowie der Neubau von Siel- und Schöpfbauwerken.

Reiherstiegstromschleuse: Diese Strömungsschleuse dient dazu, die Strömungsverhältnisse und damit das Sedimentationsverhalten im Hamburger Hafen zu beeinflussen. Sie wird stark genutzt und stellt damit den Reiherstieg als wichtige Alternative/Bypass zur Süderelbe/Köhlbrand für die Hafenwirtschaft bereit. Aufgrund ihres Alters ist ihre bauliche Substanz jedoch mittlerweile stark beeinträchtigt. Da die Reiherstiegstromschleuse weiterhin eine wichtige hafengewirtschaftliche, nautische und strombauliche Bedeutung besitzt, besteht die Notwendigkeit zum Neubau bzw. zur Grundinstandsetzung der Schleuse. Nur so kann eine Entzerrung des Schiffverkehrs über beide Schifffahrtsstraßen gewährleistet werden.

Privater Hochwasserschutz (HWS): Die privaten HWS-Anlagen im Hafen wurden überwiegend zwischen 1977 und 1981 auf Grundlage der damaligen Bemessungskriterien genehmigt, gebaut und funktionsfähig instandgehalten. Inzwischen entsprechen die privaten HWS-Anlagen im Hafen nicht mehr den heute gültigen Bemessungsansätzen. Im Rahmen der Maßnahme privater Hochwasserschutz sind (Teil-) Anpassungen der privaten HWS-Anlagen im Hafen an die heute gültigen Bemessungswasserstände und Bemessungsansätze vorgesehen. Die Polder wurden einzeln auf ihre Defizite hin untersucht und es wurden die jeweils nötigen Maßnahmen zu deren Beseitigung ermittelt (z. B. Neubau, Erhöhung, Verstärkung, Sicherung der Standfestigkeit, etc.).

Der ursprüngliche Planwert 2016 wurde um 23 Mio. auf 39.224 TEUR reduziert (Drs. 21/1395 "Nachbewilligung nach § 35 LHO zum Haushalt 2015 und 2016 - Anpassung der Unterbringungskapazitäten sowie der finanziellen und personellen Ressourcen an die gestiegenen Zahlen von Flüchtlingen"). Eine Abweichung zum Ansatz 2017/18 entsteht im Wesentlichen wegen der Fahrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für investive Zuwendungen an die HPA benötigt und dienen zur frühzeitigen Zusicherung von Zuwendungen an die HPA für Baumaßnahmen im Hafen.

Straßen im Hafen

In diesem Investitionsprogramm sind Mittel für Investitionen in das öffentliche Straßennetz im Hafengebiet veranschlagt. Konkret umfasst dies den Neubau und die Erneuerung von Straßen, inklusive der Nebenflächen und der Lichtenanlagen sowie den Neubau und die Erneuerung von festen und beweglichen Brücken. In der Haushaltsperiode 2017/18 zählen hierzu insbesondere folgende Maßnahmen:

Landseitige Zufahrt Burchardkai - Anteil Straßen: Zur Ertüchtigung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der überalterten Verkehrsinfrastruktur wird die Straßen- und Schienenanbindung des Container Terminal Burchardkai (CTB) erneuert und neu konzipiert. Hierzu ist vorgesehen, die Waltershofer Brücken (1. Anbindung CTB) sowie die Nordkammer der Rugenberger Schleuse (2. Anbindung CTB) und die Straßen Rugenberger und Altenwerder Damm zu erneuern sowie ein 3. Verbindungsgleis über die Waltershofer Brücken zu bauen.

Neubau Rethebrücke - Anteil Straße: Der Neubau der Rethebrücke als zweiflügelige Klappbrücke ist als Ersatz für die alte Hubbrücke vorgesehen und berücksichtigt den zu erwartenden Anstieg im Straßen- und Bahnbetrieb ohne Einschränkung der nautischen Durchfahrts Höhe. Das Bauwerk mit getrennten Brücken für den Straßen- und Eisenbahnverkehr wird eine Spannweite von über 100 Metern haben.

Planungsleistungen für die südliche Bahnanbindung Altenwerder (SBA): Die SBA soll Züge für das Containerterminal Altenwerder, die Gleisgruppe Altenwerder Ost, den Nordkopf Alte Süderelbe sowie von der Strecke "Alte Süderelbe-Hausbruch" übernehmen. Ohne diese Maßnahme wird auf Basis der Umschlag- und Modal Split-Prognosen spätestens 2020 im westlichen Hafen kein Zuwachs für den Bahnverkehr mehr möglich sein.

Neue Bahnbrücke Kattwyk - Anteil Straße: Siehe Erläuterung des gesamten Projektes im Investitionsprogramm "Hafenbahn".

Südliche Straßenanbindung Altenwerder: In den letzten Jahren haben die Verkehre zu den Terminalbereichen in Altenwerder (CTA) und dem Güterverkehrszentrum (GVZ) stark zugenommen, wodurch die bestehenden Verkehrswege stark beansprucht werden. Zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen und Staus in diesem Bereich des Hafens sollen die bestehenden Straßenanbindungen an die tatsächliche Verkehrsentwicklung angepasst werden. Mit dem Bau der nördlichen Straßenanbindung wurde der straßenseitige Anschluss an das GVZ durch die Schaffung einer höhenfreien Gleiskreuzung optimiert und zugleich der Verkehr zum CTA und zum GVZ entflochten. Untersuchungen zeigen, dass 50% der Quell- und Zielverkehre des GVZ und des CTA durch die südliche Straßenanbindung Altenwerder vom Finkenwerder Ring nach Süden in Richtung AS Moorburg verlagert werden können. Die südliche Straßenanbindung Altenwerder dient nicht nur einer redundanten Anbindung, sondern führt auch zur Schaffung von Kapazitätsreserven im nördlichen Straßennetz.

Planerische Vorarbeiten Erneuerung Köhlbrandbrücke: Vor dem Hintergrund einer fortschreitend positiven Hafentwicklung und einer ständigen Verdichtung der hafeninternen Verkehrsströme müssen die Verkehrsstrassen für eine auch in Zukunft leistungsfähige Infrastruktur frühzeitig überdacht und vorgeplant werden. Ein wesentlicher Baustein für den Straßenverkehr im Hamburger Hafen ist dabei die Verbindung der mittleren und westlichen Hafenteile im Bereich Köhlbrand. Ausgehend von einer nicht unbegrenzten Lebensdauer der heutigen Köhlbrandbrücke und der dringenden Notwendigkeit, zu gegebener Zeit Ersatz bereitstellen zu können, sind die planungsbetroffenen Hafengebiete entlang der bereits festgelegten Vorzugsvariante frühzeitig zu untersuchen und mit den aktuellen Flächenplanungen in Einklang zu bringen. Daraus ergibt sich die unmittelbare Notwendigkeit, über einen längeren Zeitraum Vorplanungsarbeit zu leisten und bei Bedarf gezielte Maßnahmen für ein koordinierendes Vorgehen einzuleiten. Weit vor Beginn des Neubaus sind eine Vielzahl von Einzelprojekten, wie etwa die Neuordnung des untergeordneten Straßennetzes und Randbedingungen zu berücksichtigen, die sich durch die neue Brückenlage ergeben.

Grundinstandsetzung Freihafenelbbrücke: Die Freihafenelbbrücke verbindet das Hafengebiet mit der HafenCity. Ziel des Projektes ist die verkehrstechnisch bedarfsgerechte Anpassung dieser Elbquerung. Der Bedarf ergibt sich sowohl aus dem aktuellen Bauwerkszustand sowie den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Elbquerung.

Grundinstandsetzung Straßen und Straßenbrücken: Hierzu zählen zustandserhaltende und -verbessernde Maßnahmen für das Straßen- und Brückennetz im Hafengebiet zur Gewährleistung seiner Verkehrssicherheit und Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit. Dies betrifft insbesondere auch die Instandhaltung der Köhlbrandbrücke.

Durch den guten Baufortschritt mit entsprechendem Mittelbedarf beim Projekt Landseitige Zufahrt Burchardkai West (Straße und Bahn) steigt der Planwert ab 2017 ff.

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen zur frühzeitigen Zusicherung für Baumaßnahmen im Hafen.

Hafenbahn

In diesem Investitionsprogramm sind Mittel für Investitionen in das Schienennetz der Hafenbahn veranschlagt. Konkret umfasst dies Investitionen in Bahnanlagen wie u.a. Gleise, Weichen, Oberleitung, Ingenieurbauwerke und Leit- und Sicherungstechnik. In der Haushaltsperiode 2017/18 zählen hierzu insbesondere folgende Maßnahmen:

Neue Bahnbrücke Kattwyk- Anteil Bahn: Neubau einer beweglichen Eisenbahnhubbrücke über die Süderelbe zur Entlastung der Kattwykbrücke und zur Entflechtung der Verkehrsbänder Schiene und Straße. Die alte Kattwykbrücke wird zukünftig allein dem Straßenverkehr zur Verfügung stehen. Mit dem Neubau der Brücke sind der Umbau des Verkehrsknotens Kattwykdamm I Kattwykstraße, der Umbau der Richtfeuerstrecke Hohe Weide sowie Anpassungsmaßnahmen an Bestandsbauwerken an beiden Ufern der Süderelbe verbunden.

Landseitige Anbindung Burchardkai - Anteil Bahn: Landseitige Zufahrt Burchardkai -Anteil Schleusen und Brücken: Siehe Erläuterung des gesamten Projektes im Investitionsprogramm "Straßen im Hafen".

Neubau Rethelbrücke - Anteil Bahn: Siehe Erläuterung des gesamten Projektes im Investitionsprogramm „Straßen im Hafen“.

Ausbau der Hafenbahn: Um die stetig wachsenden Transportmengen auf dem Netz der Hafenbahn bewältigen zu können sind verschiedene Investitionen in den Ausbau der Schieneninfrastruktur beabsichtigt. Nach Fertigstellung

der 1. Stufe des Umbaus Bahnhof Waltershof erfolgt in der 2. Stufe der Neubau des Stellwerkes. Zur Anbindung der neuen Rethbrücke an den Bahnhof Hohe Schaar erfolgt der Umbau des Nordkopfes Hohe Schaar mit der Schaffung zusätzlicher Fahrtbeziehungen, der Erhöhung von Nutzlängen und Elektrifizierung weiterer Gleise sowie der Anpassung der Leit- und Sicherungstechnik. Das Projekt Verkehrsknoten Hohe Schaar umfasst die Planungsleistungen für den durchgehenden zweigleisigen Ausbau der Hafenbahnverbindung "DB-Abzweig Süderelbe - Reiherstiegsschleuse - Bf Hohe Schaar - Kattwykbrücke" einschl. der Erweiterung des südlichen Teils des Bahnhofs Hohe Schaar um vier Gleise. Diese Maßnahme ist ein wichtiger Bestandteil des im Hafenentwicklungsplan verankerten "Zwei-Achsen-Konzepts" der Hafenbahn zur strategischen Weiterentwicklung des Hafenbahnnetzes und seiner Verknüpfungen zum Hinterland.

Der Planwert 2017/2018 steigt aufgrund des guten Baufortschrittes mit entsprechenden Mittelbedarfen beim Projekt Landseitige Zufahrt Burchardkai West (Straße und Bahn) und beim Projekt Neue Bahnbrücke Kattwyk.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für Zuwendungen an die HPA benötigt und dienen zur frühzeitigen Zusicherung von Zuwendungen an die HPA für Baumaßnahmen im Hafen.

Hafeninvestitionen im Zusammenhang mit Zuwendungen Seehäfen (Hafenlasten)

Nach dem "Gesetz über Finanzhilfen des Bundes nach Artikel 104a Absatz 4 Grundgesetz an die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein für Seehäfen", fördert der Bund Investitionen in die Infrastruktur des Hamburger Hafens mit bis zu 20.963 Tsd. Euro p.a. (sog. Hafenlasten). Zusammen mit dem Eigenanteil der FHH beträgt der Ansatz 24.000 Tsd. Euro p.a..

Die Förderung durch den Bund erfolgt, wenn eine Hafeninvestition als getätigt nachgewiesen ist. Welche Maßnahmen beim Bund als förderungsfähig geltend gemacht werden, ergibt sich daher üblicherweise aus dem tatsächlichen Projektverlauf erst während der laufenden Haushaltsperiode. Es wird sich dabei um eine derzeit noch nicht feststehende Auswahl von Maßnahmen aus den Investitionsprogrammen "Allgemeine Hafeninfrastruktur", "Straßen im Hafen" und "Hafenbahn" handeln. Die investiven Ein- und Auszahlungen werden per Sollübertrag an die entsprechenden Investitionsprogramme übertragen um dort den Leistungszweck zu erfüllen. Das Ist wird ebenfalls dort ausgewiesen.

4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

Im Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik werden keine Darlehen dargestellt.

4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

Im Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik werden keine wesentlichen gesetzlichen Leistungen dargestellt.

4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

Die Investitionsprogramme Straßen im Hafen, Hafenbahn und Allgemeine Hafeninfrastruktur sind bis zur Höhe von 25% des abgebenden Bereichs gegenseitig deckungsfähig.

Die Ermächtigung Kosten zu verursachen, ist in Höhe von 20% des abgebenden Kontenbereichs einseitig deckungsfähig zugunsten der Sonstigen Kosten innerhalb einer Produktgruppe.

Die Ermächtigungen in den Produktgruppen des Aufgabenbereichs, Kosten aus Abschreibungen zu verursachen, sind deckungsfähig zu Gunsten der Ermächtigungen in den Produktgruppen der Aufgabenbereiche 270 und 271, Kosten des Finanzergebnisses und Kosten für Transferleistungen zu verursachen.

Die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen und Sonstige Kosten zu verursachen ist übertragbar, da die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gefördert wird.

4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

Im Zuständigkeitsbereich des Amtes Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft liegt eine Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben, die in den Vorworten zu den einzelnen Produktgruppen ausführlich beschrieben werden. Genannt seien hier als Schwerpunkte die weitere Stärkung der Internationalität des Wirtschaftsstandortes Hamburg, neue Konzepte zum Umgang mit den knapper werdenden Gewerbeflächen, die Verwaltung der Hamburger EFRE-Mittel und die Umsetzung des Agrarpolitischen Konzepts.

Ferner obliegt dem Amt die fachliche Steuerung folgender öffentlicher Unternehmen, die aus Haushaltssicht jeweils unterschiedlich zu betrachten sind:

Die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) wird im Wesentlichen über eine institutionelle Förderung aus der Produktgruppe Wirtschaftsförderung sowie über Projektförderungen finanziert. Sie hat aber auch einen kleineren marktorientierten Bereich mit dem Schwerpunkt des Hamburger Auftritts auf Immobilienmessen, der in der zum 1. Januar 2014 gegründeten Tochtergesellschaft „HWF Service GmbH“ angesiedelt ist.

Zur Hamburg Messe- und Congress GmbH (HMC) bestehen seitens der BWVI keine direkten Finanzbeziehungen. Sie ist über einen Beherrschungs- und Ergebnisübernahmevertrag mit ihrer Muttergesellschaft, der Hamburgischen Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung (HGV) verbunden, die im Einzelplan 9.2 abgebildet wird (vgl. auch Anlage 4.8).

Mit dem Bereich Wirtschaft und Umwelt der Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB) werden seitens der Abteilung Wirtschaftsförderung Programmverträge über die einzelnen Wirtschaftsförderungsprogramme geschlossen, in denen sowohl die notwendigen Zweckausgaben (die „Subvention“ selbst) als auch die für die Durchführung notwendigen Sach- und Personalausgaben der IFB geregelt sind.

Ebenfalls zum Bereich des Amtes gehört der Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen, der - ebenso wie die zuvor genannten Gesellschaften - in Anlage 2.2 über seinen Wirtschaftsplan dargestellt ist.

4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

4.4.2.1 Produktgruppe 271.01 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

4.4.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 271.01 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Die ausgeprägte Internationalität Hamburgs ist ein maßgeblicher Standortfaktor. Hamburg befindet sich heute mit zahlreichen deutschen und europäischen Großstädten in starkem Wettbewerb um Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte. Es ist deshalb wichtig, die einzigartige Außenwirtschaftsstruktur Hamburgs, zu der u.a. die konsularischen und Handelsvertretungen sowie die Ländervereine, Unternehmen und (Fach-) Verbände gehören, zu pflegen und Hamburg als attraktiven Standort international weiter auszubauen. Mit Blick auf die Hamburger Unternehmen sind zusätzliche Haushaltsmittel vorgesehen, um sie bei der Erschließung der Märkte in den internationalen Wachstumsregionen sowie den traditionell wichtigen europäischen Märkten noch besser als bisher zu unterstützen.

Im Rahmen des europäischen Binnenmarktes ist für Hamburg die interessengerechte Umsetzung europarechtlicher Vorgaben in den Bereichen Wirtschaft, Hafen und Verkehr sowie die Vertretung wichtiger Hamburger Interessen aus diesen Bereichen auf Europäischer Ebene von weiter wachsender Bedeutung. Dieses gilt insbesondere für alle Hamburger Wirtschaftsfördermaßnahmen und -programme sowie für Zollangelegenheiten, zunehmend aber auch für die Bereiche der Hafen- und Infrastrukturfinanzierung.

4.4.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 271.01 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse		80		0	0	0	0
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	652	315	243	316	316	316	316
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	13		1	1	1	1	1
3. Personalkosten	1.673	1.399	1.361	1.591	1.629	1.653	1.678
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	333	267	243	209	216	218	220
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	921	766	774	863	883	896	910
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>		1					
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	64	110	89	92	94	96	98
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	355	255	255	427	436	443	450
4. Kosten für Transferleistungen	37	35	53	10	10	10	10
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten	0	125	1	2	2	2	2
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.362	-1.794	-1.658	-1.919	-1.957	-1.981	-2.006
8. Erlöse des Finanzergebnisses				0			
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis				0			
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-2.362	-1.794	-1.658	-1.919	-1.957	-1.981	-2.006
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-2.362	-1.794	-1.658	-1.919	-1.957	-1.981	-2.006
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-2.362	-1.794	-1.658	-1.919	-1.957	-1.981	-2.006

Die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit beinhalten vor allem Mittel für Maßnahmen der Erschließung ausländischer Märkte sowie für Hamburg-Präsentationen und Hamburg-Netzwerke. Die Kosten steigen zum Planwert 2016 aufgrund von Korrekturen der Zuordnung von den Kosten für Transferleistungen. Damit wurden Überleitungen im Rahmen der Umstellung auf den doppischen Produkthaushalt korrigiert.

Die Kosten für Transferleistungen sinken durch die Umschichtungen an die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit.

In den Sonstigen Kosten sind vor allem periodenfremde Kosten und andere betriebliche Aufwendungen, wie beispielsweise Mitgliedsbeiträge enthalten.

4.4.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 271.01 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Z1: Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Freien und Hansestadt Hamburg durch Unterstützung für Unternehmen beim Zugang zu ausländischen Märkten (Kennzahl 1).

Z2: Sicherstellung EU-beihilferechtskonformer Vergabe staatlicher Mittel an Unternehmen, insbesondere im Auftrage anderer Fachbehörden, diesbezügliche zentrale Vertretung Hamburgs gegenüber dem Bund und der Europäischen Union, z.B. im Rahmen der Notifizierung Hamburger Vorhaben bei der Europäischen Kommission, allgemeine Interessenvertretung gegenüber der EU und Beratung in Zollangelegenheiten (Kennzahl 2).

4.4.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 271.01 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_271_01_001 1. Unterstützung von Unternehmen bei der Markterschließung im Ausland	ANZ		1.179	1.200	800	800	800	800
B_271_01_002 2. Beihilfeprüfungen und Beratungen	ANZ	246	406	360	450	450	450	450

Die Kennzahlen sind ressourcenbegründend.

Kennzahl 1: Ziel ist es durch verschiedene Maßnahmen, wie Markterkundung- / Markterschließungsreisen, Wirtschaftsveranstaltungen, Termine / Beratungsgespräche oder (indirekt) durch inhaltliche Vorbereitung der politischen Leitung zu den vorgenannten Zwecken, die Unternehmen zu erreichen. Die Kennzahlenwerte ab 2017 orientieren sich an dem Ist-Wert 2015.

Kennzahl 2: Es werden die allgemeinen Beratungstätigkeiten, die gutachterlichen schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen, die Anzeigen und Notifizierungsverfahren sowie Tätigkeiten im Zusammenhang mit anderen Verfahren bei der Europäischen Kommission erhoben.

4.4.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 271.01 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Internationale Wirtschaftsbeziehungen	822							
Erlöse			80					
Kosten		2.362	1.874	1.658	1.919	1.957	1.981	2.006
Saldo Jahresergebnis 1 Internationale Wirtschaftsbeziehungen		-2.362	-1.794	-1.658	-1.919	-1.957	-1.981	-2.006
Erlöse			163	-/-	158	157	160	157
Kosten			1.263	-/-	1.588	1.615	1.661	1.715
Saldo Jahresergebnis 2 Internationale Wirtschaftsbeziehungen		-2.362	-2.893	-/-	-3.349	-3.415	-3.482	-3.565

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.4.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 271.01 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		18,63	20,84	17,57	17,57	17,57	17,57

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.4.2.2 Produktgruppe 271.02 Wirtschaftsförderung

4.4.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 271.02 Wirtschaftsförderung

Die BWVI fördert im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung die Standortbedingungen für eine Wirtschaftsentwicklung mit starken, innovativen und wachstumsorientierten Betrieben in der Industrie, in technologisch fortschrittlichen Clustern, aber auch im Handwerk und betreibt eine konsequente Politik zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der Hamburger Wirtschaft bilden.

Die operativen Aufgaben der finanziellen Wirtschaftsförderung der FHH werden durch die IFB auf der Basis von Geschäftsbesorgungsverträgen oder als Eigenprogramme durchgeführt. Die IFB bietet vor allem neue darlehensbasierte Förderprogramme (sog. Hamburg-Kredite) an. Insbesondere der Hamburg-Kredit Gründung und Nachfolge wird vom Markt stark nachgefragt; die im Programm erfolgende Zinsverbilligung wird aus Mitteln der Produktgruppe finanziert. Das Programm wird in Kooperation mit der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH (BG) durchgeführt. Die BG vergibt Bürgschaften an kleine und mittlere Unternehmen und sichert Beteiligungen der BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH an kleinen und mittleren Unternehmen ab. Die FHH und der Bund rückverbürgen bzw. rückgarantieren diese anteilig.

Die Aufgabe der Betreuung und Beratung in Hamburg ansässiger Unternehmen bei der Verwirklichung von Expansions-, Restrukturierungs- oder sonstigen stadtwirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben wird von der HWF wahrgenommen, die hierfür mit Hilfe einer deutlich steigenden institutionellen Förderung gestärkt werden soll. Zudem akquiriert die HWF geeignete Unternehmen für den Standort Hamburg, begleitet Unternehmensprojekte, die von besonderer Bedeutung für Hamburg sind, und wirkt mit bei der Vergabe städtischer Arbeitsstättenflächen. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung und Entwicklung bestehender Unternehmen sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen stehen in einem engen Zusammenhang mit den vorhandenen städtischen Flächen.

Mit ihrem Einsatz für die Bereitstellung ausreichender gewerblicher Bauflächen bzw. Gewerberäume in vielfältiger Qualität und stadtvträglicher Lage betreibt die BWVI im Rahmen des gesamtstädtischen strategischen Flächenmanagements ein aktives Gewerbeflächenmanagement, in dem die Neuausweisung von Flächen, das Flächenrecycling, die Nutzungsintensivierung und die Brachflächenentwicklung ebenso eine Rolle spielen wie die Qualifizierung bestehender Gewerbeflächen. In diesem Zusammenhang hochbaureif zu entwickelnde größere Flächenareale einschließlich herzustellender Zufahrten werden aus Haushaltsmitteln der BWVI hergerichtet. Der größte Teil der Haushaltsmittel wird für die Entwicklung der Fläche im Bebauungsplangebiet "Neuland 23" (westlich der Autobahnanschlussstelle Harburg) verwendet. Für dieses Entwicklungsvorhaben ist mit der HWF ein städtischer Projektentwickler eingesetzt und mit den Planungs- und Steuerungsaufgaben beauftragt. Die HWF wird im bautechnischen Bereich durch die ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH unterstützt. Nach Vertiefung der Erschließungsplanung und Baubeginn in 2016 werden Anfang 2019 rd. 26 ha gewerbliche Bauflächen baureif hergerichtet sein.

Ein weithin sichtbares Zeichen der Stärkung des Kongressstandortes Hamburg wird die Revitalisierung des CCH darstellen. Ab Beginn des Jahres 2017 wird das CCH geschlossen und mit einem Gesamtbudget von 194 Mio. Euro grundlegend umgebaut und saniert. Dabei wird der Erhalt des denkmalgeschützten Charakters ebenso berücksichtigt wie die Anforderungen an ein zeitgemäßes Kongresszentrum. Mit der Wiedereröffnung im Jahr 2019 wird Hamburg eines der modernsten Kongresszentren in Europa haben, das zu einer erheblichen Steigerung der Attraktivität der gesamten Stadt beitragen wird. Die bei der BWVI ressortierende CCH Immobilien GmbH & Co.KG ist zum Zwecke der Revitalisierung und späteren Vermietung des CCH gegründet worden und erhält aus der Produktgruppe 271.02 ab 2017 bzw. 2019 die in der Bürgerschaftsdrucksache 20/13678 festgelegten jährlichen Zahlungen.

Mit der Steuerung der Umsetzung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) durch die EFRE-Verwaltungsbehörde wird in der Förderperiode 2014 - 2020 die "Strategie Europa 2020" der EU für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Hamburg verwirklicht. Im Fokus des in Zusammenarbeit aller Fachbehörden entwickelten Operationellen Programms der FHH für das EFRE-Ziel "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" stehen zentrale Themen der Hamburger Wirtschaftspolitik, wie die "Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation" sowie die "Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft". Insgesamt werden der FHH von der EU in der Förderperiode zur Verfolgung dieser Ziele EFRE-Mittel in Höhe von fast 55,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die mit Hamburger Haushaltsmitteln oder privaten Mitteln in mindestens gleicher Höhe kofinanziert werden müssen. Die Umsetzung erfolgt durch die jeweils zuständigen Fachbehörden, bei denen auch die ggf. erforderlichen Kofinanzierungsmittel veranschlagt werden, sowie durch die IFB.

4.4.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 271.02 Wirtschaftsförderung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	361	3.365	0	2.200	880	1.600	0
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.602	8.683	6.817	18.774	17.010	7.226	3.348
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	26	113	1	140	140	140	140
3. Personalkosten	1.624	1.575	1.739	1.984	2.038	2.069	2.100
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	749	584	821	592	610	620	629
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	515	632	535	802	822	834	847
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	144	139	187	162	167	170	172
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	216	220	196	428	439	445	452
4. Kosten für Transferleistungen	1.962	4.644	3.240	7.487	7.613	9.634	13.631
5. Kosten aus Abschreibungen	2.810	2.023	2.690	1.606	1.722	2.033	1.933
6. Sonstige Kosten		1.082	1	0	0	0	0
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-11.637	-14.642	-14.487	-27.651	-27.503	-19.362	-21.012
8. Erlöse des Finanzergebnisses	0	101		70	60	50	39
9. Kosten des Finanzergebnisses		111		0	0	0	0
10. Finanzergebnis	0	-10		70	60	50	39
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-11.637	-14.652	-14.487	-27.581	-27.443	-19.312	-20.973
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-11.637	-14.652	-14.487	-27.581	-27.443	-19.312	-20.973
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-11.637	-14.652	-14.487	-27.581	-27.443	-19.312	-20.973

Die geplanten Erlöse sind Einnahmen vom LIG, die für die Entwicklung einer Technologieparkfläche vorgesehen sind. Das Ist 2015 enthält hauptsächlich eine nicht planbare Zuwendungsrückzahlung.

Der Anstieg der Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit 2017/2018 ist wesentlich zurückzuführen auf die Kosten für den Rückbau des Vorfahrtsbauwerks des CCH. Zudem wurde durch Überprüfung und Aktualisierung der Planungen bei der Erschließung von Gewerbegrundstücken eine Anpassung der konsumtiven und investiven Anteile vorgenommen sodass eine Verschiebung zugunsten der konsumtiven Kosten erfolgte.

Die Kosten für Transferleistungen steigen durch den jährlichen Zuschuss in Höhe des Kapitaldienstes zur Bedienung der Altkredite aus der CCH Erweiterung 2007 gemäß Drucksache 20/13678 sowie eine Erhöhung der institutionellen Förderung der HWF.

Die Erlöse des Finanzergebnisses werden aus Zinseinnahmen für Wirtschaftsförderungsdarlehen an die BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH und aus der Vereinnahmung von Anteilen der Vergütung für Landesbürgschaften erzielt. Aufgrund der geringen und in der Entwicklung nicht vorhersehbaren Anzahl an übernommenen Landesbürgschaften und der Abrechnungssystematik schwankt die tatsächliche Höhe der jährlichen Erlöse deutlich.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				3.100	2.950
VE für Kosten für Transferleistungen				31.006	
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit dienen vor allem für mehrjährige Auftragsvergaben für Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft sowie der Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen sind erforderlich für eine mehrjährige Bewilligung eines Zuschusses.

4.4.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 271.02 Wirtschaftsförderung

Z1: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung bestehender Unternehmen und Existenzgründungen sowie Ansiedlung neuer Unternehmen in Hamburg (Kennzahlen 1 bis 12)

Z2: Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen und anderen Arbeitsstättenflächen (Kennzahlen 13 bis 14)

Z3: Stärkung des Messe- und Kongressstandortes Hamburg (Kennzahlen 15 bis 17).

Z 4: Steuerung der Umsetzung der von der EU zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) (Kennzahl 18)

4.4.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 271.02 Wirtschaftsförderung

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_271_02_001 1. Bewilligungsvolumen für Zuschüsse der IFB an Existenzgründungen	Tsd. EUR	372	1.288	1.370	1.350	1.350	1.650	1.650
B_271_02_002 2. Bewilligungsvolumen für Zuschüsse der IFB an sonstige Unternehmen	Tsd. EUR	49	332	400	400	400	400	400
B_271_02_003 3. Durch Zuschüsse der IFB an Existenzgründungen geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze in Hamburg	FTE	172	1.095	760	800	800	1.000	1.000
B_271_02_004 4. Durch Zuschüsse der IFB an sonstige Unternehmen geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze in Hamburg	FTE	7	135	265	265	265	265	265
B_271_02_007 7. Bewilligtes Bürgschafts-/Beteiligungsgarantievolumen der FHH und der BG an Unternehmen/ Existenzgründungen	Tsd. EUR	67.410	67.814	76.000	73.500	74.000	74.000	74.000
B_271_02_008 8. Durch Bürgschaften und Beteiligungsgarantien der FHH und der BG an Unternehmen/ Existenzgründungen geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze in Hamburg	FTE	4.996	6.681	7.000	6.000	6.000	6.000	6.000
B_271_02_009 9. Betreute Unternehmen im Rahmen von Unternehmensansiedlungen durch die HWF	FTE	61	62	50	55	55	55	55
B_271_02_010 10. Betreute Unternehmen im Rahmen von Unternehmensumsiedlungen und –erweiterungen durch die HWF	ANZ	38	44	40	40	40	40	40
B_271_02_011 11. Durch die Betreuung von Unternehmensansiedlungen durch die HWF geschaffene Arbeitsplätze	FTE	500	309	187	200	200	200	200
B_271_02_012 12. Durch die Betreuung von Unternehmensumsiedlungen und –erweiterungen durch die HWF geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze	FTE	3.834	7.090	5.000	3.200	3.100	3.000	2.900
B_271_02_013 13. Im Bezugsjahr vergebene städtische Industrie- und Gewerbeflächen	ha netto	6,9	17	6,0	7,0	6,5	7,0	7,0
B_271_02_014 14. Im Bezugsjahr neu erschlossene bzw. nutzbar gemachte städtische Industrie- und Gewerbeflächen	ha netto	9,3	6,44	8,1	12,4	4,0	26	2
B_271_02_015 15. Teilnehmer an Kongressen und Tagungen im CCH	ANZ	213.588	161.720	140.000	20.000	20.000	60.000	230.000
B_271_02_016 16. Aussteller bei Messerveranstaltungen auf dem Gelände der Hamburg-Messe	ANZ	14.138	9.751	13.000	10.500	13.500	11.000	14.000
B_271_02_017 17. Belegte Bruttofläche in den Messehallen	qm	982.829	816.322	870.000	830.000	880.000	840.000	890.000

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_271_02_018 18. Grad der Zielerreichung des zur Vermeidung des Mittelverfalls erforderlichen Abrufs der Jahrestanchen des EFRE	%	0	0	40	120	110	110	110

Die Kennzahlen sind im Wesentlichen ressourcenbegründend. Die Kennzahlen 3 und 4 sowie 7 bis 11 sind eher wirkungsbezogen.

Zu Kennzahl 1: Die finanzielle Wirtschaftsförderung wird seit 2013 durch die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB) durchgeführt (Drs. 20/6335). Zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen fördert sie bestehende Unternehmen, Existenzgründungen sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen in Hamburg. Es werden nur Werte für Existenzgründungen und Existenzsicherungen entsprechend der gültigen Definition der KFW (derzeit: nicht länger als fünf Jahre am Markt tätig) sowie Übernahmen von und Beteiligungen an bestehenden Unternehmen im Rahmen einer Existenzgründung erfasst.

Zu Kennzahl 2: „Sonstige Unternehmen“ bezeichnet bestehende Unternehmen entsprechend der gültigen Definition der KFW (derzeit: länger als 5 Jahre am Markt tätig).

Zu den Kennzahlen 3, 4, 8, 11 und 12: Sofern ein Unternehmen mehrere Förderungen parallel oder aufeinanderfolgend erhält (z.B. Bürgschaft und Zuschuss), erfolgt ein Ausweis der Arbeitsplätze bei allen Förderungen (Mehrfachzählung), da eine eindeutige Zuordnung der Verursachung der Arbeitsplatzveränderung zur jeweiligen Förderung nicht möglich ist.

Zu Kennzahlen 3 und 4: Die Einheit Full Time Equivalent (FTE) entspricht dem Vollzeitäquivalent. Um die geschaffenen und gesicherten Voll- und Teilzeitarbeitsplätze zu einer Kennzahl addieren zu können, werden alle FTE umgerechnet, wobei ein FTE einem Vollzeitarbeitsplatz entspricht

Zu Kennzahl 3: Der Kennzahlenwert erhöht sich hauptsächlich aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach dem Hamburg-Kredit Gründung und Nachfolge.

Zu Kennzahl 7: Hier werden die Landesbürgschaften der FHH und die Bürgschaften und Beteiligungsgarantien der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH (BG) in einer Kennzahl (Volumen übernommene Bürgschaften sowie Volumen übernommene Beteiligungsgarantien) zusammen dargestellt. Die BG ist eine Selbsthilfeeinrichtung der Hamburger Wirtschaft, die als Bürgschaftsbank Ausfallbürgschaften sowie Garantien für von der BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH (BTG) eingegangene Beteiligungen an Hamburger Unternehmen übernimmt. Die BG bürgt für maximal 80 % des Kreditbetrages – dieses Bürgschaftsvolumen der BG wird durch eine 39%-ige Rückbürgschaft des Bundes und eine 26%-ige Rückbürgschaft der FHH abgesichert. Die BG gewährleistet für maximal 70 % der BTG-Beteiligung eine Garantie – dieses Garantievolumen wird durch eine 39%-ige Rückgarantie des Bundes und eine 31%-ige Rückgarantie der FHH abgesichert. Die Bewilligung einzelner Bürgschaften und Garantien der BG an Unternehmen und Existenzgründungen erfolgt durch die Bewilligungsausschüsse, denen jeweils ein Vertreter der für die Finanzen zuständigen Behörde und ein Vertreter der für die Wirtschaft zuständigen Behörde angehören. Landesbürgschaften und die Rückbürgschaften und Rückgarantien der FHH für die BG werden durch die Kreditkommission gemäß dem Gesetz über die Kreditkommission bewilligt. Die Ermächtigung hierfür ist im Haushaltsbeschluss zu finden. Im Vergleich zur Drucksache 21/2183 ist die Kennzahl aufgrund von Planfortschreibungen bei den BG-Bürgschaften und bei den Landesbürgschaften angepasst worden. Diese Planfortschreibungen berücksichtigen eine weiterhin bestehende Investitionszurückhaltung der Unternehmen, eine zunehmende Finanzierung der Unternehmen aus eigener Kraft sowie die gesunkene Nachfrage nach Landesbürgschaften in den letzten Jahren.

Zu Kennzahl 8: Korrespondierend zu Kennzahl 5 wird hier der Kennzahlenwert aufgrund der geringen Nachfrage nach (Landes-) Bürgschaften abgesenkt.

Zu den Kennzahlen 9 – 12: Die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) betreut und berät in Hamburg ansässige Unternehmen bei der Verwirklichung von Expansions-, Restrukturierungs-, oder sonstigen stadtwirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben. Zudem akquiriert die HWF geeignete Unternehmen für den Standort Hamburg und betreut diese Unternehmen im Ansiedlungsprozess. Sie begleitet Unternehmensprojekte, die von besonderer Bedeutung für Hamburg sind und wirkt mit bei der Vergabe städtischer Arbeitsstättenflächen. Die Kennzahlenwerte bei der Kennzahl 10 sinken, da nach aktuellen Beobachtungen ein Rückgang auch des privaten Angebotes von Büroflächen zu erwarten ist, so dass auch bei angenommen gleicher Anzahl erfolgreicher vermittelter Unternehmen die Anzahl der durchschnittlich je Fall geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze sinkt.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Zu Kennzahl 13: Die Kennzahl umfasst die von der HWF erfolgreich der Dispositionsrunde vorgestellten Flächen sowie ggf. die aufgrund einer Vollmacht von der HWF verkauften städtischen Gewerbeflächen. Nicht erfasst sind andere Vergaben städtischer Gewerbeflächen, insbesondere im Wege von Ausschreibungen des LIG.

Zu Kennzahl 14: Um Gewerbe- und Industrieflächen und andere Arbeitsstättenflächen bereitstellen zu können, muss zunächst die Ausweisung entsprechender Arbeitsstättenflächen im Flächennutzungsplan (Zuständigkeit der BSW) und den entsprechenden Bebauungsplänen (Zuständigkeit der Bezirke) vorhanden sein. Hieran wirkt die BWVI im Sinne der Hamburger Unternehmen mit. Anschließend können die Flächen erschlossen werden. Die ausgewiesene Kennzahl bezieht sich auf die Erschließung bzw. hochbaureife Entwicklung größerer städtischer Gewerbe- und Industrieflächen, die durch die BWVI gesteuert und finanziert wird.

Zu Kennzahl 15: Von 2017 bis Sommer 2019 wird das CCH geschlossen, um es baulich zu revitalisieren. Während der Bauphase wird es eine Ersatzlösung in den Messehallen geben, die jedoch geringere Kapazitäten als das CCH aufweisen wird. Die Anzahl der Kongressteilnehmer wird daher in diesen Jahren deutlich sinken und ab 2020 erheblich ansteigen.

Zu Kennzahl 18: Die Zuweisung der EFRE-Mittel erfolgt in Jahrestrenchen. Diese müssen nach drei Jahren durch den Nachweis von tatsächlich getätigten und belegten Ausgaben bei der EU-Kommission abgerufen werden. Die Kennzahl ist ein Maß dafür, ob die Verausgabung der EFRE-Mittel und der entsprechende Nachweis in den Zahlungsanträgen gegenüber der EU-Kommission planmäßig erfolgt oder ob in Folge von Verzögerungen bei der Programmumsetzung ein Mittelverfall zu befürchten ist. Der im Nenner stehende Bezugspunkt ist das zum nächsten für den Mittelverfall relevanten Stichtag abzurufenden Finanzvolumen. Im Zähler steht das angestrebte bzw. erreichte Volumen der Zahlungsanträge an die EU-Kommission. Das Ergebnis der Kennzahl ist in hohem Maße von der Umsetzung der Förderung in den jeweils zuständigen Fachbehörden und der IFB abhängig.

4.4.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 271.02 Wirtschaftsförderung

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Wirtschaftsförderung	822							
Erlöse		361	3.466	0	2.270	940	1.650	39
Kosten		11.998	18.118	14.487	29.851	28.383	20.962	21.012
Saldo Jahresergebnis 1		-11.637	-14.652	-14.487	-27.581	-27.443	-19.312	-20.973
Wirtschaftsförderung								
Erlöse			181	-/-	198	197	200	197
Kosten			1.385	-/-	1.987	2.024	2.077	2.162
Saldo Jahresergebnis 2		-11.637	-15.856	-/-	-29.370	-29.270	-21.190	-22.938
Wirtschaftsförderung								

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.4.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 271.02 Wirtschaftsförderung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		20,47	22,21	22,08	22,08	22,08	22,08

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.4.2.3 Produktgruppe 271.03 Agrarwirtschaft

4.4.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 271.03 Agrarwirtschaft

Hamburg ist traditionell Standort zahlreicher leistungsstarker Agrarbetriebe. Die Hamburger Agrarpolitik ist ein wichtiger Teil der Hamburger Wirtschaftspolitik und berücksichtigt die Aspekte Ökonomie, Ökologie und Nachhaltigkeit. Die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit einer multifunktionalen Agrarwirtschaft, die insbesondere in Hamburg durch Garten- und Obstbau geprägt ist, soll entsprechend dem „Agrarpolitischen Konzept 2020“ des Senats nachhaltig gestärkt werden.

Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit leistungsfähiger Betriebe wird eine gezielte Agrarförderpolitik betrieben. Aufgrund des Verzichtes auf die Kofinanzierung aus dem EU-Agrarfonds ELER in der aktuellen Förderperiode wird neben Landesmitteln kompensierend auf Mittel des Bundes aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zurückgegriffen. Förderschwerpunkte bilden dabei u.a. die Unterstützung von Rationalisierungsmaßnahmen in bestehenden Produktionsanlagen sowie Erweiterungsinvestitionen. Darüber hinaus soll auch der Förderung zukunftsweisender neuer Technologien sowie Projekten zur Einkommensdiversifizierung Bedeutung beigemessen werden. Insbesondere die letztgenannten Investitionen sollen es den Betrieben ermöglichen, ihre Einkommen durch außerlandwirtschaftliche Einkünfte zu stabilisieren. Zusätzlich werden Wirtschaftsweisen und -verfahren mit besonders positiven Umweltwirkungen sowie Maßnahmen zur Unterstützung der Ländlichen Räume im Bereich öffentlicher Infrastrukturvorhaben in die Förderung mit einbezogen. Ergänzt wird die Förderpolitik durch die Finanzierung der Obstbauversuchsanstalt in Jork und der Landwirtschaftskammer Hamburg gemäß den gesetzlichen Aufgaben.

Gefördert wird außerdem eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Produktionsgartenbau, deren Umsetzung in den kommenden Jahren dazu beitragen wird, die Hamburger Gartenbaubetriebe als größten Teil der Hamburger Agrarwirtschaft langfristig zu stärken und zu sichern. Nachhaltigkeit des Gartenbaus steht auch im Zusammenhang mit dem Ziel einer effizienten Nutzung der Energieressourcen. Das Projekt „Verbesserung der Energieeffizienz im Unterglasbau“ wird aufzeigen, welche Maßnahmen zu einer sinnvolleren Energienutzung und damit zu Kostensenkungen führen können, um so die Konkurrenzfähigkeit der Hamburger Betriebe zu erhalten. Für einen nachhaltigen Gartenbau gewinnt die Imkerei zunehmend an Bedeutung. Die Förderung der damit verbundenen Bienenhaltung wird neu aufgestellt und ausgebaut.

Die weitere Förderung des ökologischen Landbaus ist ein Schwerpunkt des Senats im Bereich der Agrarpolitik. Um den Bereich nachhaltig zu stärken, werden verschiedene Projekte initiiert. Dazu gehören u.a. eine Exzellenzberatung für Obstbaubetriebe in Hamburg und die Unterstützung innovativer Forschungsprojekte wie dem Anbau von Beerenobst unter Glas. Für die Förderung des Absatzes regionaler Erzeugnisse werden auf der Grundlage des Absatzförderungskonzeptes Projekte unterstützt, die Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte neu schaffen oder bestehende erweitern. Dabei tragen insbesondere die Maßnahmen, die im Rahmen der Bio-Stadt-Idee durchgeführt werden, dem politischen Ziel Rechnung, den Absatz ökologischer Produkte zu fördern.

Im Kompetenz- und Beratungszentrum für Gartenbau und Landwirtschaft am Brennerhof sind der Pflanzenschutzdienst der BWVI und die Landwirtschaftskammer Hamburg an einem Standort konzentriert. Der Pflanzenschutzdienst bietet Hamburger Betrieben insbesondere Beratungsdienstleistungen in allen Fragen des Pflanzenschutzes mit dem Ziel der Reduzierung chemischer Pflanzenschutzmittel an. Zudem unterhält er ein umfangreiches Versuchswesen und diagnostiziert Schaderreger im eigenen akkreditierten Labor. Einen Schwerpunkt der Arbeit des Pflanzenschutzdienstes bildet zudem die angewandte Forschung, deren Forschungsvorhaben einen bedeutenden Beitrag für den Pflanzenschutz in Deutschland insgesamt leisten.

Die Pflanzengesundheitskontrolle im Hamburger Hafen ist eine der größten Einlassstellen der EU für Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse. Pflanzengesundheitskontrollen verhindern die Einschleppung und Ausbreitung nicht heimischer Pflanzenkrankheiten und -schädlinge. Die umfangreichen phytosanitären Im- und Exportkontrollen sichern die Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte und fördern die Attraktivität des Hamburger Hafens. Für diese Kontrolltätigkeiten sind nach Vorgabe der Richtlinie 2000/29/EG Gebühren zu erheben. Da Hamburg ein wichtiger Umschlagshafen für weltweit gehandelte Pflanzenschutzmittel ist, kommt den Pflanzenschutzmittelverkehrskontrollen in Hamburg eine große Bedeutung zu.

Die BWVI hat einen Gutachter mit der Erstellung eines Waldfunktionenplans beauftragt, auf dessen Grundlage Planungsvorhaben mit Waldbetroffenheit in Hamburg beurteilt werden können. Die Rahmenzuweisung an die Revierförstereien sichert die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit bei der Bewirtschaftung des Landeswaldes (s. PG 271.04).

Als oberste Fischerei- und Jagdbehörde fördert die BWVI mit den zweckgebundenen Mitteln der Fischereiabgabe und Jagdscheingebühren die Fischerei u.a. durch Maßnahmen zur Verbesserung der fischereilichen Gewässer sowie zum Schutz gefährdeter Fischarten und die Jagd u.a. durch Maßnahmen zur Erhaltung eines gesunden,

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

artenreichen Wildbestandes sowie durch jagdliche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.

4.4.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 271.03 Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	1.955	5.078	1.535	3.746	3.755	3.758	3.782
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.388	1.781	599	2.347	2.368	2.405	2.397
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen		117		100	100	100	100
b) davon IT-Kosten		82		126	126	126	126
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	92	37	3	60	60	60	60
3. Personalkosten	3.848	3.632	4.282	3.524	3.631	3.669	3.659
a) Kosten für Entgelte	2.531	2.376	2.869	2.282	2.357	2.400	2.382
b) Kosten für Bezüge	541	544	563	404	412	401	406
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter		0					
d) Kosten für Sozialleistungen	497	471	584	465	478	487	488
e) Kosten für Versorgungsleistungen	279	240	266	373	384	381	383
4. Kosten für Transferleistungen	3.166	21.423	3.239	3.160	3.178	3.184	3.191
5. Kosten aus Abschreibungen	1.761	2.080	1.898	2.017	2.040	2.086	2.181
6. Sonstige Kosten	434	1.627	0	63	68	53	63
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-8.641	-25.466	-8.483	-7.365	-7.529	-7.638	-7.709
8. Erlöse des Finanzergebnisses	2	2					
9. Kosten des Finanzergebnisses		422	411	399	386	373	359
10. Finanzergebnis	2	-420	-411	-399	-386	-373	-359
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-8.638	-25.885	-8.894	-7.764	-7.915	-8.011	-8.068
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	-8.638	-25.885	-8.894	-7.764	-7.915	-8.011	-8.068
16. Globale Mehrkosten					0		
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	-8.638	-25.885	-8.894	-7.764	-7.915	-8.011	-8.068

Die Erlöse beinhalten vor allem Zuweisungen des Bundes für verschiedene Förderungsmaßnahmen der Landwirtschaft, Gebühreneinnahmen des Pflanzenschutzamtes sowie Erlöse aus der Vermietung von Grundstücken und dem Verkauf von Waldprodukten. Die Planung der Erlöse wurde mit Blick auf den in 2015 realisierten Betrag angepasst und erhöht.

Die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit steigen zum Planwert 2016. Dies ist darin begründet, dass Überleitungen im Rahmen der Umstellung auf den doppischen Produkthaushalt von den Kosten für Transferleistungen hin zu den Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit korrigiert werden.

Die Kosten für Transferleistungen enthalten vor allem den Anteil der Hamburger Rennvereine an der Totalisatorsteuer sowie Transferleistungen für die Förderung der Landwirtschaft. Die Kosten sinken, wie beschrieben, durch die Umschichtungen an die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit. Der Ist Wert 2015 ist aufgrund einer Zahlung im Rahmen der Abwicklung des Süderelbefonds erhöht.

Die Sonstigen Kosten umfassen vor allem sonstige betriebliche Leistungen, wie z.B. Kosten für Gebühren, Mitgliedsbeiträge, Lizenzen sowie Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen. Ebenfalls enthalten sind Aufwandsentschädigungen für Jägermeister, Jagdbeiratsmitglieder sowie für die Fischereiaufsicht.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.800	1.800
VE für Kosten für Transferleistungen				2.500	2.500
VE für Sonstige Kosten				120	120
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehrjährige Auftragsvergaben im Rahmen der Agrarwirtschaft benötigt. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf Forschungsprojekte aus dem Agrarpolitischen Konzept, auf Sach- und Fachausgaben des Pflanzenschutzamtes, Betriebsausgaben für die Waldbewirtschaftung und auf eine Zuweisung an die Bundesforschungsanstalt für Fischerei.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen dienen mehrjährigen Zuwendungsmaßnahmen, insbesondere zur Förderung der fünfjährigen Agrarumweltmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus der Fischereiabgabe und den Jagdscheingebühren. Des Weiteren dienen sie der Sicherung der Umsetzung der "Leistungsprüfungen für Pferdezucht".

Die Verpflichtungsermächtigungen für Sonstige Kosten werden für mehrjährige vertragliche Verpflichtungen benötigt.

4.4.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 271.03 Agrarwirtschaft

Z 1: Agrarwirtschaftliche Unternehmen erhalten und ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern (Kennzahlen 1, 2 und 4 bis 6).

Z 2: Erhaltung der agrarwirtschaftlich genutzten Fläche (Kennzahl 3).

Z 3: Schutz von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen vor Schadorganismen sowie pflanzenschutzrechtliche Kontrollen (Kennzahlen 7 bis 9).

Z 4: Regionale Vermarktung von Agrarprodukten stärken (Kennzahl 10).

4.4.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 271.03 Agrarwirtschaft

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_271_03_001 1. Wirtschaftende Erzeugerbetriebe gesamt	ANZ	685	685	680	620	620	620	580
B_271_03_002 2. davon ökologisch wirtschaftende Erzeugerbetriebe	ANZ	35	38	40	42	44	45	46
B_271_03_003 3. Bewirtschaftete Fläche der Erzeugerbetriebe gesamt	ha	14.444	14.444	14.440	14.440	14.440	14.440	14.440
B_271_03_004 4. Bewirtschaftete Fläche der ökologisch wirtschaftenden Erzeugerbetriebe	ha	1.090	1.189	1.250	1.300	1.350	1.370	1.400
B_271_03_005 5. Mit öffentlichen Mitteln gefördertes Investitionsvolumen in landwirtschaftlichen Unternehmen	Tsd. EUR	5.003	7.073	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
B_271_03_006 6. Höhe der Fördermittel des Bundes (GAK) für agrarwirtschaftliche Unternehmen	Tsd. EUR	464	406	1.110	1.200	1.300	1.300	1.300
B_271_03_007 7. Anzahl der über die EU-Einlassstelle Hamburg phytosanitär abgefertigten Importsendungen, Exportkontrollen sowie Pflanzengesundheitszeugnisse	ANZ	52.144	47.414	44.000	44.500	45.000	45.500	46.000
B_271_03_008 8. durchgeführte Pflanzenschutzmittelkontrollen	ANZ	1.077	1.116	1.100	1.200	1.200	1.200	1.200
B_271_03_009 9. durchgeführte Pflanzenschutzberatungen	ANZ	7.241	5.659	3.850	5.200	5.200	5.200	5.200
B_271_03_010 10. Erzeuger/Produzenten aus der Metropolregion, die auf dem Großmarkt ihre Produkte handeln	ANZ	216	208	205	200	200	200	195

Die Kennzahlen sind im Wesentlichen wirkungsorientiert. Die Kennzahlen 7 – 9 sind ressourcenbegründend.

Die Kennzahlen 1 und 3 sind Zahlen vom Statistikamt Nord. Das Statistikamt Nord führt im dreijährigen Rhythmus eine Agrarstrukturhebung durch. Die Kennzahlen basieren auf diesen Werten, sie ändern sich nicht jährlich sondern bleiben bis zum Ergebnis der nächsten Erhebung konstant. Daher können sich in Folge einer neuen Erhebung deutliche Veränderungen ergeben, da sich hinter der geänderten Kennzahl eine dreijährige Entwicklung verbirgt. Die nächste Agrarstrukturhebung findet in 2016 statt. Ergebnisse werden voraussichtlich im 1. Halbjahr 2017 veröffentlicht.

Zu Kennzahl 1: Als Erzeugerbetriebe werden solche Betriebe bezeichnet, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Gemüse-, Obst-, Garten- und der Imkerei oder Fischerei herstellen. Die Betriebszahlen werden sich im Rahmen des Strukturwandels reduzieren.

Zu den Kennzahlen 2 und 4: Die Erzeugungsvorschriften für ökologisch wirtschaftende Betriebe sind in Art. 3 der EU-Öko-Verordnung VO (EG) Nr. 834/2007 vom 28. Juni 2007 festgelegt. Es werden darin insbesondere spezielle Anforderungen an die Gesunderhaltung von Boden, Wasser, Pflanzen und Tieren definiert. Die Zahlen stammen aus den jährlichen Meldungen im Rahmen des Öko-Kontrollverfahren. Zu Kennzahlen 3 und 4: Hierin enthalten sind auch bewirtschaftete Flächen von Hamburger Betrieben in Nachbarländern; nicht enthalten sind Hamburger Flächen, die von Betrieben außerhalb Hamburgs bewirtschaftet werden.

Zu Kennzahl 5: Die Höhe des geförderten Investitionsvolumens setzt sich aus öffentlichen und privaten Mitteln zusammen.

Zu Kennzahl 6: Hierbei handelt es sich ausschließlich um Bundesmittel, die die BWVI zur Förderung der Agrarwirtschaft und ihrer Betriebe akquiriert. Die Bundesmittel werden auf der Grundlage des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) über den Haushalt des BMEL bereitgestellt.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Zu Kennzahl 7: Phytosanitäre oder auch pflanzengesundheitliche Kontrollen dienen der Auffindung bzw. Feststellung von pflanzlichen Schadorganismen in Im- und Exportsendungen und sollen deren Einschleppung und Ansiedlung verhindern. Im Falle des Exportes werden nach erfolgter Untersuchung der Exportsendung Pflanzengesundheitszeugnisse ausgestellt, wenn die Ware für exportfähig befunden wurde.

Zu Kennzahl 8: Die Pflanzenschutzmittelkontrollen umfassen alle Kontrollen des Inverkehrbringens (Einfuhr, Verkauf) und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln.

Zu Kennzahl 9: Enthält die Beratung von Gartenbaubetrieben und den Bereich Garten und Öffentliches Grün unter Berücksichtigung der erheblich gestiegenen Inanspruchnahme des Pflanzenschutzdienstes aufgrund der Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes sowie der Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung. Der Ist-Wert 2014 ist so hoch, da in diesem Zeitraum auch Internetabfragen berücksichtigt wurden. Ab 2015 werden hingegen nur noch tatsächliche Beratungsleistungen erfasst.

4.4.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 271.03 Agrarwirtschaft

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Agrarwirtschaft	841							
Erlöse		1.170	2.950	960	2.330	2.337	2.338	2.360
Kosten		6.928	26.541	6.428	7.363	7.491	7.592	7.728
Saldo Jahresergebnis 1 Agrarwirtschaft		-5.758	-23.591	-5.468	-5.033	-5.153	-5.254	-5.368
Erlöse			202	-/-	94	94	95	93
Kosten			1.576	-/-	1.318	1.340	1.373	1.422
Saldo Jahresergebnis 2 Agrarwirtschaft		-5.758	-24.965	-/-	-6.257	-6.399	-6.532	-6.697
Fischerei	842							
Erlöse		193	114	26	60	60	60	60
Kosten		148	247	159	207	209	208	205
Saldo Jahresergebnis 1 Fischerei		45	-133	-133	-147	-149	-148	-145
Erlöse			6	-/-	57	57	58	55
Kosten			48	-/-	366	376	384	393
Saldo Jahresergebnis 2 Fischerei		45	-175	-/-	-455	-468	-474	-483
Forstwirtschaft, Jagd	843							
Erlöse		16	732	249	206	208	210	212
Kosten		95	765	114	558	571	531	534
Saldo Jahresergebnis 1 Forstwirtschaft, Jagd		-79	-33	135	-352	-363	-321	-322
Erlöse			9	-/-	57	57	58	55
Kosten			78	-/-	366	376	384	393
Saldo Jahresergebnis 2 Forstwirtschaft, Jagd		-79	-102	-/-	-661	-682	-648	-660
Pflanzenschutzamt	621							
Erlöse		578	1.283	300	1.150	1.150	1.150	1.150
Kosten		3.424	3.412	3.728	3.137	3.149	3.181	3.120
Saldo Jahresergebnis 1 Pflanzenschutzamt		-2.846	-2.129	-3.428	-1.987	-1.999	-2.031	-1.970
Erlöse			185	-/-	99	99	99	95
Kosten			1.429	-/-	1.449	1.473	1.473	1.456
Saldo Jahresergebnis 2 Pflanzenschutzamt		-2.846	-3.372	-/-	-3.337	-3.373	-3.406	-3.331
LB Großmarkt Obst, Gemüse, Blumen	822							
Erlöse								
Kosten					245	251	257	264
Saldo Jahresergebnis 1 LB Großmarkt Obst, Gemüse, Blumen					-245	-251	-257	-264
Erlöse				-/-	56	56	56	54
Kosten				-/-	333	342	351	359
Saldo Jahresergebnis 2 LB Großmarkt Obst, Gemüse, Blumen				-/-	-522	-538	-551	-569

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.4.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 271.03 Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ		58,23	64,62	60,46	58,46	57,46	56,46

Es werden die Vollzeitäquivalente der Produktgruppe dargestellt.

4.4.2.4 Produktgruppe 271.04 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

4.4.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 271.04 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

Für die Produktgruppe „Bezirkliche Zuweisungen Agrarwirtschaft“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden per Sollübertragung in die Bezirke übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden ebenfalls dort ausgewiesen.

4.4.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 271.04 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			445	419	419	419	419
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
<i>a) Kosten für Entgelte</i>							
<i>b) Kosten für Bezüge</i>							
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>							
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			32	11	32	53	75
6. Sonstige Kosten				16	16	16	16
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-477	-446	-467	-488	-510
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-477	-446	-467	-488	-510
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-477	-446	-467	-488	-510
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-477	-446	-467	-488	-510

Durch die inhaltliche Konkretisierung der Planung sind nun Sonstige Kosten veranschlagt und die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit sind entsprechend abgesenkt.

4.4.2.4.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 271.04 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Rahmenzuweisungen							
Kosten RZ FA MR Forstverwaltung			445	435	435	435	435
Abschreibungen							
Abschreibungen			32	11	32	53	75
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			477	446	467	488	510

Es werden die Zuweisungen der Produktgruppe dargestellt.

4.4.2.4.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 271.04 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
Rahmenzuweisung					
RZ FA MR Forstverwaltung				113	113
Summe VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				113	113

Die Verpflichtungsermächtigungen gewährleisten eine jahresübergreifende Beauftragung für die Bezirke aus der Rahmenzuweisung Betriebsausgaben der Forstverwaltung.

4.4.2.5 Produktgruppe 271.05 Zentrale Programme Wirtschaft

4.4.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 271.05 Zentrale Programme Wirtschaft

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Wirtschaft werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollveränderung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden ebenfalls dort ausgewiesen.

4.4.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 271.05 Zentrale Programme Wirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	5.440	0	4.028	1.725	903	3.652	3.283
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	211		50	0	0	0	0
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	64		2.353	0	0	0	0
5. Kosten aus Abschreibungen	0		202	186	369	541	701
6. Sonstige Kosten				0			
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	5.165	0	1.423	1.539	533	3.111	2.582
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	5.165	0	1.423	1.539	533	3.111	2.582
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)	5.165	0	1.423	1.539	533	3.111	2.582
16. Globale Mehrkosten				6.106	6.180	7.150	6.650
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)	5.165	0	1.423	-4.567	-5.647	-4.039	-4.068

Die Genehmigung des Operationellen Programms für den EFRE in der Förderperiode 2014-2020 erfolgte erst im Dezember 2014 durch die EU und damit wesentlich später als erwartet. Dementsprechend verzögert erfolgt auch die Umsetzung der Maßnahmen. Die EU erstattet die Ausgaben erst nach Nachweis der tatsächlich erfolgten Zahlungen, so dass die Erlöse im zentralen Programm aufgrund der Verzögerung auch erst wesentlich später zu erzielen sind, als ursprünglich erwartet. Für die Jahre 2017 und 2018 werden die Erlöse gering veranschlagt, da Erstattungen der EU mit Vorschusszahlungen der EU zu verrechnen sind. Erst ab 2019 wird mit einer substantiellen Steigerung der Erlösbeträge gerechnet. Es ist davon auszugehen, dass bis zum Abrechnungsende der Förderperiode das komplette Programmvolumen abgerufen werden kann.

Eine Erhöhung der Kosten ist erforderlich, um den Rückstand des Programmstarts aufzuholen und einer Entbindung der durch die EU genehmigten Mittel, d.h. einem Mittelverfall, vorzubeugen. Zudem werden die Kosten ab 2017 als Globale Mehrkosten geplant, nicht mehr als Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Kosten für Transferleistungen. Dies ist notwendig, da die EFRE-Projekte zum Teil durch die IFB im Rahmen von Verträgen (Verwaltungskosten) und zum Teil durch Zuwendungen an Dritte durch die Behörden selbst (Transferleistungen) durchgeführt werden. Daher ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine detaillierte Planung nicht möglich. In Zentralen Programmen werden keine Ist-Werte ausgewiesen. Der Ist-Wert 2014 beruht auf der kameralen Buchungslogik. Es

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

war möglich, dass ein kameraler Titel sowohl im Ist bewirtschaftet wurde als auch Sollüberträge leisten konnte. Bei der Überleitung der kameralen Titel für die EU-Anteile EFRE und ELER in die doppische Struktur wurden zusammen mit dem Ansatz die Ergebnisse technisch gleich übergeleitet. Somit sind die Ist-Ergebnisse 2014 in dieser Produktgruppe systematisch durch die Überleitung zu erklären. Es wird ab 2015 keine Ist-Werte in dieser Produktgruppe geben. Die Mittel werden an die fachlich zuständigen Produktgruppen übertragen, dort wird auch das Ist ausgewiesen.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten				15.310	15.150

Die Verpflichtungsermächtigungen für Globale Mehrkosten dienen der Abwicklung mehrjähriger EFRE-Projekte im Rahmen des EFRE-Programms in der Förderperiode 2014 - 2020.

4.4.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 271.05 Zentrale Programme Wirtschaft

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Wirtschaft werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

4.4.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 271.05 Zentrale Programme Wirtschaft

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Wirtschaft werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

4.4.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 271.05 Zentrale Programme Wirtschaft

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
EFRE, Förderperiode 2007-2013								
Erlöse	992	4.226		1.633	220	60	60	60
Kosten		161		106	106	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 1 EFRE, Förderperiode 2007-2013		4.064		1.527	114	60	60	60
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 EFRE, Förderperiode 2007-2013		4.064		-/-	114	60	60	60
EFRE, Förderperiode 2014-2020								
Erlöse	992	0		2.395	1.493	807	3.545	3.176
Kosten		0		2.499	6.174	6.514	7.644	7.304
Saldo Jahresergebnis 1 EFRE, Förderperiode 2014-2020		0		-103	-4.681	-5.707	-4.099	-4.128
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 EFRE, Förderperiode 2014-2020		0		-/-	-4.681	-5.707	-4.099	-4.128
ELER, Förderperiode 2007-2013								
Erlöse	992	1.215						
Kosten		114						
Saldo Jahresergebnis 1 ELER, Förderperiode 2007-2013		1.101						
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ELER, Förderperiode 2007-2013		1.101		-/-				
Agrarförderprogramm 2015-2020								
Erlöse	992				12	35	47	47
Kosten					12	35	47	47
Saldo Jahresergebnis 1 Agrarförderprogramm 2015-2020					0	0	0	0
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Agrarförderprogramm 2015-2020				-/-	0	0	0	0

Es werden die Produkte der Produktgruppe dargestellt.

4.4.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 271.05 Zentrale Programme Wirtschaft

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Wirtschaft werden keine Vollzeitäquivalente ausgebracht.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Erschließung v. Industrie- u. Gewerbefl.							
Einzahlungen							
Auszahlungen	129	493	0	1.107	1.435	2.092	360
Saldo Erschließung v. Industrie- u. Gewerbefl.	-129	-493	0	-1.107	-1.435	-2.092	-360
Verpflichtungsermächtigung Erschließung v. Industrie- u. Gewerbefl.				860	860	-/-	-/-
RZ FA MR-Inv. in der Forstverwaltung							
Einzahlungen							
Auszahlungen			147	149	149	149	149
Saldo RZ FA MR-Inv. in der Forstverwaltung			-147	-149	-149	-149	-149
Verpflichtungsermächtigung RZ FA MR-Inv. in der Forstverwaltung				36	36	-/-	-/-
Förderung aus Mitteln des EFRE 2007-2013							
Einzahlungen	4.226		1.503				
Auszahlungen	0						
Saldo Förderung aus Mitteln des EFRE 2007-2013	4.226		1.503				
Verpflichtungsermächtigung Förderung aus Mitteln des EFRE 2007-2013						-/-	-/-
Förderung aus Mitteln des EFRE 2014-2020							
Einzahlungen			2.337		700	2.425	2.900
Auszahlungen			2.353	4.000	4.000	4.000	4.000
Saldo Förderung aus Mitteln des EFRE 2014-2020			-16	-4.000	-3.300	-1.575	-1.100
Verpflichtungsermächtigung Förderung aus Mitteln des EFRE 2014-2020				16.000	16.000	-/-	-/-
Förderung aus Mitteln des ELER 2007-2013							
Einzahlungen	994						
Auszahlungen							
Saldo Förderung aus Mitteln des ELER 2007-2013	994						
Verpflichtungsermächtigung Förderung aus Mitteln des ELER 2007-2013						-/-	-/-
Summe Investitionsprogramme	5.091	-493	1.340	-5.256	-4.884	-3.816	-1.609
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				16.896	16.896	-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
HmbBet Objektges z. Revitalisierung CCH							
Einzahlungen							
Auszahlungen	7.002	4.645	4.750				
Saldo HmbBet Objektges z. Revitalisierung CCH	-7.002	-4.645	-4.750				
Verpflichtungsermächtigung HmbBet Objektges z. Revitalisierung CCH						-/-	-/-
Handwerker- und Gewerbehof am Offakamp							
Einzahlungen							
Auszahlungen			4.421		10.078	3.000	
Saldo Handwerker- und Gewerbehof am Offakamp			-4.421		-10.078	-3.000	
Verpflichtungsermächtigung Handwerker- und Gewerbehof am Offakamp						-/-	-/-
Summe Einzelinvestitionen	-7.002	-4.645	-9.171		-10.078	-3.000	
Verpflichtungsermächtigungen Einzelinvestitionen						-/-	-/-

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen	242	623	678	863	827	878	878
Auszahlungen sonstige Investitionen	1.518	2.033	1.571	1.593	1.605	1.718	1.731
Summe sonstige Investitionen	-1.276	-1.410	-893	-730	-778	-840	-853
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen				1.355	1.355	-/-	-/-
Summe Investitionsmittel	-3.188	-6.548	-8.724	-5.986	-15.740	-7.656	-2.462

Erläuterungen zu den Investitionsprogrammen

Die in den Investitionsprogrammen jeweils veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen werden für mehrjährige vertragliche Verpflichtungen benötigt.

Erschließung v. Industrie- u. Gewerbeflächen

Mit den veranschlagten Mitteln sollen vor allem die investiven Teile geplanter Erd-, Straßen-, Wasser- und Brückenbauarbeiten sowie weiterer Maßnahmen der inneren und äußeren Erschließung einschließlich Schallschutzmaßnahmen, Gleisbauten und anteiliger Kosten für den Erwerb und die Herrichtung von Flächen für erschließungsbezogene Ausgleichsmaßnahmen finanziert werden. Im Einzelfall können auch andere investive Maßnahmen zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen im Rahmen dieses Programms durchgeführt werden. Die Abweichungen zu dem fortgeschriebenen Plan 2016 und 2017 sind in erster Linie hervorgerufen durch eine veränderte Priorisierung von ursprünglich geplanten Maßnahmen zugunsten der Maßnahme „Neuland 23“ und den damit einhergehenden Verschiebungen vom investiven in den konsumtiven Bereich. In diesem Investitionsprogramm ist die Maßnahme „Neuland 23“ enthalten. Ebenso enthalten ist die Maßnahme „Vorhornweg“. Um flexibel auf die Baufortschritte einzelner Erschließungsgebiete zu reagieren, können im Einzelfall Maßnahmen über 6 Mio. Euro in diesem Programm geplant werden. Der konsumtive Anteil ist in der Produktgruppe 271.02 - Wirtschaftsförderung - veranschlagt.

RZ FA MR-Investitionen in der Forstverwaltung

Da Wald eine große Kohlenstoffsенке ist, erfüllt er bei der Bewältigung der Folgen der Klimaänderung in dem Ballungsraum Hamburg eine wichtige Aufgabe. Durch Aufforstung wird die Waldentwicklung beschleunigt, so dass die CO₂-Bindungsfunktion früher einsetzt und insgesamt deutlich verbessert wird. Zusätzlich werden weitere Infrastrukturmaßnahmen unterstützt. Die Mittel werden per Sollübertrag an die Bezirke übertragen und dienen dort der Erfüllung des Leistungszweckes.

Förderung aus Mitteln des EFRE 2014-2020

Hamburg wurden für die Förderperiode 2014-2020 EFRE-Mittel in Höhe von rd. 55,472 Mio. Euro zugesagt, die in mindestens gleicher Höhe national kofinanziert werden und bis spätestens 31.12.2023 ausgezahlt sein müssen. In diesem Investitionsprogramm sind die EU-Mittel veranschlagt. Die Mittel werden per Sollübertrag an die entsprechenden Aufgabenbereiche auf neue oder vorhandene Maßnahmen übertragen, die für die Durchführung eines EFRE-Projekts zuständig sind.

Erläuterungen zu den sonstigen Investitionen

Die in den sonstigen Investitionen jeweils veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen werden für mehrjährige vertragliche Verpflichtungen benötigt.

Landwirtschaftliche Investitionen und Diversifizierung 2015-2020

Das Agrarinvestitionsförderungsprogramm ist das zentrale Instrument zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft. Zum einen werden die Betriebe bei Investitionen in die Verbesserung ihrer Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen unter Einbezug gesellschaftlicher Ziele zur Verbesserung des Tier-, Ressourcen- bzw. Verbraucherschutzes unterstützt. Zum anderen werden Investitionen zur Aufnahme einer zusätzlichen außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit auf selbständiger Basis gefördert. Dies geschieht vor dem Hintergrund der besonderen Nachteile für die Betriebe im urbanen Umfeld und den eher klein strukturierten und extensiv wirtschaftenden Betrieben. Diese Investitionen sind Bestandteil des Agrarförderprogramm 2015 - 2020.

Maschinenförderung, innov. Techniken 2015-2020

Mit Hilfe einer innovationsunterstützenden Förderpolitik sollen hier im besonderen Maße Verbesserungen im biotischen und abiotischen Ressourcenschutz durch die Förderung der Einführung zukunftsweisender neuer

Technologien für die Applikation von Düngemitteln und Pflanzenschutz gefördert werden. Die Einführung solcher Maschinen und technischer Anlagen ist regelhaft mit der deutlichen Reduzierung von Umweltbelastungen verbunden. Diese Investitionen sind Bestandteil des Agrarförderprogramm 2015 - 2020.

Ländliche Entwicklung 2015-2020

Zur weiteren Entwicklung des ländlichen Raumes sollen flankierend einzelne aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zu finanzierende infrastrukturelle Fördermaßnahmen umgesetzt werden. Die GAK eröffnet Realisierungsmöglichkeiten im Bereich öffentlicher Infrastrukturvorhaben insbesondere im touristischen Sektor des ländlichen Raums. Aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte wird ein voraussichtlicher Bedarf z. B. in der Schaffung von Strukturen zur touristischen Information oder zur Schaffung und Vernetzung von Reitwegen gesehen, deren Umsetzung zu einer nachhaltigen Attraktivitätsverbesserung der stadtnahen Erholungs- und Freizeitangebote beiträgt. Diese Investitionen sind Bestandteil des Agrarförderprogramm 2015 - 2020.

Brennerhof

Vgl. Beschluss der Bürgerschaft vom 23.01.2008 zur Drucksache 18/7230 „Schaffung eines Kompetenz- und Beratungszentrums Gartenbau und Landwirtschaft am Brennerhof als Modellvorhaben einer öffentlich - privaten Partnerschaft - Änderung des Haushaltsplans 2007/2008“. Veranschlagt sind die ab Abnahme des Baus (2013) erforderlichen Kassenmittel für den Werklohnanteil für die Errichtung des Kompetenz- und Beratungszentrums (Leistungsentgelt 1 Werklohnanteil) für die Dauer des Lebenszyklus (25 Jahre). Die zu zahlenden Raten sind vertraglich festgelegt (Bauvertrag und Vertrag zum Facility-Management).

Geräte, Ausstattung Forstbetrieb

Veranschlagt sind die investiven Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten, Fahrzeugen und weiterer Ausstattungen für die Revierförsterei Alt Erfrade bzw. für die Forstverwaltung der BWVI.

Geräte, sonstige bewegliche Sachen Pflanzenschutzamt (PSA)

Veranschlagt sind Mittel insbesondere zur Beschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen für das Pflanzenschutzamt, die Amtliche Pflanzenbeschau und die Bewirtschaftung des Versuchsfeldes (Außenflächen und Gewächshäuser) und Untersuchungsgeräten im Rahmen der Labor- und Untersuchungstätigkeit zur Wahrnehmung der hoheitsrechtlichen Aufgaben und Dienstleistungen für Dritte. Die durch die EU vorgeschriebenen Untersuchungsobjekte sowie die Methodik müssen durch eine den aktuellen Verhältnissen angepasste Technik erfolgen.

Einzelplan 70 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Aufgabenbereich 271 – Wirtschaftsförderung

Erläuterungen zu Einzelinvestitionen

Gewerbehof am Offakamp

Bau des Handwerkerhofes am Offakamp (vgl. Drs. 21/4849).

Kosten- definition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. Umsatzsteuer)				
			Kosten- rahmen in Tsd. EUR	Kosten- schätzung in Tsd. EUR	Kosten- berechnung in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten „Baukosten“	Basiskosten:	34.035				
		Ansatz für Kostenvarianz:	5.956				
		Preissteigerungen:	1.361				
		Baunebenkosten (Planungskosten):	9.911				
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Bau- nebenkosten):		51.263				
		Grunderwerbskosten:	0				
		Einrichtungskosten:	0				
	Besondere Kostenrisiken:	1.000					
Summe:		52.263					

Von den Gesamtbaukosten sind bis einschl. 2016 insgesamt
bereitgestellt: 4.421 Tsd. EUR

Davon sind zugeordnet dem
Investiven Bereich 4.421 Tsd. EUR
Konsumtiven Bereich 0 EUR

Ansatz investiv 2018 10.078 Tsd. EUR
Ansatz konsumtiv 2018 0 EUR

In 2017 werden 17.500 Tsd. EUR von der Senatskanzlei per Sollveränderung bereitgestellt.

Es verbleibt ein in den Folgejahren zu veranschlagender Betrag in Höhe von 3.000 Tsd. EUR.

Einzelplan 7.0 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Vorfinanzierung Leitungsverlegung							
Einzahlungen		62	50	50	50	50	50
Auszahlungen			200	400	400	400	400
Saldo Vorfinanzierung Leitungsverlegung		62	-150	-350	-350	-350	-350
Verpflichtungsermächtigung Vorfinanzierung Leitungsverlegung				550	450	-/-	-/-
Darlehen i.R.d. Wirtschaftsförderung							
Einzahlungen		0					
Auszahlungen							
Saldo Darlehen i.R.d. Wirtschaftsförderung		0					
Verpflichtungsermächtigung Darlehen i.R.d. Wirtschaftsförderung						-/-	-/-
Landwirtschaftsdarlehen							
Einzahlungen	43	0	9				
Auszahlungen							
Saldo Landwirtschaftsdarlehen	43	0	9				
Verpflichtungsermächtigung Landwirtschaftsdarlehen						-/-	-/-
Summe Darlehen	43	62	-141	-350	-350	-350	-350
Verpflichtungsermächtigungen Darlehen				550	450	-/-	-/-

Vorfinanzierung Leitungsverlegung

Die Industrie- und Gewerbeflächen werden auf Vorrat erschlossen, um jederzeit stadtwirtschaftlich bedeutsame Firmen mit Flächen bedienen zu können (siehe Erläuterungen zu den Investitionen zur Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen). Die stadt eigenen Hamburger Versorgungsunternehmen können jedoch nicht auf Vorrat Leitungen herstellen, da die finanzielle Ausstattung der Unternehmen dies nicht zulässt. Daher wurde vereinbart, dass die BWVI die Baukosten als Darlehen übernimmt und das jeweilige Versorgungsunternehmen das gewährte Darlehen über Anschlussgebühren refinanziert und zurückzahlt; die Laufzeit beträgt 20 Jahre.

Darlehen i.R.d. Wirtschaftsförderung

Es handelt sich um Darlehen, die Wirtschaftsförderungsinstitutionen zur Durchführung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zugunsten von kleinen und mittleren Hamburger Unternehmen gewährt wurden. Es ist nicht geplant, neue Darlehen zu gewähren.

Landwirtschaftsdarlehen

Es handelt sich um Rückflüsse der Tilgungsanteile für ehemals an landwirtschaftliche Betriebsinhaber gewährte öffentliche Darlehen zur Finanzierung investiver Fördervorhaben. Es ist nicht geplant, neue Darlehen zu gewähren.

4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

Im Aufgabenbereich 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft werden keine wesentlichen gesetzlichen Leistungen dargestellt.

4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

Die Ermächtigung Kosten zu verursachen, ist in Höhe von 20% des abgebenden Kontenbereichs einseitig deckungsfähig zugunsten der sonstigen Kosten innerhalb einer Produktgruppe.

Die Ermächtigung Kosten für Transferleistungen und sonstige Kosten zu verursachen ist übertragbar, da die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gefördert wird. Um flexibel auf zeitliche Verschiebungen bei der Umsetzung der EU-Programme reagieren zu können, ist die Ermächtigung Globale Mehrkosten und -auszahlungen zu verursachen in der PG 271.05 Zentrale Programme Wirtschaft übertragbar. Die Ermächtigung Kosten des Finanzierungsergebnisses zu verursachen ist übertragbar, da die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gefördert wird.

5 Ergebnis- und doppelte Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.1 Ergebnis- und doppelter Finanzplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.160	3.324	2.068	2.581	2.581	2.581	2.581
2. Erlöse aus Transferleistungen		291		286	286	286	286
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen	0						
5. Sonstige Erlöse	1.272	1.767	847	437	437	437	437
6. Erlöse aus Verrechnungen		850	19	23	23	24	25
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.210	12.169	12.319	13.799	14.043	14.083	14.277
8. Personalkosten	12.968	12.802	13.342	14.714	14.804	15.019	15.267
a) Kosten für Entgelte	4.748	4.532	5.000	4.905	4.827	4.915	5.004
b) Kosten für Bezüge	5.201	5.229	5.252	5.515	5.642	5.707	5.795
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	10	1	7	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	916	1.217	1.252	1.281	1.271	1.292	1.315
e) Kosten für Versorgungsleistungen	2.093	1.822	1.831	3.013	3.064	3.105	3.153
9. Kosten für Transferleistungen	16.191	13.494	7.875	8.290	8.705	10.420	8.720
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen	251	277	152	49	44	44	17
12. Sonstige Kosten	300	2.490	386	5.971	5.983	6.007	5.994
13. Kosten aus Verrechnungen		770	31	28	28	28	28
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-39.488	-35.769	-31.171	-39.524	-40.280	-42.273	-40.974
15. Erlöse aus Beteiligungen		43		40	40	40	40
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten		0		0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen		64		78	78	78	78
22. Finanzergebnis		-21		-38	-38	-38	-38
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	-39.488	-35.791	-31.171	-39.562	-40.318	-42.311	-41.012
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	-39.488	-35.791	-31.171	-39.562	-40.318	-42.311	-41.012
28. Globale Mehrkosten			0	1.339	1.339	1.232	1.040
29. Globale Minderkosten				-12.923	-13.084	-19.580	-19.582
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	-39.488	-35.791	-31.171	-27.978	-28.573	-23.964	-22.469

Erläuterungen: Siehe Ergebnispläne der Produktgruppen des Aufgabenbereichs 268.

5.1.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	3.064	5.301	2.934	3.344	3.344	3.344	3.344
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	40.576	36.929	30.754	21.017	21.133	16.440	14.935
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-37.512	-31.628	-27.820	-17.673	-17.789	-13.096	-11.591
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen			0				
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		19	8				
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	222	86					
14. Globale Minderauszahlungen			-13.644	-5.092	-6.932	-7.818	-6.156
15. Saldo aus Investitionen	-222	-104	13.636	5.092	6.932	7.818	6.156
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		58					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten		2					
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		56					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-37.734	-31.676	-14.184	-12.581	-10.857	-5.278	-5.435

Erläuterungen: Siehe Ergebnispläne der Produktgruppen und Investitionen des Aufgabenbereichs 268.

5.2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit	150.220	153.035	169.085	160.668	160.668	160.668	160.668
2. Erlöse aus Transferleistungen	171.731	138.775	156.353	155.080	155.396	145.219	143.505
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen	0	0					
5. Sonstige Erlöse	13.089	68.950	6.697	55.332	53.814	52.740	51.100
6. Erlöse aus Verrechnungen		726					
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	117.190	135.996	131.414	146.421	160.174	159.076	160.520
8. Personalkosten	8.654	9.326	10.432	11.747	12.075	12.190	12.241
a) Kosten für Entgelte	2.427	2.538	3.138	2.774	2.874	2.888	2.824
b) Kosten für Bezüge	4.135	4.523	4.796	5.353	5.482	5.547	5.629
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter		1	3	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	468	741	867	857	884	890	888
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.624	1.523	1.628	2.763	2.835	2.865	2.900
9. Kosten für Transferleistungen	165.891	186.666	190.651	156.368	156.529	146.424	144.784
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen	122.214	130.675	164.086	130.334	130.315	129.173	127.108
12. Sonstige Kosten	723	96.540	115	7.973	8.694	7.365	7.877
13. Kosten aus Verrechnungen		156					
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-79.632	-197.874	-164.563	-81.762	-97.909	-95.601	-97.257
15. Erlöse aus Beteiligungen		1.429		1.098	1.098	1.098	1.098
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		0					
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten		0		0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis		1.430		1.098	1.098	1.098	1.098
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	-79.632	-196.444	-164.563	-80.664	-96.811	-94.503	-96.159
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	-79.632	-196.444	-164.563	-80.664	-96.811	-94.503	-96.159
28. Globale Mehrkosten				2.283	2.671	1.582	843
29. Globale Minderkosten							
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	-79.632	-196.444	-164.563	-82.947	-99.482	-96.085	-97.002

Erläuterungen: Siehe Ergebnispläne der Produktgruppen des Aufgabenbereichs 269.

5.2.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	334.698	359.007	328.911	317.246	317.562	307.385	305.671
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	290.835	331.537	330.721	321.708	336.979	323.439	323.026
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	43.863	27.469	-1.810	-4.462	-19.417	-16.054	-17.355
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	27.538	12.078	36.720	45.006	47.041	52.884	24.370
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		897					
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	6.071	0	5.625				
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	37.266	20.861	36.752	39.756	40.791	45.634	25.370
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	3.909	2.741					
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	93.232	90.315	69.533	76.979	72.979	76.028	72.937
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			300				
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	74		70	15.210	26.910	12.010	2.510
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen	-100.872	-100.942	-64.310	-86.939	-93.639	-80.788	-76.447
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-57.009	-73.472	-66.120	-91.401	-113.056	-96.842	-93.802

Erläuterungen: Siehe Ergebnispläne der Produktgruppen und Investitionen des Aufgabenbereichs 269.

5.3 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit	628	440	0	0	0	0	0
2. Erlöse aus Transferleistungen		1.252					
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen	0						
5. Sonstige Erlöse	3	8.783	1.735	5.949	6.652	7.586	7.716
6. Erlöse aus Verrechnungen		0					
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	27.829	2.999	1.864	3.528	6.028	6.028	6.028
8. Personalkosten	5.543	5.015	4.558	5.749	5.904	5.839	5.861
a) Kosten für Entgelte	2.088	1.859	1.535	1.865	1.923	1.830	1.808
b) Kosten für Bezüge	2.175	1.992	1.948	2.198	2.250	2.284	2.319
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter		0					
d) Kosten für Sozialleistungen	402	467	405	493	508	492	487
e) Kosten für Versorgungsleistungen	878	697	670	1.193	1.223	1.233	1.247
9. Kosten für Transferleistungen	11.440	69.150	62.796	72.009	52.609	64.009	64.009
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen	9.425	11.215	28.448	17.365	26.486	32.808	36.959
12. Sonstige Kosten	0	64.860	1	31	31	31	31
13. Kosten aus Verrechnungen		335					
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-53.606	-143.099	-95.931	-92.734	-84.406	-101.129	-105.172
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		51.766		0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis		-51.766		0	0	0	0
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	-53.606	-194.865	-95.931	-92.734	-84.406	-101.129	-105.172
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	-53.606	-194.865	-95.931	-92.734	-84.406	-101.129	-105.172
28. Globale Mehrkosten							
29. Globale Minderkosten							
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	-53.606	-194.865	-95.931	-92.734	-84.406	-101.129	-105.172

Erläuterungen: Siehe Ergebnispläne der Produktgruppen des Aufgabenbereichs 270.

5.3.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	441	1.818	0	0	0	0	0
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	43.934	74.960	64.841	73.992	57.214	68.537	68.544
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-43.493	-73.141	-64.841	-73.992	-57.214	-68.537	-68.544
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963	
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	28.188	78.912	100.526	85.291	83.486	83.471	79.781
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen		31.742	0	38.709	40.514	40.529	20.219
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	49	13.450		15.202	39.852		
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen	-7.274	-103.142	-79.563	-118.239	-142.889	-103.037	-100.000
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-50.768	-176.283	-144.404	-192.231	-200.103	-171.574	-168.544

Erläuterungen: Siehe Ergebnispläne der Produktgruppen und Investitionen des Aufgabenbereichs 270.

5.4 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.280	1.470	488	1.416	1.418	1.420	1.422
2. Erlöse aus Transferleistungen	5.670	4.252	4.207	1.911	1.087	3.762	3.287
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen	0						
5. Sonstige Erlöse	806	2.749	868	4.344	3.033	3.828	2.356
6. Erlöse aus Verrechnungen		52					
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.853	10.780	8.154	21.856	20.113	10.366	6.480
8. Personalkosten	7.145	6.606	7.382	7.099	7.298	7.391	7.437
a) Kosten für Entgelte	3.612	3.228	3.933	3.083	3.183	3.238	3.231
b) Kosten für Bezüge	1.977	1.942	1.872	2.069	2.117	2.131	2.163
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter		1					
d) Kosten für Sozialleistungen	705	720	860	719	739	753	758
e) Kosten für Versorgungsleistungen	850	715	717	1.228	1.259	1.269	1.285
9. Kosten für Transferleistungen	5.228	26.102	8.885	10.657	10.801	12.828	16.832
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen	4.571	4.103	4.821	3.820	4.163	4.713	4.889
12. Sonstige Kosten	434	2.459	2	71	86	71	81
13. Kosten aus Verrechnungen		375	0	10	0	0	0
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-17.474	-41.902	-23.681	-35.841	-36.923	-26.359	-28.654
15. Erlöse aus Beteiligungen				0	0	0	0
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				20	20	20	19
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	2	103		50	40	30	20
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		111		0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten		422	411	399	386	373	359
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis	2	-429	-411	-329	-326	-323	-320
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)	-17.472	-42.331	-24.092	-36.170	-37.249	-26.682	-28.974
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)	-17.472	-42.331	-24.092	-36.170	-37.249	-26.682	-28.974
28. Globale Mehrkosten				6.106	6.180	7.150	6.650
29. Globale Minderkosten							
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)	-17.472	-42.331	-24.092	-42.276	-43.429	-33.832	-35.624

Erläuterungen: Siehe Ergebnispläne der Produktgruppen des Aufgabenbereichs 271.

5.4.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	7.600	7.075	4.833	5.597	3.445	6.832	4.748
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	19.810	41.084	26.215	44.706	43.279	36.582	36.223
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-12.210	-34.009	-21.382	-39.109	-39.834	-29.750	-31.475
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	5.461	326	4.518	810	1.510	3.295	3.770
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		28					
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen		54					
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	0	216		53	17	8	8
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	903	1.476	7.994	5.230	15.308	8.330	5.330
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	280	304	5				
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	9	683	0	1.107	1.435	2.092	360
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	193	34	207	214	214	214	214
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	7.002	4.645	4.750				
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	262	29	286	298	310	323	336
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen	-3.188	-6.548	-8.724	-5.986	-15.740	-7.656	-2.462
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	43	62	59	50	50	50	50
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen			200	400	400	400	400
18. Saldo gegebene Darlehen	43	62	-141	-350	-350	-350	-350
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-15.355	-40.495	-30.247	-45.445	-55.924	-37.756	-34.287

Erläuterungen: Siehe Ergebnispläne der Produktgruppen sowie Investitionen und Darlehen des Aufgabenbereichs 271.

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2017/2018

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 7

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					5,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					10,50	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					2,00	Summe der kw-Leerstellen

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
268	Steu&Serv,Stab,Planf	2017/18	101,90			115,97		217,87
		2016	108,40			109,97		218,37
269	Verkehr & Straßenw.	2017/18	89,50			53,65		143,15
		2016	79,00			46,30		125,30
270	In.-Strkt,MiSt,Hafen	2017/18	34,50			34,72		69,22
		2016	41,50			45,37		86,87
271	Wiför, AußWi, AgWi.	2017/18	36,50			67,50	1,00	104,00
		2016	40,50			71,00	2,00	111,50
gesamt:		2017/18	262,40	0,00	0,00	271,84	1,00	534,24
		2016	269,40	0,00	0,00	272,64	2,00	542,04

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2016) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2017/18.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden - soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend § 25 LHO mit kw-Vermerken versehen.

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kap./AufgBer.	Anzahl der Stellen 2016	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2016				Stellenplan 2017/ 18	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2017/ 18	2017/ 18/ 2016
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
7	268 Steu&Serv,Stab,Planf	218,37	-3,00	8,00	-8,50	8,00	-5,00	217,87	-0,50
	269 Verkehr & Straßenv.	125,30		26,65	-6,00	3,20	-6,00	143,15	17,85
	270 In.-Strkt,MiSt,Hafen	86,87		11,00	-28,65			69,22	-17,65
	271 Wiför, AußVwi, AgWvi.	111,50	-2,00	3,50	-8,00	2,00	-3,00	104,00	-7,50
	Summe:	542,04	-5,00	+49,15	-51,15	+13,20	-14,00	534,24	-7,80

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					2,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					3,50	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					2,00	Summe der kw-Leerstellen

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	4,00			4,00	
A 15	10,00			10,00	
A 14	12,50	1,00	29)	11,50	<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat</i>
A 13	10,00	1,00	1)	11,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	8,00	1,00	31)	7,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 12	11,00	1,00	2)	14,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Interne organisatorische Maßnahme
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Interne organisatorische Maßnahme
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 271; Stellentausch WA 24/RW 1
A 14		1,00							1,00	gem. Art. 9 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 203; Stellentausch Senatskanzlei ORR A 14/BWVI RR A 13
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; Stellentausch RW 1/WA 24
A 13						-2,00			-2,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 203; Rücktausch der Stellen ORR A14 und RR A13
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 9 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 271; Interne organisatorische Maßnahme
A 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 13	1)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach EntgGr. E 13
A 12	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat
A 12	3)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach BesGr. E 12
A 14	29)	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	
A 13	31)	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat Freigestelltes Personalratsmitglied	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18		Vermerk Nr.	2016	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 11	20,60			20,60	
A 10	5,50	1,00	4)	8,50	Vermerk weggefallen
A 9	3,00			3,50	
A 9	6,30			6,30	
A 8	6,00			5,00	
A 7	1,00			2,00	
A 6	2,00	1,00	5)	3,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach BesGr. E 8
Summe:	101,90			108,40	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (10,00)
- A 14 Akademische Oberrätin/ Akademischer Oberrat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (12,50)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (10,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (1,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (7,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (10,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (19,60), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,50)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (3,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,30)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (6,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

Wertigkeit	2017/ 18		Vermerk Nr.	2016	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00	1,00	6)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Beendigung der Tätigkeit im Hanse-Office
A 14	1,50	1,00	27)	0,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung der Tätigkeit als Wirtschaftsreferentin in Berlin
A 11	1,00			1,00	
A 10	1,00			1,00	
A 9	1,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
A 6	1,00			1,00	
Summe:	7,50			4,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,50)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2017/ 18			2016	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 53 (1)
A 15	1,00	1,00	6)	1,00		B.Beschl.
A 14	0,50			0,00	Nr. 7	
A 14	1,00	1,00	27)	0,00		B.Beschl.
A 11	1,00			1,00	Nr. 7	
A 10	1,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			0,00	Nr. 6	
A 7	1,00			0,00	Nr. 6	
A 6	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	7,50			4,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	2,00		4,00	-3,00	-4,00			-2,00	
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11				1,00		1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11									1,00	Verlagerung von Kapitel 271; Aus personalwirtschaftlichen Maßnahmen
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 271; Interne organisatorische Maßnahme
A 10	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 Nr. 22 Haushaltsbeschluss
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Interne organisatorische Maßnahme
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-2,00	2,00	0,00	7,00	-3,00	-5,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	0,00	0,00	-5,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	-2,00	2,00	0,00	7,00	-3,50	-10,00	0,00	0,00	-6,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 14	27) kw. 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung der Tätigkeit als Wirtschaftsreferentin in Berlin	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			1,00	
E 15	3,00			3,00	
E 14	12,50	1,00	7)	6,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	8)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,50	9)		<i>ku: 1,50 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat</i>
		1,00	23)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt</i>
E 13	10,47	1,00	28)	8,47	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt</i>
E 12	1,00			3,00	
E 11	12,00	3,00	10)	11,00	<i>ku: 3,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14	-1,00								-1,00	Ausscheiden des Mitarbeiters
E 14		1,00							1,00	Gegenfinanzierung durch Stellenstreichungen 14005109 und 14005038
E 14						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14		5,00							5,00	Anerkannter Bedarf für Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13								-1,00	-1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						2,00			2,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 13							2,00		2,00	Stellenbewertung vom 11.01.2016
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; Interne organisatorische Maßnahme
E 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; Interne organisatorische Maßnahme
E 12								1,00	1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12									-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Verstärkung Luftaufsicht
E 12							-2,00		-2,00	Stellenbewertung vom 11.01.2016
E 11						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11			-1,00						-1,00	Gegenfinanzierung für die Stelle 14006229
E 11								1,00	1,00	Gegenfinanzierung durch Streichung der Stellen 14005109 und 14005038
E 11									-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Verstärkung der Luftaufsicht
E 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11								1,00	1,00	Stellenneubewertung, Gegenfinanzierung durch Streichung der Stelle 14004949

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18		alter Vermerk 2016
E 14	7)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle
E 11	10)	ku: 3,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman	ku: 2,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman
E 14	23)	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 12 Amträtin/ Amtsrat	
E 13	28)	ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 12 Amträtin/ Amtsrat	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10	3,00	2,00	20)	1,00	ku: 2,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor
E 9	8,00	1,00 1,00 1,00	11) 12) 25)	12,00	ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 9 Amtsinspektor/ Amtsinspektor Vermerk weggefallen ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor
E 9	2,00			1,00	
E 8	25,00	2,00	13)	25,00	ku: 2,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär
		1,00	19)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär
E 6	15,50	1,00	14)	14,50	kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	15)		ku: 1,00 EntgGr. E 6 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär
E 5	5,50	0,50	30)	5,50	ku: 1,00 EntgGr. E 6 nach BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär
E 4	7,00		16)	7,00	kw: 0,50 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle
E 3	5,00			5,00	
E 2 ü	3,00	1,00	17)	3,00	kw: 1,00 EntgGr. E 2 ü nach Freiwerden der Stelle
E 2	2,00			3,00	
Summe:	115,97			109,97	
Summe (ohne *) insgesamt	217,87			218,37	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	6,00	-1,00		-4,00	4,00	2,00		6,00	
E 11						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10							1,00		1,00	Stellenneubewertung, Gegenfinanzierung durch Streichung der Stelle 14005107
E 10			-1,00						-1,00	Gegenfinanzierung für die Stelle 14006229
E 10							1,00		1,00	Stellenbewertung v. 08.06.15, Gegenfinanzierung durch Stellenstreichung 14005003
E 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Interne organisatorische Maßnahme
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 9			-1,00						-1,00	Einsparung, Gegenfinanzierung zur Hebung der Stelle 14004959
E 6			-1,00						-1,00	Gegenfinanzierung der Hebung Stelle 14005038
E 5					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 269; Interne organisatorische Maßnahme
E 2			-1,00						-1,00	Gegenfinanzierung der Stellenhebungen 14005081 und 14004963
Summe Arbeitnehmer	-1,00	6,00	-5,00	1,00	-5,00	7,00	4,00	0,00	7,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	-4,00	0,00	-1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-1,00	6,00	-5,00	1,00	-5,00	10,00	0,00	0,00	6,00	

Summe (ohne *) insgesamt	-3,00	8,00	-5,00	8,00	-8,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
---------------------------------	-------	------	-------	------	-------	------	------	------	-------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 10	20) ku: 2,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor	

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
					3,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	4,00			3,00	
A 15	13,00			11,00	
A 14	19,50	1,00	1)	19,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017
A 13	14,00	1,00	17)	10,00	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach EntgGr. E 14
		1,00	2)		
		1,00	3)		
					kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017
A 13	5,00			7,00	
A 12	16,00			12,00	
A 11	10,00			12,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3						-1,00			-1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 16		1,00							1,00	Drucksache 21/1502
A 15						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
A 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
A 13					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
A 13									-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13		1,00							1,00	Drucksache 21/1502
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; Verlagerung der KOST zum LSBG
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Stellentausch VI 323/IH 32
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Stellentausch IH 32/VI 323
A 12									1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation 2015
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Stellenrücktausch
A 12		1,00							1,00	Drucksache 21/1502
A 11									-2,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 272; Parkraumbewirtschaftung Nachbewilligungsdrucksache 21/711
A 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 13	17) ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach EntgGr. E 14	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18		Vermerk Nr.	2016	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	3,00			2,00	
A 9	0,00			0,00	
A 9	2,00			0,00	
A 8	2,00	1,00	4)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Freiwerden der Stelle
Summe:	89,50			79,00	

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (10,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (17,50), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (10,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (4,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (8,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (8,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
- A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (3,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)

Wertigkeit	2017/ 18		Vermerk Nr.	2016	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 16	1,00			1,00	
A 14	2,00			1,00	
A 13	1,00			0,00	
A 13	0,00			1,00	
Summe:	4,00			3,00	

- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2017/ 18		Vermerk Nr.	2016 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 53 (1)	
A 16	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 7	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	4,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		3,00		9,00	-4,00	-1,00			7,00	
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	3,00	0,00	13,00	-4,00	-1,00	0,00	0,00	11,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	3,00	-0,50	13,00	-4,00	-1,00	0,00	0,00	10,50	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	1,00	1,00	21)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. SAV hD nach BesGr. B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor
E 15 ü	1,00	1,00	5)	1,00	ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor
E 15	2,00	1,00	6)	3,00	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor
E 14	6,00	1,00	7)		ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor
E 13	5,00	1,00	8)	7,00	Vermerk weggefallen
			9)	3,00	ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamt- mann
		1,00	20)		ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann
E 12	10,00	1,00	10)	11,80	ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann
		1,00	11)		ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt
		1,00	12)		ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Techni- scher Oberinspektor
		2,00	13)		ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 15						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Stellenrücktausch
E 13							1,00		1,00	Stellenneubewertung vom 27.10.15, Gegenfinanzierung durch Streichung der Stelle 14005228
E 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
E 12							-1,00		-1,00	Stellenneubewertung vom 27.10.15, Gegenfinanzierung durch Streichung der Stelle 14005228
E 12			-1,00						-1,00	Verlagerung der Aufgabe Baustellenkoordination auf den LSBG, Gegenfinanzierung der Hebung Stelle 14005190
E 12								-1,00	-1,00	Stellenneubewertung

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 15 E 14	7) ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor 8) weggefallen	ku: 2,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat
E 12	10) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann	ku: 3,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann
E 12	11) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat	ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat
E 12	13) ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
E 13	20) ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann	
SAV hD	21) ku: 1,00 EntgGr. SAV hD nach BesGr. B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11	11,00	4,00	14)	4,00	<i>ku: 4,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Vermerk weggefallen</i>
E 10	2,00	1,00	15)	1,00	
		1,00	18)		
		1,00	19)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor</i>
E 9	3,50			4,50	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor</i>
E 9	1,00			0,00	
E 8	8,65	2,00	16)	6,50	<i>ku: 2,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär</i>
E 6	2,50			3,50	
E 5	0,00			1,00	
Summe:	53,65			46,30	
Summe (ohne *) insgesamt	143,15			125,30	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	3,00	-1,00	-1,00		-1,00	-1,00	
E 11				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
E 11						2,00			2,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11			-1,00						-1,00	Einsparung (Stellenpaket 3)
E 11			-1,00						-1,00	Verlagerung der Aufgabe Baustellenkoordination auf den LSBG, Gegenfinanzierung zur Stellenhebung 14005249
E 11								1,00	1,00	Stellenneubewertung
E 10							1,00		1,00	Stellenneubewertung vom 10.6.14, Gegenfinanzierung durch Stellenstreichung VF 104, Stellennummer 14005164
E 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
E 10						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10			-1,00						-1,00	Verlagerung der Aufgabe Baustellenkoordination auf den LSBG, Gegenfinanzierung der Stellenhebung 14006153
E 8				3,65					3,65	Verlagerung von Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
E 6			-1,00						-1,00	Zur Kompensation von Nachbesetzungen
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Interne organisatorische Maßnahme
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	-5,00	13,65	-2,00	1,00	1,00	0,00	8,65	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,20	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,30	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,20	-5,50	13,65	-2,00	1,00	0,00	0,00	7,35	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	3,20	-6,00	26,65	-6,00	0,00	0,00	0,00	17,85	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 11	14) ku: 4,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann	ku: 1,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann
E 10	15) weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor
E 10	18) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor	
E 10	19) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor	

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
					6,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	7,00			7,00	
A 14	7,50			7,50	
A 13	5,00	2,00	1)	5,00	ku: 2,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13
A 13	1,00			0,00	
A 12	5,00			8,00	
A 11	3,00			3,00	
A 10	1,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisati- on Mai 2015
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 271; Neuorganisa- tion Mai 2015
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Interne orga- nisiatorische Maßnahme
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Interne organi- satorische Maßnahme
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisati- on Mai 2015
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 271; Neuorganisa- tion Mai 2015
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisati- on Mai 2015
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Aus personal- wirtschaftlichen Gründen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 269; Stellentausch VI 323/IH 32
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Stellentausch IH 32/VI 323
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisati- on 2015
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisati- on Mai 2015
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 269; Stellentrück- tausch
A 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisati- on Mai 2015
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisati- on Mai 2015

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	0,00			3,00	
A 8	0,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	34,50			41,50	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (7,50)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (5,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 6	0,00			1,00	
A 15	1,00			1,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	1,00			0,00	
A 13	0,00			1,00	
A 10	1,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	5,00			4,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
B 6	0,00			1,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
A 10	1,00			0,00	Nr. 6	
A 7	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	5,00			4,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				5,00	-11,00	3,00			-3,00	
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisation Mai 2015
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisation Mai 2015
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Interne organisatorische Maßnahme
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	5,00	-15,00	3,00	0,00	0,00	-7,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	0,00	0,00	5,00	-15,00	3,00	0,00	0,00	-7,00	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			Vermerk Nr.	2016	Vermerke
	Anzahl	davon				
Arbeitnehmer						
E 15	6,00	1,00		2)	6,00	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor
E 14	5,82	1,00		16)	5,82	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat
E 13	7,40	1,00		3)	7,40	ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamt- mann
		0,50		4)		kw: 0,50 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00		17)		ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt
E 12	0,00	1,00		5)	1,00	Vermerk weggefallen
E 11	1,00				6,00	
E 10	2,00	1,00		6)	3,00	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 14					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 271; Neuorganisation Mai 2015
E 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 269; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Stellenrücktausch
E 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Verstärkung Luftaufsicht
E 12						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisation Mai 2015
E 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Verstärkung der Luftaufsicht
E 11						-6,00			-6,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisation Mai 2015
E 10							1,00		1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10							-1,00		-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisation Mai 2015
E 10					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Interne organisatorische Maßnahme
E 10							-1,00		-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10							-1,00		-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18		alter Vermerk 2016
E 12	5)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär
E 10	6)	weggefallen	
E 14	16)	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat	
E 13	17)	ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
E 10	1,00			Interne organisatorische Maßnahme

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10		1,00	7)		<i>Vermerk weggefallen</i> kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 9	3,00	1,00	8)	3,00	
E 8	1,00	2,00	9)	4,65	<i>Vermerk weggefallen</i> kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 6	3,00	1,00	10)	3,00	
E 5	2,00			2,00	
E 3	1,00	1,00	11)	1,00	kw: 1,00 EntgGr. E 3 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 2 ü	2,50	1,50	12)	2,50	kw: 1,50 EntgGr. E 2 ü nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	13)		kw: 1,00 EntgGr. E 2 ü nach Freierwerden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte)
Summe:	34,72			45,37	
Summe (ohne *) insgesamt	69,22			86,87	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				6,00	-10,00	-3,00			-7,00	
E 8					-3,65				-3,65	Verlagerung an Kapitel 269; Neuorganisation Mai 2015
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	6,00	-13,65	-3,00	0,00	0,00	-10,65	

Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	11,00	-28,65	0,00	0,00	0,00	-17,65	
---------------------------------	------	------	------	-------	--------	------	------	------	--------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 10	7) weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 3	1,00			1,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	7,00	1,00	1)	8,00	Vermerk weggefallen
A 14	4,50			6,50	
A 13	4,00	1,00	7)	1,00	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 12
		1,00	11)		ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13
A 13	3,00			2,00	
A 12	7,00			8,00	
A 11	4,00			6,00	
A 10	1,00			2,00	
A 9	1,00	1,00	8)	0,00	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinспекторin/ Regierungsinспектор nach BesGr. E 9
A 8	1,00			1,00	
A 7	0,00	1,00	2)	1,00	Vermerk weggefallen
A 6	0,00	1,00	3)	1,00	Vermerk weggefallen
Summe:	36,50			40,50	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Forstdirektorin/ Leitender Forstdirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Forstdirektorin/ Forstdirektor (1,00), Landwirtschaftsdirektorin/ Landwirtschaftsdirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,50)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (7,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinспекторin/ Regierungsinспектор (1,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 14	1,00			1,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	1,00			2,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
A 15	-1,00								-1,00	Beendigung des Projektes zur Revitalisierung des Congress Centrums Hamburg
A 15						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Stellentausch WA 24/RW 1
A 14						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Stellentausch RW 1/WA 24
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Interne organisatorische Maßnahme
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Aus personalwirtschaftlichen Maßnahmen
A 11							-1,00		-1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Interne organisatorische Maßnahme
A 7	-1,00								-1,00	Beendigung des Projektes zur Revitalisierung des Congress Centrums Hamburg
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-2,00	0,00	0,00	1,00	-6,00	3,00	0,00	0,00	-4,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-2,00	0,00	0,00	1,50	-6,00	2,50	0,00	0,00	-4,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 15	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor
A 13	7) ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 12	
A 13	11) ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	1,00			0,00	
A 10	0,00			1,00	
Summe:	3,00			5,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2017/ 18			2016	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 14	1,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 12	1,00			1,00	Nr. 6	
A 12	0,00			1,00	Nr. 5	
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	3,00			5,00		

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00	1,00	4)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 14	5,00	3,00	5)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	9,00			10,00	
E 12	6,00			6,00	
E 11	6,50	1,00	6)	6,50	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11</i>
E 10	6,00	1,00	10)	3,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann</i>
E 9	4,50	0,50	9)	5,00	<i>ku: 0,50 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor</i>
E 9	12,00			12,00	
E 8	6,00			6,00	
E 7	4,00			5,00	
E 6	2,00			2,00	
E 5	3,00			4,00	
E 3	0,50			0,50	
Summe:	67,50			71,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 270; Neuorganisation Mai 2015
E 14							1,00		1,00	Finanzierung durch Kosteneinsparung bei WF 43 (Stelle wird zu 50% aus EU-Mitteln EFRE finanziert)
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13							-1,00		-1,00	Finanzierung durch Kosteneinsparung bei WF 43 (Stelle wird zu 50% aus EU-Mitteln EFRE finanziert)
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Interne organisatorische Maßnahme
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 9 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Interne organisatorische Maßnahme
E 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 10		1,00							1,00	Zur Gegenfinanzierung wird die Stelle 14006102 nach freierwerden gestrichen
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 9 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10							1,00		1,00	Stellenneubewertung, Gegenfinanzierung durch Stellenstreichung 14005043
E 9			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 8		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme
E 7			-1,00						-1,00	Einsparung
E 5			-1,00						-1,00	Einsparung
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	2,00	-3,00	2,00	-2,00	-3,00	1,00	0,00	-3,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	2,00	-3,00	2,00	-2,00	-2,50	0,00	0,00	-3,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 15	4) weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Landwirtschaftsdirektorin/ Landwirtschaftsdirektor
E 14	5) weggefallen	ku: 3,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat
E 10	10) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	1,00			2,00	
Summe:	1,00			2,00	
Summe (ohne *) insgesamt	104,00			111,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs mD			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-2,00	2,00	-3,00	3,50	-8,00	0,00	0,00	0,00	-7,50	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2017/2018

Wirtschaftsplan

**des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer
(§ 106 Abs.1 LHO)**

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
1	Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen
1.1	Entgelte und Honorare
111	Honorare/Entgelte Wasser
112	Honorare/Entgelte Verkehr
113	Honorare/Entgelte Bund
114	Honorare/Entgelte andere
1.2	Betriebsmittelerstattungen
121	Betriebsmittelerstattungen Wasser und Verkehr
122	Betriebsmittelerstattungen andere
123	Schadenersatzleistungen
2	Sonstige betriebliche Erträge
3	Materialaufwand
3.1	für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren
311	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
3.2	für bezogene Leistungen
321	für bezogene Leistungen, z.B. Unterhaltung, Instandsetzung
322	für bezogene Leistungen, z.B. Ingenieure, Gutachter
4	Personalaufwand
4.1	Bezüge und Entgelte
411	Beamtenbezüge
412	Beschäftigtenentgelte
4.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung
421	Versorgungsaufwendungen Beamte und Beschäftigte
422	Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Beschäftigte
423	Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen
424	Personalarückstellungen bis 2014 (Versorgung, Beihilfe)
5	Abschreibungen auf Anlagevermögen
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen
601	Personalbedingte Aufwendungen
602	Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung
603	Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb
604	Übrige sonstige Aufwendungen
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
9	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Anlage 2.1

Ist	vorl. Ist	Nachtrags- Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Tsd. EUR						
106.732	103.253	110.600	113.400	114.700	116.100	117.600
71.648	65.433	75.100	75.200	76.500	77.900	79.400
13.433	10.461	11.700	12.000	12.300	12.500	12.800
28.876	29.764	38.800	39.400	40.200	41.200	42.200
26.748	22.384	21.800	22.000	22.200	22.400	22.600
2.591	2.824	2.800	1.800	1.800	1.800	1.800
35.084	37.820	35.500	38.200	38.200	38.200	38.200
29.763	32.675	30.500	32.800	32.800	32.800	32.800
4.014	3.989	3.500	4.000	4.000	4.000	4.000
1.307	1.156	1.500	1.400	1.400	1.400	1.400
3.238	5.239	2.148	4.789	4.089	4.119	4.115
60.403	59.967	64.200	63.350	64.100	64.850	65.600
1.147	942	1.200	1.100	1.100	1.100	1.100
1.147	942	1.200	1.100	1.100	1.100	1.100
59.256	59.025	63.000	62.250	63.000	63.750	64.500
34.649	36.401	35.000	36.500	36.500	36.500	36.500
24.607	22.624	28.000	25.750	26.500	27.250	28.000
38.213	36.485	37.800	42.640	43.330	44.010	44.730
28.660	29.041	29.990	32.290	32.830	33.360	33.930
6.831	6.839	7.270	7.400	7.510	7.620	7.740
21.829	22.202	22.720	24.890	25.320	25.740	26.190
9.553	7.444	7.810	10.350	10.500	10.650	10.800
3.755	2.410	2.960	4.687	4.757	4.828	4.902
4.020	4.143	4.320	4.517	4.588	4.657	4.724
778	891	530	1.146	1.155	1.165	1.174
1.000	0	0	0	0	0	0
315	325	578	923	1.037	1.097	1.163
9.427	10.068	8.500	9.764	8.930	8.930	8.930
525	687	590	985	955	955	955
3.165	3.158	3.140	3.473	3.453	3.453	3.453
2.520	2.701	2.790	3.015	3.015	3.015	3.015
3.217	3.522	1.980	2.291	1.507	1.507	1.507
347	54	30	0	0	0	0
114	73	10	20	20	20	20
1.845	1.628	1.690	1.492	1.372	1.312	1.272

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
10	Außerordentliche Erträge
11	Außerordentliche Aufwendungen
12	Außerordentliches Ergebnis
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
14	Sonstige Steuern
15	Abführungen an den Haushalt
16	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Anlage 2.1

Ist	vorl. Ist	Nachtrags- Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Tsd. EUR						
14.084	0	0	0	0	0	0
13.511	483	250	170	110	70	0
573	-483	-250	-170	-110	-70	0
7	5	12	2	2	2	2
9	9	20	12	12	12	12
1.098	1.098	1098	1.098	1.098	1.098	1.098
1.304	33	310	210	150	130	160

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Kapitalflussplan (aggregiert)	
Postenbezeichnung	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen (+/-)
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
7	Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)	
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
	davon Einzelmaßnahme "Schiff für die Unterhaltung von Gewässern- und Hochwasserschutz", (AiB: 2011 - 2014), Aktivierung in 2014
	davon Einzelmaßnahme "Soft- und Hardware für die Baumaßnahmenkoordination", Aktivierung 2016, ggf. erst als Gesamtmaßnahme 2017
	davon
	- Programm
	Immaterielle Vermögensgegenstände
	Container
	Technische Anlagen und Maschinen
	Schiffe, Fahrzeuge und Geräte
	Werkstatt-, Betriebs- und Geschäftsausstattung
	Anlagen im Bau Programm
12.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13.	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
14.	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
15.	Forderungen/Verbindlichkeiten aus Investitionen (FHH) (+/-)
16.	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)	
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	
17.	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z.B. Einlagen der FHH (+)
18.	Ablieferungen an die FHH, z.B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
	<i>davon enthaltene Ablieferung an die FHH</i>
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)	
Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	

Anlage 2.1

Ist 2014	vorl. Ist 2015	Nachtrags- Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Tsd. EUR						
1.304	33	310	210	150	130	160
315	324	578	923	1.037	1.097	1.163
-82	-86	-215	-1.037	-361	-355	-317
0	24	0	734	0	0	0
-15.630	-1.746	0	0	0	0	0
21.921	-3.719	1.000	0	0	0	0
-730	2.204	-3.533	-2.000	0	0	0
-573	483	250	170	110	70	0
0	0	0	0	0	0	0
6.525	-2.483	-1.610	-1.000	936	942	1.006
2	14	0	58	0	0	0
-766	-321	-1.820	-1.436	-778	-700	-700
-443	0	0	0	0	0	0
0	0	VE: -1.479	-1.190	-289	0	0
-324	-321	-630	-1.147	-778	-700	-700
0	-9	-20	-20	-20	-20	-20
0	0	0	0	0	0	0
-7	-17	0	0	0	0	0
-164	-107	-430	-207	-178	-200	-200
-153	-188	-180	-920	-580	-480	-480
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
441	0	1.190	289	0	0	0
-441	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
-764	-307	-630	-1.089	-778	-700	-700
5.761	-2.790	-2.240	-2.089	158	242	306
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
5.761	-2.790	-2.240	-2.089	158	242	306

Erläuterungen

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) übernimmt Beratungs-, Bauherrenkern-, Planungs-, Projektvorbereitungs- und Projektsteuerungsleistungen, Umsetzungsleistungen sowie Betriebs- und Unterhaltungsleistungen für Dienststellen der FHH, die für die Entwicklung und die Funktionsfähigkeit von Infrastrukturgütern, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wasserwirtschaft, zuständig sind.

Nach dem Organisationsmodell des LSBG werden die ministeriellen Funktionen und die Auftraggeberfunktionen eindeutig den Auftraggebern des LSBG als Bedarfsträger zugeordnet. Die auszuführenden Dienstleistungen sind in einer als Betrieb ausgerichteten, verselbstständigten Organisationseinheit zusammengefasst, deren Organisationsstruktur an das veränderliche Projektgeschäft angepasst ist und damit von der Struktur eines klassischen Amtes abweicht. So können neue Aufgaben oder auch kurzfristige Prioritätenänderungen flexibel umgesetzt werden. Dies konnte der LSBG u.a. bei der Umsetzung der großen IBA-/IGS-Projekte für den *Sprung über die Elbe* beweisen.

Durch die Organisationsform als Landesbetrieb ist der LSBG einerseits fest an die Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft gebunden, andererseits mit Kompetenzen ausgestattet, die es ihm ermöglichen, sich schnell und flexibel auf neue Aufgaben und geänderte Rahmenbedingungen einzustellen. Auch muss der LSBG als hochspezialisierter Betrieb mit knappen Ressourcen geeignete, eigene IT-Systeme nutzen, wie eine Projektsteuerungssoftware und eine sehr ausgeprägte Kosten- und Leistungsrechnung, um Projekte sowohl wirtschaftlich als auch fachtechnisch sinnvoll zu steuern. Diese, zum Teil speziell auf die Ingenieurbranche zugeschnittenen IT-Systeme stehen im SAP-Mandanten der FHH nicht zur Verfügung.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer wird auf der Grundlage von Aufträgen (Kontrakten) tätig und erhält für die erbrachten Leistungen Honorare im Ingenieurbereich, Entgelte im betrieblichen Bereich sowie Betriebsmittelerstattungen für z.B. bezogene Unterhaltungs- und Reparaturleistungen. Die Auftraggeber der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) veranschlagen die Honorare, Entgelte und Betriebsmittelerstattungen in den eigenen Einzelplänen. Auch für diese finanzwirtschaftliche Abbildung ist die Organisationsform als Landesbetrieb nach § 106 LHO am besten geeignet.

In seiner Organisationsform als Landesbetrieb entwickelt sich der LSBG kontinuierlich zu einem modernen Dienstleister weiter, der das Benchmarking mit anderen öffentlichen Unternehmen und privaten Ingenieurbüros suchen und bestehen kann.

Der Wirtschaftsplan orientiert sich an den im Haushalt zur Beauftragung zur Verfügung stehenden Entgelten und Honoraren und der derzeit vorausschaubaren Entwicklung der Kontrakte. Da die Planung der Auftraggeber zum Haushalt parallel läuft und sich auch unterjährige Veränderungen ergeben, können bei zusätzlichen Erträgen auch die erforderlichen notwendigen Aufwendungen veranlasst werden.

Im Einzelnen werden folgende Positionen erläutert:

Gewinn- und Verlustplanung

- 111 Geplant sind Honorare und Entgelte für Projekte und Aufgaben, die durch das Amt für Umweltschutz (Amt U) der Behörde für Umwelt und Energie im Bereich Gewässer und Hochwasserschutz beauftragt werden. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Honoraren um Leistungen im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzprogramm sowie bei den Entgelten um Leistungen der Unterhaltung von Gewässern, Schleusen, Schöpfwerken, Deichsielen, Sperrwerken und sonstigen Hochwasserschutzanlagen. Hinzu kommt die Betreuung von Gewässer- und Bodenverbänden.

Der geplante Rückgang gegenüber 2014 basiert auf den rückläufigen Haushaltsmittel-Ansätzen des Amtes U. Im Bereich der Unterhaltung von Gewässern und der Deichverteidigung geht der LSBG von einer konstanten Mittelbereitstellung durch das Amt U aus.

- 112 Geplant sind Honorare und Entgelte für Projekte und Aufgaben, die durch das Amt für Verkehr und Straßenwesen (Amt V) der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) in den Bereichen Stadtstraßen (einschl. Velorouten und Radwege), konstruktiver Ingenieurbau und sonstige Infrastruktureinrichtungen beauftragt werden. Neben Honoraren für Großprojekte wie dem Busbeschleunigungsprogramm oder größeren Einzelprojekten, die auch aus dem Programm für die Grundinstandsetzung von Straßen- und Brücken (z. B. dem Erhaltungsmanagement für Hamburgs Straßen (EMS-HH)) sowie Erschließungen resultieren, widmen sich verschiedene Aufträge der Instandsetzung oder Unterhaltung der Infrastrukturanlagen wie Straßen und Brücken und anderen konstruktiven Ingenieurbauwerken. Darüber hinaus sind Entgelte für die in der Zuständigkeit des LSBG beauftragten Leistungen des Betriebs der öffentlichen Beleuchtung und der Lichtsignalanlagen enthalten.

Die Zunahme ab 2015 ergibt sich insbesondere durch die insgesamt erhöhte Auftragslage zur Substanzerhaltung im Bereich der hamburgischen Infrastrukturanlagen und dem beauftragten Busbeschleunigungsprogramm. Diese sich auf einem hohen Niveau befindliche Auftragslage wird sich weiterhin kontinuierlich verbessern.

- 113 Geplant sind Honorare und Entgelte für Projekte und Aufgaben, die durch das Amt V als Auftragsverwaltung des Bundes im Bereich Bundesfernstraßen beauftragt werden. Bei den Honorarleistungen handelt es sich um selbst durchgeführte, größere Bauvorhaben einschl. Lärmschutz, die Mitwirkung an großen Baumaßnahmen, die von der Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) durchgeführt werden, sowie um Instandsetzungsprojekte aus dem Erhaltungsprogramm für Straßen und Brücken an Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Brücken sowie der Verkehrsleiteinrichtungen. Die betrieblichen Aufgaben werden durch die Autobahnmeistereien und den Elbtunnelbetrieb wahrgenommen und über den Haushalt anteilig vom Bund finanziert.

Der Rückgang gegenüber 2014 ergibt sich insbesondere durch den Rückgang von Honoraren bei Projekten, die zukünftig von der DEGES bearbeitet werden.

- 114 Honorare und Entgelte von Dritten werden insbesondere für Leistungen gegenüber anderen Dienststellen der FHH (z.B. Bezirksämter) und Dritten abgerechnet.

Durch die hohe Auftragsdichte der beiden Hauptauftraggeber, dem Amt V und dem Amt U, sind unverändert nur geringe Kapazitäten verfügbar, um Aufträge von Dritten zu bearbeiten. Daher stagniert das Auftragsvolumen auf niedrigem Niveau.

- 121 Geplant sind Erstattungen der Ämter U und V für Betriebsmittel. Bei den Maßnahmen des Amtes U handelt es sich um Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie den Betrieb von Schleusen, Schöpfwerken, Deichsielen und Sperrwerken und an Gewässern. Die Maßnahmen des Amtes V betreffen Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Brücken und Tunneln, an Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, der Lichtsignalsteuerung einschließlich Verkehrsrechner sowie Arbeiten an Parkuhren, Parkscheinautomaten, Fahrtreppen und Aufzügen.

Die Veranschlagung orientiert sich an den bestehenden Kontrakten sowie den leicht steigenden Mittelbedarfen zur Erhaltung der hamburgischen Infrastruktur.

- 122 Geplant sind Erstattungen von Betriebsmitteln. In der Planung ab 2017 sind überwiegend Erstattungen durch Aufträge Dritter für Arbeiten an Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen vorgesehen.

- 123 Geplant sind Erträge aus Schadenersatzleistungen Dritter durch Beschädigungen am Infrastrukturvermögen der öffentlichen Beleuchtungen oder Lichtsignalanlagen. Die Schadenersatzleistungen decken nur einen Teil des Aufwandes für die Schadenbeseitigung, da nicht alle Schädiger bekannt oder zu ermitteln sind.

- 2 Die sonstigen Erträge sind ein Sammelposten für betriebliche Erträge, die außerhalb der Umsatzerlöse erzielt werden. Ab 2017 stellt der Ausgleich der durch die höheren Versorgungszuschläge entstehenden Lasten einen wesentlichen Teil der sonstigen Erträge dar (siehe auch Pos. 421/423). Weitere wesentliche Posten sind der strukturelle Zuschuss zu den Mehrkosten aus der Basisabrechnung von

Dataport, die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse, Skontoerträge und die Erstattungen von Verwaltungsgemeinkosten. Zusätzlich werden hier die Erträge aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen, die gegebenenfalls für unfertige Projekte gebildet werden, nachgewiesen.

Erträge aus: (in TEUR)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgleich Versorgungslasten	0	0	0	2.276	2.310	2.345	2.381	2.416
IT-Zuschuss	252	708	708	708	708	708	708	708
Auflösung Sonderposten Investitionszuschüsse	82	86	215	361	361	355	317	158
Auflösung Sonderposten Schiff „Alster“	0	0	0	676	0	0	0	0
Erträge aus Anlagenabgängen	2	14	0	58	0	0	0	0
Auflösung Drohverlustrückstellung (Platzhalter)	701	1.428	300	400	400	400	400	400
Sonstige	2.201	3.003	925	310	310	311	309	310
Summe	3.238	5.239	2.148	4.789	4.089	4.119	4.115	3.992

Im Rahmen der Optimierung des Flottenkonzeptes der FHH werden zum 01.01.2017 insgesamt fünf Schiffe an die Hamburg Port Authority (HPA) übergeben. Vier dieser Schiffe weisen keine Restbuchwerte mehr auf. Das fünfte Schiff, die „Alster“, wurde in 2014 aktiviert und über einen Investitionszuschuss des Amtes U finanziert. Der Investitionszuschuss von 676 TEUR wird per 01.01.2017 aufgelöst und das Schiff nach Zahlung von 58 TEUR mit einem Restbuchwert von 734 TEUR ergebnisneutral an HPA übergeben.

- 311 Geplant sind Aufwendungen für Strom, Karten und drucktechnische Leistungen sowie kleinere Materialbedarfe im Rahmen der Unterhaltung und Instandsetzung.
- 321 Die Aufwendungen für bezogene Leistungen im Rahmen von betrieblichen Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben enthalten neben den Aufgaben aus der Beauftragung der Ämter U und V auch Aufwand für die Beseitigung von Schäden an öffentlicher Beleuchtung und Lichtsignalanlagen.

Zum Zeitpunkt des Nachtragswirtschaftsplans 2016 waren die erhöhten Mittelbedarfe für Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten noch nicht erkennbar und wurden daher nicht eingeplant.

- 322 Geplant sind Aufwendungen für Honorarleistungen von Ingenieuren und Sachverständigen aus der Abwicklung von investiven Bauprojekten, aber auch bezogene Ingenieurleistungen für betriebliche Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben wie Brückenprüfungen und Brückeninstandsetzungen.

Durch die verstärkte Ausrichtung des LSBG auf kleinere Projekte ist insgesamt eine geringfügige Absenkung der Vergabequote zu verzeichnen. Ausgehend vom Ergebnis 2015 ist daher für die Jahre ab 2017 von einer geringeren Steigerung auszugehen. Im Planwert 2016 ist noch eine höhere Vergabe angenommen.

- 411/412 Geplant sind Beamtenbezüge und Beschäftigtenentgelte unter Berücksichtigung der Stellenausstattung einschließlich temporär eingerichteter Stellen für zeitlich befristete Projektmitarbeiter. Die Ansätze enthalten neben den beschlossenen tariflichen Änderungen eine prognostizierte Tarifierhöhung in Höhe von 1,5 % p.a.. Durch den Verbrauch der Rückstellungen für Alterszeit verändern sich die Personalaufwendungen nur geringfügig. Dem Verbrauch der Rückstellungen für Altersteilzeit steht eine Abnahme bei den Forderungen aus der Gewährleistungszusage der Finanzbehörde gegenüber (siehe Erläuterung zu Pos. 10/11/12).

- 421/423/424 Die Finanzierung der Beamtenversorgung, der Zusatzversorgung für Beschäftigte und der Beihilfeverpflichtungen wurde mit Wirkung vom 31.12.2014 bzw. 01.01.2015 neu geregelt. Landesbetriebe müssen für die Jahre 2015 und 2016 Zuschlagssätze für die Versorgung von 32 % auf Bezüge und von 3 % auf Entgelte entrichten. Ab 2017 wurden die Sätze auf 47,5% auf Bezüge und 8% auf Entgelte angehoben. Die Mehraufwendungen durch die gestiegenen Zuschlagssätze werden von der BWVI erstattet und sind in der Pos. 2 enthalten.

Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen wurden zum 31.12.2014 aufgelöst. Seit 2015 entfällt die Verpflichtung, Rückstellungen für Pensionen und Beihilfe zu bilden.

- 422 Geplant ist der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für Beschäftigte unter Berücksichtigung der Stellenausstattung, der entsprechend der zunehmenden Beschäftigtenentgelte ansteigt.
- 423 Geplant ist ab 2017 der Aufwand, der vom LSBG für seine aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tragen ist. Darüber hinaus ist in dieser Position der Anteil der Beihilfezuschläge für die Beamten berücksichtigt.
- 5 Die Abschreibungen ergeben sich durch das bestehende und geplante Anlagevermögen des LSBG. Darüber hinaus steigen die Abschreibungen durch die erhöhten IT-Investitionen.

Durch die neu geplante Investition der „Soft- und Hardware für die Baumaßnahmenkoordination“ erhöhen sich die Abschreibungen ab 2017. Den erhöhten Abschreibungen aus der Baumaßnahmenkoordination stehen entsprechende Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenüber.

- 601 Geplant sind verschiedene personalbezogene Aufwendungen wie Reisekosten, Fahrgelder und Kilometervergütungen sowie Aus- und Fortbildungskosten.
- 602 Für die Gebäude im Sachsenfeld bzw. Sachsenkamp, am Friedrich-Ebert-Damm, in der Notkestraße und der Tunnelbetriebszentrale sowie der Autobahnmeistereien werden Mieten, Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartung und Instandhaltungskosten geplant. Darüber hinaus werden Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung von Schiffen, Fahrzeugen und Geräten geplant.
- 603 Geplant werden Aufwendungen für die IT, die insbesondere an Dataport zu entrichten sind, und den allgemeinen Geschäftsbetrieb, wie Büromaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Porto und Frachtkosten, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Bücher, Zeitschriften und sonstigen Geschäftsbedarf.

Durch die Anpassungsprogrammierung der Software zur Baumaßnahmenkoordination BK/Win steigen die IT-Aufwendungen einmalig um 200 Tsd. Euro in 2017 an. Den erhöhten IT-Aufwendungen stehen entsprechende Zuschüsse gegenüber.

- 604 Geplant sind Verwaltungsgemeinkosten für Leistungen der BWVI und Erstattungen an hamburgische Dienststellen, wie dem Zentrum für Personaldienste, dem Personalärztlichen Dienst oder der Kasse.Hamburg. Darüber hinaus sind verschiedene sonstige Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb berücksichtigt wie Rechts- und Beratungskosten, Abschluss- und Prüfungskosten oder Erstattungen von Personalkosten der zum LSBG abgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Außerdem werden Rückstellungen für die spätere Gewährleistungsüberwachung gebildet. Die Abrechnung dieser LSBG-Leistungen erfolgt mit der (Teil-)Schlussrechnung des Projektes, während die entsprechenden Leistungen am Ende des Gewährleistungszeitraumes der Baumaßnahme erbracht werden. Für diesen Honoraranteil werden Rückstellungen gebildet. Auch werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, da die teilweise pauschalen Honorarsätze des LSBG nicht immer kostendeckend sind. Insgesamt ergibt sich durch die Honorare unverändert eine Kostendeckung.

Die Ergebnisse werden durch die Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen beeinflusst, die sich aus dem Honorarschema ergeben und die ab 2017 mit 400 TEUR geplant werden. Den planmäßigen Verlusten stehen entsprechende Gewinne aus anderen Projekten gegenüber, die mit der (Teil-)Schlussrechnung realisiert werden. In 2017 sind außerdem durch die ergebnisneutrale Übertragung des Schiffes „Alster“ an die HPA Verluste aus dem Abgang in Höhe des Restbuchwertes von 734 TEUR enthalten.

- 7/8 Zinserträge ergeben sich aus der Abzinsung von Rückstellungen. Aufwendungen aus Zinsen resultieren im Wesentlichen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.
- 10/11/12 In diesen Positionen sind derzeit nur die Veränderungen der Forderungen gegenüber der Finanzbehörde aus der Gewährleistungszusage dargestellt. Hierbei handelt es sich um Ausgleichspositionen für verschiedene Rückstellungen im Personalbereich, die nach HGB zu bilden sind.

Bis 2014 waren in diesen Positionen Ausgleiche für Pensions- und Beihilferückstellungen sowie Rückstellungen für Altersteilzeit enthalten. Die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen wurden in 2014 an das zuständige Sondervermögen der Finanzbehörde übertragen. Entsprechend wurden die wertgleichen Forderungen gegenüber der Finanzbehörde aufgelöst. Die außerordentlichen Erträge von 14.084 TEUR setzten sich in 2014 aus

- der Auflösung der bis zum 31.12. 2013 gebildeten Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen von 12.877 TEUR,
- der Auflösung der in 2014 zugeführten Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen von 1.200 TEUR sowie
- der Aktivierung von Forderungen gegenüber der Finanzbehörde im Zusammenhang mit Altersteilzeitzusagen von 7 TEUR zusammen.

Die außerordentlichen Aufwendungen von 13.511 TEUR ergaben sich aus den Auflösungen der Gewährleistungszusagen

- für Pensionen und Beihilfen von 12.877 TEUR
- für Altersteilzeitrückstellungen von 527 TEUR und
- für Sabbatjahre von 107 TEUR.

Ab 2015 ist nur noch eine auslaufende Gewährleistungszusage der Finanzbehörde für Altersteilzeitrückstellungen geplant. Die zugehörigen Veränderungen der Altersteilzeitrückstellungen werden unter der Position 412 ausgewiesen (siehe auch die Erläuterungen zu Pos. 411/412 und 421/423/424).

- 13 Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag basieren auf den prognostizierten Ergebnissen für den Betrieb gewerblicher Art.
- 14 Geplant ist der Bedarf für Kraftfahrzeugsteuern.
- 15 Die Abführung an den Haushalt beträgt seit 2011 jährlich 1.098 Tsd. Euro p.a. als Konsolidierungsbeitrag des LSBG.

Kapitalflussplan

Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit

- 1 Das Periodenergebnis entspricht dem Jahresergebnis nach Position 16 des Gewinn- und Verlustplans.
- 5/6 Die Ergebnisse in 2014 sind im Wesentlichen durch die Auflösung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen und der Auflösung der entsprechenden Forderung gegenüber der Finanzbehörde beeinflusst. Dieser Einmaleffekt entfällt in den Folgejahren.
- 7 Die geplante Abnahme sonstiger Passiva resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen durch bedarfsgerechtere Gestaltung der Zahlungspläne in den Kontrakten.
- 8 In dieser Position werden die zahlungsunwirksamen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen aus veränderten Forderungen aus der Gewährleistungszusage der Finanzbehörde nachgewiesen.

Kapitalfluss aus Investitionen

Veranschlagt sind Neu- und Ersatzbeschaffungen beim Anlagevermögen. Die Ansätze ab 2017 spiegeln den Bedarf für das Anlagenvermögen des LSBG wider.

Im Nachtragswirtschaftsplan 2015/16 wurde als Einzelmaßnahme die Beschaffung der Soft- und Hardware für die Baumaßnahmenkoordinierung in Höhe von 1.479 Tsd. Euro eingestellt, für deren Erwerb der LSBG in 2015 ermächtigt wurde.

Die Software soll georeferenziert die gegenseitigen Beeinflussungen von Baumaßnahmen visualisieren. Experten sowie Entscheidungsträger sollen in die Lage versetzt werden, Optimierungspotentiale bereits in einer frühen Planungsphase sicher zu erkennen. Die sich hieraus ergebenden Veränderungen hinsichtlich z.B. der Zusammenlegung von Maßnahmen oder der zeitlichen Verschiebung von einzelnen Maßnahmen können in einem verkehrlich optimierten Bauprogramm eingebracht werden. Um die notwendigen Kooperationsprozesse zu unterstützen, werden innovative und nutzerorientierte Umsetzungsansätze genutzt, die im Wesentlichen auf vorhandene Datenbestände und Fachanwendungen zurückgreifen. Die technische Machbarkeit wurde durch eine Prototypentwicklung verifiziert. Die Kostenansätze sind das Ergebnis eines Ausschreibungsverfahrens.

Ziel der Investition ist es, die durch Baumaßnahmen verursachten Behinderungen im Verkehrsfluss zu verringern.

- Als voraussichtliche Gesamtkosten ergeben sich 1.479 Tsd. Euro brutto.
- Die Abschreibungsraten betragen 296 Tsd. Euro bei einer Nutzungsdauer von fünf Jahren.
- Die jährlichen Folgekosten betragen inkl. des jährlichen Systemservices 14 Tsd. Euro brutto sowie 29 Tsd. Euro brutto für geplante Anpassungsprogrammierungen.

Die Finanzierung der Einzelmaßnahme erfolgt durch einen Investitionszuschuss des Amtes V, der in gleicher Höhe zu den Investitionsausgaben geplant wird (Pos. 14).

Erläuterung des Investitionsprogramms/der Investitionsprogramme:

- Immaterielle Vermögensgegenstände werden insbesondere für den Erwerb von Lizenzen geplant.
- Baucontainer: Ein Erwerb von Baucontainern ist nicht geplant, daher ist hier eine Leerposition ausgewiesen.
- Technische Anlagen und Maschinen: Zurzeit sind keine Beschaffungen geplant, daher ist hier eine Leerposition ausgewiesen.
- Schiffe, Fahrzeuge und Geräte: Fahrzeuge werden regelhaft durch den LSBG selbst finanziert. Das durch einen Investitionszuschuss finanzierte Schiff „Alster“, das in 2014 aktiviert wurde, wird zusammen mit dem korrespondierenden Investitionszuschuss an HPA übergeben.

Da der Arbeitsschute „BT 20“, Baujahr 1950, die Hafenzulassung entzogen wurde und eine wirtschaftliche Reparatur aufgrund des schlechten Zustandes des Rumpfes einschließlich der Verbände (Bodenwrangen und Spanten) verworfen werden musste, ist der Ersatz der Arbeitsschute bzw. der Erwerb eines Arbeitspontons für voraussichtlich 200 Tsd. Euro für 2016 geplant, für deren Erwerb der LSBG in 2015 ermächtigt wurde.

Ab 2017 sind im wesentlichen Ersatzbeschaffungen für abgängige Fahrzeuge geplant.

- Werkstatt-, Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. geringwertiger Wirtschaftsgüter: Die Planung erfolgt auf Basis des aktuellen Anlagenbestandes und unter Berücksichtigung der Nutzungsdauer und Abschreibungen.

Der Anstieg ab 2017 resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Investitionsbedarfen im Bereich der IT-Ausstattung. Moderne Verwaltungsarbeitsplätze sehen eine zunehmende Digitalisierung der Arbeitsabläufe vor. Darüber hinaus steigt das Informationsbedürfnis in allen Bereichen. Steigende Arbeitsmengen und dafür fehlendes Personal erfordern eine Kompensation durch die Automatisierung von Arbeitsabläufen. Dies lässt sich nur mit zusätzlichen und auch leistungsfähigeren IT-Systemen beherrschen. Ab 2017 sind jährlich Standardbedarfe von 430 TEUR geplant. Darüber hinaus ist in 2017 für die Deichverteidigung die Anschaffung eines neuen Softwareprogramms für 100 TEUR geplant, mit dem die Deichverteidigung besser und effizienter organisiert werden kann. Außerdem ist für

100 TEUR der Erwerb einer Datenbankanwendung für das Erhaltungsmanagement Straßen beabsichtigt, mit dem die Zustandserfassung von Straßen unterstützt wird. 80 TEUR sind für ein Personalinformationssystem vorgesehen, mit dem langfristige Personalentwicklungsmaßnahmen geplant und abgebildet werden können.

- Anlagen im Bau: Zum Zeitpunkt der Planung sind keine weiteren neuen Vorhaben geplant.

I. Stellenbestand

kw 2017/18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
					25,00	Anzahl der kw-Stellen
					100,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	125,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2017/18			Vermerk Nr.	2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Anzahl			
Beamtinnen/ Beamte						
Planstellen						
B 6	1,00				1,00	
B 3	2,00				2,00	
A 16	8,00	1,00	1)	8,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018	
A 15	17,00	2,00	2)	17,00	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018	
		2,00	3)		kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
A 14	29,00	2,00	4)	25,00	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
		2,00	5)		kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018	
		1,00	6)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2018	
		4,00	79)		kw: 4,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der BAB A 7	
A 13	25,00	1,00	7)	20,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018	
		1,00	8)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2018	
		1,00	9)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
		2,00	75)		kw: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Programms Erhaltungsmanagement Straßen	
		1,00	76)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms	
		1,00	78)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der BAB A 7	
A 13	10,00			9,00		
A 12	30,00	2,00	74)	25,00	kw: 2,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat nach Beendigung des Programms Erhaltungsmanagement Straßen	
		2,00	77)		kw: 2,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms	
A 11	25,50			25,50		
A 10	12,00	1,00	10)	11,00	ku: 1,00 BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor nach EntgGr. E 10	
		1,00	70)		ku: 1,00 BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor nach BesGr. E 10	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14		4,00							4,00	Projektstelle Großbaumaßnahmen an der A 7
A 13		2,00							2,00	Projektstelle Erhaltungsmanagement Straßen
A 13		1,00							1,00	Projektstelle Brückeninstandsetzungsprogramm
A 13		1,00							1,00	Projektstelle Großbaumaßnahmen an der A 7
A 13							1,00		1,00	Neubewertung der Stelle
A 13					1,00		-1,00		-1,00	Neubewertung der Stelle
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 269; Verlagerung der KOST zum LSBG
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 286; Aufgabenverlagerung Zentrale Vergabeaufsicht zum LSBG
A 12		2,00							2,00	Projektstelle Erhaltungsmanagement Straßen
A 12		2,00							2,00	Projektstelle Brückeninstandsetzungsprogramm
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 286; Aufgabenverlagerung Zentrale Vergabeaufsicht zum LSBG

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 12	74)	kw: 2,00 BesGr. A 12 Technische Amträtin/ Technischer Amtratsrat nach Beendigung des Programms Erhaltungsmanagement Straßen	
A 13	75)	kw: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Programms Erhaltungsmanagement Straßen	
A 13	76)	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms	
A 12	77)	kw: 2,00 BesGr. A 12 Technische Amträtin/ Technischer Amtratsrat nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms	
A 13	78)	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der BAB A 7	
A 14	79)	kw: 4,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der BAB A 7	

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	3,00			2,00	
A 9	2,00	1,00	69)	1,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 8	5,00	1,00	11)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 7	2,00	1,00	89)	1,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst nach EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle</i>
Summe:	171,50			153,50	

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (2,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (7,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (15,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (29,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (24,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (8,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (4,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (26,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,50), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (20,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (10,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (3,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst (1,00)
- A 8 Oberbrandmeisterin/ Oberbrandmeister (0,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)
- A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (1,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 12	1,00			0,00	
A 11	1,00			1,00	
Summe:	3,00			2,00	

- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)
- A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (1,00)
- A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
- A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	9,00			8,00	
Summe:	9,00			8,00	

- Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (9,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2017/ 18		Vermerk Nr.	2016 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 53 (1)	
A 13	0,00			1,00	Nr. 5	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
A 12	1,00			0,00	Nr. 5	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	3,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		12,00		3,00					15,00	
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 277; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	12,00	0,00	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	14,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	0,00	0,00	4,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	12,00	0,00	3,00	-1,00	4,00	0,00	0,00	18,00	
Nachwuchs gD		1,00							1,00	Duales Studium
Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	4,00			3,00	
E 14	25,00	1,00	12)	23,00	kw: 1,00 EntgGr. E 14 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
		1,00	13)		kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes Brückenbauwerk K 20
		1,00	14)		kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Projekte Autobahnkreuz 26 und Stader Straße
		1,00	15)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		3,00	16)		kw: 3,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
		1,00	17)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	18)		Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs
		1,00	88)		kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7
		1,00	96)		kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der BAB A 7
		1,00	105)		kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Brückeinstandsetzungsprogramms
E 13	53,00	3,00	19)	38,00	kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15							1,00		1,00	Neubewertung der Stelle
E 14		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 14	-1,00								-1,00	Projektstelle Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen
E 14	-1,00								-1,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 14	-1,00								-1,00	Projektstelle 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 14		2,00							2,00	Projektstelle 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 14	-1,00								-1,00	Projektstelle 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 14		2,00							2,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 14							-1,00		-1,00	Neubewertung der Stelle
E 14		1,00							1,00	Projektstelle Großbaumaßnahmen an der BAB A 7
E 14		1,00							1,00	Projektstelle Brückeninstandsetzungsprogramm
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle 6-streifiger Ausbau BAB A 1
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle Deckel A 7
E 13		1,00							1,00	Projektstelle ReWaM
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Innovative Projekte der Verkehrssteuerung
E 13		1,00							1,00	Projektstelle 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 13		2,00							2,00	Projektstelle Bahnübergänge Wandsbek
E 13		1,00							1,00	Trainee-Programm
E 13		1,00							1,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Großbaumaßnahmen an der A 7

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 14	15)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen
E 14	16)	kw: 3,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
E 14	17)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 14	88)	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7	
E 14	96)	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der BAB A 7	
E 14	105)	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Brückeinstanzungsprogramms	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		1,00	20)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	21)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie</i>
		1,00	22)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	23)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der A 7</i>
		2,00	24)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 6/8-streifiger Ausbau der A 7</i>
		1,00	25)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Nachtragsmanagement im Hochwasserschutz</i>
		1,00	26)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Brücke Hannoversche Straße</i>
		3,00	27)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona</i>
		4,00	28)		<i>kw: 4,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	29)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Projekte Bahnübergänge Wandsbek und Brückenbauwerk K 20</i>
		1,00	30)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Schöpfwerk Vier- und Marschlande</i>
		1,00	73)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Regionales Wasserressourcen-Management</i>
		1,00	81)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Innovativen Projekte der Verkehrssteuerung</i>
		1,00	83)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Trainee-Programms</i>
		1,00	86)		<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
		2,00	87)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Forschungsprojektes StucK</i>
		1,00	93)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Bahnübergänge Wandsbek</i>
		1,00	94)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-6,00	15,00							9,00	
E 13		2,00							2,00	Projektstelle Forschungsprojekt Stuck
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 13		1,00							1,00	Projektstelle neues Bauprogramm HWS
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Brückeninstandsetzungsprogramm
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Brückeninstandsetzungsprogramm
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle Bahnübergänge Wandsbek
E 13		2,00							2,00	Projektstelle Mitte Altona
E 13		2,00							2,00	Projektstelle Planfeststellung im Hochwasserschutzbereich
E 13		1,00							1,00	Projektstelle EG-Hochwassermanagementrichtlinie
E 13			-1,00						-1,00	Einsparung zugunsten von Stellenänderungen (Verwendungsnachweis)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 13	20) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1
E 13	21) kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie
E 13	22) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Deckel A 7
E 13	23) kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der A 7	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 50. Jahrestag der Sturmflutkatastrophe von 1962
E 13	24) kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 6/8-streifiger Ausbau der A 7	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 13	27) kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona
E 13	28) kw: 4,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
E 13	73) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Regionales Wasserressourcen-Management	
E 13	81) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Innovativen Projekte der Verkehrssteuerung	
E 13	83) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Trainee-Programms	
E 13	86) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
E 13	87) kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Forschungsprojektes Stuck	
E 13	93) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Bahnübergänge Wandsbek	
E 13	94) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		2,00	100)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Planfeststellungsverfahrens im Hochwasserschutzbereich</i>
		2,00	104)		
E 13	1,00	1,00	98)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 12	82,00	3,00	31)	78,00	<i>kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00	32)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach EntgGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	33)		<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-7,00	26,00	-1,00						18,00	
E 13		1,00							1,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Grundinstandsetzungsmanagement der Lichtsignalanlagen
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Instandsetzungsprogramm und Sofortmaßnahmen von Brücken
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Untersuchungsprogramm Brücken
E 12								-1,00	-1,00	Neubewertung der Stelle
E 12	-2,00								-2,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Großbaumaßnahmen an der A 7
E 12		2,00							2,00	Projektstelle Untersuchungsprogramm zur Nachrechnung und Ertüchtigung von Brücken
E 12		2,00							2,00	Projektstelle Brückeninstandsetzungsprogramm
E 12	-1,00								-1,00	Projektstelle Kampfmittelräumung
E 12	-1,00								-1,00	Projektstelle Mitte Altona
E 12		2,00							2,00	Projektstelle Verkehrsflussverbesserung
E 12	-1,00								-1,00	Projektstelle Untersuchungsprogramm an Spannbetonbrücken
E 12	-1,00								-1,00	Projektstelle Busbeschleunigung

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 12	33)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung Kampfmittelräumung
E 13	98)	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
E 13	100)	kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms	
E 13	104)	kw: 2,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Planfeststellungsverfahrens im Hochwasserschutzbereich	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12		1,00	34)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	35)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts SIP Winter</i>
		4,00	36)		<i>kw: 4,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	37)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Fußgängerbrücke S-Bahn Poppenbüttel</i>
		1,00	38)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona</i>
		1,00	39)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Grundinstandsetzung Scharbeutzer Straße</i>
		2,00	40)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Instandsetzungsprogramm und Sofortmaßnahmen von Brücken</i>
		1,00	41)		<i>Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs</i>
		1,00	42)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Sanierungsprogramms für den Erhalt der ÖB in Hamburg</i>
		1,00	71)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Aufgaben im Rahmen des Grundinstandsetzungsmanagements der Lichtsignalanlagen</i>
		3,00	72)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Untersuchungsprogramms zur Nachrechnung und Ertüchtigung von Brücken</i>
		1,00	85)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der A 7</i>
		2,00	90)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms</i>
		2,00	101)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Verkehrsflussverbesserung</i>
E 11	50,50	2,00	43)	51,50	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-13,00	38,00	-1,00					-1,00	23,00	
E 11		3,00							3,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 11								1,00	1,00	1,00; Neubewertung der Stelle
E 11							1,00		1,00	1,00; Stellenhebung
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle für zusätzlich anfallende Vergabeverfahren
E 11	-2,00								-2,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle Hochwasserschutz Binnenhafen / Schaartor
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Erhaltungsmanagement Bundesfernstraßen
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle Grundinstandsetzung und Neubau von Holzbrücken
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Radwegeprogramm
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle Nachrüstprogramm Elbtunnel
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Brückeninstandsetzungsprogramm
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Ausbauprogramm für den Hochwasserschutz
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle Deckensanierung SIP Winter

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 12	34) weggefallen	
E 12	36) kw: 4,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	kw: 6,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
E 12	38) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona	kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona
E 12	40) kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Instandsetzungsprogramm und Sofortmaßnahmen von Brücken	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Instandsetzungsprogramm und Sofortmaßnahmen von Brücken
E 11	43) kw: 2,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
E 12	71) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Aufgaben im Rahmen des Grundinstandsetzungsmanagements der Lichtsignalanlagen	
E 12	72) kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Untersuchungsprogramms zur Nachrechnung und Ertüchtigung von Brücken	
E 12	85) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Großbaumaßnahmen an der A 7	
E 12	90) kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms	
E 12	101) kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Verkehrsflussverbesserung	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11		1,00	44)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	45)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Sonderuntersuchungen an Brücken
		1,00	46)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	47)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Instandsetzung Wallringtunnel und Deichtortunnel
		1,00	48)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlichen Maßnahmen an LSA und Anlagen der ÖB
		4,00	49)		kw: 4,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
		1,00	50)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	51)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Nachrüstprogramm Elbtunnel und 6/8-streifiger Ausbau der A 7
		1,00	52)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	53)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	54)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	55)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Lärmschutz A 25 und Brücke Glinder Au
		1,00	84)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Instandsetzungsprojekte im Rahmen des Erhaltungsmanagement Bundesfernstraßen
		1,00	95)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Radwegeprogramms
		1,00	97)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms
		1,00	102)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Verkehrsflussverbesserung
E 10	23,00	4,00	56)	19,00	kw: 4,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Trainee-Programms

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-20,00	45,00	-1,00				1,00		25,00	
E 11			-3,00						-3,00	Einsparung zugunsten von Stellenveränderungen (Verwendungsnachweis)
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Verkehrsflussverbesserung
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle 6-streifiger Ausbau BAB A 1
E 10							1,00		1,00	Neubewertung der Stelle
E 10						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 10		2,00							2,00	Trainee-Programm
E 10	-1,00						-1,00		-1,00	Stellenhebung
E 10									-1,00	Projektstelle Großraum- und Schwertransportmanagement
E 10	-1,00								-1,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 10		2,00							2,00	Projektstelle Brückeninstandsetzungsprogramm
E 10		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 10		1,00							1,00	Projektstelle Grundinstandsetzungsprogramm
E 10		1,00							1,00	Lichtsignalanlagen
E 10									1,00	Projektstelle Verkehrsflussverbesserung

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 11	44)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1
E 11	46)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Grundinstandsetzung und Neubau von Holzbrücken
E 11	49)	kw: 4,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	kw: 3,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
E 11	50)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlich anfallenden Vergabeverfahren
E 11	52)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Hochwasserschutz Binnenhafen / Schaartor
E 11	53)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Deckensanierung SIP Winter
E 11	54)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Nachrüstprogramm Elbtunnel
E 10	56)	kw: 4,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Trainee-Programms	kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Trainee-Programms
E 11	84)	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Instandsetzungsprojekte im Rahmen des Erhaltungsmanagement Bundesfernstraßen	
E 11	95)	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Radwegeprogramms	
E 11	97)	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms	
E 11	102)	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Verkehrsflussverbesserung	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10		1,00 1,00 1,00 1,00 1,00 2,00 2,00 1,00 1,00	57) 58) 59) 60) 61) 62) 91) 92) 103)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der zusätzlichen Brückenerhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen</i> <i>Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Realisierung der Veloroute 7</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projekts Untersuchungsprogramm an Spannbetonbrücken</i> <i>kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Großraum- und Schwertransportmanagement (GST)</i> <i>kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Grundinstandsetzungsprogramms Lichtsignalanlagen</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Verkehrsflussverbesserung</i>
E 9	6,00			7,00	
E 9	63,00	5,00	63)	56,00	<i>kw: 5,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i> <i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00 1,00	64) 65)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen</i>
E 8	25,00	1,00 1,00	66) 99)	25,00	<i>Vermerk weggefallen</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung des Projektes EG-Hochwassermanagementrichtlinir</i>
E 7	9,00			10,00	
E 6	109,00	1,00 1,00	67) 68)	112,00	<i>Vermerk weggefallen</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz</i>
E 5	8,00			10,00	
E 3	1,00			1,00	
E 2 ü	1,00			1,00	
Richtl. eD	0,04			0,04	
Summe:	460,54			434,54	
Summe (ohne *) insgesamt	632,04			588,04	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-23,00	53,00	-4,00			-1,00	1,00		26,00	
E 9		4,00							4,00	Neue Stelle Tunnelbetriebstechniker
E 9	-1,00								-1,00	Projektstelle für zusätzliche Bauwerksprüfungen an Spannbetonbrücken
E 8		1,00							1,00	Projektstelle
E 8		1,00							1,00	EG-Hochwassermanagementrichtlinie
E 8			-1,00						-1,00	Stelle für betriebswirtschaftliche Aufgaben
E 6	-1,00								-1,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 5				1,00					1,00	Projektstelle
									1,00	EG-Hochwassermanagementrichtlinie
									1,00	Verlagerung von Kapitel 286; Aufgabenverlagerung Zentrale Vergabeaufsicht zum LSBG
Summe Arbeitnehmer	-25,00	59,00	-5,00	1,00	0,00	-1,00	1,00	0,00	30,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	-1,00	0,00	-4,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-25,00	59,00	-5,00	1,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	26,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-25,00	71,00	-5,00	4,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	44,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 10	57) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
E 10	62) kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Großraum- und Schwertransportmanagement (GST)	kw: 3,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Großraum- und Schwertransportmanagement (GST)
E 10	91) kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Brückeninstandsetzungsprogramms	
E 10	92) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Grundinstandsetzungsprogramms Lichtsignalanlagen	
E 10	103) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Verkehrsflussverbesserung	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2017/2018

Wirtschaftsplan

**des Landesbetriebes Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen
(§ 106 Abs.1 LHO)**

Landesbetrieb Großmarkt, Obst, Gemüse und Blumen

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
1	Umsatzerlöse
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3	andere aktivierte Eigenleistungen
4	sonstige betriebliche Erträge
5	Materialaufwand:
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen
6	Personalaufwand:
a)	Löhne und Gehälter
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung
7	Abschreibungen:
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
8	sonstige betriebliche Aufwendungen
9	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen
11	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen
14	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
15	außerordentliche Erträge
16	außerordentliche Aufwendungen
17	außerordentliches Ergebnis
18	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
19	sonstige Steuern
20	Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag.

Anlage 2.2

Ist	Vorläufig Ist	Plan lfd. Haushaltsjahr	Plan	Plan	Plan	Plan
2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Tsd. EUR						
13.156	12.251	13.651	13.441	13.775	14.267	14.643
593	729	166	182	187	190	197
11	5	10	10	10	10	10
1.593	1.434	1.701	1.743	1.787	1.832	1.877
948	399	704	563	577	591	606
956	954	1.270	1.349	1.461	1.547	1.657
11.321	11.412	12.830	12.320	10.172	9.377	9.426
93		48	43	38	33	31
36	32	25	25	25	25	25
-1.023	-1.255	-2.674	-2.344	-32	1.108	1.270
3.629	26	10	255	261	267	273
2.473	5	50	50	50	50	50
133	21	-40	205	211	217	223
543	543	544	544	544	544	544
-410	-1.777	-3.258	-2.683	-365	781	949

Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

Kapitalflussplan (aggregiert)	
Postenbezeichnung	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)	
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
	davon
	- Grundstücke und Gebäude
	- Maschinen und technische Anlagen
	- Fahrzeuge
	- Betriebs u. Geschäftsausttg.
	- Anlagen in Bau
	- Erneuerung Zugangssystem
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
	- Software ERP
	- Software CAFM
Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)	
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit	
(Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)	
Kapitalfluss III	
(Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	

Anlage 2.2

Ist	Vorläufig Ist	Plan lfd. Haushaltsja hr	Plan	Plan	Plan	Plan
2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Tsd. EUR						
-410	-1.777	-3.258	-2.683	-365	781	949
956	954	1.270	1.349	1.461	1.547	1.657
0	0					
-15	-16	-17	-18	-19	-20	-21
531	-839	-2.005	-1.352	1.077	2.308	2.585
-550	-550	-730	-1.600	-2.650	-1.750	-2.225
		-230	-600	-1.800	-1.000	-1.000
-200	-200	-250	-900	-750	-650	-1.125
-150	-150	-150	-100	-100	-100	-100
-200	-200	-100				
-130	-130		-20	-20	-50	-50
-130	-130					
-680	-680	-730	-1.619	-2.670	-1.800	-2.276
-149	-1.519	-2.735	-2.972	-1.593	508	309
0	0	0	0	0	0	-300
-149	-1.519	-2.735	-2.972	-1.593	508	9

Begründung:

Im Wirtschaftsplan ist zu begründen, warum es sinnvoll ist, die Aufgabe des Landesbetriebs in der Organisationsform eines Landesbetriebs wahrzunehmen.

Betriebszweck des LB Großmarkt ist die Stärkung der Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen der Obst-, Gemüse- und Blumenbranche sowie der heimischen Erzeuger. Hierfür sollen geeignete Vermarktungseinrichtungen an einem zentralen Standort zu vertretbaren Kosten für die Marktnutzer vorgehalten werden. Diese sollen ohne Belastung des Hamburgischen Haushalts nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der politischen Rahmen- und Zielvorgaben der Behördenleitung betrieben werden. Die Bevölkerung Hamburgs und der Region soll ganzjährig mit Frischeprodukten aus der gesamten Welt in dem gewohnten Qualitätsstandard versorgt werden. Der Hamburger Großmarkt soll als einer der wenigen „tatsächlichen“ Märkte in Deutschland erhalten werden, auf dem wegen seiner Sortimentsvielfalt und seiner zentralen Lage ein breites Marktgeschehen stattfindet und der dadurch für alle am Handel beteiligten Firmen die unverzichtbare Funktion eines Preisbarometers erfüllt. Wegen der Zweckmäßigkeit einer größeren Flexibilität bei einer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung u. a. mit einer kaufmännischen Buchführung wurde zur Erreichung des o. a. Betriebszweckes die Organisationsform als Landesbetrieb gewählt. Die zuständige Behörde hat im Auftrag des Senats im Jahr 2009 die Rechtsform des Großmarktes geprüft. Die als mögliche Alternativen geprüften Rechtsformen „Anstalt des öffentlichen Rechts“ und „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ sind jedoch entweder unwirtschaftlich, steuerlich ungünstig und/oder personalwirtschaftlich problematisch bzw. beihilferechtlich zumindest bedenklich. Die Aufrechterhaltung der Rechtsform als Landesbetrieb ist deshalb die wirtschaftlichste Variante.

Erläuterungen Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse 2017 sinken gegenüber dem Plan 2016 aufgrund rückläufiger Einnahmen aus der Lieferung von Strom. Grund hierfür ist der deutlich gesunkene Stromverbrauch. Bereinigt um diese Komponente steigen die Einnahmen durch eine erhöhte Auslastung und liegen ab 2018 auch absolut über dem Planwert 2016.

Sonstige betriebliche Erträge

Erträge in Abhängigkeit von z.B. unterjährig auf dem Großmarktgelände außerhalb der Marktzeiten durchgeführten Veranstaltungen.

Personalaufwand

Der Personalbestand beträgt aktuell 38 Mitarbeiter. Bekannte Personalveränderungen und entsprechende Besoldungserhöhungen und Tarifentwicklungen wurden berücksichtigt.

Abschreibungen

Die Berechnungen ergeben sich durch Zugänge und die entsprechenden Abschreibungsvorausberechnungen. Die Abschreibungen erfolgen linear gemäß den amtlichen AfA-Tabellen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die regelmäßig anfallenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus Verbrauchskosten (Strom, Gas, Wasser) sowie den Kosten für die Bewirtschaftung und Instandhaltung der Gebäude und Grundstücke und den Kosten für die Instandhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Darüber hinaus wird bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen der jährlich anfallende Sanierungsaufwand ausgewiesen. Für die Jahre 2017 und 2018 sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Fortsetzung Sanierung Rampenniederfahrten in das Untergeschoss (UG) der Großmarkthalle

Die Zufahrten für LKW zum UG der Großmarkthalle (Auslastung über 80%) erfolgen über vier Rampenniederfahrten. Die Nutzung des UG ist für die ansässigen Unternehmen logistisch wesentlich (Lager- und Kühlräume, Kommissionierungsflächen). Die Rampenwände sind biegesteif mit der Sohle verbunden. Die Belastung durch jahrzehntelangen LKW-Verkehr im Bereich der Rampenelemente führte zur Durchbiegung der Rampenwände, die sich zum Teil bereits leicht zur Fahrbahn neigen. Der Beton weist darüber hinaus an diversen Stellen bereits Rissbildungen aus, die teilweise durch die gesamten Bauteilquerschnitte verlaufen und auf Dauer die Tragfähigkeit der Bauteile schädigen. Die Sanierung der Rampenniederfahrten erfolgt mit der Herstellung einer

nachhaltigen Standfestigkeit unter Berücksichtigung aktueller baustatischer Erkenntnisse/Möglichkeiten. Zur Aufrechterhaltung der Marktabläufe können die Rampenniederfahrten nicht zeitgleich saniert werden.

Fortsetzung Sanierung der Beton-Unterzüge der Großmarkthalle

Die statisch relevanten Beton-Unterzüge der Großmarkthalle sind zum Teil stark Chlorid geschädigt und müssen saniert werden. Die Sanierung erfolgt unter Einsatz des kathodischen Korrosionsschutzes für eine möglichst zerstörungsarme Sanierung (kein Totalabbruch) sowie zur Vermeidung weiterer Korrosionsschäden in der Zukunft. Zur Aufrechterhaltung der Marktabläufe können die Unterzüge nur in Bauabschnitten saniert werden.

Sanierung der Zwischengeschosse (ZG) und E-Karrenkehren

Die Großmarkthalle ist vollständig unterkellert und verfügt zudem in den Randbereichen über ZG. Im UG befinden sich Lager- und Kühlräume der im Erdgeschoss (EG) tätigen Großmarkthändler, in den ZG die Ladestationen für Gabelstapler und E-Karren. ZG und UG können über vier E-Karrenkehren erreicht werden. Sowohl die ZG als auch die E-Karrenkehren weisen alters- und nutzungsbedingte Sanierungsbedarfe auf.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt sind die Besonderheiten durch das 27,3 ha große Großmarktgelände sowie die vorhandene Gebäudestruktur im Eigentum des Landesbetriebes (u. a. die denkmalgeschützte, voll unterkellerte Großmarkthalle mit 40.000 m² Grundfläche) zu berücksichtigen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen resultieren aus der Aufzinsung von im Voraus gezahlten Mieten.

Der Landesbetrieb verfügt über eine ausreichende Liquidität, um die negativen Jahresergebnisse ohne zusätzliche Zinsbelastung über das Eigenkapital auszugleichen.

Erläuterungen Kapitalflussplan

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen

2017:

Erneuerung Südfassade der Großmarkthalle	600.000,00 €
Erneuerung GM-Hallentore	750.000,00 €
Errichtung neuer Ladestationen	150.000,00 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	100.000,00 €
IT-Systeme	20.000,00 €

2018:

Erneuerung Südfassade der Großmarkthalle	1.000.000,00 €
Erneuerung GM-Hallentore	750.000,00 €
Erneuerung Dach Umschlaghalle West I	800.000,00 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	100.000,00 €
IT-Systeme	20.000,00 €

Die Ansätze für Investitionen im Plan für die Jahre 2019 - 2021 basieren zunächst auf dem Durchschnittswert aus den Vorjahren und der aktuellen Bauplanung. Die Festlegungen erfolgen unter Berücksichtigung der entsprechenden Erforderlichkeiten mit dem jeweiligen Wirtschaftsplan.

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	1,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 11	1,00			1,00	
A 10	1,00			1,00	
A 9	3,00			3,00	
Summe:	7,00			7,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (3,00)

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12	2,00			2,00	
E 11	1,00			0,00	
E 10	0,00			0,00	
E 9	4,00			5,00	
E 9	1,00	1,00	1)	1,00	ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär
E 8	9,00			9,00	
E 7	2,00			2,00	
E 6	8,00	1,00	2)	9,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 5	2,00			2,00	
E 4	3,00			4,00	
Summe:	32,00			34,00	
Summe (ohne *) insgesamt	39,00			41,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 11							1,00		1,00	Stellenneubewertung, Gegenfinanzierung durch Stellenstreichung 14005183
E 10							1,00		1,00	Stellenneubewertung vom 25.11.15, Gegenfinanzierung durch Stellenstreichung 14005183
E 10							-1,00		-1,00	Stellenneubewertung, Gegenfinanzierung durch Stellenstreichung 14005183
E 6	-1,00								-1,00	gem. Art. 11 Nr. 24 Haushaltsbeschluss
E 4			-1,00						-1,00	Ausscheiden Mitarbeiter
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	-1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	-1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	

Übersicht über die Erträge und Aufwendungen der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die von der FHH ganz oder zum Teil unterhalten werden und der Stellen außerhalb der Verwaltung, die von der FHH Förderungen zur Deckung der gesamten Aufwendungen oder eines nicht abgegrenzten Teils der Aufwendungen erhalten (Nr. 2 VV zu § 26 Absatz 2 LHO)

Hamburg Convention Bureau GmbH (HCB)

Produktgruppe - Nummer: 268.02 - Bezeichnung: Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourism.	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	276	504	539	540	540
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	2.613	2.510	3.350	1.100	1.100
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	373	172	275	275	275
Summe Erträge	3.262	3.186	4.164	1.915	1.915
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	780	965	1.067	1.093	1.120
Abschreibungen	10	30	20	20	20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	0	0	0
Übrige Aufwendungen	2.470	2.191	3.077	802	775
Summe Aufwendungen	3.262	3.187	4.164	1.915	1.915
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-1	0	0	0

Hamburg Marketing GmbH (HMG)

Produktgruppe - Nummer: 268.02 - Bezeichnung: Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourism.	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	51	48	70	70	70
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	7.579	5.125	4.188	3.106	3.106
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge *	3.225	3.288	3.278	3.207	3.253
Summe Erträge	10.855	8.462	7.536	6.383	6.429
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	2.958	3.313	3.845	3.694	3.768
Abschreibungen	453	174	101	50	50
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	6	0	0
Übrige Aufwendungen	7.444	4.974	3.584	2.639	2.611
Summe Aufwendungen	10.855	8.462	7.536	6.383	6.429
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten:

Übrige Erträge *

darin enthalten:

Zuschüsse Landkreise	173,3	190,0	190,0	190,0	190,0
Zuschüsse Handelskammer	240,0	240,0	240,0	240,0	240,0
Summe	413,3	430,0	430,0	430,0	430,0

Hamburg Tourismus GmbH (HHT)

Produktgruppe - Nummer: 268.02 - Bezeichnung: Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourism.	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	43.814	43.911	47.051	47.992	48.952
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	4.642	4.855	5.022	2.252	2.252
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	1.514	1.523	1.162	1.200	1.200
Summe Erträge	49.971	50.289	53.235	51.444	52.404
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	3.887	3.995	4.101	3.703	3.777
Abschreibungen	267	79	75	75	75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen *	217	150	221	226	230
Übrige Aufwendungen	10.910	10.783	11.258	8.938	9.050
Einstandskosten**	34.689	35.283	37.580	38.502	39.272
Summe Aufwendungen	49.971	50.289	53.235	51.444	52.404
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten:

Zinsen und ähnliche Aufwendungen *
hier ist das Finanzergebnis abgebildet, enthält auch die Position Gewerbesteuer

Einstandskosten**
hier werden die Materialkosten für den Umsatz abgebildet

AKN Eisenbahn AG (Güterverkehr)

Produktgruppe - Nummer: 269.01 - Bezeichnung: Überg. Verkehrsang., -entwickl., Mobilität	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan
	2014	2015	2016	2017	2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	502	719	497	498	499
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	374	566	1.021	817	720
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	437	287	123	9	8
Summe Erträge	1.313	1.572	1.641	1.324	1.227
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	504	412	414	424	443
Abschreibungen	92	135	169	183	179
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	34	38	38	34
Übrige Aufwendungen	698	991	1.020	679	571
Summe Aufwendungen	1.313	1.572	1.641	1.324	1.227
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten: Es ist der hamburgische Anteil dargestellt.

AKN Eisenbahn AG (Personenverkehr)

Produktgruppe - Nummer: 269.01 - Bezeichnung: Überg. Verkehrsang., -entwickl., Mobilität	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan
	2014	2015	2016	2017	2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	2.004	2.207	2.347	2.407	2.464
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	3.117	3.840	4.150	4.060	4.253
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	1.095	639	134	33	31
Summe Erträge	6.216	6.686	6.631	6.500	6.748
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	2.106	2.877	2.545	2.344	2.532
Abschreibungen	809	1.025	1.310	1.358	1.402
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	810	442	637	605	565
Übrige Aufwendungen	2.491	2.342	2.139	2.193	2.249
Summe Aufwendungen	6.216	6.686	6.631	6.500	6.748
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten: Es ist der hamburgische Anteil dargestellt.

Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV)

Produktgruppe - Nummer: 269.01 - Bezeichnung: Überg. Verkehrsang., -entwickl., Mobilität	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	4.691	5.401	6.244	7.632	6.797
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH*	5.046	5.603	6.201	6.354	6.495
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge*	855	950	1.052	1.078	1.101
Summe Erträge	10.592	11.954	13.497	15.064	14.393
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	4.884	5.281	5.937	6.137	6.282
Abschreibungen	217	258	380	435	440
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	164	170	200	203	206
Übrige Aufwendungen	5.327	6.245	6.980	8.289	7.465
Summe Aufwendungen	10.592	11.954	13.497	15.064	14.393
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten: * incl. Mwst.

Cluster Life Science Nord

Produktgruppe - Nummer: 270.02 - Bezeichnung: Innovation, Technologie, Cluster	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	191	138	205	214	214
Mitgliedsbeiträge, Spenden	77	77	78	82	82
Zuwendungen der FHH	469	469	469	409	449
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	519	570	741	1.703	1.654
Summe Erträge	1.256	1.254	1.493	2.408	2.399
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	535	560	638	858	821
Abschreibungen	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Übrige Aufwendungen	721	649	855	1.550	1.578
Summe Aufwendungen	1.256	1.209	1.493	2.408	2.399
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	45	0	0	0

Cluster Erneuerbare Energien

Produktgruppe - Nummer: 270.02 - Bezeichnung: Innovation, Technologie, Cluster	Ist 2014	Plan* 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	110	190	80	80	100
Mitgliedsbeiträge, Spenden	161	168	168	185	186
Zuwendungen der FHH	575	669	600	600	600
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	17	0	0	0	0
Summe Erträge	863	1.027	848	865	886
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	354	420	385	396	407
Abschreibungen	18	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Übrige Aufwendungen	491	607	463	469	479
Summe Aufwendungen	863	1.027	848	865	886
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten: *Jahresabschluss 2015 liegt noch nicht vor, deshalb nur Planzahlen

Luftfahrtcluster/Hamburg Aviation

Produktgruppe - Nummer: 270.02 - Bezeichnung: Innovation, Technologie, Cluster	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	26	60	55	55	55
Mitgliedsbeiträge, Spenden	21	23	30	30	30
Zuwendungen der FHH	623	795	898	898	898
Zuwendungen des Bundes	272	87	378	378	378
Übrige Erträge	19	7	7	7	7
Summe Erträge	961	972	1.368	1.368	1.368
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	542	597	702	702	702
Abschreibungen	5	5	6	6	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Übrige Aufwendungen	414	370	660	660	660
Summe Aufwendungen	961	972	1.368	1.368	1.368
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Hamburg Centre of Aviation Training Lab (HCAT+) e.V.

Produktgruppe - Nummer: 270.03 - Bezeichnung: Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistungen	Ist 2014	Plan* 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	0	0	0	0	0
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	2	2	2	2
Zuwendungen der FHH	0	169	201	201	201
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	0	5	8	8	8
Summe Erträge	0	176	211	211	211
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	0	75	120	120	120
Abschreibungen	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Übrige Aufwendungen	0	101	91	91	91
Summe Aufwendungen	0	176	211	211	211
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten: Die Förderung wurde von der Bürgerschaft mit der Drucksache 20/13528 für drei Jahre beschlossen und im Mai 2015 begonnen. Da es sich um einen neu gegründeten Verein handelt und Planungen für 2017 und 2018 erst im Laufe des Jahres 2016 aufgenommen werden, wurden die Planwerte von 2016 fortgeschrieben.

* Die IST-Werte für 2015 liegen erst nach Prüfung des Verwendungsnachweises vor.

Hamburg Port Authority

Produktgruppe	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan
- Nummer: 270.05	2014	2015	2016	2017	2018
- Bezeichnung: Hafen	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	176.203	181.499	179.747	184.082	189.551
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	51.698	123.708	99.490	173.970	139.959
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	53.169	49.486	49.988	47.722	46.063
Summe Erträge	281.070	354.693	329.225	405.774	375.573
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	108.924	111.510	112.746	114.122	116.905
Abschreibungen	47.525	47.422	46.407	47.334	47.971
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.988	29.514	27.504	26.744	33.721
Übrige Aufwendungen	207.463	220.540	175.332	251.481	245.003
Summe Aufwendungen	384.900	408.986	361.989	439.681	443.600
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-103.830	-54.293	-32.764	-33.907	-68.027

Besonderheiten :

Bis 2014 hat die HPA Kapitalzuführungen (sogenannte HHLA-Milliarde) erhalten, die auch zur Deckung des Jahresfehlbetrages verwendet wurde.

Die Zeilen "Zuwendungen der FHH" und "Übrige Aufwendungen" enthalten nur diejenigen Positionen aus der Gewinn- und Verlustrechnung der HPA, die, entsprechend den Vorgaben des HGB, Zuwendungen für verschiedene betriebliche Aufgaben sowie die aus dem Haushalt finanzierten Aufwandsanteile der verschiedenen HPA Projekte abbilden. Hier sind auch Mittel subsummiert, die der HPA im Wege der Kostenerstattung zugeführt werden.

Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung

Produktgruppe	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan
- Nummer: 271.02	2014	2015	2016	2017	2018
- Bezeichnung: Wirtschaftsförderung	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	225	665	503	500	500
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	2.837	3.200	3.256	3.337	3.421
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	331	512	331	330	330
Summe Erträge	3.393	4.377	4.090	4.167	4.251
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	1.487	1.917	1.904	1.916	1.929
Abschreibungen	26	71	25	25	25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Übrige Aufwendungen	1.854	2.380	2.161	2.226	2.297
Summe Aufwendungen	3.367	4.368	4.090	4.167	4.251
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	26	10	0	0	0

Besonderheiten: 2015 Ergebnis vor Wirtschaftsprüfer
--

Anlage 3.2

Liste der Empfangenden, die institutionelle Förderungen bis zu 100.000 Euro im Einzelfall zur Deckung der gesamten Aufwendungen oder eines nicht abgegrenzten Teils der Aufwendungen erhalten (Nr. 3 VV zu § 26 Absatz 2 LHO)

Produktgruppe Nummer und Bezeichnung	Empfangende	Finanzierungsart	Höhe der Förderung			
			Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
270.03- Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistung	Initiative Naturwissenschaft und Technik NaT gGmbH	Festbetragsfinanzierung	45	45	45	45
270.03- Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistung	DHI - Deutsches Handwerksinstitut e.V.	Fehlbedarfsfinanzierung	15	14	15	15
271.03- Agrarwirtschaft	Landwirtschaftskammer Niedersachsen	Festbetragsfinanzierung	44	44	55	55
271.03- Agrarwirtschaft	Landesjagd- und Naturschutzverband Freie und Hansestadt Hamburg e.V.	Festbetragsfinanzierung	55	55	55	55

Erfolgsplan

Flughafen Hamburg GmbH

FHG

(mit der Flughafen Hamburg Konsortial- und Service GmbH & Co. oHG besteht ein Beherrschungs- und ein Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2015 TEUR	Erfolgsplan GJ 2016 TEUR	Vorschau GJ 2017 TEUR	Vorschau GJ 2018 TEUR
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Verkehrsabhängige Erlöse	206.298	210.818	217.912	226.012
1.2 Nicht verkehrsabhängige Erlöse	81.779	81.333	86.480	90.338
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	3.048	2.500	4.000	4.000
Summe der Erträge	291.125	294.651	308.392	320.350
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand	121.349	119.732	132.045	132.886
2.1.1 Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	5.396	7.251	7.084	7.329
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	115.953	112.481	124.961	125.557
2.2 Personalaufwand	49.583	47.164	50.976	52.180
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	42.091	41.670	44.166	45.049
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	7.492	5.494	6.810	7.131
2.3 Abschreibungen	30.518	35.482	37.142	39.642
2.4 Mieten und Pachten	13.571	14.834	14.191	14.246
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.752	16.470	20.867	20.880
Summe der Aufwendungen	233.773	233.682	255.221	259.834
3. Beteiligungsergebnis	1.029	1.210	967	1.000
4. Zinsergebnis (inkl. Aufzinsung Pensionsrückstellungen BilMoG)	-9.263	-13.640	-11.368	-13.545
5. Außerordentliches Ergebnis	-704	-704	-704	-704
6. Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag (Vorjahre)	8			
7. Sonstige Steuern	-2.417	-2.453	-2.481	-2.544
8. Unternehmensergebnis	46.004	45.381	39.585	44.723
9. HGV-Anteil an der Gewinnabführung ¹⁾	11.095	10.889	9.613	12.467

¹⁾ Unter Berücksichtigung u.a. dem operativen Ergebnis, Zinsen auf Gesellschafterdarlehen und dem Gewerbesteueraufwand der FHK. (Grundsätzlich würde die HGV 51% des FHG Ergebnisses erhalten. Dieses wird jedoch vollständig an die FHK abgeführt)

Anlage 4.1

FHG

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Die FHG Mittelfristplanung gem. Ansatz aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 (Stand: Nov. 2013) sieht für das Jahr 2016 eine Passagiermenge i.H.v. 15,6 Mio. Passagiere vor, die damit im Vergleich zum Jahr 2015 nahezu unverändert ist. Bei den verkehrsbezogenen Erlösen ist ein Anstieg um 4,5 Mio. EUR (2,2%) auf 210,8 Mio. EUR geplant. Grund dafür ist im Wesentlichen eine Zunahme der regulierten Entgelte, da der Erlös je Passagier voraussichtlich steigt. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die nicht verkehrsabhängigen Erlöse (insb. die Einnahmen aus Einzelhandel, Gastronomie und Werbung) und die Summe der betrieblichen Aufwendungen (233,7 Mio. EUR) auf Vorjahresniveau bleiben. Während sich die Abschreibungen und die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhen, ist bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen, beim Personalaufwand (insbesondere Altersversorgung) sowie bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein Rückgang geplant. Die Mieten und Pachten (2.4) erhöhen sich, da für die Erbbauzinsen eine Steigerung um jeweils 10 % vorgesehen ist, sobald die vertragsgemäßen Schwellenwerte der Preissteigerungsraten i. H. v. ebenfalls 10 % überschritten werden, was im Jahr 2016 erwartet wird. Saldiert erwartet die FHG ein Ergebnis (8.) i. H. v. 45,4 Mio. EUR und damit um -0,6 Mio. EUR (1,4 %) leicht unter dem Ergebnis 2015.

Es wird auf das **Risiko** einer möglichen Senkung der Regulierten Entgelte hingewiesen, da sich externe Einflussgrößen der Kostenbasis verschlechtern könnten. Außerdem besteht das Risiko, dass die Investitionen und die Instandhaltungsaufwendungen höher ausfallen könnten, als in der vorliegenden Vorschau unterstellt.

Da sich Planungsannahmen geändert haben, gibt es Abweichungen zwischen der Mittelfristplanung gem. Ansatz aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 (Stand: Nov. 2013) im Vergleich zur aktuellen Planung (Stand: Nov. 2015).

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2017 (haushaltswirksam 2017) gegenüber 2016
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Die aktuelle mittelfristige Vorschau der FHG (Stand: Nov. 2015) sieht für das Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 ein Passagierwachstum um 5,0% auf 16,4 Mio. Passagiere vor. Bei den Umsatzerlösen wird ein Anstieg um 12,2 Mio. EUR (4,2%) auf 304,4 Mio. EUR erwartet. Die betrieblichen Aufwendungen erhöhen sich voraussichtlich um 21,5 Mio. EUR (9,2%) auf 255,2 Mio. EUR, im Wesentlichen bedingt durch steigende Aufwendungen für bezogene Leistungen, für Personal und sonstige betriebliche Aufwendungen. Vor diesem Hintergrund erwartet die FHG ein Ergebnis i.H.v. 39,6 Mio. EUR, das damit um 5,8 Mio. EUR (12,8%) unter dem geplanten Ergebnis 2016 liegt.

Es wird auf das **Risiko** einer möglichen Senkung der Regulierten Entgelte hingewiesen, da sich externe Einflussgrößen der Kostenbasis verschlechtern könnten. Außerdem besteht das Risiko, dass die Investitionen und die Instandhaltungsaufwendungen höher ausfallen könnten, als in der vorliegenden Vorschau unterstellt.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2018 (haushaltswirksam 2018) gegenüber 2017
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

Die aktuelle mittelfristige Vorschau der FHG (Stand: Nov. 2015) sieht für das Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 ein weiteres Passagierwachstum um 3,5 % auf 17,0 Mio. Passagiere vor. Die Umsatzerlöse erhöhen sich voraussichtlich um 12,0 Mio. EUR (3,9%) auf 316,4 Mio. EUR, während die Summe der betrieblichen Aufwendungen um 4,6 Mio. EUR (1,8%) auf 259,8 Mio. EUR steigt. Grund für den Anstieg der betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen höhere Aufwendungen für Abschreibungen, Personal sowie für bezogene Leistungen. Saldiert erwartet die FHG ein Ergebnis i. H. v. 44,7 Mio. EUR und damit um 5,1 Mio. EUR (13,0%) über dem geplanten Ergebnis 2017.

Es wird auf das **Risiko** einer möglichen Senkung der Regulierten Entgelte hingewiesen, da sich externe Einflussgrößen der Kostenbasis verschlechtern könnten. Außerdem besteht das Risiko, dass die Investitionen und die Instandhaltungsaufwendungen höher ausfallen könnten, als in der vorliegenden Vorschau unterstellt.

Erfolgsplan

HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH

HGL

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2015 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2016 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2017 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2018 Tsd. Euro
	1	2	3	4
1. Erträge				
1.1 Umsatzerlöse	2.487	2.468	2.251	2.251
1.2 Sonstige Umsatzerlöse				
1.3 Sonstige betriebliche Erträge				
Summe der Erträge	2.487	2.468	2.251	2.251
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand				
2.1.1 Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe				
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen				
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand				
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen				
2.3 Abschreibungen	953	953	942	930
2.4 Mieten und Pachten	639	639	639	639
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen *)	75	42	45	45
Summe der Aufwendungen	1.667	1.634	1.626	1.614
3. Beteiligungsergebnis				
4. Finanzergebnis	-481	-324	-156	-139
5. Sonstige Steuern	-110	-110	-110	-110
6. Ergebnisübernahme durch die HGV	229	400	359	388

Anlage 4.2

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus der Vermietung von Grundstücken und Gebäuden sowie baulichen Anlagen und einer Betriebsvorrichtung an die Airbus Operations GmbH. Die Mietverträge, welche ursprünglich eine Laufzeit bis Ende 2015 hatten, wurden im Jahr 2015 bis Mitte 2022 verlängert. Im Jahr 2015 erfolgte ebenfalls eine Verlängerung des Kreditvertrages, welcher der Finanzierung der Gebäude dient. In der Mittelfristplanung der HGL gem. Ansatz aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 (Stand: Nov. 2013) wurde angenommen, dass die Mietvertrags- und Darlehenskonditionen unverändert bleiben. Vor diesem Hintergrund plant die HGL für 2016 ein positives Jahresergebnis i. H. v. 400 TEUR, das durch die HGV vereinnahmt wird.

Da sich Planungsannahmen geändert haben, gibt es Abweichungen zwischen der Mittelfristplanung gem. Ansatz aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 (Stand: Nov. 2013) im Vergleich zur aktuellen Planung (Stand: Nov. 2015).

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2017 (haushaltswirksam 2017) gegenüber 2016
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Da sich die Darlehenskonditionen ab dem 01.01.16 verbessern, wird der Vorteil aus den geringeren Fremdfinanzierungskosten (Finanzergebnis -168 TEUR) über eine Verringerung des Mietzinses an Airbus weitergegeben. Gemäß der neuen mittelfristigen Vorschau (Stand: Nov. 2015) ist demzufolge ein Rückgang der Umsatzerlöse im Vergleich zum Plan 2016 um 217 TEUR geplant. Während sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lediglich leicht erhöhen, wird bei den Abschreibungen ein Rückgang erwartet. Insgesamt wird für 2017 ein Jahresüberschuss i.H.v. 359 TEUR erwartet, der durch die HGV vereinnahmt wird.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2018 (haushaltswirksam 2018) gegenüber 2017
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

Die Umsatzerlöse mit Airbus bleiben 2018 ggü. 2017 konstant. Unverändert bleiben auch die Abschreibungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die planmäßige Tilgung der bestehenden Darlehen ist ursächlich für das verbesserte Finanzergebnis. Die HGL erwartet für 2018 ein positives Ergebnis i.H.v. 388 TEUR, das durch die HGV vereinnahmt wird.

Erfolgsplan

Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HHA)

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

		Fortschreibung GJ 2015 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2016 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2017 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2018 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Verkehrseinnahmen	394.161	425.950	421.680	435.860
1.2	Miet- und Pachteinnahmen	14.714	15.230	15.260	15.420
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	97.348	95.640	90.290	91.230
	Summe der Erträge	506.223	536.820	527.230	542.510
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand	213.964	235.370	229.430	234.700
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	52.998	61.230	57.750	60.130
2.1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	160.966	174.140	171.680	174.570
2.2	Personalaufwand	222.358	234.550	244.650	248.000
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	217.944	226.060	235.030	238.060
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	4.414	8.490	9.620	9.940
2.3	Abschreibungen	65.071	74.280	72.560	83.930
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.908	40.370	37.020	37.070
	Summe der Aufwendungen	538.301	584.570	583.660	603.700
3.	Beteiligungsergebnis	12.939	10.090	10.330	11.390
4.	Finanzergebnis	-39.871	-22.440	-18.580	-19.880
5.	Außerordentliches Ergebnis	-898	-910	-900	-900
6.	Steuern	-399	-390	-420	-420
7.	Verlustübernahme durch die HGV	60.217	61.400	66.000	71.000
	Kostendeckungsgrad	89,62%	89,90%	89,09%	88,67%

Anlage 4.3

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber der Fortschreibung des Jahres 2015 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Hinweis: Für das Jahr 2015 wurden die Daten aus dem Jahresabschluss verwendet. Die ausgewiesenen Daten für das Jahr 2016 entstammen der Mittelfristigen Planung des Wirtschaftsplans 2014, der im Dezember 2013 durch den Aufsichtsrat genehmigt wurde. Für die Jahre 2017 und 2018 wurde die Mittelfristige Planung des aktuellen Wirtschaftsplan 2016 verwendet, der im Dezember 2015 genehmigt wurde. Eine Vergleichbarkeit der einzelnen Jahre untereinander ist aufgrund der unterschiedlichen Planungszeitpunkte nur bedingt möglich, da bei wesentlichen Planungsprämissen (Fahrgastzahlensteigerung, Leistungssteigerung, Energiekosten) aufgrund sich im Zeitablauf ergebender Entwicklungen differierende Annahmen getroffen wurden.

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Der Anstieg der Verkehrseinnahmen im Ansatz aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 für das Jahr 2016 gegenüber dem Istwert des Jahres 2015 resultiert im Wesentlichen aus einem geplanten Anteilssatz in Höhe von 49,97 % sowie aus einer Fahrgastzahlensteigerung in Höhe von 2 %. Dieser Ansatz wurde im aktuellen Wirtschaftsplan 2016 auf einen geplanten Anteilssatz in Höhe von 48,5 % sowie eine geplante Fahrgastzahlensteigerung von 1 % angepasst.	+ 31.789
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen ist man im Ansatz für den Doppelhaushalt 2015/2016 noch von einer höheren Fahrgastzahlensteigerung ausgegangen (s.o.), was im Vergleich zum Istwert 2015 zu erhöhten Kosten aufgrund der geplanten Leistungsausweitung im Bus- und U-Bahn-Bereich führt.	+ 13.174
2.2 Personalaufwand	
Der Anstieg der Aufwendungen resultiert aus einer geplanten Tarifierhöhung zum 01.01.2016. Des Weiteren sind die erhöhten Aufwendungen einerseits in einem höheren Mitarbeiterbestand und andererseits für diverse Personalrückstellungen begründet.	+ 12.192
2.3 Abschreibungen	
Höhere Abschreibungen resultieren v.a. aus den Projekten U-Bahn-Fahrzeuge DT5, Busbeschaffung, Stellwerk Barmbek sowie Oberbaumaßnahmen.	+ 9.209
4 Finanzergebnis	
Das verbesserte Finanzergebnis in 2016 ist maßgeblich auf einen geringeren Aufzinsungsaufwand bei den langfristigen Rückstellungen zurückzuführen sowie den Wegfall von Wertberichtigungen des Beteiligungswertes in 2015.	+ 17.341

Anlage 4.3

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2017 (haushaltswirksam 2017) gegenüber dem Jahr 2016
(Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Im Ansatz für den Doppelhaushalt 2015/2016 wurde noch eine Nachfragesteigerung von 2 % sowie ein Anteilssatz in Höhe von 49,97 % geplant. Für 2017 wurde im Rahmen der letztjährigen Planung ein Anteilssatz in Höhe von 48,5 % sowie eine Nachfragesteigerung in Höhe von +1,0 % unterstellt.	-4.270
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Steigende Beschaffungspreise für Diesel sowie ein erhöhter Verbrauch infolge der geplanten Leistungssteigerung führten in der Planung für den Doppelhaushalt 2015/2016 zu steigenden Energiekosten. In der aktuellen Planung wurden diese Annahmen an die aktuellen Gegebenheiten angepasst und führen zu einem Rückgang der Kosten.	-3.480
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Hervorgerufen durch die höher geplante Leistungssteigerung im Ansatz aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 ergeben sich reduzierte Kosten für Wartung und Instandsetzung der Busse sowie geringere Aufwendungen für Busfremdunternehmerleistungen.	-2.460
2.2 Personalaufwand	
Der Anstieg der Aufwendungen resultiert aus einer geplanten Tarifierhöhung. Des Weiteren sind die erhöhten Aufwendungen einerseits in einem höheren Mitarbeiterbestand und andererseits durch diverse Personalrückstellungen begründet.	+10.100
2.3 Abschreibungen	
Sinkende Abschreibungen ergeben sich insbesondere als Folge der verzögerten Beschaffung von U-Bahn Fahrzeugen des Typs DT5. Aus der geringer geplanten Nachfragesteigerung ergibt sich zudem eine niedrigere Anzahl von Busbeschaffungen.	-1.720

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2018 (haushaltswirksam 2018) gegenüber dem Jahr 2017
(Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

1.1 Verkehrseinnahmen	
Für das Jahr 2018 wird eine Tarifierhöhung von +3,0 % zum 01.01. des Jahres sowie eine Nachfragesteigerung von 1,0 % unterstellt. Im Vergleich zum Ansatz des HVV berücksichtigt die HOCHBAHN eine um 1,0 Prozentpunkt höhere Tarifierhöhung, um notwendige Aufwendungen für die Ausweitung des Leistungsangebots und den Ersatz und die Erweiterung der Infrastruktur finanzieren zu können.	+14.180
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Steigende Beschaffungspreise für Diesel und Strom sowie ein erhöhter Verbrauch infolge der geplanten Leistungssteigerungen im Bus- und U-Bahnverkehr führen zu steigenden Energiekosten.	+2.380
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Hervorgerufen durch die geplante Leistungssteigerung ergeben sich erhöhte Kosten für Wartung und Instandsetzung der Busse sowie steigende Aufwendungen für Busfremdunternehmerleistungen.	+2.890
2.2 Personalaufwand	
Aufgrund der geplanten Leistungssteigerung wird mit einem erhöhten Personalaufwand in den Betriebszweigen Bus und U-Bahn gerechnet. Des Weiteren wurde eine moderate Tarifierhöhung berücksichtigt.	+3.350
2.3 Abschreibungen	
Es werden steigende Abschreibungen insbesondere als Folge der Beschaffung von U-Bahn Fahrzeugen und Bussen mit konventionellen und alternativen Antriebstechnologien sowie aus der Durchführung von Großprojekten erwartet.	+11.370

Anlage 4.4

Erfolgsplan

P+R-Betriebsgesellschaft mbH

(mit der HGV besteht ein Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2015 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2016 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2017 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2018 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	2.651	3.014	3.124	3.373
1.2	Sonstige Umsatzerlöse	34	0	195	195
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	1.822	2.014	3.442	1.131
	Summe der Erträge	4.507	5.028	6.761	4.699
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand	3.207	4.343	5.655	3.698
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	299	396	347	354
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	2.908	3.947	5.308	3.344
2.2	Personalaufwand	381	231	554	565
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	381	231	554	565
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	0	0	0	0
2.3	Abschreibungen	141	437	327	406
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	526	190	349	357
	Summe der Aufwendungen	4.255	5.201	6.885	5.026
3.	Beteiligungsergebnis	252	-173	-124	-326
4.	Finanzergebnis	-3	-107	-65	-67
5.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	249	-280	-189	-393
6.	Steuern	-18	-20	-20	-20
7.	Ergebnisübernahme durch HGV	231	-300	-209	-413

Bedingt durch die Umsetzung des P+R- und B+R-Entwicklungskonzeptes wurde im Jahr 2015 ein neuer Wirtschaftsplan erstellt und im November 2015 vom Aufsichtsrat verabschiedet. Der neue Wirtschaftsplan berücksichtigt insbesondere die politische Vorgabe, dass ab 2016 alle Betriebskosten der B+R-Anlagen von der P+R-Betriebsgesellschaft mbH übernommen werden.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Hinweis:

Die Zahlen für 2016 sind dem Haushaltsplan 2015/16 entnommen, der 2014 aufgestellt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die Umsetzung des B+R-Entwicklungskonzeptes bei der P+R-Betriebsgesellschaft nicht absehbar und damit nicht berücksichtigt. Die Zahlen für 2015 sind dem Jahresabschluss 2015 entnommen und berücksichtigen daher schon B+R-Leistungen. Insofern sind beide Zahlenreihen nicht vergleichbar.

		<u>Tsd. Euro</u>
1.1	Umsatzerlöse Erhöhung der Erträge aus der Ausweitung der Entgeltspflicht ab Juni 2016, steigenden Mieteinnahmen sowie Parkplatzentgelten	+363
1.2	Sonstige Umsatzerlöse Reduzierung durch noch nicht aktivierte Eigenleistungen sowie aufgrund von nicht vollständig abgerechneten Eigenleistungen bei Grundinstandsetzungen	-34
1.3	Sonstige betriebliche Erträge Erhöhung durch Mittelbereitstellung für die Grundinstandsetzung zur Übernahme der bezirklichen P+R-Anlagen	+192
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Erhöhung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch geplante Übernahme der P+R-Anlagen Ochsenzoll und Poppenbüttel	+97
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen Erhöhung durch Ansatz höherer Kosten bei den Grundinstandsetzungsmaßnahmen	+1.039
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand Reduzierung durch nicht vollständigen Personalansatz im Jahr 2014 für das Jahr 2016 (noch ohne Berücksichtigung B+R)	-150
2.3	Abschreibung Erhöhung der Abschreibungskosten aufgrund neuer Automaten für die Ausweitung der Entgeltspflicht	+296
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen Reduzierung durch Umbuchung von Leistungen zur Entgeltspflicht in Ziffer 2.1.2	-336
4.	Finanzergebnis Erhöhung von Zinsen und ähnlichen Aufwendungen durch Ausweitung der Entgeltspflicht	-104

Anlage 4.4

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2017 (haushaltswirksam 2017) gegenüber 2016 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Hinweis:

Die Zahlen für 2016 sind dem Haushaltsplan 2015/16 entnommen, der 2014 aufgestellt wurde, und berücksichtigen nicht das neue Geschäftsfeld B+R. Die Zahlen für 2017 sind dem aktuellen Wirtschaftsplan 2015-2019 entnommen und berücksichtigen das neue Geschäftsfeld B+R.

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Erhöhung der Erträge aus der Ausweitung der Entgeltspflicht ab Januar 2017, steigenden Mieteinnahmen sowie Parkplatzentgelten	+110
1.2 Sonstige Umsatzerlöse	
Erhöhung der aktivierten Eigenleistungen und der Eigenleistungen bei Grundinstandsetzungen und sogenannten Vorlaufkosten	+195
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Erhöhung durch Mittelbereitstellung für die Grundinstandsetzung zur Übernahme der bezirklichen P+R-Anlagen	+1.428
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	
Erhöhung durch Ansatz höherer Kosten bei den Grundinstandsetzungsmaßnahmen sowie den steigenden Betriebskosten bei B+R	+1.361
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Erhöhung der Personalkosten durch Anpassung auf tatsächliche Mitarbeiteranzahl	+323
2.3 Abschreibung	
Reduzierung auf tatsächlich notwendige Anzahl von neuen Automaten für die Ausweitung der Entgeltspflicht	-110

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2018 (haushaltswirksam 2018) gegenüber 2017 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

1.1 Umsatzerlöse	
Erhöhung der Erträge aus der Ausweitung der Entgeltspflicht ab Januar 2018, steigenden Mieteinnahmen sowie Parkplatzentgelten	+249
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Reduzierung, da in 2018 vorerst nur 0,9 Mio. € für die Grundinstandsetzung (statt 3,2 Mio. € in 2017) angesetzt wurden (<i>Hinweis: die Übernahme der bezirklichen Anlagen wird in 2017 abgeschlossen</i>).	-2.311
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	
Reduzierung des Aufwandes, da rund 2 Mio. € für die Grundinstandsetzung gegenüber 2017 entfallen (<i>siehe auch Ziffer 1.3</i>), aber weiterhin steigenden Betriebskosten bei B+R	-1.964
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Erhöhung der Personalkosten um 2 %	+11
2.3 Abschreibung	
Erhöhung der Abschreibungskosten aufgrund neuer Automaten für die Ausweitung der Entgeltspflicht	+79

Erfolgsplan

Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH (VHH)

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis	Erfolgsplan	Vorschau	Vorschau
		GJ 2015	GJ 2016*	GJ 2017	GJ 2018
		Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
		1	2	3	4
		5			
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	104.939	102.433	105.910	108.086
1.2	Sonstige Umsatzerlöse	802	896	846	862
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	7.519	5.471	5.862	5.965
	Summe der Erträge	113.260	108.800	112.618	114.913
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand	28.655	35.461	31.797	32.886
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16.771	23.133	19.997	20.850
2.1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.884	12.328	11.800	12.036
2.2	Personalaufwand	68.377	70.229	73.572	74.989
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	66.173	68.269	71.212	72.582
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	2.204	1.960	2.360	2.407
2.3	Abschreibungen	13.057	18.397	15.001	15.301
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.610	10.712	11.096	11.317
	Summe der Aufwendungen	119.699	134.799	131.466	134.493
3.	Beteiligungsergebnis	214	128	130	130
4.	Finanzergebnis	-7.977	-5.540	-6.665	-6.731
5.	Außerordentliches Ergebnis				
6.	Verlustübernahme durch die HGV	-14.202	-31.411	-25.383	-26.182

Anlage 4.5

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2015 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1/1.2 Umsatzerlöse und Sonstige Umsatzerlöse In der Planung für 2016 wurde 2014 eine niedrigere Entwicklung der Umsatzerlöse angenommen. Außerdem wurde der Schienenersatzverkehr in der Planung ebenfalls eher konservativ berücksichtigt. Zusätzlich gab es eine Änderung im Abrechnungsverfahren für die Umlandlinien. Hier plante der VHH rd. 700 Tsd. Euro weniger Erlöse ein.	-2.412
1.3 Sonstige betriebliche Erträge Das Ergebnis 2015 ist durch Einmaleffekte bei den außerordentlichen Erträgen geprägt (Auflösungen von Rückstellungen). In der Planung 2016 konnten diese Effekte nicht unterstellt werden.	- 2.048
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Für die Planung 2016 wurde noch ein deutlich höherer Dieselpreis unterstellt, als in 2015 im Ist angefallen ist. Außerdem wurde zu diesem Zeitpunkt auch noch der Standort Neumünster voll in der Planung berücksichtigt.	+6.362
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen Bei den bezogenen Leistungen werden insbesondere Erhöhungen bei den Fremdleistungen geplant, die u.a. durch die geplanten Umbaumaßnahmen auf den Betriebshöfen zustande kommen.	+444
2.2 Personalaufwand In der angesetzten Planung 2016 wurde mit einer anderen Entwicklung der Tarifabschluss geplant. Somit wurde der hier abgebildete Anstieg erwartet. Der letzte Tarifvertrag wurde zum 30.09.2015 seitens der Arbeitnehmervertreter gekündigt. Die Verhandlungen wurden im November 2015 aufgenommen und konnten bis zum Planungsschluss nicht abgeschlossen werden. Im Rahmen der aktuellen Planung wurde eine Aufwandssteigerung von rd. 2,2% ab 01.01.2016 angenommen. Die Altersrückstellungen wurden auf Basis der Prognose des Versicherungsmathematikers kalkuliert.	+1.852
2.3 Abschreibungen Ein wesentlicher Faktor für den Anstieg der Abschreibungen 2016 gegenüber 2015 ist der Verkauf des Betriebshofes Neumünster. Diese Entwicklung konnte in der Planung 2016 noch nicht berücksichtigt werden, im Ist 2015 sind die Abschreibungen aber dementsprechend niedriger ausgefallen. Außerdem wurden in 2016 die geplanten Umbaumaßnahmen sowie die Fahrzeugbeschaffungen (Elektrobusse) berücksichtigt.	+5.340
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen in 2016 gegenüber dem Ist 2015 da mit einem Anstieg der Versicherungsprämie gerechnet wird. Außerdem wurden die sonstigen Dienstleistungen z.B. Beratungskosten sowie die Mietkosten für Bürocontainer durch die geplanten Umbaumaßnahmen angehoben. Durch erhöhten Schulungsbedarf (u.a. ITCS) der Abteilungen wurden die Positionen Weiterbildung und Reisekosten ebenfalls höher geplant.	+1.102
3. Beteiligungsergebnis In der Planung wurde aufgrund der Planung des Reiserings Hamburg ein geringeres Beteiligungsergebnis im Planungsjahr 2016 angesetzt.	-86
4. Finanzergebnis Das Finanzergebnis beinhaltet im Wesentlichen den Aufzinsungseffekt aus dem Rechnungszins für Pensionsrückstellungen.	+2.437

Anlage 4.5

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2017 (haushaltswirksam 2017) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2016 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1. Erträge	
In 2017 wird mit einem erwarteten Anstieg der Linieneinnahmen von rd. 2,6% p.a. und bei den anderen Verkehrseinnahmen von rd. 2,0% ausgegangen.	+3.818
2.1 Materialaufwand	
Für die hier abgebildete Planung 2016 wurde noch mit einem höheren Dieselpreis gerechnet. Im Ist hat sich der Dieselpreis deutlich nach unten entwickelt. Außerdem waren in der Planung 2016 auch noch die Kosten für den Standort Neumünster enthalten, der später verkauft wurde und in der Planung 2017 nicht mehr berücksichtigt wurde.	-3.664
2.2 Personalaufwand	
Es wird ein Lohntarifanstieg von rd. 3% p.a. erwartet. Zum Zeitpunkt der Planung waren die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen.	+3.343
2.3 Abschreibungen	
Durch den Verkauf des Betriebshofes Neumünster haben die Abschreibungen einen geringeren Stand als noch in 2014 angenommen. Aus diesem Grund sind die Abschreibung in der Planung für 2017 auf der Basis IST 2015 deutlich niedriger als im Plan 2016.	-3.396
3. Beteiligungsergebnis	
Das Beteiligungsergebnis bleibt auf Grund der Planung des Reiserings nahezu unverändert.	+2

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2018 (haushaltswirksam 2018) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2017 (Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

1. Erträge	
Der Anstieg der Linieneinnahmen wird mit rd. 2,0% p.a. angenommen. Bei den anderen Verkehrseinnahmen wurde ebenfalls eine Steigerung von rd. 2,0% angesetzt.	+2.295
2.1 Materialaufwand	
Für 2018 wurde ein Anstieg des Dieselpreises um 0,05 €/Liter angenommen. Zusätzlich wurde eine allgemeine Preissteigerung im Materialaufwand von 2% p.a. angesetzt.	+1.089
2.2 Personalaufwand	
Es wird ein Lohntarifanstieg von rd. 2% p.a. erwartet.	+1.417
2.3 Abschreibungen	
Anstieg der Abschreibungen als Folge der geplanten Investitionstätigkeit.	+300
3. Beteiligungsergebnis	
Das Beteiligungsergebnis bleibt auf Grund der Planung des Reiserings unverändert.	0

Anlage 4.6

Erfolgsplan

HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2015 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2016 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2017 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2018 Tsd. Euro
	1	2	3	4
1. Erträge				
1.1 Umsatzerlöse	9.963	8.904	9.678	9.937
1.2 Sonstige Umsatzerlöse	24	17	20	20
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	215	184	150	150
Summe der Erträge	10.202	9.105	9.848	10.107
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand	12.247	13.351	12.824	13.294
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.083	4.284	3.421	3.733
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	9.164	9.067	9.403	9.561
2.2 Personalaufwand	695	656	564	622
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	496	516	424	436
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	199	140	140	186
2.3 Abschreibungen	1.496	1.790	1.782	1.831
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.603	2.611	3.052	3.118
Summe der Aufwendungen	17.041	18.408	18.222	18.865
3. Beteiligungsergebnis	189	204	209	217
4. Finanzergebnis	-1.072	-948	-801	-778
5. Außerordentliches Ergebnis	-95	-	-	-
6. Verlustübernahme durch die HGV	7.817	10.047	8.966	9.319

Anlage 4.6

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2015 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

1.1	Umsatzerlöse	<u>Tsd. Euro</u>
	HVV-Nachzahlung für 2013 und 2014 in 2015, kein vergleichbarer Effekt in 2016. Weniger HVV-Zuscheidungen.	-1.059
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	
	Rückgang auf Normalniveau, nachdem 2015 höhere Erträge aufgrund zusätzlicher Schadenerstattungen für Vorjahre erzielt worden sind.	-31
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
	Höhere Treibstoffkosten durch einen höheren Dieselpreis. Gegenläufig wirken sich geringere Materialaufwendungen für Fahrzeuge aus.	+1.201
2.3	Abschreibungen	
	Höhere Abschreibungen durch Schiffsneubau.	+294

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2017 (haushaltswirksam 2017) gegenüber 2016 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

1.1	Umsatzerlöse	
	Höhere HVV-Zuscheidungen und höhere Touristikeinnahmen aufgrund von Fahrgaststeigerungen.	+774
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
	Niedrigere Treibstoffpreise durch einen geringeren Dieselpreis.	-863
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	
	Erhöhung durch die Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH, höhere Reparaturen und Instandhaltungen sowie allgemeine Kostensteigerung in Höhe von 2%..	+336
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
	Im Wesentlichen höhere Aufwendungen für die Beseitigung von Unfallschäden, Versicherungen, Gutachten sowie eine allgemeine Kostensteigerung in Höhe von 2%.	+441

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2018 (haushaltswirksam 2018) gegenüber 2017 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

1.1	Umsatzerlöse	
	Höhere HVV-Zuscheidungen und höhere Touristikeinnahmen aufgrund von Fahrgaststeigerungen.	+259
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
	Höhere Treibstoffpreise durch einen höheren Dieselpreis.	+312
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	
	Erhöhung durch die Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH sowie allgemeine Kostensteigerung in Höhe von 2%.	+158

Anlage 4.7

Erfolgsplan

Hamburg Verkehrsanlagen GmbH (HHVA)

Die Gesellschaftsanteile der HHVA sind rückwirkend zum 01.01.2014 von der Vattenfall GmbH auf die HGV übergegangen. Mit der HGV besteht seit dem Geschäftsjahr 2015 ein Gewinnabführungsvertrag.

		Ergebnis GJ 2015 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2016 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2017 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2018 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	45.740	39.224	52.975	52.431
1.2	Sonstige Umsatzerlöse(Aktiv. Eigenleistungen)	31	-	-	-
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	235	-	61	62
	Summe der Erträge	46.006	39.224	53.036	52.493
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand	24.325	19.711	28.971	28.386
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.472	13.079	15.287	15.114
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	10.853	6.632	13.684	13.272
2.2	Personalaufwand	13.562	12.555	14.109	14.250
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	12.447		13.128	13.258
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	1.115		981	992
2.3	Abschreibungen	121	42	107	109
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.316	5.169	5.190	5.261
	Summe der Aufwendungen	42.324	37.477	48.377	48.006
3.	Zinsergebnis	-5.443	-860	-4.624	-7.187
4.	Steuern	-17	-622**	-8***	-8***
5.	Verlustausgleich durch HGV	1.778	-	-	2.708***
6.	Gewinnabführung an HGV	-	-	-27***	-
7.	Jahresüberschuss	-	265**	-	-

* Der Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2016 basiert auf der im Jahr 2013 erstellten Mittelfristplanung. Zum Zeitpunkt der Aufstellung war HHVA noch Bestandteil des Vattenfall-Konzerns, sodass sich naturgemäß Abweichungen zum Ist 2015 und zur Vorschau 2017/2018 ergeben.

** Zum Zeitpunkt der Meldung der Daten für das Geschäftsjahr 2016 bestand noch kein Gewinnabführungsvertrag, sodass die Steuerbelastung bei HHVA ausgewiesen wird.

*** Bei der Vorschau für die Geschäftsjahre 2017/2018 ist der bestehende Gewinnabführungsvertrag bzw. die steuerliche Organschaft mit der HGV berücksichtigt (beim Steuerrestbetrag handelt es sich um die KFZ-Steuern).

Anlage 4.7

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 gegenüber 2015 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

		<u>Tsd. Euro</u>
1.1	Umsatzerlöse Nominelle Verringerung da im Jahr 2013 für das Geschäftsjahr 2016 von einer anderweitigen Beauftragung im Bereich Bau ausgegangen wurde.	-6.516
1.3	Sonstige betriebliche Erträge Kein Ansatz bei der Planung 2013 für das Jahr 2016. Hingegen erfolgten im Ist 2015 Auflösungen von diversen Rückstellungen.	-235
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Reduzierung aufgrund der angesetzten anderweitigen Beauftragung im Bereich Bau (siehe Punkt 1.1).	-393
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen Reduzierung aufgrund der angesetzten anderweitigen Beauftragung im Bereich Bau (siehe Punkt 1.1).	-4.221
2.2	Personalaufwand Nominell wurde in 2013 für das Jahr 2016 ein geringerer Personalaufwand angesetzt, da zum Zeitpunkt der Planung von einer anderweitigen Beauftragung und von einem Vattenfall-internen Dienstleistungsbezug ausgegangen wurde.	-1.007
2.3	Abschreibungen In 2013 wurde für das Geschäftsjahr 2016 von geringeren Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgegangen, die zu geringeren Abschreibungen führen.	-79
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen Im Jahr 2013 wurde für das Jahr 2016 noch von einem Vattenfall-internen Dienstleistungsbezug ausgegangen. Mit Herauslösung aus dem Vattenfall-Konzern werden seit dem Jahr 2015 dezidierte Teile davon selbst erbracht (siehe auch Punkt 2.2).	+853
3.	Zinsergebnis Die zinsänderungsbedingten Zuführungen zu den Personalarückstellungen werden im Ist 2015 im Zinsergebnis ausgewiesen. Im Planansatz 2016 sind diese Bestandteil des Personalaufwandes, wobei im Jahr 2013 noch von unwesentlichen zinsänderungsbedingten Zuführungen für das Jahr 2016 ausgegangen wurde.	+4.583
4.	Steuern Zum Zeitpunkt der Meldung der Daten für das Geschäftsjahr 2016 bestand noch kein Gewinnabführungsvertrag, so dass die Steuerbelastung bei HHVA ausgewiesen wird.	-605
7.	Jahresüberschuss Da zum Zeitpunkt der Planerstellung kein Gewinnabführungsvertrag vorlag, wird der Jahresüberschuss direkt ausgewiesen.	+265

Anlage 4.7

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2017 gegenüber 2016 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse Nominell erheblicher Anstieg aufgrund eines im Vergleich zum Planansatz 2016 deutlich anderweitigen Planungsstandes im Bereich Bau, wobei das Volumen für 2017 von Seiten des Auftraggebers noch nicht final gesichert ist.	+13.751
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Anstieg aufgrund der erwarteten anderweitigen Beauftragung (siehe Punkt 1.1).	+2.208
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen Anstieg aufgrund der erwarteten anderweitigen Beauftragung (siehe Punkt 1.1).	+7.052
2.2 Personalaufwand Anderweitiger Personalbestand aufgrund der erwarteten anderweitigen Beauftragung im Bereich Bau (siehe Punkt 1.1) sowie der Selbsterstellung von administrativen Leistungen (Kompensation Dienstleistungsbezug Vattenfall).	+1.554
2.3 Abschreibungen Anstieg aufgrund höherer Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung.	+65
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen Höhere IT-Kosten aufgrund der Herauslösung aus der Konzern-IT von Vattenfall, welche durch den Wegfall des Dienstleistungsbezuges von Vattenfall nahezu kostenneutral kompensiert werden konnte.	+22
3. Zinsergebnis Die zinsänderungsbedingten Zuführungen zu den Personalrückstellungen werden in 2017 im Zinsergebnis ausgewiesen und ergeben sich aufgrund des absinkenden HGB-Abzinsungsfaktors (von 3,4 % auf 3,1 %) (Grundlage für die angesetzten Werte bildet ein versicherungsmathematisches Gutachten).	-3.764
4. Steuern Bei der Vorausschau für das Geschäftsjahr 2017 ist der bestehende Gewinnabführungsvertrag bzw. die steuerliche Organschaft mit der HGV berücksichtigt (beim Steuerrestbetrag handelt es sich um die KFZ-Steuern).	+614

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2018 gegenüber 2017 (Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

1.1 Umsatzerlöse Reduzierung aufgrund einer erwarteten leicht geringeren Beauftragung im Bereich Bau, die von Seiten des Auftraggebers noch nicht final gesichert ist, sowie aufgrund leicht geringerer Betriebserlöse als Folge laufender Effizienzprogramme.	-544
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Reduzierung aufgrund der reduzierten Beauftragung (siehe Punkt 1.1).	-173
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen Reduzierung aufgrund der reduzierten Beauftragung (siehe Punkt 1.1).	-412
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand Anstieg aufgrund eines moderaten Planansatzes für eine mögliche Tarifierhöhung zum 01.01.2018.	+129
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen Geringfügiger Anstieg durch geringfügig höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen auf Basis einer Indikation.	+12
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen Anstieg durch inflationsbedingte Erhöhung der Sachkosten.	+71
3. Zinsergebnis Anstieg durch höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen aufgrund des stärker absinkenden HGB-Abzinsungsfaktors (von 3,10% auf 2,63%) (Basis für die angesetzten Werte ist eine Indikation).	+2.563

Erfolgsplan

Hamburg Messe und Congress GmbH

HMC

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisübernahmevertrag)

	Ergebnis GJ 2015 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2016 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2017 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2018 Tsd. Euro
	1	2	3	4
1. Erträge				
1.1 Vertrieb Messe Eigenveranstaltungen	18.876	54.398	21.082	57.817
1.2 Vertrieb Messe Gastveranstaltungen	11.811	9.290	12.141	10.063
1.3 Vertrieb CCH	9.217	9.249	1.500	1.000
1.4 Vertrieb Ausland	9.586	7.839	21.265	7.070
1.5 Services	9.609	18.392	9.204	19.697
1.6 Besitz Messe	1.874	2.131	1.705	1.985
1.7 Besitz CCH	1.059	1.095		
1.8 Sonstige betriebliche Erträge	1.938	1.082	1.272	1.082
Summe der Erträge	63.970	103.473	68.169	98.714
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand	30.023	44.850	41.035	43.688
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen				
2.2 Personalaufwand	18.233	18.573	18.611	18.784
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	17.439	17.583	17.780	17.943
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	794	990	831	841
2.3 Abschreibungen	4.590	5.100	2.810	3.260
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.502	38.929	32.722	32.582
Summe der Aufwendungen	92.348	107.452	95.178	98.314
3. Beteiligungsergebnis	21			
4. Finanzergebnis	-4.755	-3.650	-1.828	-2.331
5. Außerordentliches Ergebnis	-89		-89	-89
6. Gewinnabführung an bzw. Verlustübernahme durch die HGV (-)	-33.200	-7.626	-28.925	-2.018

Anlage 4.8

HMC

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen

1.1 Erträge Vertrieb Messe

Im Messegeschäft der HMC bestehen Umsatzschwankungen, die insbesondere dadurch entstehen, dass in geraden Jahren eine höhere Anzahl von Messen stattfindet.

1.3 Erträge Vertrieb CCH

Während der Bauphase des CCH findet auf dem Messegelände ein eingeschränkter Kongress-Betrieb statt. Dadurch fallen ab 2017 geringere Erträge an.

1.4 Erträge Vertrieb Ausland

In 2017 führt die HMC im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die deutsche Beteiligung an der Expo Astana in Kasachstan (Umsatzerlöse rd. 15 Mio. EUR) durch.

1.5 Erträge Services

Die Umsatzschwankungen gehen mit der höheren Anzahl von Messen in geraden Jahren einher (vgl. Punkt 1.1).

1.7 Erträge Besitz CCH

Durch die Schließung des CCH während der Bauphase fallen ab 2017 keine Erträge an.

1.8 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung der Abgrenzung von Erbbauzinsen für das Erbbaurecht Neue Messe und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

2.1 Materialaufwand

Die Schwankungen in den Aufwendungen korrespondieren mit den turnusbedingten Ertragsschwankungen. In 2017 ist auch der Aufwand für die Expo Astana berücksichtigt.

2.3 Abschreibungen

Durch den Übergang des CCH in eine Objektgesellschaft entfallen ab 2017 die Abschreibungen für den Erweiterungsbau des CCH.

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist u.a. die Immobilienleasingrate (rd. 22 Mio. EUR) enthalten. Das Ergebnis 2017 und 2018 wird durch folgende Sonderfaktoren, die den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zuzuordnen sind, beeinflusst:

Sonderfaktoren	2015	2016	2017	2018
	(in Tsd. Euro)			
Sanierung der Hallen B1-B4*	3.886	3.940	108	0
Revitalisierung CCH**	61	790	1.642	1.573

*) Hier sind insbesondere in 2015 und 2016 notwendige Instandhaltungsmaßnahmen für die alten Messehallen berücksichtigt.

**) Im Rahmen der Bauphase des CCH fallen hier im Wesentlichen Kosten für die Übergangslösung (Hallenausstattung und Büroflächen) und für die Kommunikation / Öffentlichkeitsarbeit an.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen durch den Übergang des CCH in eine Objektgesellschaft ab 2017 die Pachtzahlungen an die FHH (rd. 0,5 Mio. EUR).

4. Finanzergebnis

Durch den Übergang des CCH in eine Objektgesellschaft entfallen ab 2017 die Finanzierungskosten für den Erweiterungsbau des CCH.

5. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet ausschließlich Anpassungen der Pensionsrückstellungen nach dem BilMoG. Die Anpassung der Pensionsrückstellungen erfolgte gem. Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB mit 1/15 und führt bis zum Jahr 2024 jährlich zu einem außerordentlichen Aufwand in Höhe von TEUR 89.